Monographien zur Weltgeschichte

XX

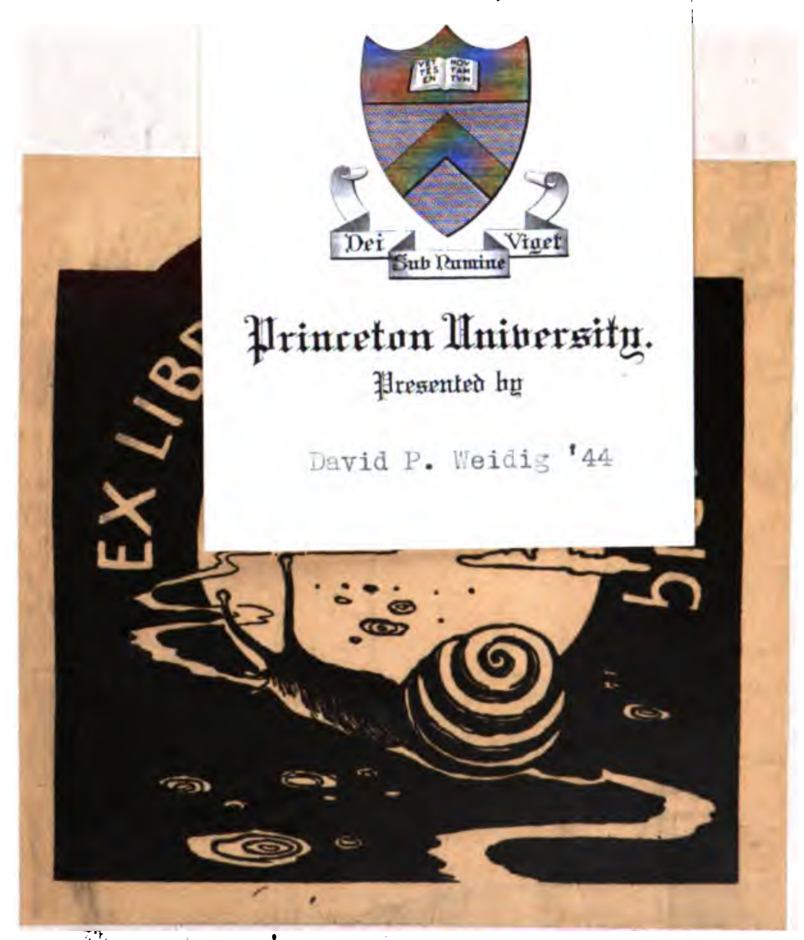
Die Vereinigten Staaten von Nordamerika

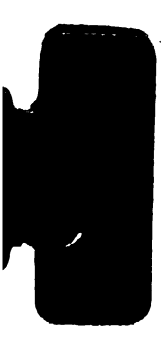
von

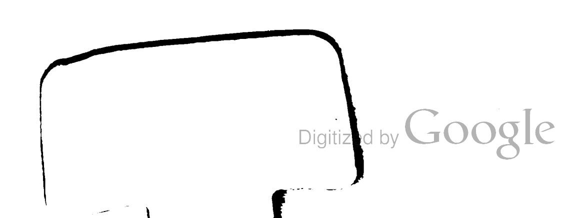
Otto Hötzsch




SA
1066
469


Dei
Sub Numine
Viget
Princeton University.
Presented by
David P. Weidig '44





Liebhaber-Ausgaben



Monographien zur Weltgeschichte

In Verbindung mit Anderen herausgegeben

von

Ed. Heyck

XX

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika

Bielefeld und Leipzig
Verlag von Velhagen & Klasing
1904

Die Vereinigten Staaten

von

Nordamerika

Von

Dr. Otto Hötzsch

Mit 111 Abbildungen und einer farbigen Karte



Bielefeld und Leipzig

Verlag von Velhagen & Klasing

1904

Von diesem Werke ist für Liebhaber und Freunde besonders luxuriös ausgestatteter Bücher außer der vorliegenden Ausgabe

eine numerierte Ausgabe

veranstaltet, von der nur 12 Exemplare auf Extra-Kunstdruckpapier hergestellt sind. Jedes Exemplar ist in der Presse sorgfältig numeriert (von 1—12) und in einen reichen Ganzlederband gebunden. Der Preis eines solchen Exemplars beträgt 20 M. Ein Nachdruck der numerierten Ausgabe, auf welche jede Buchhandlung Bestellungen annimmt, wird nicht veranstaltet.

Die Verlagshandlung.

Druck von Fischer & Wittig in Leipzig.

Inhalt.





Nothing can be more instructive than American experience if it be discreetly used, nothing will be more misleading to one who tries to apply it without allowing for the differences of economic and social environment.

James Bryce, The American Commonwealth.



Abb. 1. Präsident Theodore Roosevelt.
(Copyright 1903 by P. A. Juley in New York.)



Abb. 2. Christoph Kolumbus und Amerigo Vespucci.
Gemälde von Giulio Romano im Palazzo Communale zu Genua. (Zu Seite 10.)

Einleitung.

I.

Deutschland und die nordamerikanische Republik.

In den ersten Jahren des Unabhängigkeitskrieges entsendete das „Komitee der auswärtigen Angelegenheiten", das schon der „Kontinentalkongreß" in Philadelphia ins Leben gerufen hatte und aus dem das heutige Staatsdepartement der Union hervorgegangen ist, Kommissare an die europäischen Mächte, die Sache der kämpfenden Kolonien zu fördern und ihr zu völkerrechtlicher Anerkennung zu verhelfen. Unter ihnen, den ersten Namen der Neu-England-Staatsmänner, wie John Adams und Benjamin Franklin (Abb. 3), waren zwei, die die ersten Beziehungen zwischen dem Kernstaat des künftigen Deutschen Reiches und der sich emporringenden Macht im Westen knüpften. Silas Deane von Connecticut lenkte zuerst die Aufmerksamkeit auf die freundliche Gesinnung für die vereinigten Kolonien, mit der König Friedrich ihr Ringen mit Großbritannien verfolge (März 1776). Friedrich konnte England den Frontwechsel von 1761 nicht vergessen; mit Freude begrüßte er jedes Hemmnis, das den „Goddams" von jenseits der See kam. Aber er verkannte auch nicht die Vorteile, die der Handel seines Staates von diesem Kriege erhoffen konnte, wenn dessen Ausgang die Aufhebung des alten Kolonialsystems wurde. Denselben Punkt aber hatten auch die Amerikaner im Auge. Und Friedrich ließ ihnen freundlich entgegenkommen, freilich, ohne sich zu etwas zu verpflichten; die Notwendigkeit, es in Europa mit niemand zu verderben, lag ihm näher als die doch noch sehr in der Ferne liegenden Vorteile einer Verbindung mit den Aufständischen. So wurde der von den Amerikanern vorgeschlagene Handelsvertrag zurückgelegt, so lehnte der König die Öffnung des Emdener Hafens für die amerikanischen Kaper ab, da dieser kein Kriegshafen sei und Preußen keine Flotte besitze. Er wolle sich auf die Seite dessen schlagen, für den das Glück sich erklären werde, schrieb er am 17. Juni an den Prinzen Heinrich. Das geschah denn auch bald: nach der Kapitulation Burgoynes bei Saratoga (Oktober 1777) sperrte er alsbald bei Minden den in Hessen und Ansbach für England gemieteten deutschen Soldaten die Durchfahrt. Bestimmte diesen Entschluß auch der Wunsch, die deutsche Kriegskraft für künftige Werbungen, zu den Kämpfen auf deutschem Boden, aufzusparen, so leistete er den Aufständischen doch einen außerordentlichen Dienst. Washington lag nach Saratoga und dem für ihn unglücklichen New Jersey-Feldzug im Winterlager von Valley Forge, unter der Härte der Jahreszeit

und den Mißständen der Kriegsverwaltung gleichmäßig leidend. Nie stand die Sache der jungen Republik so schlecht: das Volk war entmutigt, das Heer wurde eben erst durch General Steubens harte Exerzierarbeit mit den Anfängen soldatischer Disziplin vertraut gemacht. Hätte der englische General Howe Anfang 1778 angegriffen, Washington wäre sicherlich unterlegen. Aber die Nachricht von Friedrichs Verbot, das Howe jede Berechnung und Hoffnung auf Verstärkung zunächst abschnitt, hielt ihm den Arm zurück; es kam für Washington in seiner augenblicklichen Lage doch einem neuen Bundesgenossen beinahe gleich.

Mit drei europäischen Mächten hatte die junge Republik nach dem Friedensschluß von 1783 schon Handelsverträge abgeschlossen, als König Friedrich im Haag bei dem einen der amerikanischen Kommissare, bei John Adams, eine solche Verbindung auch mit Preußen anregen ließ. Die Einigung erfolgte sehr rasch: im Juli 1785 vollzog Franklin, im September Friedrich den „Freundschafts- und Handelsvertrag" zwischen beiden Staaten, der im März 1786 die Sanktion des Kongresses erhielt. Der russische Gesandte in Paris hatte auf das amerikanische Angebot gar nicht geantwortet, England es mit Hohn abgelehnt; Friedrich faßte zu, weil er den Vorteil sah, den die Umgehung des englischen Zwischenhandels dem preußischen Gewerbfleiß bringen konnte. Freilich ist der Vertrag nur ein Beweis platonischer Freundschaft geblieben. Er hat nicht den erhofften Einfluß auf das Seerecht geübt, und die Vermittlerrolle Englands im Handel zwischen der Republik und Deutschland hat er so wenig ausgeschlossen, wie zunächst auch der Vertrag, der dann bis heute die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten geregelt hat, der vom 1. Mai 1828 zwischen Nordamerika und dem Zollverein.

So war doch diese erste Berührung nur vorübergehend, ohne dauernde Wirkungen auf beide Völker. Sie führte auch nicht zu näherem Kennenlernen des neuen Staatswesens und werdenden Volkstums in Deutschland. Wohl begrüßten die Großen im Reiche des deutschen Geistes den Sieg der naturrechtlichen Gedanken im fernen Westen. Wohl fühlte Goethe die Lebensader heraus, die diesem jungen Staate eine große Zukunft versprach, und er prophezeite ihm mit dem Blicke des Genius diese Zukunft. Aber Leben und Wachsen in Staat und Wirtschaft und Gesellschaft jenseits des Ozeans vollzog sich doch für Europa gleichsam hinter einem Schleier:

Eines Morgens, bräutlich blühend,
Tauchte aus des Ozeanes
Blauen Fluten ein Meerwunder
Eine ganze neue Welt.

Eine neue Welt mit neuen
Menschensorten, neuen Bestien,
Neuen Bäumen, neuen Vögeln,
Und mit neuen Weltkrankheiten,

so drückte Heinrich Heine dieses Gefühl halb der Überlegenheit, halb der Unsicherheit aus. Auch als die große Wandererflut ihre ersten Wellen aus Deutschland an die atlantische Küste warf, stellte sie gegenseitiges Kennen und Verstehen nicht her. Die unmittelbar auf sie eindrängenden Aufgaben eines ungeheuer viel weiteren und unfertigeren Lebens nahmen die dünne Schicht der geistig hochstehenden deutschen Einwanderer völlig gefangen, zumal sie das alte Vaterland doch zumeist im Groll verlassen hatten. Die anderen, an Zahl sie immer mehr überwiegenden Elemente aus Bauernschaft und Handwerk waren erst recht nicht befähigt, dem deutschen Wesen Zuneigung und Achtung zu erringen, wie sie auch nicht imstande waren, eine Brücke über den Ozean zu schlagen. Bis 1860 hin blieb die amerikanische Stimmung kühl gegen das Land Friedrichs. Frankreich, dem Lande, das in Lafayette (Abb. 4) und Rochambeau wirkliche Hilfe auf den amerikanischen Boden geführt hatte, dem Lande, in dem der Sieg der revolutionären Ideen eine wesensverwandte Parallele zum Befreiungskampf der Union zu sein schien, gehörten dauernd die Sympathien. Aus ihm strömten auch die Elemente einer höheren Kultur und Lebensart ein; die Schichten und Kreise, die in diesen Jahrzehnten die Führer der Union lieferten, zeigen französische Bildung. Doch hat ein Austausch mit Deutschland im höchsten geistigen Leben auch in diesen Jahrzehnten stattgefunden, in dem starken Besuch deutscher Universitäten durch Amerikaner. Besonders gern wurde Göttingen aufgesucht, daneben Halle und Leipzig, später Berlin und Heidelberg. Und unter



Abb. 3. Benjamin Franklin. Gemälde von J. S. Duplessis.
(Zu Seite 3.)

diesen jungen Studenten sind die ersten Geister Nordamerikas gewesen: Bancroft und Motley, Bismarcks Studienfreund, J. R. Lowell, Longfellow, B. Taylor.

Als dann die große Entscheidung über die Sklavenfrage den Waffen übergeben wurde, begann die Wandlung. War doch die überhaupt erste Erklärung gegen die Sklaverei von Deutschen ausgegangen: im Jahre 1688 schon hatte die erst fünf Jahre vorher entstandene deutsche Siedlung Germantown in Pennsylvanien die Beseitigung dieses Arbeitssystems gefordert. Jetzt traten die Deutschen im Norden und Süden für die Erhaltung der Union ein, an vielen Stellen hielten die Deutschen den Sieg der konföderierten Waffen auf, und während in England und Frankreich große Gruppen ihre Neigung für die stolze Pflanzeraristokratie des Südens kundgaben, stand die öffentliche Meinung in Deutschland einhellig auf seiten des Nordens und bewahrte die preußische Regierung strenge Neutralität. Dagegen minderten Napoleons Haltung zugunsten des Südens und sein Versuch, den Mexikanern einen Fürsten aufzudrängen, die Stellung Frankreichs in der Union. Und noch mehr trat dies ein nach der Gründung des Deutschen Reiches. Mächtig flammte der Stolz der Deutschamerikaner auf, deren Reihen durch die immer stärker anschwellende deutsche Einwanderung dieser Jahrzehnte ständig verstärkt wurden. Wirtschaftlich und geistig traten sich beide Länder jetzt immer näher. Wirtschaftlich begann die Verflechtung Deutschlands in das amerikanische Wirtschaftsleben, die dessen

märchenhafter Reichtum an Schätzen des Bodens möglich machte, und an den stärker werdenden Fäden des Verkehrs wurde der Austausch des geistigen Lebens immer lebendiger. Die französischen Bildungselemente wurden ausgeschieden, deutsche Forschungs- und Erziehungsmethoden traten an ihre Stelle. Freigebig teilte das ältere Land dem jüngeren von seiner Kultur, seiner Wissenschaft und Kunst mit; an den Erfolgen der amerikanischen Technik hat es einen reichlichen Anteil. Unendlich viel näher sind sich durch diese immer fester werdende Verbindung Amerika und Deutschland gekommen, als in den Tagen Friedrichs II. und Franklins. Nach Millionen beziffert sich der Wert der Produkte, die beide Länder übers Meer miteinander austauschen. Immer noch sendet Deutschland seine Auswanderer nach der Union. Erheblich verkürzt und vermehrt haben sich die Möglichkeiten unmittelbaren Verkehrs, und auf den Weltausstellungen des alten und neuen Kontinents ringen ihre Leistungen in Technik und Industrie Deutschland und Nordamerika gegenseitige Achtung ab. Aber entspricht dem allem auch schon auf beiden Seiten ein Wachsen inneren Verstehens, der Einsicht in die Lebensbedingungen und die Stärke des andern, der Achtung vor den besonderen Aufgaben, die beiden von der Geschichte gestellt sind?

II.

Ansicht des amerikanischen Lebens.

Nicht als Land tritt das Gebiet vom 25. bis zum 49. Breitengrade den europäischen Ländern gegenüber, sondern als Kontinent dem Kontinente; an 170 000 Quadratmeilen umfassend, bleibt das Gebiet der Vereinigten Staaten hinter dem ganz Europas nicht erheblich zurück. Die Raumvorstellungen mußten von Anfang an, seitdem sich die Besiedlung von der atlantischen Küste sich immer mehr lösend, in unabsehbare Weiten verlor, andere werden als in den seit Jahrhunderten verteilten und erschlossenen Gebieten höchstgesteigerter Kultur in Europa. Und dieses Land zwischen den Ozeanen, dem Rio Grande und der kanadischen Grenze barg in seinem Schoße die vielfältigsten Schätze der Natur. Drei Klimagebiete mit all ihren Produkten umfaßt es ganz, das vierte zum großen Teile. Scharf zieht als Grenzscheide durch das reich gegliederte Land der 100. Längengrad. Was östlich von ihm liegt, war ungeheurer wirtschaftlicher Entfaltung fähig. Im Norden gab die Erde hundertfältig die Brotfrucht zurück. Auf den Anbau des Bodens waren die Neu-England-Kolonien und die mittleren Staaten gegründet, bis die steigende Bevölkerungszahl und die mineralischen Schätze des Bodens hier den Agrarmanufakturstaat schufen und die erste Siedlungswelle nach dem Stillen Ozean zu den mittleren Westen (Ohio, Indiana, Illinois, Wisconsin, Michigan) erschloß. Südlich blühte die Tabakpflanze und der Reis, und noch tiefer südlich dehnten sich die endlosen Felder der Baumwollstaude (Virginia, Carolina, Georgia). Ihr Anbau und das Arbeitssystem, auf das er gegründet war, führten bald hinüber über die Alleghanys und bis zum Tal des gewaltigsten der amerikanischen Ströme, des Mississippi (Kentucky, Tennessee, Alabama, Missouri, Texas). Und dann stieß die Besiedlung vor in die sich immer mehr ausdehnenden Gefilde des „weiten Westens“ (Dakota, Minnesota, Jowa, Nebraska, Kansas), bis der Beginn der Steppenregion und des regenarmen Landes ihr ein Ziel setzte. Doch auch über sie glitt die Welle, über das Felsengebirge, in dessen Erstreckung die Staaten Montana, Wyoming, Colorado, Neumexiko entstanden. Aber erst an der pazifischen Küste und ihren Staaten beginnt das Land wieder, das dem Pflug des Farmers mit Erfolg unterworfen werden konnte.

So schied und scheidet die Natur scharf die gemäßigte Zone des Nordens und die tropische des Südens, die Gebiete des gewerblichen Nordostens und Nordens am Atlantischen Ozean und den großen Seen, des plantagenbauenden atlantischen Südens, der getreidereichen und der unfruchtbaren Mitte zu beiden Seiten des Mississippi, die gebirgigen Regionen der Rocky Mountains und die Küste des Stillen Ozeans, die an Ackerbau- und Bergbauprodukten gleichermaßen reich ist. Nach drei Meeren öffnen diese in sich so ge-

schiedenen und durch ein staatliches Band vereinigten Gebiete ihre Tore. Im Wachstum von Ost nach West und auch nach Süd verlor die Union ihr Europa zugewandtes, atlantisches Gesicht. Sie wurde zur neuen Weltmacht, die gleichermaßen blickt nach dem alten Kontinent, von dem sie ausging und von dem sie sich immer unabhängiger machte, nach dem Inselgewölk des Karibischen Meeres, über den Stillen Ozean, nach dem fernen Osten und auch nach Süden auf die noch im Dämmerlicht liegenden Gebiete der romanischen Konquista in Mittel- und Südamerika.

Die ganze Zukunft des neuen Weltteils lag darin, daß er in der Fülle seiner Bodenschätze, seiner klimatischen Vorteile und seiner Bodengestaltung nicht in den Dienst der Menschheit gestellt wurde durch einheimische Bewohner. Vollzog sich seine volle Erschließung auch ohne europäische Eingriffe und Angriffe, so vollzog sie sich doch durch Menschen europäischen Blutes. Überwältigenden Anteil nahm daran der angelsächsische Zweig der Germanenrasse; er hat bis heute seinen Stempel dem neuen Gemeinwesen aufgedrückt. Angelsächsische Züge sind es, die den Yankeecharakter bilden, jenseits des Ozeans nur durch die Weite des kolonialen Lebens ins Großartige und auch ins Groteske gesteigert. Aber rein und allein angelsächsisch war von Anfang an die Besiedlung nicht: Deutsche, Holländer, Schweden, Franzosen, Spanier nahmen in ihren Anfängen daran teil. Auch als der Kampf um die Herrschaft zugunsten der Angelsachsen entschieden war, strömte die Flut der Einwanderung, nun noch ganz anders ansteigend, nicht nur aus England, viel stärker aus Deutschland, aus Irland, aus den slawischen Ländern Europas herein. Es ist eine müßige Frage, ob das Volk der Union auch ohne Einwanderung die Menschenzahl erreicht hätte, wie heute; so schnell zu dem, was es ist, geworden ist es nur mit Hilfe der Kinder Europas, die dieses vom siebzehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert — und es waren nicht seine schlechtesten Kräfte — ihm abgegeben hat. Auf dem neuen Kontinente aber teilten sich mit den Kaukasiern noch der rote Mann, der Neger und auch der gelbe Mann in den Platz. Aus dem Ringen all dieser verschiedenen Volkselemente miteinander und mit den Kräften und Schätzen des Bodens erwächst das nordamerikanische Volkstum, das die Grundlage des zweiten angelsächsischen Weltreiches werden soll.

Zugleich aber ist es für alle Zeit entscheidend geworden, daß die Besiedlung und Erschließung zwar von einer Küste nur, der atlantischen, aber ungefähr gleichzeitig an verschiedenen Stellen einsetzte. Nicht von einem Punkte nach und nach vorstoßend und sich erweiternd erfolgte die Gewinnung der Neuen Welt. Vom Anfang der amerikanischen Geschichte an konnten die natürliche Verschiedenheit der Wirtschaftsbedingungen, die soziale Differenzierung unter den Siedlern, die Verschiedenheit ihrer neuen Staatsformen den Grund zu einem bis in die Gegenwart hinein tief wirksamen Zuge des amerikanischen Lebens legen. Da und dort zugleich, am Potomac, wie am Delaware und Susquehannah, setzte Erschließung und Besiedlung an, bildeten sich gleichzeitig Gemeinwesen, Staatsindividualitäten, in verschiedener Form, räumlich, sozial und innerlich weit voneinander



Abb. 4. Lafayette.
Stich von Fiesinger nach dem Gemälde von J. Guérin.
(Zu Seite 4 u. 46.)

geschieden. Was darüber hinaus sie zusammenband, war nur das verschiedenartige, gemeinsame, doch recht lose Verhältnis der Abhängigkeit von England und — die Gemeinsamkeit des Blutes. Nicht daß sich nicht Allgemeines und Besonderes von Anbeginn an durchdrungen hätten; schon 1644 ist der erste Gedanke einer allgemeinen Einigung einmal vorübergehend lebendig geworden. Aber das das Leben in seinen Einzelbeziehungen Beherrschende, der Rahmen, in dem die aus dem Mutterlande herübergenommenen politisch-religiösen Ideale ins Leben traten, war zunächst nur der Einzelstaat. Erst die gemeinsame Not und Gefahr trieb diese Einzelstaaten zueinander. Aber dann waren es vollsouveräne Staaten, die 1787 die Philadelphia-Konvention abschlossen. Mühsam mußte sich ein Reichs- oder Unionsgedanke seine Anerkennung und seine Tätigkeitssphäre erst erkämpfen, eifersüchtig wachte der Einzelstaat darüber, daß er nur die Aufgaben abzugeben brauchte, die er in keinem Falle zu erfüllen imstande war. Darin liegt es begründet, daß, wenn dem Deutschen das Reich der die Einzelstaaten überragende Bau ist, dem Yankee Union und Staat zwei selbständige Räume sind, zu verschiedenen Zwecken selbständig nebeneinander gestellt, wobei der Union nur die Rechte und Aufgaben zustehen, die ausdrücklich ihre Gründungsakte aufzählt, nichts durch sie geschehen soll, was auch der Einzelstaat ausführen kann. „Amerika ist ein Staatswesen aus Staatswesen," sagt James Bryce, und von einem doppelten Patriotismus sei darum der amerikanische Bürger beseelt. In den ersten Anfängen der geschichtlichen Entstehung der Union und ihrer Glieder ist so der Dualismus im politischen Leben, der Widerstreit zwischen Union und Staat, zwischen Staatensouveränität und Bundesgewalt geschaffen, der ihre ersten Jahrzehnte erfüllt. Auf ihm, der scharf durchgeführt wird und doch niemals restlos durchzuführen ist, baut sich das amerikanische Staats- und Verwaltungsrecht bis ins einzelne auf. In ihm ist — nach der zunächst ins Auge fallenden Seite — auch der Gegensatz der großen Parteien, der Demokraten und der Republikaner, begründet, der schon in Washingtons Kabinett, in Thomas Jefferson und Alexander Hamilton, seinen höchstpersönlichen Ausdruck fand. In ihm begründet schließlich der Gegensatz in der staatsrechtlichen Anschauung, der in dem Satz, „daß die Union soll und muß erhalten werden" einerseits, in der Lehre John Calhouns von der unbedingten Souveränität des Einzelstaats anderseits am schärfsten präzisiert wurde. Diesen Gegensatz aber hat die Macht der Verhältnisse überwunden; im Kampf der beiden Tendenzen hat schließlich doch die zentripetale gesiegt. Und in ihrer letzten Periode wird der Unionsgedanke über diesen Sieg hinausgetrieben, von dem Augenblicke an, da die Verflechtung in die Welthändel jeder Art die unionistischen Tendenzen weiterführt. Um die Union allein ging der Sezessionskrieg, um den Imperialismus geht seit 1898 der Parteikampf, und „empire“ ist auch verfassungs-theoretisch höherer und engerer Begriff als „union“.

Noch heute ist die Aufgabe, die alle anderen Kulturaufgaben eines Volkes und Staates bisher in der Union überstrahlte, alle physischen und geistigen Kräfte der dort sich Niederlassenden aufs äußerste in Anspruch nahm, nicht ganz gelöst. Noch ist der Hauptinhalt des nordamerikanischen Lebens derselbe, wie der der Geschichte Nordamerikas bisher: das ungeheure Kapital in Verkehrswerte umzusetzen, das in dem Boden zwischen den beiden Ozeanen schlummert, und damit die Fundamente eines Kulturstaates höchster Ordnung erst zu legen. Schrankenlos waren und sind die Entfaltungsmöglichkeiten, schrankenlos wirkten die wirtschaftlichen Leitmotive und geben, das Denken und Handeln jedes einzelnen widerstandslos beherrschend, dem amerikanischen Leben die Wucht des Vorwärtsdringens, wie die ungeheure Einseitigkeit und Einförmigkeit zugleich, seine Unrast, seine großen und seine gemeinen Züge. Die zu bewältigenden Aufgaben, das Mißverhältnis zwischen Raum und Menschenzahl zwingen zu höchster Anspannung menschlicher Arbeitskraft. Aber das Ziel ist immer das gleiche: diese Entfaltung richtet sich nur auf die höchstmögliche wirtschaftliche Arbeitsleistung, dem Maßstabe nach großartig, aber schablonenhaft. Unaufhörlich wechselt der Schauplatz menschlicher Tätigkeit bei diesem Wandern der Kultur von Ost nach West; Kulturnomaden hat man darum die Nordamerikaner genannt. Unaufhörlich zwingt dieser Wechsel und dies Fortschreiten zu neuer Anpassung, erzeugt die Beweglichkeit des Geistes, das rasche Aufgreifen einer neuen Idee,

Abb. 5. Schriftprobe aus der Flatey-Handschrift. (Zu Seite 10.)

die oft wie der Frühlingssturm wirbelgleich alle erfaßt. Aber im Grunde wechselt nur die Szene: die große Farm des Nordens oder die Baumwollpflanzung des Südens, die Eisenhütten und Zechen um Pittsburg oder die Minen in Kalifornien und Nevada, die Handlung bleibt überall dieselbe, typisch gleichmäßig. Vielleicht ist zweifelhaft, ob nicht im großen und ganzen die wirtschaftliche Erschließung des Kontinents ihrem Ende nahe ist. Ganz zweifellos aber beherrscht die geistige Struktur, die dies zwei Jahrhunderte alte, unausgesetzte und von feindlichen Mächten nur wenig gestörte Ringen mit der Natur und dem Boden zu wirtschaftlichem Erwerb bei den ersten Siedlern und ihren Nachkommen hervorgebracht hat, noch heute das amerikanische Volk ganz. Sie wird in ihrer Herrschaftsstellung nur gestärkt, da an Stelle oder neben die Erschließung des eigenen Landes die Gewinnung des Weltmarktes als Ziel in derselben Richtung wirkt. Ist aber jene erste Aufgabe noch nicht völlig gelöst, dann ist es auch die zweite noch nicht ganz, der die räumliche Ausdehnung an sich schon gewaltige Schwierigkeiten entgegenstellte, wenn ihr auch in diesem Lande außerordentlich gesteigerte Verkehrsmöglichkeiten entgegenkommen: die Schaffung eines festen inneren Zusammenhanges zwischen der Union und ihren Gliedern, einer gemeinsamen seelischen Grundstimmung, aus denen einheitliche nationale Staatsgewalt und Staatstätigkeit und gemeinsame „amerikanische Ideale“ doch erst erwachsen können.

I. Kapitel.

Entstehung und Befreiung; der atlantische Osten.

1620—1789.

I. — Schon um das Jahr 1000 sind die Küsten Nordamerikas vorübergehend einmal aufgetaucht aus dem Schleier, mit dem der Westen jenseits des Ozeans dem europäischen Blick verhüllt war. Normannen sind um diese Zeit nach Grönland und Labrador gekommen und sogar bis zur Küste Neu-Englands, den Mündungen des St. Lorenz und des Hudsons. Die mittelalterliche Flatey-Handschrift (Abb. 5), heute in Kopenhagen aufbewahrt, berichtet von diesen kühnen Streifen der Nordmänner über den Ozean. Die Entdeckungsfahrten der großen Spanier und Portugiesen, gerichtet auf eine westliche Durchfahrt nach Asien, entschleierten dann vornehmlich das tropische Amerika; Kolumbus (Abb. 2), nach dem heute der Bundesdistrikt, in dem die Reichshauptstadt liegt, heißt, hat niemals Boden des heutigen Unionsgebietes auf dem Kontinent betreten. Doch vielleicht schon vor, sicher kurz nach ihm haben baskische und bretonische Fischer an den Fischgründen der Neufundlandbank die erste Verbindung zwischen Europa und Nordamerika geknüpft. Dann hat John Cabot, ein Italiener, doch im englischen Dienst, 1497 die Küste Nordamerikas erreicht und von dem Fischreichtum der durchsegelten Gewässer den Fischern in Bristol lockende Schilderungen gegeben. Im Dienste Franz' I. von Frankreich bereiste nach ihm 1524 ein Florentiner die nordamerikanische Küste schon vom 34.—50. Grad. Von ihm, Verrazzano, stammt die erste Beschreibung dieser Gestade, wie von einem andern Florentiner, Amerigo Vespucci, der Name der Neuen Welt, den der lothringer Gelehrte Martin Waldseemüller (Hylacomylus) nach Vespuccis (Abb. 2) Vornamen für alle Zeiten prägte. Zehn Jahre nach Verrazzano ging Jacques Cartier von St. Malo aus nach dem Westen; er hat den St. Lorenzstrom getauft, den Platz besucht, wo heute Quebec steht, und eine Höhe Montreal benannt. Vom Süden des Kontinentes her aber drangen zu derselben Zeit etwa die Spanier vor, 1512 Ponce de Leon in Florida, 1529 landeten Bezerra und Grijalva in Kalifornien, 1541 entdeckte de Soto den Mississippi (Abb. 6). Ihnen nach folgten schließlich die ersten Pioniere des Volkes, dessen Söhnen der Kontinent zufallen sollte, die anziehenden ritterlichen Abenteurergestalten der englischen Geschichte unter Elisabeth: Frobisher, der 1577 eine der Einfahrten in die Hudsonbai erreichte, Humphrey Gilbert, der eine Kolonisation Neufundlands versuchte, vor allem Walter Raleigh, der an der Küste Nordkarolinas 1585



Abb. 6. Entdeckung des Mississippi durch de Soto. Gemälde von W. H. Powell. (Zu Seite 10.)

schon eine englische Kolonie anlegte. Ihr Name, Virginia zu Ehren seiner großen Königin, umfaßte das Land der Union, das ihr später die erste glänzende Reihe großer Staatsmänner und Patrioten geschenkt hat. Um 1600 war die atlantische Küste von der Hudsonbai bis zum Kap Florida im ganzen entdeckt, besiedelt so gut wie nicht. Spanien, Frankreich und England haben sie dann erschlossen und um ihren Besitz rivalisiert. Auf feudaler Grundlage ruhte jene romanische Kolonisation. Durch Minen- und Militärkolonien, durch Missions- und Handelsstationen, durch zentralistisch-absolutes Regiment und starke Stellung des Klerus suchte sie ihre Ziele zu erreichen: für das Mutterland die Naturschätze des Neulands lediglich auszubeuten und seine Bewohner dem katholischen Glauben zuzuführen. England hat im sechzehnten Jahrhundert jene Flibustier und Seefahrer entsendet, die das Land der Zukunft entdeckten, im siebzehnten aber ihm seine Söhne in Massen nach kirchlich und politisch freien Ackerbauniederlassungen hinübergesendet. Und darum fiel ihm und ihnen der Kontinent zu, mit dessen Scholle sie verwuchsen.

Denn diese verschiedene Form der Besiedlung hat doch darüber entschieden, welchem der drei um das nordamerikanische Neuland sich bewerbenden Völker dieses einst gehören sollte. Auch für die englische Kolonialpolitik des sechzehnten Jahrhunderts waren zunächst die allgemeinen Motive der europäischen Expansion zu Beginn der Neuzeit maßgebend gewesen: Entdeckung der westlichen Durchfahrt nach der Südsee und nach Indien, Gewinnung edler Metalle und kostbarer Gewürze. Auf diesen Fahrten war sie schon mit den gleichen, aber älteren spanischen Aspirationen in Konflikt geraten. Doch als die große Tudorkönigin starb, war die Überlegenheit Englands zur See über Spanien sichergestellt. Und nun begann mit dem anhebenden siebzehnten Jahrhundert umfassender als je bisher die englische Erschließung der ostamerikanischen Küste. Die aber ging nicht nur kaufmännisch, sondern vornehmlich siedelnd vor sich. Die Schilderungen von dem Reichtum an Edelmetallen und der Fruchtbarkeit jener Striche lockten zahlreiche unruhige Elemente Englands hinaus, der beginnende politische und religiöse Druck lockerte auch viele ernste und ruhige Bürger von der heimischen Scholle: „Und dann werdet ihr frei dort leben, ohne Wachtmeister oder Höflinge, ohne Advokaten oder Zwischenträger. Ihr könnt ein Alderman dort sein und niemals ein Straßenkehrer, ihr könnt ein Beamter sein und niemals ein Sklave;“ so malte ein 1605 in London aufgeführtes Stück verführerisch die Freiheit, die jenseits der See lockte. Entscheidend war aber doch, daß diese Landstriche eben nicht Edelmetallländer waren wie Mexiko oder Peru, sondern in harter Arbeit, im Kampf mit Wildnis und Indianer mühselig dem Pflug dienstbar gemacht werden mußten. Glänzende Einzelgestalten ziehen in jenen spanischen, französischen, englischen Konquistadoren vorüber, an die sich manches romantische Schicksal knüpft. Nüchtern und schlicht sieht dagegen das geschichtliche Bild aus, als die „Mayflower“ (Abb. 7) am 16. Dezember 1620 die ersten Pilgerväter am Ufer von Massachusetts landete. Aber nicht jene, sondern diese haben die Zukunft der nördlichen Neuen Welt bestimmt.

Mit der Entdeckung Nordamerikas durch John Cabot und seiner Eroberung von den Indianern begründete sich in England die Theorie, daß der englische König Eigentümer dieses Landes sei. Danach haben vor allem die Stuarts Land vergeben an einzelne oder an Gruppen von Unternehmern, deren Rechte, Pflichten und Stellung zur englischen Regierung in dem ihnen überlassenen Gebiete jedesmal eine königliche „Charter“ festsetzte. So erhielten zwei Kompanien von Jakob I. 1606 eine Charter für das Land vom 34. bis 45. nördlichen Breitengrade. Diese Gesellschaften oder Einzelunternehmer zogen dann die Ansiedler ins Land; 1607 ist als erste solche Gründung Jamestown entstanden, der Grundstein zur Kolonie Virginia. Sie kam zuerst nicht recht fort, aber als 1612 die Tabakkultur, 1619 die ersten Negersklaven in sie eingeführt wurden, war der Grund zu einem raschen Aufblühen gelegt. Weniger rasch ging der Aufschwung im Norden des von jener Charter verliehenen Küstengebietes, den 1614 ein Kapitän Neu-England taufte. Trotz später sehr erweiterter Rechte kam die Kompanie nicht zur Entfaltung. Ohne ihre Mitwirkung geschah es, daß Puritaner,



Abb. 7. Einschiffung der ersten Pilger. Gemälde von Weir. (Zu Seite 12.)

die nach Holland geflüchtet, sich dort „Pilger“ nannten, den Gedanken faßten, nach Amerika auszuwandern. In zwei Schiffen, dem „Speedwell“ und der „Mayflower“, traten ihrer 120 die Fahrt i. J. 1620 an. Am 16. Dezember landeten sie; rauh und ungastlich trat ihnen das Land entgegen, das sie im Hafen von New Plymouth betraten. Unter unsäglichen Mühen gründeten sie ihre kleine Ansiedlung, sich selbst regierend; erst nachher hat die Kompanie, in deren Gebiet sie waren, ihnen das in Besitz genommene Land wirklich konzediert. Aber aus dieser kleinen Siedlung ist zusammen mit einer ähnlichen, etwas später erfolgten Puritaneransetzung der spätere Staat Massachusetts entstanden. Wie hier, wurde auch in Connecticut und New Haven der puritanische Geist, der Drang nach religiöser Unabhängigkeit und Durchführung der theokratischen Puritanerideale der Schöpfer der Kolonien, während das ähnlich entstandene Rhode Island sich bald freier ausgestaltete. Auch der Grund zu New Hampshire und Maine wurde in diesen Jahren gelegt, so daß sieben Kolonien noch unter Karl I. in Neu-England sich schon selbständig entwickelten. Zu ihnen trat dann noch das Land am Potomac, das Cecil Calvert Lord Baltimore seit 1633 besiedelte; zu Ehren der Gemahlin Karls I. Maryland genannt, wurde es bald im Gegensatz zu den Neuenglandkolonien eine Zufluchtsstatt verfolgter Katholiken.

Gewiß war mit einer solchen Besiedlung durch privilegierte Einzelne oder Gesellschaften die theoretische Möglichkeit vorhanden, daß sich da ein Feudalismus entfaltete, wie ihn die holländisch-ostindische oder die englisch-ostindische Gesellschaft in ihren Ländern lange ausgeübt haben. Auf amerikanischem Boden ist keiner dieser Unternehmer zu einer solchen Stellung gekommen, und das Verdienst dieser Kompanien ist es nicht, wenn die jungen Kolonien rasch aufblühten. Ackerbaukolonien von angelsächsischen Siedlern fügten sich nicht diesem System, das für tropische Plantagenkolonisation oder Bergwerksabbau rationell und durchführbar war. Teilweis von Anfang an, teilweis sehr bald nach der Gründung hat das Siedlerelement tatkräftigen Anteil genommen an der



Abb. 8. William Penns Wohnhaus in Philadelphia. (Zu Seite 16.)



Abb. 9. Die Faneuil Hall in Boston, in deren Saal der Korrespondenz-Ausschuß von Massachusetts tagte. (Zu Seite 40.)

Verwaltung. Massachusetts regierte sich von Anfang an selbst, Virginia hat schon 1619 eine gesetzgebende Versammlung gehabt, 1621 eine eigene Verfassung erhalten, die das Muster der meisten späteren englischen Kolonialverfassungen geworden ist. Nur noch mit Zustimmung des neugebildeten Parlaments durfte in Zukunft die Virginiakompanie noch Bestimmungen treffen. Nicht Horden ungebildeter Desperados begannen die Erschließung, sondern Angehörige mittlerer sozialer Schichten, die sofort auch die politischen Traditionen und Einrichtungen des Mutterlandes ins Neuland herüberbrachten. Der Drang nach Freiheit war bestimmend für diese Auswanderung, die Durchsetzung dieser religiös-politischen Freiheit hat die Kolonien so rasch emporgebracht. So schlug von diesen bescheidenen Anfängen an die englische Kolonisation ganz andere Bahnen ein, als vorher die spanische und später die französische. Wie wenig Boden die Form der Kompanieherrschaft hier hatte, zeigt, daß die meisten der Verleihungen bald irgendwie wieder an die Krone zurückkehrten und diese an Stelle der Gesellschaft trat, der nur bestimmte Rechte blieben. Die Charterinhaber waren nicht stark genug, den Unabhängigkeitssinn der Kolonisten zu brechen, taten auch nichts Rechtes für sie und überließen vollends den Schutz gegen Indianer und gegen spanische oder französische Vorstöße ganz ihrer Kraft.

Unter Karl II. wurde das Kolonialgebiet weiter sehr stark erweitert. Zunächst wurde 1663 eine Charter für das Land zwischen dem 36. und 29. Breitengrade — es war schon etwas besiedelt und von französischen Hugenotten Carolina genannt worden — unter den üblichen Bedingungen verliehen. Hier versuchten die adligen Charterinhaber eine merkwürdige Verfassungsspielerei. Locke, der Philosoph, und Lord Shaftesbury arbeiteten eine seltsame Feudalverfassung für das Land aus, die wirklich von den Gründern für Carolina eingeführt wurde. Der Versuch scheiterte freilich ganz, denn er stand mit

allen Grundlagen der angelsächsischen Kolonisation in lächerlichem Widerspruch; Nord- und Südkarolina sind sehr bald ebenfalls wieder an die Krone zurückgefallen.

Nach Süden wurde die Grenze gegen den spanischen Kolonialbesitz in Florida erreicht, als James Oglethorpe i. J. 1732 eine Charter erhielt für das Land zwischen Savannah und Altamaha. Zu Ehren Georgs II. wurde es Georgia genannt; Dixie hieß es später im amerikanischen Volksmund. Die Verbindung aber zwischen den nördlichen und südlichen Kolonien war noch unter Karl II. gewonnen worden, durch Pennsylvania, New Jersey und New York.

Zwischen dem 40. und 42. Grade westlich des Delaware hatte William Penn (Abb. 8), ein einflußreicher und wohlhabender Mann, aber ein begeisterter Quäker, seinen Quäkerstaat ins Leben gerufen, der zum Andenken an Penns Vater (den Admiral, der Jamaika für England erobert hat) Pennsylvania hieß. Penn besaß auch ganz New Jersey, doch hatte er in Pennsylvania freiere Hand, seine Gedanken durchzuführen. 1682 segelte er nach dem Delaware ab, 1683 entstand dort die Stadt der Bruderliebe, Philadelphia.

Während Spanier und Franzosen noch lange mit England um den Besitz Nordamerikas rivalisiert haben, ging ein Versuch Hollands bald vorüber. Auf der Insel Manhattan gab es schon holländische Faktoreien, als seit 1621 die holländisch-westindische Kompanie ernstere Schritte tat, um das Delaware- und Hudsongebiet, das man Neu-Niederland nannte, zu kolonisieren. In großen Stücken wurde das Land vergeben an die Teilhaber der Kompanie, auf Manhattan erstand eine Niederlassung Neu-Amsterdam, seit Mitte des Jahrhunderts war auch die Einwanderung freigegeben. Die Kolonie kam empor, zumal auch das Verhältnis zu den Indianern gut war. Aber ihre Lage inmitten der englischen Niederlassungen forderte englische Absichten auf sie geradezu heraus, und im Verlauf des Ringens zwischen England und Holland um die Handelsherrschaft fiel auch sie. Karl II. verlieh einfach seinem Bruder, dem Herzog von York, das Eigentum am Lande zwischen Delaware und Connecticut, 1664 wurde es ohne weiteres weggenommen. Aus dem Lande zwischen Hudson und Delaware wurde New Jersey. Neu-Amsterdam und seine Umgebung aber hieß von nun an New York; ganze 1500 Einwohner zählte damals das Städtchen, das am herrlichsten Hafen des Kontinents zur Empire-City der Union werden sollte. —

Vier Gruppen lassen sich so bilden unter diesen Einzelstaatswesen, die die Grundsteine der Union wurden. Am stärksten englisch sind die Neu-England-Kolonien; ihre ersten Siedler kamen sämtlich aus dem südöstlichen Teil von Großbritannien. Das reinste englische Blut floß wohl in den Adern des Volkes von Connecticut, in Massachusetts trat eine leichte Mischung mit schottischem Blut hinzu durch die Gefangenen, die Cromwell herübersandte. Auch französisches Blut kam herein durch die Hugenotten, die nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes flohen, ein wertvoller Erwerb für den beginnenden Gewerbefleiß. Doch sind im ganzen die sechs Neu-England-Staaten ihrem Ursprung nach ganz englisch; der Ausgangspunkt der englischen Besiedlung nördlich des Potomac, haben sie damals noch ganz das Übergewicht in diesem Gebiete. Vor allem Massachusetts, das die erste amerikanische Union ins Leben rief, das die englische Herrschaft am widerwilligsten trug und sie zuerst abzuschütteln bemüht war. Hier entstanden die ersten Keime eigener gewerblicher Entwicklung, die rasch kräftige Blüten trieben; das „industrielle Sachsen der Union“ ist es aus Arbeiterkreisen später genannt worden. Hier war der Sitz des selbständigen Vorwärtsdrängens, dem die eiserne Willenskraft des strengsten und finstersten Puritanertums einen starken Nachdruck gab. Das puritanische Bürgertum hier ist der Kern des Widerstandes gegen England und Führer im Kampf geworden, der seine Interessen vor anderen berührte. Erst in der folgenden Periode muß es langsam zurücktreten vor den mittleren Staaten, d. h. vor New York.

Um ihrer religiösen Überzeugung willen hatten diese Engländer ihr Mutterland verlassen. Während in England die Wirkung des Puritanismus bald verblaßt ist, fand er hier ein neues, weites und dauerndes Herrschaftsgebiet. Nicht religiöser Subjektivismus, sondern hart betonte und festgehaltene religiöse Übereinstimmung hatte diese Männer übers Meer getrieben, in dieser suchten sie ihrem religiös-politischen Ideal hier eine



Abb. 10. Die Gedächtnishalle der Harvard-Universität.
Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich.

Stätte zu bereiten. Das geschah freier in Connecticut, mit größter Strenge in Massachusetts. Hier fand der Calvinsche Gottesstaat seine Verwirklichung. Mit vollem Ernste wurde auf dem Neuland und ohne Behinderung durch äußere Feinde die Gleichsetzung von Staat und Kirche durchgebildet; das Geistlichenelement übte eine unbestrittene Herrschaft. Dem entsprach es, daß erstaunlich früh auf diesem Kolonisationsgebiet die Schule eine große Rolle spielte. Schon 1638 ist die Harvard-Universität bei Boston (Abb. 10) begründet worden, während die Südstaaten erst 1698 im William and Mary-College in Virginia eine Hochschule erhalten haben. Als später die finsteren Ausartungen des Puritanertums, von denen Nathaniel Hawthornes Novellen ein düsterlebendiges Bild geben, überwunden waren, ist daher hier das reichste geistige Leben entstanden, das Nordamerika überhaupt kennt. Noch heute ist Boston die Gelehrtenstadt der Union; Concord, der Sitz Emersons, liegt in Massachusetts, und fast alle die größten amerikanischen Dichter stammen aus dem Puritanerstaat.

Die politischen Überlieferungen und Anschauungen, die diese Pilgerväter aus dem Mutterlande mit herüberbrachten, wirkten besonders stark auf die Stellung der Kolonisten zu den Eigentümern ihres Landes, erst den Charterinhabern, dann der Krone, und zum Parlament. Neben dem englischen Verfassungsrecht haben aber zugleich auch die revolutionären politischen Gedankengänge, die aus dem Calvinismus erwuchsen, die Gedanken der Monarchomachen und des Covenants, ihre Spuren gezogen. Beide Anschauungskreise haben das amerikanische System der unabhängigen Selbstverwaltung begründet, das weit ausgedehnt, die Tätigkeit des Staates fast nur als Hilfstätigkeit erscheinen läßt. Und sie haben auf das Verhältnis des Einzelnen zum Einzelstaat, das des Einzelstaats zur Union dauernd eingewirkt. Nur wandelten sich die Wirkungen unter dem Drucke des großen Raums, in dem sie sich geltend machten, und der verschiedenen

natürlichen Bedingungen, auf die sie innerhalb dieses trafen, da und dort zu verschiedenen Ergebnissen.

Die erste und wichtigste Beschäftigung der Neu-England-Bürger war Rodung und Ackerbestellung. Doch reichte der Boden bald nicht mehr aus, Fischerei, Handwerk und Handel erstanden als besondere Gewerbszweige und bereiteten die soziale Klassenbildung vor. Aber zuerst war diese nicht vorhanden: wie sollte sie sich bilden, wo der Boden noch nicht erschöpft war, jeder leicht seine Beschäftigung wechseln konnte?

Reines Ackerbauland war auch das Verbindungsland zu den mittleren Kolonien, später der „Schlußsteinstaat“ genannt, Pennsylvania. Pennsylvania ist am allerschnellsten von allen Einzelstaaten der Union gewachsen, durch Kohle und Eisen und Petroleum ihr reichster Staat geworden. Aber dies hat im Zusammenhang mit der geistigen Struktur, die das Quäkertum seinen Bewohnern aufgedrückt hat, bewirkt, daß es sehr selten eine wirklich treibende Macht im Bundesstaate geworden ist, so wie es Massachusetts, wie es Virginien, später Südkarolina und dann New York wurden. Schweden, Holländer, Engländer, Deutsche siedelten sich hier an, fast jede Nation Westeuropas hatte hier ihre Vertreter. 1683, am 6. Oktober, kamen auf der „Concord“ die deutschen „Pilgerväter“, 13 mennonitische Familien aus Crefeld, und kam, durch Penn angeregt, Franz David Pastorius herüber, der der erste deutsche Bürgermeister und auch der Geschichtschreiber ihrer, der ersten deutschen Ansiedlung in Amerika überhaupt, wurde. Germantown wurde sie genannt, nahe Philadelphia, dessen Vorstadt es heute ist, bald ein Mittelpunkt des Gewerbfleißes und religiösen Lebens; die überhaupt erste Bibel, die in Amerika herauskam und sich weithin verbreitete, ist hier, bei Christoph Sauer, 1743 erschienen. So sehr sich die Quäker von den Puritanern unterschieden, so trafen sich doch beide Gruppen in der aus ihrer religiösen Stellung sich ergebenden konsequenten Ausbildung des demokratischen Prinzips. Wie in Massachusetts, war daher von Beginn an auch in Pennsylvanien eine ganz demokratische Verfassung eingeführt. Darum hat auch Penn zwar durch seine besondere Stellung als Quäker dauernde Wirkung auf seine Kolonie hinterlassen, als Charterinhaber jedoch dieselben Erfahrungen gemacht, wie seine Genossen alle.

Noch reichte die Gruppe der mittleren Kolonien: New York, New Jersey, Delaware an Bedeutung bei weitem nicht an die Neu-England-Kolonien heran. Aber noch vor dem Unabhängigkeitskriege hatte New York durch seinen Hafen, seine Wasserwege ins Innere, seine zentrale Lage inmitten der Kolonien schon Boston überflügelt. Die mittleren Staaten hatten mit Pennsylvanien von vornherein die gemischte Besiedlung gemein. In New York trat nur die englische Verwaltung an Stelle der holländischen, Eigentum und Rechte der Bewohner blieben unangetastet. Und so blieb es lange eine holländisch-deutsche Stadt; „Knickerbocker“, war der Spitzname dieser holländischen Kreise, deren humoristische Geschichte Washington Irving (Abb. 11) geschrieben hat. Aus der holländischen Einwanderung stammt auch die Familie Theodore Roosevelts; noch meint man in den kurzen, kernigen Sätzen seiner Schriften das niederdeutsche Blut zu spüren. —

An der Südgrenze von Pennsylvanien lief die Linie, die William Penns Erben mit Lord Baltimore vereinbart hatten. 1763—1767 von zwei englischen Feldmessern, Mason und Dixon, festgelegt, schied sie zunächst nur Pennsylvanien von Maryland und Virginien. Aber sie war — darum ist sie berühmt geworden als Mason- und Dixons-Linie — zugleich die Trennungslinie zwischen dem Norden und dem Süden, zu dem Maryland den Übergang bildete, und sie bezeichnete den schärfsten Unterschied in der Union, der sie vor 1865 beherrscht hat. Denn sie wurde die Scheidelinie zwischen den Sklaven- und den freien Staaten östlich der appalachischen Berge. Gänzlich verschieden war die wirtschaftliche und soziale Struktur im Süden gegen die der Neu-England-Kolonien und der mittleren Staaten am Hudson und Potomac. Hier herrschte der Tabakbau, der Reis, der Indigo, schließlich die Baumwolle von Anbeginn an. Die älteren Siedler im Osten Virginiens waren keine Engländer, die späteren englische und schottisch-irische Presbyterianer. Von Pennsylvanien her waren Deutsche gekommen, die dann weiter nach Süden und Westen zogen und die „oberen“ Gegenden von Carolina besiedelten, diese

in der Hauptsache Ackerbauer, kleine selbstarbeitende, gottesfürchtige Farmer. In die Niederungen von Carolina und Georgia zogen Hugenotten, in letzteres auch Deutsche (Salzburger), nach dem endgültigen Fall der Stuarts bei Culloden kamen Schotten. Aber viel wichtiger als diese Heterogenität im Volkstum sind zwei andere Tatsachen: 1607 wird der erste Versuch mit der Baumwollkultur in Virginien gemacht, 1619 legt das erste Schiff mit Negersklaven in Jamestown an. Noch trat die Baumwolle zuerst nicht so beherrschend hervor. Erst die Erfindung des „Cotton Gin" (1793) hat ihr die Stellung gebracht, daß die Baumwollstaaten im Süden überwogen und die anderen Südstaaten ihnen als Sklavenlieferanten dienten, beide zusammen die Union beherrschten. Tabak, Reis, Indigo hatte im siebzehnten Jahrhundert die Stelle der Baumwolle, und sie hatten mit ihr gemein, daß sie gebaut wurden in weiten Plantagen und mit schwarzen Arbeitern. Die natürlichen Bodenbedingungen und die Vergebung des Landes durch Unternehmer in großen Stücken begründeten diese Entwicklung, die das ohne weiteres übernommene und ausgebildete Arbeitssystem der Negersklaverei ungeahnt förderte und befestigte. Virginia beherrschte bald mit den Marylandpflanzern die englischen Tabakmärkte, Nordcarolina baute Tabak, Südcarolina erzeugte überwiegend Reis. Überall in den Niederungen des Südens waren so die Vorbedingungen gegeben für die Entstehung einer Aristokratie: einen engen Kreis großer Plantagenbesitzer, der in Staat und Kirche herrschte und alles von seinen Interessen abhängig machte. Weit herauf fuhren die Transportschiffe die großen Arme der Chesapeakebai; der Pflanzer bezeichnete seinem Korrespondenten in London die Höhe der Ernte und sendete ihm das Verzeichnis der Dinge, die er dafür zu kaufen und das Jahr darauf mit den Tabakschiffen herüberzuschicken hatte. So gab es eigentlich keinen Handel und keinen Mittelpunkt in Virginia, und naturgemäß wurde das Verhältnis des Pflanzers zu seinem Londoner Faktor leicht eines der Schuldabhängigkeit, da die Versuchung, mehr zu kaufen und die Ernte des nächsten Jahres zu verpfänden, oft zu groß war. Es war bald ein reiches und großes Leben unter diesen Virginiapflanzern, weiter Blick und Großartigkeit der Auffassung; zu Führerrollen waren sie geradezu vorbestimmt, Washington (Abb. 29), Jefferson, Madison, Monroe und Henry Clay sind aus dieser Klasse hervorgegangen, vier von den ersten sieben Präsidenten waren Virginier. Begeistert berichteten Reisende von dem altvirginischen aristokratischen Leben, voll Glanz und Behaglichkeit und feiner Sitte, wo freilich oft beim glänzenden Mahle in festlichem Saale die Scheiben im Fenster fehlten, die Fensterläden nur in einer Angel hingen und das ganze Haus verfiel, weil das Land keine Handwerker hatte und die aus England importierte Fensterscheibe erst von einem dazu aus dem Norden eingeführten Handwerksmann eingesetzt werden mußte. Die schärfste Ausprägung dieser Pflanzeraristokratie zeigte wie später, schon in der Kolonialzeit das von Reispflanzungen bedeckte Südcarolina. Hier, in den vom Fieber geplagten Sumpfniederungen, wo der Reis von den Schwarzen gebaut wurde, konnte der Pflanzer auf seiner Plantage nur kurze Zeit im Jahr bleiben. Hier entstanden nicht die Landsitze von fast europäisch-edelmännischem Anstrich wie in Virginia; die noch engere Reisaristokratie drängte sich im



Abb. 11. Washington Irving. (Zu Seite 18.)

Mittelpunkt des Landes zusammen, wo die Kaufleute die Ernte weiter verhandelten, und wo in Charleston ein Zentrum für Kultur und Bildung entstand, wie es Virginia noch nicht kannte. Geboren, zu befehlen, wenigstens in ihren Spitzen oft in den klassischen Bildungsstätten des Nordens oder sogar in England erzogen, wurde die oberste Schicht hier der Typus der sklavenhaltenden südlichen Aristokratie, in ihren guten und bösen Seiten, der Ritterlichkeit und der Übung in allen ritterlichen Künsten, dem politischen Blick und der Fähigkeit, zu führen und zu herrschen, aber auch ihrer Verachtung gegen den Krämergeist des Nordens, ihrer rücksichtslosen Selbstsucht, wo ihr Klasseninteresse in Frage kam. Aus Südcarolina sind die Intransigenten gekommen, John Calhoun, der die Staatensouveränität theoretisch ins äußerste, bis zur Lösung von der Union trieb, und seine Schule.

Die Herrschaftsform war im Süden schon in der Kolonialzeit eine Oligarchie. Hier wurde zuerst die Arbeit durch Negersklaven der Grundstein des ganzen politischen



Abb. 12. Crow-Häuptling in Kriegstracht. Ölstudie von George Catlin. (Zu Seite 28 u. 31.)

Systems. Die Sklaverei war vor der Revolution in allen Kolonien vorhanden, aber sie hatte im Norden schon in dieser Zeit keinen Boden mehr im Wirtschaftsleben und starb aus, weil sie unrentabel war. Nicht moralische Motive richteten zunächst den Norden gegen die Sklaverei; der Gegensatz erregte ihn, daß der Süden eine Macht in der Union besaß, die der Zahl seiner weißen Bewohner bald nicht mehr entsprach, die nur möglich wurde durch die Negersklavenarbeit. Als sittlich gerechtfertigt galt die Sklaverei ohne weiteres, da die Neger vor ihrer Einführung keine Christen waren; nach den Virginiastatuten sollten als Sklaven gelten „alle in die Kolonie eingeführten Personen, die keine Christen in ihrem Heimatlande waren; sie bleiben Sklaven, auch wenn sie nach ihrer Einführung zum Christentum übertreten“. Mit äußerster Schärfe suchte man die Rassentrennung zu wahren, wurden Verschmelzungen von Weißen und Negern geahndet, Erhebungen der Neger verhindert. Doch war in den Tabakgegenden das Los der Sklaven noch verhältnismäßig milde. In Südcarolina dagegen waren die Neger meist eben erst eingeführt, nach Charleston



Abb. 18. Indianerniederlassung. Ölstudie von George Catlin. (Zu Seite 28 u. 31.)

und anderen Häfen durch die Händler des Nordens; 1662 ist eine königliche afrikanische Gesellschaft für den Sklavenhandel begründet worden, an deren Spitze der Herzog von York stand und an der König Karl II. selbst beteiligt war. Wilder als die Tabaksneger Virginias, mußten diese eingeführten Neger in den ungesundesten Gegenden des Landes arbeiten. Hier suchte man zuerst den Grundsatz zu befolgen, aus dem Neger während seiner kräftigsten Jahre das Beste herauszunehmen, wobei der Absentismus der Besitzer und die Roheit der am Arbeitsertrag beteiligten Aufseher die Lage der Neger noch mehr verschlimmerten. Dabei übertraf deren Zahl die der Weißen beträchtlich, so daß die Angst vor Erhebungen nie zur Ruhe kam und zu den strengsten Sicherungsmaßregeln führte. Hier trat darum die Unsicherheit in der Stellung der Südstaatenpflanzer am frühesten und grellsten hervor, wie die tiefe soziale Unsittlichkeit, die in der Aufrechterhaltung eines solchen Arbeitssystems für die Machtstellung der dünnen Herrenschicht lag. Es war nur eine äußerliche Wandlung, als mit der Erfindung des Cotton Gin die Baumwolle an Stelle des Reises trat. Das System ist geblieben bis 1865, wie es schon in der Kolonialzeit ausgebildet worden war. —

Ursprünglich, also seit Jakob I., hatte das Parlament keinen Anteil an den kolonialen Dingen gehabt. Die Krone verlieh die Charter, war Quelle des Rechts und Eigentümerin des Bodens, sie trat an Stelle der Charterinhaber, wenn eine Kolonie durch Rückkehr der Charterrechte königlich wurde. Anfangs ließ der König den Kolonien eine gewisse Selbständigkeit. Dann versuchte man, die Kolonien fester zusammenzufassen, um sie besser im englischen Interesse zu verwenden. So ziehen sich schon durch die Stuartzeit Streitigkeiten um aufgehobene Charters, Besetzung der Gouverneurposten u. dergl. Mit dem Wandel, der sich im englischen Verfassungsleben mit der „glorreichen" Revolution vollzog, war die Regelung der kolonialen Angelegenheiten in die Hand des Parlaments gekommen. Auch die nordamerikanischen Kolonien hatten den Sturz der Stuarts, die auch ihre religiöse und politische Freiheit bedroht hatten, begrüßt, stürzten überall die von Jakob II. eingesetzten Gouverneure und erhofften eine Ära neuer Freiheiten vom Parlament. Aber dieses trat im englischen Machtinteresse einfach an Stelle des Königs, als Souverän, der die Kolonien in der Hand zu halten bemüht ist. Die alten Freiheiten kehrten den Kolonien nicht wieder.

In ihre neue Heimat hatten die Siedler soviel vom englischen gemeinen Recht mitgenommen, als „anwendbar auf ihre Lage" war. Gesetze, die das Parlament nach der Gründung einer Kolonie gab, galten nur als für Neu-England gültig, wenn es im Gesetz ausdrücklich gesagt war. Aber es gab darüber hinaus in den Neu-England-Kolonien schon eine Theorie, die auch von englischen Juristen und sogar im Parlament ausgesprochen worden ist: daß das Parlament ein Besteuerungsrecht gegen die Kolonien überhaupt nicht habe, da diese im Parlament nicht vertreten seien. Die Souveränität des Parlamentes war somit nicht unbestritten, doch ist die Frage nicht zu klarer Entscheidung gekommen; die brachte erst der Unabhängigkeitskrieg. Das Parlament erhob seinerseits aber durchaus den Anspruch der Souveränität. Auch haben die Kolonien sein Recht, den „äußeren" Handel zu regeln, bis zum Unabhängigheitskriege anerkannt. Sie nahmen die ganze Handels-, Zoll-, Schiffahrtsgesetzgebung, die Post- und Währungsmaßnahmen ohne Widerspruch noch hin. Dagegen lehnten sie, wie bemerkt, ein Recht des Parlamentes, innere Steuern zu erheben, ab. Es ist auch kein Versuch dazu vom Parlament gemacht worden, 1739 hat sich Walpole sogar ausdrücklich dagegen ausgesprochen. Verfassungsrechtlich war das Parlament der höchste gesetzgebende Körper des Reiches und somit zur Besteuerung wohl berechtigt; Lord Mansfield gab diesen rechtlichen Standpunkt in seiner Rede gegen die Aufhebung der Stempelakte später ganz unanfechtbar wieder: „Ein Mitglied des Parlamentes, gewählt für einen Wahlflecken, vertritt nicht nur die Wähler und Einwohner dieses besonderen Platzes, sondern er vertritt die City von London und alle Gemeinden des Landes, und die Bewohner aller Kolonien und Besitzungen Großbritanniens." Aber in dieser Theorie lag der Kernwiderspruch, dessen Lösung nur die Erschütterung der kolonialen Abhängigkeit von den altenglischen Verfassungseinrichtungen sein konnte. Man glaubte alle Engländer in diesem Parlament





Abb. 14. William Penns Vertrag mit den Indianern (1683). Gemälde von Benjamin West. (Zu Seite 28.)

„virtuell“ vertreten, während doch bei weitem nicht alle Engländer irgendwo zu ihm wählten. Dieser Widerspruch trat grell zutage, sobald das Mißverhältnis zwischen der wirtschaftlichen und inneren Reife einer Kolonie und ihrer politischen Unmündigkeit sich, Lebensinteressen verletzend, geltend machte.

Zunächst war dies nicht der Fall. Das Parlament hielt nach Kräften die industrielle Entwicklung hintan, vermied jedoch weitergehende Maßnahmen. Auch das königliche Veto bedeutete nicht viel. Im Staatsrat (privy council) wurden nämlich alle Gesetze einer Kolonie auf ihre Übereinstimmung mit den Gesetzen des Parlamentes geprüft, ja sie mußten übereinstimmen mit den Gesetzen und allgemeinen Gebräuchen Englands, wenigstens „soweit es die Umstände des Ortes gestatteten“. Auf Grund dessen konnte der König ein Vetorecht gegen jegliche koloniale Gesetzgebung geltend machen und bewahrte hier also äußerlich eine Stellung, die in England selbst längst hinfällig geworden war. Auch war eine Appellation vom höchsten Gerichtshof an den König im Staatsrat möglich. Aber seine Prärogativen waren nur Schein, das Vetorecht ist nur gelegentlich ausgeübt worden. Der König ernannte lediglich die Gouverneure und galt als Quelle alles Rechtes der Kolonien. Sein Vertreter war der Gouverneur, als Haupt der Exekutive nur beschränkt durch seine Instruktionen und die koloniale Gesetzgebung, zugleich oberster Richter, der die Richter der Kolonie, und Oberstkommandierender, der die wichtigsten Offiziere ernannte.

Gesetzgebende Körper gab es in allen Kolonien, an Stellung ähnlich dem Parlament, mit dem Steuerbewilligungs- und Auflegungsrecht ausgestattet, vom Gouverneur berufen und geschlossen. Die älteste Volksvertretung besaß Virginien, dessen General Assembly schon 1619 zum ersten Male zusammentrat. Von diesen gesetzgebenden Körperschaften waren mittelbar auch die königlichen Beamten (Gouverneure, Richter u. s. w., nicht die Zollbeamten) abhängig, indem jene alljährlich ihre Gehälter, die die Kolonie zahlte, bewilligten. Ein stehendes Heer gab es so gut wie nicht, die Kolonialmilizen standen nur zur Verfügung der eigenen Kolonie. So regierten sich, da eigentlich nur die Zollverwaltung und die Zollgerichtsbarkeit, sowie die äußere Handelspolitik in der Hand des Mutterlandes lagen, die Kolonien im ganzen nach eigenem Ermessen. Und das Mutterland sah diesen Zustand jahrzehntelang ruhig mit an, denn das Interesse an den kolonialen Angelegenheiten im einzelnen konnte zunächst nur gering sein. Die Kontrolle war durch die Verkehrsarmut der Zeit sehr erschwert; es genügte auch dies lose Abhängigkeitsverhältnis, wenn nur das wesentlichste Interesse Englands, die Aufrechterhaltung des Kolonialsystems, unverletzt blieb.

Dieser Zustand gestattete sogar, daß einzelne Kolonien, wie Connecticut und Rhode Island, tatsächlich schon unabhängig waren; sie wählten die Gouverneure selber und gaben sich Gesetze ohne jede Bezugnahme auf die englische Regierung. So liberal waren ihre Charters, daß sie die Revolution überdauern konnten, erst 1818 und — in Rhode Island — gar erst 1842 ersetzt worden sind. Natürlich half diese tatsächliche Lage mit, ein starkes Unabhängigkeitsgefühl zu entwickeln, während sie rechtlich von großer Bedeutung für das künftige Verfassungsleben des Landes geworden ist. In ihr ist doch deutlich schon die Verfassung der Einzelstaaten vorgezeichnet und skizzenhaft die daraus herauswachsende der Union. Als sich die Kolonisten die Verfassung von 1787 gaben, waren sie gewöhnt an geschriebene Verfassungen, an „limitierte Funktionen“ ihrer Faktoren, an ein Vetorecht, an Prüfung und gegebenenfalls Verwerfung ihrer Gesetze durch eine Behörde, gegen deren Entscheidung es keine Appellation gab. Die „Charter“ wird das Vorbild der „Konstitution“, das Vetorecht des Königs geht auf den Präsidenten über, die Stellung des englischen Staatsrats auf den höchsten Gerichtshof der Union. Organisch wuchsen die staatsrechtlichen Zustände der freien Republik aus denen der abhängigen Kolonien heraus; der Theorie brauchte bloß ihre schärfere Fassung und Formulierung zuzufallen. —

II. — Nur den äußersten atlantischen Rand nahmen diese Kolonien vom Penobscot bis zum Altamaha und Saint Marysfluß ein, und doch bargen sie schon die Gegensätze, die erst ein Bruderkrieg von vier Jahren zum vollen Austrag gebracht hat.



Abb. 15. Mount Vernon, das Landgut G. Washingtons am Potomac. (Zu Seite 66.)

Während sie noch nicht die Seenregion, kaum die Blauen Berge, noch nicht die Alleghanies, geschweige den Mississippi erreicht hatten, zogen um sie in weitem Bogen vom St. Lorenz über den Ohio bis zum Mündungsgebiet des Mississippi die Etappen eines kolonialen Neu-Frankreichs oder wenigstens die Träume davon. In der eigenartigen Verquickung von militärischer und geistlicher Eroberung, die zugleich den Händler verwendete und die den roten Mann — während ihn die spanische Kolonisation erdrückte, die englische vorerst nichtachtend übersah — für sich zu gewinnen wußte, vollzog sich diese französische Expansion. In Kanada und im Gebiet des Mississippi wogten die Kämpfe der Franzosen mit den Indianern, während der englische Kolonist sich im Osten langsam vorschob. Unstreitig hat dieses französische Vorgehen, das zuerst das Innere von Ostamerika entdeckt hat, einen großartigen Zug, zumal die französischen Jesuiten, die die schlimmsten Martern und Gefahren auf sich nahmen, um unter den Huronen zu missionieren, und die Gestalten mancher Gouverneure, so besonders des Grafen Frontenac, der 1672 Gouverneur von Kanada wurde, mit 52 Jahren erst diesen Boden betrat und ihn hervorragend verwaltete. Namentlich verstand er es wie kein Weißer sonst, mit den Indianern umzugehen. Als Frontenac im Jahre 1698 starb, stand das französische Kanada in Blüte; der Gewerbfleiß nahm zu und den Pelzhandel beherrschte es durchaus. Aber die Gedanken flogen weiter. Jean Talon, der Intendant von Kanada, träumte davon, an den Flußläufen hin das unerforschte Innere des neuen Kontinents für das Lilienbanner zu gewinnen, dann England auf den schmalen Streifen an der Seeküste zu beschränken und Spanien seine amerikanischen Länder am mexikanischen Golf streitig zu machen. Ein Abenteurer aus Rouen, Robert de La Salle, glaubte an eine Durchfahrt nach China und dem Westen auf dem Mississippi, dessen Mündung er im Golf von Kalifornien wähnte. Dort, im Tal des „Vaters der Ströme“, sollte Frankreichs Banner wehen. La Salle entdeckte den Ohio, wohl auch den Illinois, ein anderer Franzose war der erste Europäer, der in das Wogenmeer des Mississippi einfuhr. Von einem Fort am Ontario aus suchte dann La Salle, vom Gouverneur und Ludwig XIV. unterstützt, seine hochfliegenden Pläne für Frankreich durchzuführen. Gegen die Opposition der kana-

dischen Kaufleute und Jesuiten verfolgte er sie, 1679 furchte zum ersten Male ein europäisches Schiff, das er hatte bauen lassen, die Wogen des Eriesees. Unter unendlichen Mühen — er ist einmal 65 Tage lang zu Fuß nach Montreal gewandert — und Fehlschlägen ging er seinen Plänen nach; endlich konnte er seine Entdeckungsfahrt den Mississippi abwärts beginnen. Am 6. April 1682 erreichte er die Mündung des Stroms und erblickte als erster Europäer von hier aus die weite Fläche des Golfes von Mexiko. Unter Gesang und Musketengeknatter ergriff er für seinen König Besitz von dem ungeheuren Gebiet, das er durchfahren hatte. Von den Alleghanies bis zum Felsengebirge, vom Rio Grande und dem Golf von Mexiko bis zur Quelle des Missouri hin erstreckte sich das Land, dem er den Namen Ludwigs XIV. gab: ganz Texas und das ungeheure Mississippibecken umfaßte dies neue Land Louisiana, über die Seen hin zur Mündung des St. Lorenz sollte die Verbindung gehen mit dem Norden, mit Kanada: das französische Nordamerika schien Tatsache zu werden.

Die Erfolge entsprachen nicht den kühnen Hoffnungen. Wohl wurde 1701 die erste weiße Ansiedlung in Michigan gegründet, Priester und Soldaten förderten hier wie sonst das Vordringen Frankreichs, bis nach Neu-Mexiko hin zogen die französischen Entdeckungsfahrer und Missionare. Aber Louisiana gedieh nicht zu der erhofften blühenden Dependenz. Im Gegenteil ist die Erschließung des Landes verbunden mit einem der größten finanziellen Zusammenbrüche, die die Geschichte kennt. Für den Handel mit Louisiana hatte sich die berüchtigte Mississippikompanie unter John Law gebildet, Ansiedler gingen hinüber, die New Orleans, nach dem Regenten von Frankreich so benannt, gründeten, und man erwartete das Größte von der Tätigkeit der Gesellschaft. Aber es fehlte an brauchbaren Ansiedlern, die Gesellschaft wirtschaftete trotz unleugbaren Geschickes keinen Nutzen heraus, und als die Mississippigesellschaft 1720 vorzeitig zusammenbrach, zeigte sich, daß der ganze überschwengliche Traum von einer paradiesischen Entwicklung Louisianas nur eine Seifenblase gewesen war. $1^1/_2$ Million Livres waren von Law auf das ungesunde Land verwendet und verschwendet worden, ohne daß das geringste Dauernde entstanden war. Im Jahre 1732 gab die Mississippikompanie, der unfruchtbaren Kosten müde, das Land an die Krone zurück. Noch fünfzig Jahre nach der Entdeckung sollen in Louisiana nur 5000 Weiße gewohnt haben, dazu 2000 Sklaven. Denn das war das einzig Dauernde von Laws Versuchen: er hat die Schwarzen in diese Gegenden eingeführt, die seitdem dort wie sonst im Süden die Arbeitskräfte stellten. Freilich konnten erst der Anbau von Zuckerrohr und die Gründung von Zuckerplantagen dies Arbeitssystem zur Ausbildung bringen, wie der Kolonie überhaupt aufhelfen. Dann ist sie rasch und gründlich ein Sklavenstaat geworden wie Georgia oder Südcarolina. —

Es war ein Moment von geschichtlicher Großartigkeit, als La Salle die Denksäule errichtete zur Erinnerung an seine Besitzergreifung, ähnlich dem, als Balboa, von den Höhen des mittelamerikanischen Gebirges herabkommend, zum ersten Male die Wogen des Stillen Ozeans vor sich sah und den Namen Philipps II. als des Herrschers jener Gegenden ausrief, wie La Salle den des Sonnenkönigs. Momente geschichtlicher, wenn auch theatralischer Großartigkeit, als zum ersten Male einem Europäer der Ozean sich erschloß, der vier Jahrhunderte später zum Feld der Weltkämpfe werden sollte, als zum ersten Male der berauschende Traum europäischer Herrschaft im Zentrum Nordamerikas mit der Entdeckung der Mississippimündung festere Gestalt zu gewinnen schien — beide großartig und beide verrauschend, ohne geschichtliche Dauer. Weder dem romanischen Konquistador noch dem französischen Volkstum war hier die dauernde Herrschaft beschieden. Die französische Kolonialgeschichte in diesen Landen ist viel reicher als die englische an hervortretenden Männern, an wilden Kämpfen und kühnen Abenteuern, an gottseligem, durch kein Fehlschlagen und Leid zu beugenden Bekehrungseifer als die englische. Die französische Politik geht ins große, durch Handel und Bekehrung sucht sie die Indianer zu fesseln und große Gebiete sich untertan zu machen, die sie durch strategische Punkte zu halten sucht. Eine Grundlage der Festsetzung durch Ackerbauer zu schaffen, kümmerte sie nicht; man hat den Hugenotten, die nach 1685 nach der Neuen Welt ziehen wollten, aus religiösen Gründen, nicht gestattet, in Kanada ansässig zu



Abb. 16. Tod des Generals Wolfe. Stich von W. Woollett nach dem Gemälde von B. West. (Zu Seite 30.)

werden, während die englischen Kolonien gerade aus solchem Anlaß entstanden waren und der Zufluchtsort aller religiös Bedrückten blieben. Die Indianer suchte der Franzose zu gewinnen, indem er sich ihren Sitten anpaßte, selbst Graf Frontenac tanzte den Kriegstanz unter den Indianern, wenn er etwas bei ihnen durchsetzen wollte. Und sogar vor Vermischung mit den Indianern scheuten sie nicht zurück. Franzosen waren die „Waldläufer", die, wesentliche Stützen für die Pelzhändler, oft ganz im indianischen Wesen untergingen und von der Indianerliteratur mit einem oft sehr unberechtigten Schimmer der Romantik umgeben worden sind. Dem Neu-Engländer lag eine solche Vermischung mit dem roten Mann genau so weltenfern wie dem Südstaatenpflanzer die mit dem Neger. Seine Indianerpolitik war oft unklug, weil hochmütig, verachtend und zurückstoßend, achtete niemals irgendwelche Rechte des Indianers; von Anfang an war der Vernichtungs-Rassenkampf die einzige Begegnungsart zwischen Yankee und Indianer, die er geblieben ist. Nur an einer Stelle hat man die Indianer anders behandelt: William Penn hat 1683 den berühmten Vertrag mit ihnen geschlossen, der den Indianerhäuptlingen dieselben Rechte gab wie den Weißen und den Landerwerb direkt von den Indianern verbot (Abb. 14), aber auch seine weise und rechtliche Politik ist grundsätzlich entfernt von der der Franzosen.

Nicht von militärischen oder kirchlichen Eroberungsmotiven getragen war die Gewinnung Neu-Englands wie die französische, aus wirtschaftlichen Motiven ging sie langsam vorwärts, und da sie so ganz individuell bestimmt war, war die Abwehr bei aller persönlichen Tapferkeit des einzelnen Farmers oft so organisationslos, unterlagen die vorgeschobenen Siedlungen oft den Metzeleien der französischen und indianischen Siedler, von denen die Geschichte der Jahrzehnte bis 1750 so vielfach meldet. Aber trotz aller Rückschläge mußte die angelsächsische Besiedlung doch die dauernde sein, sie

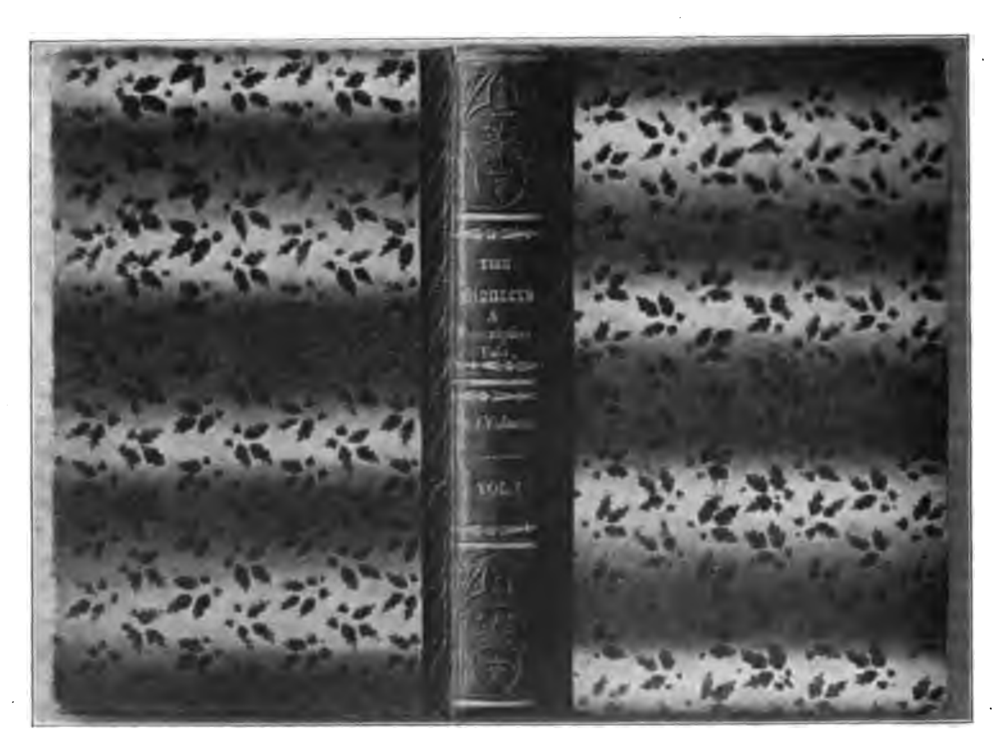


Abb. 17. Originaleinband der ersten Ausgabe der Lederstrumpf-Erzählungen von Cooper vom Jahre 1823.
Verlag von Charles Wiley, New York. (Zu Seite 31.)



blieb auch die Siegerin in dem Kampf um den neuen Kontinent, der zwischen England und Frankreich von Anfang an hin und her wogte.

Vier oder fünf interkoloniale Kriege zwischen Frankreich und England an der Westgrenze der englischen Kolonien zählt man. In ihnen wird meist nur mit kleinen Truppenzahlen operiert, die Guerilla wogt ununterbrochen, und es lohnt nicht, die Einzelheiten dieser Kreuz- und Querzüge, Indianerbünde und blutigen Metzeleien aufzuzählen. Aber diese Kriege nehmen an Umfang und Bedeutung zu, je mehr die Gegner erstarken und das Ringen sich zu der weltgeschichtlichen Entscheidung zuspitzt, die vor Quebec ihr Ende fand. Seit 1613 ging der Kampf; die Frieden von Rijswijk und Utrecht vermochten so wenig einen dauernden Abschluß herbeizuführen, wie der von Aachen (1748). Doch immer stärker drängte es zur Entscheidung, je mehr die Macht Frankreichs im fernen Westen im Vorschreiten zu sein schien. Durch die Forts, Missionshäuser und Handelsstationen knüpften sich weithin die Fäden französischen Einflusses, den gegenüber dem ungleichmäßigen Vorgehen aus den verschiedenen englischen Kolonien eine einheitliche Politik lenkte. Eine Kette befestigter Stationen verband schon Quebec mit dem Mississippi. Immer weiter ins Tal des Ohio herein schoben sich die Franzosen, während die englische Expansion mit der Mitte des Jahrhunderts gleichzeitig sich dahin vorzog: eine Ohiokompanie trat 1748 ins Leben, um Ansiedlungen jenseits der Alleghanies zu gründen. Und überall, in Kanada, an den Seen und am Mississippi standen die Indianer auf seiten Frankreichs. Die Entscheidung rückte näher, und sie mußte dem individuellen Einzelstaatsleben, der ausschließlichen Betonung einzelstaatlicher Sonderinteressen bei Gleichgültigkeit gegen die andern einen ersten Stoß geben, hin zu einem stärkeren Gemeinsamkeitsgefühl aller Neu-England-Kolonien.

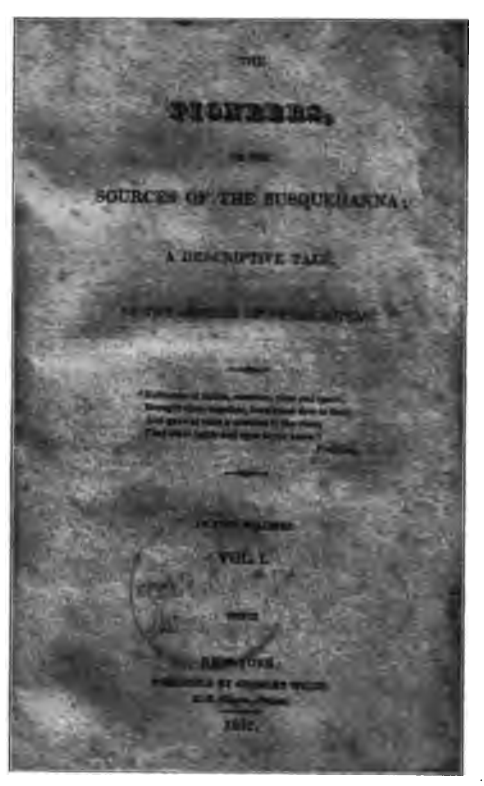


Abb. 18. Titel der ersten Ausgabe der Lederstrumpf-Erzählungen vom Jahre 1823. Verlag von Charles Wiley, New York. (Zu Seite 31.)

Im Frühling 1753 waren französische Truppen bis zu den Nordzuflüssen des Ohio gedrungen. Die englische Regierung befahl deshalb, eine Festsetzung der Franzosen am Ohio, der zu Virginien gehöre, zu verhindern, auch mit Gewalt. Der Gesandte des virginischen Gouverneurs, der diese Räumung fordern mußte, jedoch unverrichteter Dinge zurückkehrte, war, damals 21 Jahre alt, George Washington (Abb. 15 u. 29). Im nächsten Frühling geriet er an der Spitze virginischer Hinterwäldler da, wo heute Pittsburg steht, mit Franzosen und Indianern in ein unentschiedenes Gefecht: man kann es den Beginn des Kampfes nennen, der Frankreich die Stellung in Nordamerika für immer kostete. Und im Sommer desselben Jahres traten Delegierte verschiedener englischer Kolonien in Albany zusammen zu gemeinsamer Beratung über Verteidigungsmaßregeln im bevorstehenden Krieg. Zuerst tauchte hier, von Franklin entworfen, der Plan einer festen Vereinigung aller englischen Kolonien auf, den die englische Krone vorerst verwarf, wie merkwürdigerweise auch das neuenglische Volk, und der nach wenigen Jahrzehnten schon Wirklichkeit werden sollte. An der Schwelle des letzten Entscheidungsringens zwischen England und Frankreich um die Weltmachtstellung traten in Washington und der



Abb. 19. Sioux-Häuptling mit Frau und Tochter. Ölstudie von George Catlin. (Zu Seite 31.)

Versammlung von Albany schon der Mann und der Gedanke auf, die dem Mutterlande einen großen Teil seines Sieges wieder raubten, weil sie die zweite selbständige angelsächsische Weltmacht im Keime schon neben die erste sich eben erst zu vollem Glanze entfaltende stellten.

Der Krieg fing im Jahre 1754 ohne förmliche Erklärung mit Kämpfen der englischen und französischen Flotte an, doch begann erst, als Pitt an die Spitze des Ministeriums trat, eine planvollere und tatkräftigere Kriegführung. Während Englands Verbindung mit dem siegreichen Preußen Frankreich in Europa festhielt, nahm Pitt dessen endgültige Austreibung aus Amerika entschlossen auf. Er appellierte an das Stammesgefühl Neu-Englands, wies alle lautwerdenden Absichten, die Freiheiten der amerikanischen Kolonien einzuschränken, ausdrücklich zurück, und seiner staatsmännischen Kunst im Bunde mit der sich aufs äußerste anspannenden Unterstützung Neu-Englands fiel der Sieg zu. Im Jahre 1758 wurden Louisburg, die Forts Frontenac und Duquesne erobert; 1759 endlich brachte die Entscheidung. Nachdem Frankreich vom Binnenlande abgeschnitten war, fiel der letzte Schlag vor Quebec. Mit Anbruch des 13. September waren die Abrahamshöhen, nach denen die Schlacht auch den Namen der „Höhen" (Heights) trägt, von den englischen Truppen erstiegen, begann auf der Ebene unter den Mauern von Quebec das blutige Ringen. Montcalm sammelte seine Truppen und griff an. Es war ein Bild, das an den Angriff der französischen Garde am Abend von Waterloo erinnert: die vorstürmenden französischen Soldaten, die sie unbeweglich erwartenden roten englischen Linien, auf ganz kurze Entfernung dann das vernichtende Empfangsfeuer der Engländer. Dann gingen diese zum Sturm vor, die Hochländer vor allem entschieden einen schnellen Sieg. Fast zur selben Zeit fielen die Oberbefehlshaber auf beiden Seiten: Montcalm starb im Hospital, Wolfe, an der Spitze der Grenadiere zum Tode verwundet (Abb. 16), verschied auf dem Schlachtfeld, auf dem er einen der größten englischen Erfolge für sein Vaterland erfochten. Laut brauste der Jubel darüber über das großbritannische Reich und Amerika

hin; nur in Wolfes Heimatsdorfe in Kent ehrte das Volk durch stille Teilnahme den Schmerz der verwitweten Mutter des gefallenen Helden von Quebec. Am 17. September 1759 ging dieses ohne einen Schuß über, am 8. September 1760 übergab der Marquis von Vaudreuil Kanada mit allen seinen Dependenzen der britischen Krone. Wie zur selben Zeit Robert Clives Sieg bei Plassey und die Eroberung von Pondichery die Herrschaft über Vorderindien für England gegen Frankreich entschieden hatten, so waren im Pulverdampf vor Quebec die Träume La Salles von einem Neu-Frankreich vom St. Lorenz bis zur Mündung des Mississippi für immer in Fetzen zerrissen. —

In diesen Jahren erreichte das Vordringen der englischen, der irischen, der deutschen Squatters die Alleghanies und begann sie zu überfluten in die Länder hinein, die später die Staaten Ohio, Illinois, Kentucky, Tennessee bilden sollten. Unaufhörlich gingen die blutigen Zusammenstöße der Hinterwäldler mit den Indianern hin und her. Aber auf die Dauer vermochten diese, obwohl jetzt für sie der Kampf mit dem angelsächsischen Siedler um die Existenz begann und manche Häuptlinge das sogar fühlten, wie „König" Philipp oder der Häuptling Pontiac, das englische Vordringen nicht aufzuhalten. Viel Blut ist damals wie später in diesen Kämpfen geflossen, viel Grausamkeit und Roheit auf beiden Seiten zutage getreten, Verletzung anerkannter Rechte, viel persönliche Tapferkeit und Kühnheit und wilde Romantik: es sind die Jahrzehnte, in die J. Fenimore Cooper seine „Lederstrumpf-Geschichten" verlegte, die poetische Verherrlichung des edlen Indianers und des rauhen Hinterwäldlers, die die Abenteuer Natty Bumpos und des letzten Mohikaners und den von aller Kultur noch ganz unberührten Schauplatz ihrer Kämpfe mit einem immer wieder wirksamen romantischen Zauber umkleidete (Abb. 17—20).

Doch so groß und gefährlich diese Kämpfe der Peripherie aussehen mochten, die entscheidende Entwicklung berührten sie weiter nicht. Die vollzog sich unabhängig von ihnen in den Ländern östlich des großen Gebirgszuges, und sie vollzog sich in diesen Zonen vom Ende des Franzosenkrieges bis zum Ausbruch der Revolution in aufsteigender Linie. Auch im fernsten Süden kam das eben englisch gewordene Florida schnell in die Höhe. Die Gesamtbevölkerung wuchs von 1 600 000 (1760) auf fast $2^1/_2$ Million im Jahre 1775. Handel und Gewerbe waren überall aufgeblüht, die Revolution fand die Kolonien schon fast sich selbst genügend in ihrem industriellen Bedarf, wenn auch der größte Teil des Kriegsmaterials für die Befreiungskämpfe noch teils von England gekapert, teils von Frankreich hat geliefert werden müssen. Führend in den Kolonien waren unbestritten Massachusetts und Virginien — jenes mit 550 000, dieses mit 350 000 Einwohnern. Die kommende Schwäche der jetzt durch ihre politische Intelligenz unbestritten herrschenden Südstaaten kündigte sich in solchen Zahlen doch schon an. Gleich nach beiden kam Pennsylvanien mit 300 000 fast nur weißen Bewohnern, ebenso zählte Connecticut fast keinen Schwarzen; Südcarolina dagegen hatte unter seinen 200 000 Einwohnern fast



Abb. 20. James Fenimore Cooper.
Gemälde von C. Haber. Verlag von C. Linde & Co. Sophus Williams Nachf. in Berlin.

zwei Drittel Schwarze. Die kriegerische Kraft der Kolonien nahm ab mit dem Verhältnis ihrer weißen zu ihrer schwarzen Bevölkerung. Die Führer, politisch und militärisch, sind im Unabhängigkeitskrieg fast durchgängig Südstaatler, ausgefochten wird er vor allem mit nordstaatlichem Blut worden sein.

III. — Unter diesen günstigen Verhältnissen, die so deutlich das Reifwerden der Kolonien fühlen lassen, in diesem „goldenen Zeitalter“ (wie Hildreth diese Jahre nennt), wuchs die Stimmung für Selbständigkeit in der jüngeren Generation. Scharfe Beobachter, wie der General Montcalm, der vor Quebec fiel, oder der schwedische Reisende Peter Kalm haben dies schon lange vor dem offenen Bruch gesehen. Und Choiseul sprach es geradezu aus, daß gerade der Erwerb Kanadas den Sturz der englischen Macht in Amerika herbeiführen werde. Denn mit dem Pariser Frieden war das stärkste Band, das bisher die Kolonien auch wider ihren Willen fest an England geknüpft hatte, die Furcht vor den Franzosen, zerrissen. Jetzt wirkten die Gravamina der selbständiger werdenden Kolonien gegen das Mutterland ohne jeden Gegendruck um so lebhafter. Die günstige materielle Lage steigerte das Selbstbewußtsein und die Hartnäckigkeit der Opposition, die Ungeschicklichkeit der englischen Regierung dem gegenüber beschleunigte dann den gewaltsamen Bruch, der nur die Unabhängigkeit bringen konnte.

Äußerlich ist dieser Kampf der dreizehn Kolonien gegen das Mutterland mit dem Worte „konstitutionelle Opposition“ bezeichnet; es handelte sich um Verfassungs-, um Besteuerungsfragen. „Keine Besteuerung ohne Vertretung im Parlament.“ Wenn der Kolonist dies Schlagwort gebrauchte, so meinte er: keine Besteuerung ohne Votum eines gesetzgebenden Körpers, in dem jemand einen Sitz hat, ihm bekannt und mit seiner Beteiligung erwählt; er stützte sich dafür auf die Zusicherung der Charters, daß alle Kolonisten Rechte und Freiheiten des englischen Bürgers behalten sollten. Der Engländer konnte das Schlagwort nur gebrauchen im Sinne: keine Besteuerung ohne Votum des Hauses der Gemeinen. Darin aber traten sich schon grundsätzlich verschiedene konstitutionelle Theorien entgegen, die ohne Kampf oder ohne Erschütterung des ganzen altenglischen Verfassungslebens nicht zu versöhnen waren. So wichtig dieser Kampf aber war, so ist er doch nur der formale Ausdruck eines inneren Gegensatzes, der im englischen Kolonialsystem lag. Zu den ursprünglichen Motiven der auf Amerika gerichteten englischen Kolonialpolitik trat immer mehr die ausgesprochene Absicht hinzu, auf eigenem Boden die Rohstoffe und Produkte hervorzubringen, die England brauchte, aber bisher aus fremden Ländern beziehen mußte. Aus merkantilistischen Tendenzen erwächst ein Kolonialsystem, das der treibende Grund zum Kampfe mit Frankreich war und nun in seiner Fortbildung Interessen der Kolonien empfindlich traf. Kein Eisen durfte verarbeitet werden in dem Kolonialland, das der Abnehmer der industriellen Produkte des Mutterlandes, der Verkäufer seiner Rohstoffe an dieses sein und bleiben, seine Erzeugnisse nur in England oder durch englischen Zwischenhandel absetzen sollte. Vor der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts übte das Parlament einen Zwang vornehmlich aus durch die Navigationsakten. Nach den Gesetzen Karls II. und denen Wilhelms III. sollte der Handel des englischen Reiches beschränkt sein auf britische Untertanen: ausgeführt oder eingeführt sollte in britischen Kolonien nur werden auf Schiffen, die, in britischen Besitzungen gebaut, englischen Untertanen gehörten und mit solchen bemannt waren. An diesem Monopol nahm auch der koloniale Schiffsbau teil und blühte auf. Aber weniger im kolonialen Interesse lag schon das weitere Streben, den Handelsgewinn aus bestimmten „aufgezählten“ Stapelprodukten wie Tabak, Baumwolle, Indigo, Kupfer, Erz und Pelz dem Handel Großbritanniens allein vorzubehalten: nur nach England, nicht nach dem übrigen Europa durften sie ausgeführt werden. Diesen Verlust glichen teilweise das tatsächliche Monopol des virginischen und marylander Tabakbaues im englischen Reich aus, teilweise besondere handelspolitische Erleichterungen. Schwer hätte freilich die Auflage eines Prohibitivzolls (um die englisch-westindischen Besitzungen zu begünstigen) auf Zucker, der aus einem fremden Hafen in die Kolonien eingeführt werden würde, auf diesen gelastet, — wenn sie durchgeführt worden wäre.



Abb. 21. Patrick Henry. (Zu Seite 34.)

Aber das läßt sich überhaupt von diesen Beschränkungen sagen: die Kolonien gediehen unter diesem Systeme, weil die Gesetze, die wirklich Eintrag hätten tun können, von den Kaufleuten gegenüber den Zollbehörden umgangen wurden. Dagegen schädigte die merkantile Politik auf industriellem Gebiete die Kolonien tatsächlich schwer, sobald sie — und das geschah infolge der natürlichen Bedingungen recht schnell — hierin reif zu werden anfingen. Der Grundsatz der Arbeitsteilung zwischen dem Mutterland als Versorgerin mit industriellen Produkten und den Kolonien als Lieferanten der Rohstoffe jeder Art (z. B. gingen Roh- und Stabeisen aus den Kolonien in England zollfrei ein, Eisenverarbeitung über den Stand des Stabeisens hinaus war den Kolonien einfach verboten) ließ sich nicht mehr aufrecht erhalten, sobald die natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in den Kolonien Industrien entstehen ließen. Zwischen England und dem Süden war eine solche Arbeitsteilung, wenn auch nicht gesund, doch immerhin denkbar, hat auch noch Jahrzehnte nach der Befreiung bestanden. Zwischen England und dem Norden war sie auf die Dauer unhaltbar, daher sprengte der Interessengegensatz das Band zwischen Mutter- und Tochterland.

Reibereien hatte es schon seit dem siebzehnten Jahrhundert gegeben; sie waren niemals ernsthaft geworden, und auch die wirklich bedrohlichen hatten keine Folgen gehabt infolge der läßlichen Politik Walpoles und seiner Nachfolger. Auch Pitts im wohlverstandenen Interesse Englands vorgehende Kolonialpolitik hatte von Beschränkungen der kolonialen Freiheit nichts wissen wollen. Gegenüber den Wünschen der Gouverneure und den Klagen der hochkirchlichen Geistlichkeit, der Neu-England zu demokratisch war, sah er ein, daß der ungeheure Nutzen Englands aus seinen Kolonien nur sichergestellt bleiben konnte, wenn diesen möglichste Bewegungsfreiheit blieb. Diese selbst bewahrten auch noch eine starke Anhänglichkeit an das Mutterland, die sie freilich nicht hinderte, im Kriege um Kanada die Franzosen mit Zufuhr zu versorgen. Daher war auch der Gedanke der Einheit und Einigung trotz des Albanyplans von 1754 nicht lebendig; fortwährend lagen Kolonien miteinander im Streit, und im übrigen hatte jede Kolonie mit sich selbst genug zu tun. So wurde ein Staatenpartikularismus groß gezogen, den die ungeheure Ausdehnung des Landes und die tiefgreifende Verschiedenheit in den Existenzbedingungen der einzelnen Staaten verständlich machten, der aber schon im Unabhängigkeitskriege unerfreuliche Erscheinungen zeitigte und dann jahrzehntelang das innere Leben der Union beeinflußt hat. Es hätte vielleicht alles so bleiben können, hätte nicht die britische Regierung, indem sie die Durchführung der Handelsgesetze erzwang und durch Akte des Parlaments, den Kolonien Steuern auferlegte, den Konflikt aufgerollt, an dessen Ende Krieg, Unabhängigkeit, Union stand. Aber es ist doch fraglich, ob es in der Hand der englischen Regierung gelegen hätte, sich die amerikanischen Kolonien dauernd zu erhalten. Mit dem Augenblick, in dem die englische Weltmacht ihre Höhe, die sie dann im Ringen mit Napoleon nur verteidigt hat, erreicht hatte, beginnt der Zersetzungsprozeß in ihr. Das große Problem, wie dies Weltreich dauernd zu erhalten und zusammenzuschließen sei, tauchte damals schon auf, das seine Lösung bisher noch nicht gefunden hat. Man wird das Ungeschick der englischen Staatsmänner von damals nicht allein dafür verantwortlich machen, daß sie damals den richtigen Weg aus dem Dilemma nicht fanden, der bis heute noch nicht gefunden ist: wie eine wirtschaftlich reif gewordene Kolonie zu den Lasten des Weltreichs

heranzuziehen und wie sie einzufügen sei in das parlamentarische System dieses Landes. Das alte koloniale System der Schiffahrts- und Handelsbeschränkungen im Interesse des Mutterlandes konnte ja in keinem Falle aufrecht erhalten werden, je größere Fortschritte das gewerbliche Leben Neu-Englands machte. Auf ihm aber beruhte gerade der Nutzen des Mutterlandes zunächst durchaus, namentlich vom fiskalischen Standpunkte. Und den mußte jetzt Grenville, seit 1763 Premierminister, hervorkehren.

Der Siebenjährige Krieg in Europa und Amerika hatte Englands Finanzen sehr angegriffen. Um sie zu bessern, griff die englische Regierung dazu, die Durchführung der Handelsgesetze etwas schärfer zu kontrollieren. Jetzt machte sich der Mißstand geltend, daß diese Gesetze tatsächlich nicht nur durch Schmuggel umgangen, sondern eigentlich als nicht vorhanden betrachtet worden waren; nirgends hatten die Handelsgesetze einigermaßen durchgeführt werden können. Als man jetzt die Durchführung zu erzwingen versuchte, trat der Widerspruch zwischen der Lage der Kolonien und ihrer politischen Stellung gleich aufs grellste hervor. In Massachusetts nahmen die Zollbeamten, die tatsächlich machtlos waren, ihre Zuflucht zu den „Durchsuchungsvollmachten" (writs of assistance), die der Gouverneur ihnen erteilte (1761). Die Ausgabe dieser Scheine war unzweifelhaft gesetz- und verfassungsmäßig, gleichwohl erregten sie schweren Widerspruch, der sofort grundsätzlich wurde. Die berühmte Rede von John Otis, der sein Amt als Kronanwalt niedergelegt hatte, um gegen diese Writs zu argumentieren, ist der erste Sturmvogel der Revolution. Ihre rechtlichen Argumente sind freilich recht fadenscheinig; der Gegensatz aber der durch sie wehenden konstitutionellen Anschauung zu der englischen war fast schon der schärfste, der denkbar war. Die Verwendung der Scheine wurde für einen Akt der Tyrannei erklärt, und — ein solcher Mißbrauch hat schon „einem König von England sein Haupt, einem andern seinen Thron gekostet". Das Parlament könne nicht die Ausübung eines solchen tyrannischen Aktes legalisieren, es hat zu erklären, was gut für die Gesamtheit ist. Aber nicht diese Erklärung des Parlaments mache es dazu, sondern die höhere Autorität Gottes. Ist ein Akt des Parlaments gegen seine natürlichen Gesetze, dann ist seine Erklärung gegen die ewige Wahrheit, Billigkeit und Gerechtigkeit und daher hinfällig. Gedanken Lockes und des Naturrechtes sind es, die hier widerklingen; Otis hat sie 1764 noch weiter in dieser Richtung ausgeführt: Gott machte die Menschen alle von Natur gleich, und auf die Bedürfnisse dieser menschlichen Natur ist die Regierung begründet. Jede menschliche Gesellschaft hat die Freiheit, die Form der Regierung einzusetzen, die ihr die beste scheint. Die Kolonisten haben dieselben Rechte, wie andere Menschen, „Kinder desselben Schöpfers, wie ihre Brüder in Großbritannien. Die Natur hat alle in diesen Stand der Gleichheit und vollkommenen Freiheit gesetzt. Jeder britische Untertan, auf dem Kontinent von Amerika geboren, ist durch die Gesetze Gottes und der Natur, durch das Common Law und die Akte des Parlaments berechtigt zu all den natürlichen, inhärenten und untrennbaren Rechten unserer Mitbürger in Großbritannien." Also galt auch für Neu-England der Satz, daß niemand seines Eigentums beraubt werden könne ohne seine Zustimmung, persönlich oder durch Vertreter gegeben, und ein Unterschied zwischen äußerer und innerer Besteuerung bedeute dafür nichts.

Damit war in unvollkommenem Ausdruck der Konflikt und seine friedliche Unlösbarkeit bereits bezeichnet. Otis zog noch nicht den Schluß daraus gegen die englische Verfassung überhaupt, er meinte noch, daß die Kolonisten nur berechtigt seien zu untergeordneten Legislaturen und das Parlament immer die höchste über ihnen allen bleibe. Hier aber ging der andere Verkünder der Revolution, aus ihrem zweiten, südlichen Kernlande, rücksichtslos weiter: Patrick Henry (Abb. 21) aus Virginia. Er leugnete geradezu das Recht des Königs, gegen ein Gesetz der virginischen Legislatur sein Veto einzulegen: „Regierung bedeutet einen bedingten Vertrag zwischen dem König, der Schutz seinerseits zusagt, und dem Volk, das Gehorsam und Unterstützung anderseits verspricht." Eine einseitige Verletzung dieses Vertrages entbinde die andere Partei ihrer Verpflichtungen.

Henry war von schottischem Blute, und in seinen Argumenten bricht offensichtlich die Anschauung der alten Covenanters wieder durch. Naturrecht, Vertragstheorie, Volks-



Abb. 22. König Georg III. Gemälde von Allan Ramsay. (Zu Seite 40.)

souveränität, dabei starkes religiöses Empfinden: in dieser geistigen Disposition, die, auf dem kolonialen Boden erwachsen aus den religiösen und politischen Überlieferungen des Mutterlandes, selbständig anklingt an die großen Gedanken des achtzehnten Jahrhunderts überhaupt, zogen die vorgeschrittensten Kolonisten in den Kampf, aus ihr erwuchs als reiffte Frucht nach dem Kampfe die Verfassung der Union.

Nur erste Vorläufer waren freilich noch Otis und Henry, nur lokalen Streitfällen geben sie allgemeinen Ausdruck; ihre Anschauungen waren alles andere als Stimmung des ganzen Volks der Kolonien. Das Land war ruhig. Daß aber der Zündstoff dalag, zeigte sich zwei Jahre später, da es in offener Rebellion stand vom Penobscot bis zum

Altamaha. Der Anstoß kam von der englischen Regierung. Der Friede von Paris hatte England Kanada in den Schoß geworfen, damit zugleich die Aufgabe, es zu schützen und zu verteidigen. Nun brach gerade im Jahr 1763 ein Indianeraufstand los, erhebliche Truppenmengen mußten unterhalten werden, und der Gedanke lag nahe, dazu auch die Kolonien heranzuziehen, zu deren Schutz dies geschah. Dort war die Lust nicht groß; Abneigung gegen finanzielle Opfer, Mißtrauen gegen reguläre Truppen, Gleichgültigkeit der entfernteren Kolonien und die Eifersucht untereinander wirkten zusammen. Da entschloß sich Lord Grenville, die Handelsgesetze tatkräftig durchführen zu lassen und die Kolonien zum Unterhalt der Truppen heranzuziehen durch eine Stempelakte. Er versuchte also, auch die bisher in der Schwebe gelassene Frage der inneren Besteuerung im Sinne des Mutterlandes zu lösen. Damit begann der Konflikt, der ein außerordentlich einigendes Moment für die Kolonien in sich trug. Denn Zollerhöhungen, überhaupt die Handelsgesetze berührten sie immer nur in sehr verschiedenem Maße, am stärksten stets Massachusetts. Eine innere Besteuerung aber rief den Widerspruch aller wach, vom rechtlichen wie materiellen Gesichtspunkte aus traten alle dagegen auf. Im Jahre 1765 ging die Stempelakte ohne besondere Debatte gegen nur 50 Stimmen im Unterhaus durch und fand die königliche Bestätigung. Sie war verständig, ihre Erträge sollten nur in Amerika verwendet werden, und sie war zweifellos konstitutionell. Grenville hatte sogar vorher den Kolonialagenten vorgeschlagen, die kolonialen Legislaturen möchten der Einführung von Stempelsteuern zustimmen oder einen anderen Modus der Besteuerung durch das Parlament vorschlagen, er zog selbst einen Vorschlag, amerikanische Abgeordnete ins englische Parlament aufzunehmen, in Erwägung! Aus fiskalischem Interesse geht sein Vorgehen hervor; er will nicht die politischen Freiheiten beschneiden, für die er vielmehr nach einer erweiterten neuen Form sucht, die seine Nachfolger bis heute nicht gefunden haben. Aber schroff trat dagegen das Unabhängigkeitsgefühl, die naturrechtlichen Anschauungen, die wirtschaftliche Unzufriedenheit der Kolonien auf. Aufs lebhafteste protestierten die Kolonisten gegen jede Besteuerung durch das Parlament. Im April 1765 kamen die Nachrichten von dem Stempelgesetze über das Meer. Im Mai bereits beantragte Patrick Henry die berühmten ersten Virginia-Resolutionen, deren Annahme seine Rednergabe dem virginischen Kongreß aufzwang. Die kühnsten sind zwar wieder zurückgenommen worden, im ganzen enthalten sie schon den Gedankengang der Revolution und gingen bald in Nord und Süd von Hand zu Hand. In ihnen war ausgesprochen, daß die Bewohner von Virginia alle Rechte des englischen Volkes genössen, als wenn sie geboren seien innerhalb der Grenzen Englands, daß nur die General Assembly Virginias, zusammen mit dem Könige, das ausschließliche Recht habe, den Einwohnern der Kolonie Steuern aufzuerlegen. Noch bevor die Virginia-Entschließungen in Boston bekannt wurden, hatte schon Otis das dortige Repräsentantenhaus dazu fortgerissen, eine Versammlung von Ausschüssen aller einzelnen Assemblies zu einem Kolonialkongreß zu berufen, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Stempelakte herbeizuführen. Der Kongreß fand wirklich statt, am 7. Oktober 1765 in New York. Seine Bedeutung liegt nicht in seinen Beschlüssen, sondern in der Tatsache, daß er zustande kam. In einem Augenblick hatte der Widerstand gegen die Stempelakte den Kolonialpartikularismus über-



Abb. 23. Friedrich Wilhelm von Steuben. Stich von Albert Teichel. (Zu Seite 4 u. 44.)



Abb. 24. Friedrich Wilhelm von Steuben. Originalgemälde im Besitz der Familie. (Zu Seite 4 u. 44.)

wunden, gegen den England für Verteidigungszwecke so lange vergeblich angekämpft hatte. Der Stempelakte-Kongreß ist der Anfang der Union; zum ersten Male sahen sich die Radikalen aller Kolonien, die Männer der kommenden Revolution von Angesicht zu Angesicht, wenn auch Virginia nicht vertreten war und die beiden ersten Tribunen der Revolution sich wahrscheinlich niemals persönlich gesehen haben. Die Stempelakte war ein vollkommener Schlag ins Wasser, nicht ein Stempel konnte, als der Tag ihrer Gültigkeit kam, verkauft werden. Sogar Unruhen brachen in einigen Kolonien schon aus. Die Überraschung darüber war in England außerordentlich. Das englische Ministerium sah ein, daß auf diesem Wege nicht voranzukommen war und daß, wie Franklin, der vor dem Parlament vernommen wurde, sagte, eine nach Amerika geschickte Armee keine Revolution vorfinden, sondern eine solche hervorrufen würde. Pitt entschied den Entschluß des Parlaments, die Stempelakte aufzuheben, während zugleich die höchste Gewalt des Parlaments über die Kolonien nochmals feierlich betont wurde. Ein erster Sieg der Kolonien, ein erstes Nachgeben auf einer Bahn, auf der es keinen Halt mehr gab. Auch Pitt selbst,

der in Amerika gefeiertste englische Staatsmann, der noch im selben Jahr in das neue „Mosaikministerium" eintrat, hätte die Entwicklung kaum aufhalten können, selbst wenn er physisch in der Lage gewesen wäre, länger den entscheidenden Einfluß im Ministerium auszuüben. Nun aber wurde der Kanzler des Exchequer, Charles Townshend, der tatsächliche Leiter der Kolonialpolitik, und dieser griff zu einem neuen Mittel, die Einnahmen zu erhöhen, das der Anfang vom Ende wurde. Er schlug vor, Einfuhrzölle auf in die Kolonien eingeführte Waren zu erheben, und die Annahme seiner Gesetze regte gleich eine ganze Reihe von schwierigen Fragen auf. Die Kolonisten leugneten nicht das Recht des Parlaments, den äußeren Handel zu regulieren, und zahlten die daraus sich ergebenden Abgaben, wie den Exportzoll auf virginischen Tabak. Nur in einem Fall hatte sich bitter Streit erhoben über die Erhebung von Abgaben auf Einfuhr: bei der Zuckerakte, die, energisch durchgeführt, schwer auf den Kolonien lastete. Nun waren die Richter, von deren Entscheidung die Erzwingung der Abgabenzahlung abhängig war, ihrerseits mit ihren Gehältern von den Legislaturen abhängig, und war eine Kontrolle über die amerikanischen Zollbeamten 3000 Meilen davon tatsächlich unmöglich. Aus all diesen Schwierigkeiten glaubte Townshend herauszukommen, wenn ein englischer Ausschuß von Kommissaren in den Kolonien selbst mit dem amerikanischen Zollwesen betraut würde, wenn Streitfälle aus diesen Gesetzen entschieden würden in den Admiralitätsgerichtshöfen, ohne Geschworene, und wenn die Gehälter der kolonialen Richter und anderer Beamten aus den neuen Zolleinnahmen bezahlt würden. Damit war eine Fülle von schwierigen Problemen mit einemmal entstanden; der Erfolg entsprach dem auch. Massachusetts versendete sogleich ein Zirkularschreiben dagegen an die anderen Kolonien. Lord North, Pitts Nachfolger als Premierminister, der nun entschlossen war, die Amerikaner mit Gewalt zum Gehorsam zu bringen, ließ die Legislaturen, die sich damit beschäftigten, auflösen — in seltsamer Verkennung der Lage, da solche Auflösungen überall nur den Radikalismus stärken konnten. Die anderen Kolonien machten denn auch die Sache von Massachusetts zu der ihrigen. Die virginische Legislatur, jetzt ganz von den Radikalen beherrscht, faßte die zweiten Virginia-Resolutionen und forderte die anderen Staaten zur Zustimmung auf. Und als der Gouverneur die Versammlung auflöste, trat sie im Nachbarhaus zusammen und unterzeichnete hier die Verpflichtung, keine vom Parlament mit Zoll belegten Waren mehr einzuführen oder zu gebrauchen. Darin war das wirksamste Mittel gefunden im Kampf gegen England, der Boykott, und mit größter Energie wurde er durchgeführt. Im Laufe des Jahres faßten alle anderen Kolonien ähnliche Beschlüsse. Wieder versuchte das englische Ministerium nachzugeben, wieder nicht so, daß dem Streit ein grundsätzliches Ende gemacht wurde. Es hob alle anderen Abgaben, die in einem Jahre rund 295 000 Pfund Sterling eingebracht hatten, während die militärischen Aufwendungen in ihrem Gefolge zu gleicher Zeit 170 000 Pfund verschlungen hatten, auf, behielt aber die Abgabe auf Tee bei. So blieb die Kernfrage, auf die es den Kolonisten ankam: ob solche Abgaben ungesetzlich seien oder nicht, unberührt. Aber bei dieser Ware hätte sich der Präzedenzfall der Anerkennung durch Zahlung leicht einschleichen können. Tee war kein Hauptkonsumartikel; die holländisch-ostindische Gesellschaft versorgte Amerika mit fast allem konsumierten Tee, der eingeschmuggelt wurde, und so ist die Teeakte zunächst gar nicht von Bedeutung gewesen. Sie wurde es erst, als die Regierung die Kolonisten zwingen wollte, Tee, der den Einfuhrzoll gezahlt hatte, zu kaufen. 1673 war nämlich die englisch-ostindische Kompanie in schwere finanzielle Nöte geraten. Die Regierung gestattete ihr deshalb, Tee nach den Kolonien zu senden, mit Erlaß einer hohen englischen Inlandsabgabe, aber mit Auflage der Dreipennytaxe der Townshend-Akte. Die Gesellschaft hat, angeblich, selbst vor dieser Torheit gewarnt und angeregt, sie diese Abgabe in England zahlen und ohne weiteres auf den Preis schlagen zu lassen. Die Regierung bestand jedoch auf der Zahlung in Amerika. So sah das ganze Geschäft aus wie der Versuch, die Kolonisten zu bestechen: sie erhielten den Tee billiger als das englische Volk selbst und sollten dafür nur die kleine Auflage zahlen, deren Zahlung aber Anerkennung ihrer Rechtmäßigkeit bedeutete. Einstimmig lehnten Norden und Süden diesen ungeschickten Versuch ab. In



Abb. 25. Das Bunkerhill-Denkmal bei Boston.
Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich. (Zu Seite 44.)

Philadelphia und New York wurde überhaupt kein solcher Tee gelandet, in Charleston wurde er vernichtet, in Boston schließlich kam es zu der berühmten Explosion. Da einige Kaufleute hier doch den Tee der englischen Gesellschaft übernehmen wollten, drang am 28. Dezember 1773 eine als Indianer verkleidete Bande, die sich die „Söhne der Freiheit" nannte, auf die Teeschiffe und warf die ganze Ladung ins Meer.

Die Erregung in England und in den Kolonien war darüber ungeheuer. Alle Kolonien, mit Ausnahme von Pennsylvania, hatten jetzt Korrespondenzausschüsse. Denn dies Verfahren, nicht gesetzwidrig, aber außerhalb der Gesetze, hatte sich in den letzten Jahren herausgebildet als Mittel, die Kolonien miteinander in nähere Berührung zu bringen und zu halten. Wieder war es ausgegangen von Massachusetts und Virginia. Dort hatte das „Bostoner Blutbad“ im März 1770 — in Boston waren einige Menschen nach starker Herausforderung durch britische Soldaten verwundet und getötet worden —, obwohl die Truppen zurückgezogen und den Offizieren und Mannschaften der Prozeß gemacht wurde, die Frage des stehenden englischen Heeres in Amerika aufgerührt. Nach ihrer Meinung hatten die Kolonien ihre Zustimmung zu einer ständigen Garnison nicht gegeben, hatten daher die Truppen in Massachusetts ebensowenig verfassungsmäßiges Recht, wie die Beamten, die die unrechtmäßigen Eingangszölle erhoben. So lösten sich schon bei den kühneren Geistern der Kolonien theoretisch die Bande gesetzlicher Zusammengehörigkeit mit England. Einer von ihnen, Samuel Adams, hatte nun ganz Massachusetts mit einem Netz von örtlichen Korrespondenz-Ausschüssen überzogen, die die Erörterung der kolonialen Rechte und Pflichten immer wach hielten. Der Anstoß, diese gefährliche Organisation über das ganze Land auszubreiten, kam bald. In der Narragansettbai fuhr ein Wachtschiff der Zollverwaltung auf den Grund und war, von Bürgern von Providence angezündet, in Flammen aufgegangen. Obwohl die Täter in Providence allgemein bekannt waren, konnte eine Untersuchungskommission keinen von ihnen finden und mußte ihre Tätigkeit abbrechen. Aber die Nachricht von ihrer Einsetzung führte in der Assembly der „old Dominion“, Virginiens, unter Führung von Patrick Henry und des hier zum erstenmal auftretenden Thomas Jefferson — denn neben die Tribunen treten jetzt die militärischen Führer und die politischen Ausgestalter der Revolution schon auf den Plan — zur Einsetzung eines permanenten Korrespondenz-Ausschusses, der mit den Schwesterkolonien in Beziehung wegen solcher Fragen treten sollte. Zunächst folgten nur fünf Staaten in der Ernennung dieser Ausschüsse dem virginischen Beispiel, aber der Gedanke der Unabhängigkeit, vorerst nur von kühnen Einzelgeistern gedacht, fand jetzt in der Kombination des Adamsschen mit dem Henry-Jeffersonschen Plan eine vielverzweigte, eifrig arbeitende Organisation und damit die Vorbedingung des Sieges im amerikanischen Volke. Der Bostoner Vorfall brachte den Stein ins Rollen; der letzte Akt beginnt, bis zum ersten Blutvergießen. In England waren die öffentliche Meinung, der König (Abb. 22) und das Parlament jetzt einig, nun bis zum Äußersten durchzugreifen. Das Parlament suspendierte die Charter von Massachusetts und schloß den Bostoner Hafen; mit außerordentlichen Vollmachten wurde der Oberstkommandierende in Amerika, General Gage, weder geschickt noch tatkräftig, Gouverneur. Gleichzeitig dehnte eine Quebec-Akte die Grenzen dieser Provinz aus, indem sie das Land westlich der Alleghanies bis zum Ohio einbezog. Massachusetts, Connecticut, New Jersey, Pennsylvania, Virginia hatten Ansprüche an dies Gebiet, man faßte die Akte als Versuch auf, die Selbstverwaltungskolonien auf das Meeresufer zu beschränken. Als die Behandlung Bostons durch Gage bekannt wurde, stieg die Stimmung. Ein gemeinamerikanisches Gefühl kam auf; schon bot Washington (Abb. 29) an, 1000 Mann auf eigene Kosten auszurüsten und zum Schutz von Boston zu führen. Überall drang die radikale Partei vor. Und Jeffersons Summary View, in diesem Jahre erschienen, wagte bereits die radikale Theorie: der Boden der Kolonien gehört allein den Gemeinschaften, deren Arbeit ihn zum Gebrauch für die Menschheit brauchbar gemacht hat, also nicht dem König, sondern den Kolonisten selbst; das Parlament hat keine Gewalt über die Kolonien, als allein ihren äußeren Handel zu regeln. In Massachusetts aber nahm die Legislatur einen Antrag auf Berufung eines Kontinental-Kongresses an, der am 1. September in Philadelphia zusammentreten sollte. Alle Kolonien, außer Georgia, waren dort vertreten — es war eine erste gesetzgebende Versammlung der Union. Der Kongreß stand noch nicht unter der Herrschaft der weitgehenden Theorien Jeffersons, noch war sein Ton gemäßigt, und er fühlte sich durchaus noch in der Defensive. Man führte alle Beschwerden ausführlich an, aber ausdrücklich wurde dabei die höchste Loyalität beteuert. Daher einigte man sich vornehmlich nur auf



Abb. 26. Die Unterzeichnung der Unabhängigkeits-Erklärung durch den Kongreß in der Independence-Hall zu Philadelphia am 4. Juli 1776. Gemälde von John Trumbull. (Zu Seite 45.)

den Beschluß, keine Waren von England zu kaufen, und auf Schritte, die dessen Ausführung überall kontrollieren sollten. In jeder Stadt und Grafschaft sollten Ausschüsse darüber wachen, ihrerseits überwacht durch die Korrespondenzkomitees der einzelnen Staaten: es war die erste und schon bis ganz herunter greifende politische Organisation der Kolonien, und sie arbeitete mit vollem Erfolge. Im folgenden Mai sollten die Kolonien wieder zusammentreten, wenn die Beschwerden nicht vorher abgestellt seien. Dann freilich brauste schon der Lärm des Krieges über das Land, den das Vorgehen Gages zum raschen Ausbruch brachte. Es war offene Rebellion, als im Oktober 1774 die Assembly von Massachusetts sich trotz ihrer Vertagung durch den General auftat als besonderer Massachusetts-Provinzial-Kongreß. Regierte Gage nicht mehr gemäß der Charter von Massachusetts, so gab es keine verfassungsmäßige Autorität mehr im Lande und kein verfassungsmäßiges Band mit dem Mutterland, das diese Charter selbst aufgehoben hatte. Der Vertrag war gelöst nach der herrschenden naturrechtlichen Theorie, Massachusetts war selbständig. Sein Kongreß ernannte einen Sicherheitsausschuß und einen Generaleinnehmer und wies die Lokalbehörden an, die Steuern ihm als der rechtmäßigen Gewalt, nicht mehr dem Vertreter des englischen Königs, zu zahlen. Als Gage die Entwaffnung des Landes versuchte, floß am 19. April 1775 bei Lexington auf dem Wege nach Concord das erste Blut, in einem Scharmützel seiner Soldaten mit der Massachusettsmiliz. Die Engländer wurden auf dem Rückmarsch nach Boston zurückgetrieben, die Kolonialsoldaten begannen die Belagerung von Boston, der Krieg war da. —

IV. — Verhältnismäßig geringfügig waren die Anlässe, die so in drei Absätzen den Bruch herbeiführten. Daß er so leicht kam, daß sich Engländer und Amerikaner so bald als Feinde in der Feldschlacht gegenübertraten, ist nicht wunderbar, da die immer mehr sich anspannenden wirtschaftlichen Gegensätze durch den fiskalischen Zwang des Mutterlandes zum Ausbruch gebracht und nicht durch ein starkes Gemeinsamkeitsgefühl paralysiert wurden. Der Schwerpunkt der zum Bruch treibenden Kreise lag in den Neu-England-Kolonien. In den mittleren und südlichen Kolonien gab es dagegen noch viele Sympathien für England; man nannte diese Kreise die Torys, besonders die Schotten hatten einen stark royalistischen Zug. Aber die Bande waren doch schon sehr locker, sie beschränkten sich ja nur auf die Beamten, da die Einwirkung der englischen Hochkirche gegenüber dem Puritaner- und Quäkertum und dem Presbyterianismus gering, von diesen die puritanische Geistlichkeit schlechthin englandfeindlich war. Der Verkehr war noch viel zu schwach, um einen ständigen geistigen Austausch zu ermöglichen, und die koloniale Natur des Landes und der Arbeit beförderte die innere Lösung von England um so unbehinderter, als die Einwanderung aus diesem nicht sehr stark war, die Einwanderer aus Irland, Deutschland, Frankreich, Holland aber, die schon nach sieben Jahren Aufenthalts Bürger wurden, von irgendwelchen inneren Beziehungen zu England ganz frei waren. Waren doch 27 Deutsche in Nordcarolina die ersten, die sich von England lossagten; aus ihrem Kreise ist 1775 die Mecklenburger Unabhängigkeits-Erklärung hervorgegangen, deren Anfang und Schluß mit der Jeffersonschen wörtlich übereinstimmen.

So nahm man den Krieg auf, im Bewußtsein, mündig geworden zu sein, in günstiger materieller Lage, mit einigen Kriegserfahrungen, aber ohne ausreichende militärische Organisation. Der Krieg bietet im ganzen keinen großartigen Anblick. Die englische Kriegführung hatte den Gegner unterschätzt und stand nun dem neuen Problem, das ihr die Großräumigkeit des Kriegsschauplatzes auferlegte, ratlos gegenüber. Schon damals trat diese Schwäche Englands hervor, das verhältnismäßig leichte und kleine Kolonialkriege verwöhnt hatten, ebenso aber zeigte sich auch die immer von den englischen Truppen bewährte Tapferkeit im Kampf in Reih und Glied. Jedoch auch auf amerikanischer Seite ist der Krieg durch den Stolz späterer Geschlechter übermäßig verklärt worden. Die Lage, in der Washington und sein Heer häufig waren, hat nichts Erhebendes an sich; ohne die Hilfe von außen und ohne die Unfähigkeit der englischen Führung wäre die Unabhängigkeit niemals erfochten worden. Dazu war die Stimmung für den Krieg viel zu wenig einheitlich, fehlte es an Opfermut, an Disziplin, an Organisation und Ersatz des Heeres und an den materiellen Mitteln. Die Farmer haben ruhig die englische

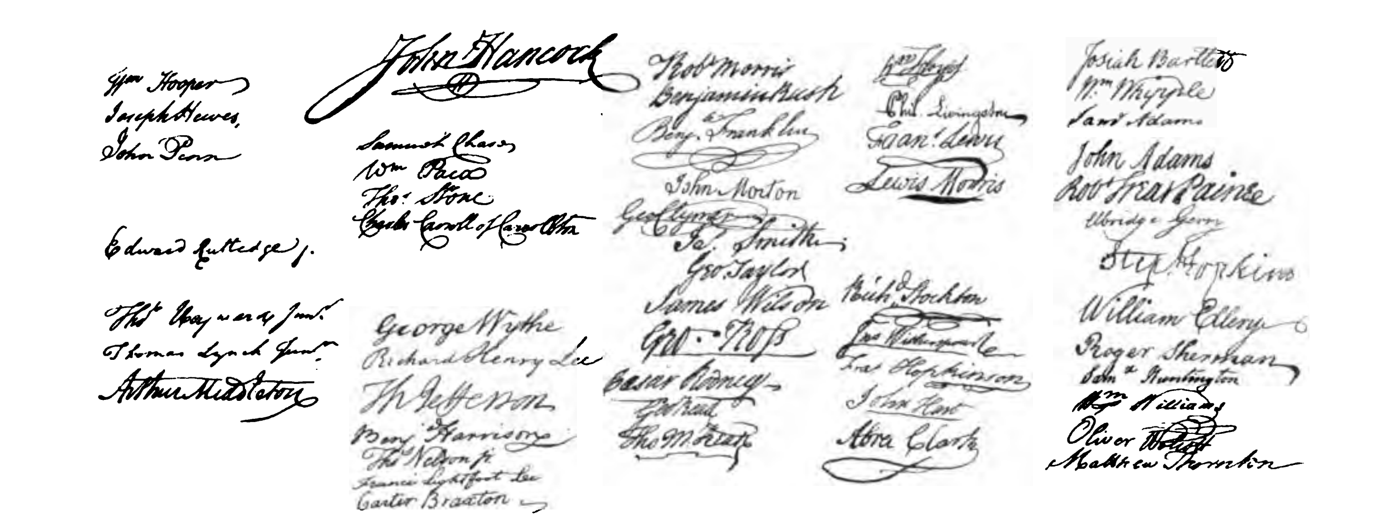


Abb. 27. Die Unterschriften der Unabhängigkeits-Erklärung. (Zu Seite 45.)

Armee mit Zufuhren unterstützt, während Washington mit Gewalt requirieren mußte. Aber ein reizvoller und großartiger Prozeß bleibt es, wie in den Nöten des Krieges und den Eifersüchteleien der einzelnen Staaten langsam das Gebäude einer neuen, einer alle umfassenden Unionsverfassung hervorwächst, anknüpfend an Erfahrungen und Ergebnisse der Vergangenheit, sich richtend nach ihren Lehren und wesentlich bestimmt durch die drängenden Bedürfnisse des Tages.

Das Kriegstheater erstreckte sich vom höchsten Norden der dreizehn Kolonien zum Süden; in west-östlicher Richtung von tiefen Flüssen vielfach durchzogen, konnte es durch ein Vordringen von Norden nach Süden hin nicht oder nur mit ganz unverhältnismäßigem Truppenaufgebot erobert werden. Und in den einzelnen Abschnitten war wieder der Unterschied zwischen der Seeseite und dem Inneren zu überwinden. Den Engländern mußte es daher darauf ankommen, das Heer der Amerikaner mit voller Kraft zu fassen und zu vernichten. Wäre das von vornherein geschehen, so wären die Amerikaner jedenfalls unterlegen. Wohl fochten die Milizen tapfer im Kampf, aber dann legte der Farmer seine Muskete nieder und ging zurück zur Arbeit. Diesen unorganisierten, ungeübten, unter allen Mängeln eines verkehrsarmen Landes leidenden Milizen standen die gut ausgerüsteten, geübten und verpflegten britischen Soldaten gegenüber. Mit unsäglicher Mühe hat Washington erst während des Kriegs, unterstützt vor allem durch einen preußischen Offizier aus der Schule König Friedrichs, Friedrich Wilhelm von Steuben (Abb. 23, 24), aus diesem Material eine einigermaßen kriegsbrauchbare Truppe schaffen müssen. Es war das Glück der Amerikaner, daß die Briten ihrem Vorgehen gerade den verkehrten strategischen Gedanken zugrunde legten: sie suchten das Land zu erobern, meinten durch Eroberung der Städte New York, Boston, Philadelphia den Gegner im Innern zu treffen und zersplitterten nur ihre Kräfte, da jeder eroberte Platz eine Armee zur Besetzung forderte und doch immer neue Schwierigkeiten aus den natürlichen Verhältnissen des Landes, das streifenweise erobert, streifenweise sich selbst zu verteidigen imstande schien, entstanden. Doch wären wohl auch so die Amerikaner unterlegen, wenn sie nicht Bundesgenossen gefunden hätten. Frankreich, dann Spanien und Holland traten ihnen zur Seite, die Hilfe Frankreichs im besondern entschied den Kampf zu ihren Gunsten.

Die Belagerung Bostons begann am 19. April 1775 und dauerte bis 17. März 1776. In der ersten großen Schlacht des Krieges, der von Bunkerhill (bei Boston), (Abb. 25) errangen die Amerikaner keinen Sieg, aber erst beim dritten Sturm gelang es den Engländern, den Hügel zu erstürmen; die erste große Feuerprobe war ehrenvoll für die amerikanische Miliz ausgefallen. Während ihrer ersten Kämpfe trat der zweite Kontinental-Kongreß in Philadelphia zusammen, der bis 1781 gedauert hat. Seine Haupttat war, daß er dem Heere einen Oberbefehlshaber gab; im Juni 1775 wurde George Washington, der als virginischer Delegierter in Philadelphia anwesend war, dazu gewählt. Er hat an der Spitze einer in der Zahl fortwährend schwankenden, undisziplinierten, oftmals ungenügend gerüsteten Armee organisatorisch Unvergleichliches geleistet. Im März 1776 erzwang er die Räumung Bostons, während ein gleichzeitiger Einfall in Kanada vollständig scheiterte. Immer klarer aber trat schon während dieser ersten Kriegsereignisse heraus, daß das Ende nur die volle Befreiung sein konnte. Die Aufnahme, die König Georg einer Petition des Philadelphia-Kongresses bereitete, entfremdete das Volk in Masse nun auch dem Loyalitätsgefühl gegen den Herrscher, und in der ersten Hälfte von 1776 drang das Sehnen nach Unabhängigkeit schon immer übermächtiger durch. Die Verwaltung der Kolonien war in großer Unordnung; wer war überhaupt Herr in ihr, wenn die Kolonie in offener Empörung war? Der Kongreß empfahl daher jeder Kolonie, eine Form der Regierung anzunehmen, die sie für die beste halte. Virginia zog sich zuerst aus den Schwierigkeiten und gab sich schon im Juni 1776 eine Verfassung, die erste Staatenverfassung in der Union. Und Virginia drängte nun, als unbestrittene Leiterin, dahin, die Unabhängigkeit förmlich auszusprechen, um einen engen Zusammenschluß der Kolonien und vor allem Bündnisse mit fremden Staaten möglich zu machen. Der Antragsteller wurde von John Adams aus Massachusetts unterstützt, ein



Abb. 28. Die Independence Hall in Philadelphia, in der die Unabhängigkeits-Erklärung angenommen wurde.

Ausschuß mit einem Entwurf beauftragt. Es ist bekannt, daß Jefferson diesen gemacht hat und sein Entwurf nur wenig geändert wurde, als er nach geheimen und geheim gebliebenen Debatten am 4. Juli 1776 als die Unabhängigkeits-Erklärung angenommen wurde (Abb. 26, 27, 28). In ihr war der große theoretische Rahmen gegeben, aus dem das Gebild der Verfassung nach heißen Kämpfen elf Jahre später hervorging. Sie enthielt die Theorie der amerikanischen Demokratie und war das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung, die sie allein verständlich macht. Bei ihrem Verfasser tritt, wie bei den Autoren von Staatspapieren der Revolutionszeit überhaupt, eine erstaunliche konstitutionelle Kenntnis und literarische Geschicklichkeit hervor, und sie zeigte durchaus den Geist, ja manchmal geradezu die Worte Lockes. In nüchternen, aber wuchtigen Sätzen zählte sie mit fortwährend wiederholtem: „Er hat u. s. w." die Verletzungen ihrer „unveräußerlichen" Rechte durch den englischen König auf, die die Kolonien zwingen, ihr gegenwärtiges Regierungssystem zu „ändern", und: „im Namen des guten Volkes dieser Kolonien" erklärten seine Vertreter diese zu freien und unabhängigen Staaten. Der Geist, der durch dies merkwürdige Schriftstück weht, berührt sich mit französischen Theorien des achtzehnten Jahrhunderts. Beeinflußt haben diese ihren Verfasser nicht. Außer Montesquieu kannte Jefferson keinen französischen politischen Schriftsteller; erst seit 1784, als er als Gesandter nach Paris gekommen war, ist er mit dieser Gedankenwelt in Berührung gekommen. Die Theorie der Unabhängigkeits-Erklärung ist originales Produkt des englischen Geistes auf kolonialem Boden.

Im Jahre 1776 drang der neue englische Kommandierende, William Howe, in dessen Heere sich ein großer Teil der von ihren Fürsten vermieteten deutschen Soldaten befand, in den Hafen von New York ein und schlug die Amerikaner bei Brooklyn. Trotzdem ließ Howe Washington entkommen, obwohl sich die amerikanischen Truppen fortwährend verminderten und schlecht ausgerüstet waren. Die Lage Washingtons wurde immer verzweifelter, die

Niederwerfung der Rebellion im Frühjahr 1777 schien sicher. Aber Howe fehlte es an Energie. In der Weihnachtsnacht von 1776 konnte Washington den Delaware überschreiten (Abb. 49), und hier glückte es ihm, bei Trenton das hessische Detachement zu überraschen und zu schlagen. Damit war einer der kritischsten Momente im ganzen Kriege vorbei. Im nächsten Jahr konnte zwar Howe noch Philadelphia erobern und kämpfte Washington unglücklich gegen ihn. Aber dafür brachte dieses Jahr einen vollen Erfolg in andrer Gegend: der General Burgoyne wurde gezwungen, bei Saratoga zu kapitulieren (17. Oktober 1777) (Abb. 31). Dieser unerwartete und glänzende Triumph führte nun endlich dazu, daß Frankreich die Unabhängigkeit der dreizehn Kolonien anerkannte und mit ihnen Handelsvertrag und Bündnis abschloß (6. Februar 1778). Die geheime Unterstützung Frankreichs wie auch Spaniens hatten die Kolonien schon seit 1776 genossen; ohne sie wäre die Revolution an dem fürchterlichen Geldmangel eingegangen. Nach Saratoga aber führte die emsige Arbeit der amerikanischen Emissäre in Europa zu offener Hilfe. Ohne genauere Kenntnis der eigentlichen Zustände und Gegensätze begeisterte sich dieses und namentlich Frankreich für den Sieg der Freiheit und Gleichheit, der sich jenseits des Ozeans vorzubereiten schien. Die politischen Gedanken der Unabhängigkeits-Erklärung trafen auf verwandte Stimmungen in Frankreich und auch in Deutschland. Offiziere gingen nach Amerika, wie Kalb und Steuben aus Deutschland, wie der Pole Kosciuszko, um drüben für die Freiheit zu fechten. Diese moralische und materielle Hilfe war Washington schon das ganze kritische Jahr 1777 hindurch, das Jahr, in dem Lafayette nach Nordamerika gekommen war, sehr zuhilfe gekommen. Jetzt, nach Saratoga, wurde sie entscheidend. König Friedrich sperrte die Durchfahrt für die deutschen Söldner Englands, Frankreich schloß einen Vertrag mit den Rebellen. So sah sich England mit einem Male vor einem neuen Kriege mit Frankreich und Spanien. Seine öffentliche Meinung schlug um, seine Regierung versuchte durch Nachgeben die amerikanische Krise noch zu lösen, und englische Unterhändler bemühten sich, den Kongreß in Philadelphia zum Frieden zu bestimmen. Aber trotz der jämmerlichen Lage des Heeres, trotz der Geldkrisis und trotz der vorhandenen starken Stimmung für England lehnte der Kongreß ab. Denn seit dem Vertrage mit Frankreich war die Unabhängigkeit den dreizehn Kolonien sicher. Der Krieg mußte weitergehen, aber er war seit dem Jahre 1778 für England schon verloren. Denn es vermochte, fast in allen Teilen der Welt festgelegt, ihn hier nicht mehr mit dem nötigen Nachdruck zu führen.

Seit 1780 richtete Clinton, Howes Nachfolger, sein Augenmerk auf den Süden, da er mit seiner unzureichenden Streitkraft den Norden doch nicht erobern konnte und weil er an eine starke royalistische Bevölkerung und Stimmung im Süden glaubte. In einzelnen Teilen von Carolina und Georgia war diese Hoffnung auch nicht unbegründet; von hier aus suchte er zu operieren. Savannah wurde erobert und gegen eine französisch-amerikanische Flotte gehalten, 1780 ergab sich auch Charleston. Aber Clinton mußte nach New York zurückkehren, um ein französisches Heer zu erwarten, das unter Rochambeau im Sommer 1780 in Newport landete. Im Süden blieb Lord Cornwallis (Abb. 33). Dieser eroberte Südcarolina und begann Nordcarolina zu unterwerfen. Es gelang ihm im März 1781 noch, seinen Feind zu schlagen, dann entschloß er sich, da sein fähiger Gegner Nathanael Greene die Räumung von Südcarolina und Georgia erzwang, nach Virginia zu marschieren und dies zu erobern, wo nur ein kleines amerikanisches Heer unter Lafayette (Abb. 4) stand. Er richtete sich dort fest ein im Lager von Yorktown am Jamesflusse. So war die Lage im September 1781, als die nun endlich nachdrücklicher werdenden französischen Operationen den Krieg entschieden. Die französische Flotte in Newport war lange blockiert gewesen, fast ein Jahr lang lag die französische Armee untätig dort, um ihre Schiffe zu schützen. Jetzt kam der französische Admiral in Westindien, De Grasse, und wollte mit Washington zusammenwirken, um Cornwallis unschädlich zu machen. Clinton glaubte die Belagerung von New York begonnen, während die verbündeten französisch-amerikanischen Truppen nach der Chesapeakebai marschierten, wohin die französische Flotte ebenfalls unbemerkt kam. De Grasses großer Gegner in Westindien, Rodney, schickte eine ungenügende britische Seemacht; die beiden Flotten



Abb. 29. George Washington.
Stich von T. Cheesman nach dem Gemälde von John Trumbull. (Zu Seite 40 u. 44.)

kämpften unentschieden, doch so, daß die englische nach New York zurückging, De Grasse von der Chesapeakebai nicht abgedrängt wurde. Einen Augenblick war damit die Herrschaft zur See in den Händen der Verbündeten: er genügte, um Cornwallis' Los zu entscheiden, der am 18. Oktober 1781 kapitulieren mußte (Abb. 32). Auch jetzt war der Krieg nur gewonnen durch die Gunst der allgemeinen politischen Lage. Die Finanznot Neu-Englands war unerträglich, wiederholt sind im Heere, das säumig bezahlt wurde, Verschwörungen gegen den Kongreß entstanden. Aber England knüpfte 1782, um freie Hand zu bekommen, mit Franklin in Paris Verhandlungen an, und unter Bruch ihrer Instruktionen kamen die amerikanischen Emissäre zu einer Einigung mit ihm, ohne Wissen Frankreichs. Am 3. September 1783 wurde der Pariser Friede unterzeichnet; am 23. Dezember gab Washington das Oberkommando feierlich in die Hand des Kongresses zurück (Abb. 35). So genau es nach den Mitteln der Zeit möglich war, wurden die Grenzen des neuen Staatswesens verzeichnet: die Südgrenze von Kanada im Norden, die Nordgrenze von Florida im Süden, im Westen der Mississippi. Doch erst 60 Jahre später sind die letzten Grenzstreitigkeiten aus diesem Vertrag entschieden worden. Vor allem aber waren die dreizehn Kolonien nun als unabhängige Macht losgelöst vom Mutterlande.

Materiell war die Lage nach dem Kriege nicht so schlimm, wie man gefürchtet; die Bevölkerung hatte sogar zugenommen, Rhode Island und Georgia allein machten davon eine Ausnahme. Der Hauptgrund dafür war, daß die Standorte des Krieges in den Jahren gewechselt hatten, erst Neu-England, dann die mittleren Kolonien, die Küste und schließlich Virginia Schauplatz gewesen war. So war keine Kolonie ganz ausgesaugt worden, im Gegenteil war an den Lieferungen für die englischen und französischen Truppen erheblich verdient worden und die Tabakernte nicht unterbrochen gewesen. Der Ackerbau ging weiter, manche Industrien waren gerade während des Krieges in die Höhe gekommen. Freilich war die finanzielle Lage sehr ungünstig, und nun strömte nach dem Kriege englische Ware in Masse ins Land, so daß viel Bargeld aus diesem herausging. Die Jahre 1783—1788 konnten darum mit Recht vor anderen und noch mehr als die Kriegsjahre „die kritische Zeit" der amerikanischen Geschichte genannt werden. In diesen selben Jahren aber mußte nun auch dieser Staat sich verfassungsrechtlich auf eigene Füße stellen, seine noch recht unbestimmten und losen Bundeseinrichtungen endgültig festlegen.

V. — Die verfassungsrechtliche Entwicklung war während der Unruhe und Gefahren des Krieges ihren Gang gegangen, weil sie ihn hatte gehen müssen. Die Kolonien gaben sich, in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Kongresses, Verfassungen, und je mehr die erste Freiheitsbegeisterung verflog, um so mehr beherrschten die lokalen und staatlichen Angelegenheiten wieder das Interesse. In diesen Jahren verwandelten sich die Kolonien in „Staaten"*), aber sie sind nicht von Anfang ihrer Selbständigkeit an souveräne Staaten gewesen. Das duldete die unmittelbare Not nicht: der Kontinental-Kongreß hatte das wesentlichste Merkmal der Souveränität, er hob aus, rüstete aus und unterhielt Truppen (wählte z. B. Washington zum Oberbefehlshaber), er unterhielt die diplomatischen Beziehungen und er machte Schulden für die Zwecke der Gesamtheit. Es war ein Glück für die Union, daß die Tendenzen, die aus den einzelnen Staaten gegen diese Machtstellung rege wurden, erst langsam zu wirken begannen. In den „Konföderationsartikeln" siegten sie, durch sie erst sind die Staaten vollsouverän geworden und wurde die Unionsgewalt auf die Stufe eines gemeinsamen Exekutivbüttels herabgedrückt. Die Konföderationsartikel wurden schon 1776 ausgearbeitet, November 1777 fertig, aber sie waren erst nach drei Jahren von allen Staaten ratifiziert und traten in Kraft erst im März 1781. In der kritischen Zeit des Krieges lag also noch eine verstärkte Gewalt in der Hand der Zentrale. Jetzt aber ging man von der Theorie aus, daß schon früher die Kolonien nur durch eine gemeinsame Exekutive, den englischen König, geeint gewesen seien, an dessen Stelle jetzt lediglich eine republikanische Form, ein Kongreß von Dele-

*) Durchgängig wird von nun an unter „Staat" das Einzelglied verstanden, deren 45 heute die Union ausmachen. Wo das Staatsgebilde der Vereinigten Staaten im ganzen gemeint ist, wird stets „Union" dafür gebraucht.





Abb. 30. General Washington überschreitet den Delaware. Stich von P. Girardet nach dem Gemälde von E. Leutze. Copyright by Goupil & Co. (Zu Seite 46.)

gierten, zu treten habe. Es war schon eine der Kautelen gegen die Extreme der Demokratie, die die amerikanische Verfassung auszeichnen, daß die Delegierten nicht bestimmt wurden im Verhältnis zur Bevölkerungszahl; zu einer derartigen Schätzung reichten die Verwaltungseinrichtungen anscheinend noch nicht aus. Patrick Henry wollte zwar für jedes Hunderttausend der Bewohner einen Vertreter im Kongreß haben; aber konnte eine genaue Volkszählung, wie sie dafür notwendig war, überhaupt durchgeführt werden? So erhielt jeder Staat eine Stimme; für wichtige Angelegenheiten war die Zustimmung von neun Staatenstimmen notwendig. Der Kongreß hatte keine gesetzgebende, keine Steuergewalt, er regelte nicht die Handelsbeziehungen mit auswärtigen Staaten. Zwar hatte er die Entscheidung über Krieg und Frieden, die Münzhoheit und das Münzregal. Aber er hatte keine zwingende Gewalt über die einzelnen. Nur mittelbar durch die Staaten konnte er wirken; weder konnte er einen Staat zu etwas zwingen, noch einen Dollar von sich aus unmittelbar erheben.

Mit diesem Verfassungsschema waren nun zwar die Wünsche der Partikularisten erfüllt; die nächste Zeit zeigte aber bald sehr deutlich, daß alles andere als ein lebensfähiges Gebilde zustande gekommen war. Es ist eine der unerfreulichsten Seiten des Befreiungskriegs, wie das Heer, das für die Freiheit blutete, gehalten wurde. So stark war das demokratische Gefühl in diesem Volke, daß man auf dies Heer eifersüchtig war, es geradezu als eine Gefahr für die Freiheit fürchtete. Darum war die Lage der Offiziere und Soldaten oft bejammernswert, und es gehört zu den stillen, aber allergrößten Verdiensten Washingtons, daß er den Ausbruch der Unzufriedenheit in einer für die große Sache gefährlichen Weise mit äußerster Anstrengung hintangehalten hat, so 1778, so 1783. Im Herbst 1780, als die Armee vor der völligen Auflösung stand, versprach der Kontinentalkongreß halben Sold auf Lebenszeit denen, die bis zum Ende des Krieges dienen würden; der erste Konföderationskongreß verwarf das, weil neun Staaten nicht dafür gestimmt hatten. So ist viel Erbärmlichkeit und Kleinlichkeit in diesem Kriege hervorgetreten. Aber zur Erklärung muß auch die Lage des Kongresses bedacht werden. Er hatte weder die Mittel, die Forderungen der Armee zu befriedigen, noch die Aussicht auf eine solche Möglichkeit. 1783 betrug die Schuld der Vereinigten Staaten 40 Millionen Dollar, darunter 5 Millionen an das Heer. Die Zinsen für den Teil, der im Auslande, namentlich in Frankreich kontrahiert war, wurden durch neue Anleihen in Europa bezahlt, die für die im Inland untergebrachten Schuldtitel gar nicht. Niemals war der Konföderationskongreß in der Lage, seine Ausgaben bestreiten zu können, nicht einmal das Recht, Einfuhrzölle zu erheben, erhielt er. Es gab tatsächlich eine nationale Schuld und kein nationales Einkommen. Die finanzielle Schwäche der Zentralinstanz wurde dazu noch gesteigert, überhaupt unlösbar gemacht durch die finanzielle Lage des Landes überhaupt. Denn die klaffende Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr konnte nur durch andauernde Barausfuhr von Gold und Silber gedeckt werden. Infolgedessen wurde der Barvorrat im Lande immer knapper und das Verlangen nach Papiergeld immer lauter. Trotz früherer sehr trüber Erfahrungen gaben denn auch fast alle Staaten Papiergeld aus. Die Folge davon war wieder eine schwere Unsicherheit alles Geschäftslebens, die eine heillose Verwirrung der Münzverhältnisse noch ärger machte. Denn der Kongreß hatte zwar Münzhoheit und Münzregal, aber Fonds, Edelmetall zu kaufen und eine Münze zu errichten, hatte er nicht. Die Lage des Ganzen wurde aufs höchste kritisch, als sich, zum ersten- und nicht zum letztenmal, Wünsche regten auf „Repudiation" der Schulden, in Massachusetts und in beiden Carolinas. In ersterem Staate kam es sogar zu einer Farmerrebellion, die, an sich unbedeutend und bald unterdrückt, doch ein grelles Licht auf die Unsicherheit der ganzen Lage warf. Noch schlimmer freilich war der offene Handelskrieg, in dem einzelne Staaten miteinander standen. Denn da der Kongreß auf die Regelung der Handelsbeziehungen keinen Einfluß hatte, so schützte jeder Staat eben selbst seine eigenen Interessen rücksichtslos gegen den andern.

Ein Gemeinwesen von solch innerer Schwäche konnte vom Ausland auch nicht respektiert werden. England brach ungehindert mehrfach den Friedensvertrag, und Spanien erkannte weder den 31. Breitengrad als Südgrenze der Union an noch das



Abb. 31. Kapitulation des Generals Burgoyne in Saratoga. Gemälde von John Trumbull. (Zu Seite 46.)

Recht zur freien Schiffahrt auf dem Mississippi, dessen beide Ufer es bis über 200 Meilen ins Land herein für sich in Anspruch nahm. Das letztere war besonders bedenklich, da die Ausdehnung über die Alleghanies schon weit vorgedrungen war und die neuen Siedler in Tennessee und Kentucky der Union verloren zu gehen drohten, wenn ihr Schiffahrtsrecht auf dem Mississippi nicht gewahrt blieb.

So wurde die allgemeine Lage in den Jahren nach dem Friedensschlusse immer trüber und zerfahrener. Es gab nur die zwei Wege: entweder Krieg aller gegen alle und vollkommene Anarchie oder Stärkung und Klärung der Stellung der Zentralgewalt. Nun rief ein Streit zwischen Maryland und Virginia um das Südufer des Potomac den dringenden Wunsch zunächst wenigstens nach gemeinsamen Schiffahrtsgesetzen und Zollgebräuchen wach. Über ihre nächste Aufgabe hinaus nahm die zur Regelung dieser Handelsfragen in Annapolis zusammengetretene Konvention eine Resolution an: daß eine Konvention zur Verbesserung der Konföderationsartikel überhaupt in Philadelphia zusammentreten möchte. Und da zeigte sich doch das allgemeine Bedürfnis und die allgemeine Einsicht, daß Abhilfe in jedem Falle geschaffen werden müsse: alle Staaten, außer allein Rhode Island, schickten Vertreter nach Philadelphia. Dort aber entstand vom 25. Mai bis 17. September 1787 in geheimen Sitzungen, deren Einzelheiten erst 1840 bekannt geworden sind, die Verfassung der Vereinigten Staaten, die heute noch besteht.

So haben die Dinge von selbst zu größerem „Nationalismus" getrieben. Sie waren aber noch weiter darin gefördert worden durch eine andere weniger beachtete, aber ebenfalls sehr wichtige und später noch bedeutungsvoller werdende Tatsache: die Union hatte bereits eigenen Landbesitz. Im Jahre 1783 hatte England auch das Land zwischen Alleghanies und Mississippi abgetreten, auf das nun eine Reihe der angrenzenden Staaten auf Grund ihrer Charters Anspruch erhob. Maryland aber, das nicht wie Virginia in großen Landstrecken westlich der Berge ein Kapital zur Bezahlung seiner Kriegsschulden und Soldatenpensionen besaß, verweigerte die Ratifizierung der Konföderation, wenn nicht die Staaten diese Landansprüche der Gesamtheit zedieren würden. Die Staaten fügten sich dem auch, wenn auch nur langsam; erst 1801 hat die letzte dieser Zessionen, durch Georgia, stattgefunden. Aber sie zeigen doch, daß man schon nicht die einzelnen Kolonien, sondern allein ihre Gesamtheit als die Rechtsnachfolgerin der englischen Krone betrachtete, der mithin auch deren Recht auf alles nicht ausdrücklich verliehene Land anheimfiel. Durch die Land-Zessionen aber wurde die Union mit einem Male Eigentümerin großer Ländereien, die eine Verwaltung durch Unionsorgane erforderten. Diese erhielten sie im Jahre 1787 durch eine Ordonnanz, die an Bedeutung für die Zukunft unmittelbar neben der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung steht. Sie sah eine zeitweilige Regierung für das Gebiet nordwestlich des Ohio durch vom Kongreß, also von der Zentrale ernannte Beamte vor. Sobald die Siedler die Zahl 5000 erreichten, wählten sie eine Vertretung und sendeten einen Delegierten zum Kongreß, doch noch ohne Stimmrecht. Sechs Staaten sollten schließlich aus diesem Gebiet hervorgehen, die auf dem Fuße vollkommener Gleichheit neben die alten Stammstaaten der Union treten sollten und sich eine Verfassung zu geben hatten in republikanischer Form und mit Billigung des Kongresses. Den neuen Siedlern wurden von vornherein alle bürgerlichen Rechte gewährleistet, jedes religiöse Bekenntnis wurde toleriert und die Sklaverei durchaus und für immer verboten. Diese Ordonnanz von 1787, gewissermaßen als Vertrag betrachtet zwischen den Vereinigten Staaten und dem Volk, das in dies Territorium ziehen und aus ihm Staaten schaffen würde, wurde das Band, an dem die neuen Staaten organisch und sicher in den Bereich der Vereinigten Staaten hereinwuchsen. Durch sie war eine Ungleichheit der einzelnen Glieder der Union in ihrer Stellung gegenüber der Verfassung des Gesamtstaates von vornherein vermieden: keine Kolonien legte die Union auf dem jungfräulichen Gebiet des sogenannten mittleren Westens an, sondern auf der Unionsdomäne entstanden Staaten, die, durch freie Annahme einer Verfassung und Aufnahme auf Grund dieser in die Union, ebenso diese konstituierende Elemente wurden, wie die dreizehn Staaten, die 1787 die Verfassung schufen.



Abb. 32. Kapitulation des Lord Cornwallis in Yorktown. Gemälde von John Trumbull. (Zu Seite 48.)

Diese Verfassung nun, auf der Philadelphia-Konvention ins Leben gerufen, hat sich in bewundernswerter Weise bewährt für die Zukunft. Der Kampf, der auf ihre Annahme folgte, hat sie „kanonisiert". Die Erkenntnis ihrer Musterhaftigkeit, die sich trotz der größten Kämpfe bewährte, hat bewirkt, daß die Amerikaner ihrem Staatsgrundgesetz gegenüber konservativer sind als irgendein europäischer Staat; über 700 Amendements zur Verfassung sind im ganzen offiziell vorgeschlagen, ganze 15 sind angenommen worden. Das Zentralproblem lag für die Gesetzgeber von Philadelphia in der Stellung der souveränen Staaten und der Kompetenz, die sie der Union als Zentralgewalt einräumen würden. Der Parteikampf darum bis zum Ringen mit dem Schwerte ist der Inhalt der folgenden acht Jahrzehnte der amerikanischen Geschichte, und ein flüchtiger Blick auf diese Kämpfe legt die Vermutung nahe, daß die Lösung 1787 in Philadelphia noch nicht völlig geglückt war. Aber obwohl der Süden (John Calhoun) auf dieser angeblichen Unklarheit ein vollständiges System der Souveränität der Einzelstaaten und ihres Rechts konstruierte, gegen ihre Interessen verstoßende Unionsgesetze zu „nullifizieren", war die Lösung — und der Ausgang des Sezessionskrieges, der an der Verfassung keine wesentlichen Änderungen vorzunehmen brauchte (denn die Amendements zur Negerfrage berühren in diesem Sinne nicht das Wesen der Verfassung), hat das gezeigt — doch schon in jenen ersten Artikeln durchaus gegeben. Die Staaten verloren ihre Souveränität. Souverän wurde, sobald die Verfassung durch die verlangten neun Staatenstimmen angenommen war, „wir, das Volk der Vereinigten Staaten", das „eine vollkommenere Union" herstellen will, wie es in der sogenannten Preambel der Verfassungsurkunde heißt, und „ordnet und einrichtet diese Verfassung der Vereinigten Staaten". Der Entwurf, wie ihn die Philadelphia-Konvention schließlich als Ergebnis ihrer Tätigkeit herausbrachte, war noch keine Verfassung. „Sie war," sagte Madison 1796, „nicht mehr als die Skizze eines Plans, nichts als ein toter Buchstabe, bis ihr Leben und Kraft eingehaucht wurden durch die Stimme des Volkes, das sprach durch die einzelnen Staatenkonventionen, die sie annahmen und ratifizierten." Freiwillig entschieden die Staatslegislaturen über die Annahme oder Ablehnung dieses Entwurfs, der als Verfassung in Kraft treten sollte, sobald neun Staaten ihn ratifizieren würden. Aber auch dann war eine Majorisierung der andern vier nicht beabsichtigt. Verweigerten mehr als vier Staaten die Annahme, so war die Union gescheitert. Verweigerten vier und weniger sie, so trat sie in Kraft, ohne daß jene der neuen Union angehört hätten. Aber die Ratifikation war absolut bindend; ausdrücklich ist der Gedanke einer bedingten Ratifikation, die widerrufen werden konnte, wenn besondere Amendementswünsche nicht angenommen würden (wie es im Staat New York gefordert wurde), abgelehnt worden. Nicht ohne heftige Kämpfe, in denen Föderalisten und Antiföderalisten sich maßen und ihre Anschauungen vertieften, ist die Annahme durchgesetzt worden. Doch am 21. Juni 1788 ratifizierte New Hampshire als neunter Staat die Verfassung: die Union trat ins Leben. Noch fehlten zwei der wichtigsten Staaten: Virginia, das Kernland des Befreiungskampfes und das Mutterland der ersten politischen Köpfe, wo man, wie Patrick Henry meinte, den anderen Staaten seine Bedingungen diktieren zu können glaubte, und der zukünftige Empire-Staat der Union, New York. In Virginia wurde die Ratifikation wenige Tage nach der von New Hampshire angenommen, in New York aber war der Kampf dagegen so mächtig, daß die Freunde sich zweifelnd fragten, ob man nicht Zugeständnisse in der Richtung auf die bedingte Ratifikation machen müsse. Hier kämpfte neben James Madison und John Jay vor allem der geniale Alexander Hamilton (Abb. 37), einer der bedeutendsten politischen Köpfe der ersten Zeit. In den 85 Nummern seines Federalist gab er die klassische Streitschrift für die Annahme der Verfassung und zugleich den besten Kommentar zu ihr, der noch heute eine Quelle politischer Belehrung für den Staatsmann ist. Schließlich siegte seine Richtung und Partei: am 25. Juli nahm New York die Verfassung einfach an, New York, das beitreten mußte, noch nicht wegen der Stellung, die ihm erst die Zukunft brachte, sondern wegen seiner geographischen Lage, sollte überhaupt ein lebensfähiges Unionsgebilde zustande kommen. Denn trat es nicht bei, so zerfiel die Union in zwei unverbundene Hälften, trat die Verschmelzung in Anschauungen,



Abb. 33. Lord Cornwallis. (Zu Seite 46.)

Sitten und Interessen niemals ein, deren Verschiedenheit gerade die Philadelphia-Konvention als Hauptquelle aller Schwierigkeiten hatte empfinden müssen. Nach New Yorks Beitritt wartete man denn auch gar nicht den der beiden noch übrigen Staaten ab. Ohne daß Nordcarolina und Rhode Island die Verfassung angenommen hatten, traten die Bundesgewalten am 4. März 1789 in Funktion. Jenes ratifizierte im November 1789, dieses erst im Mai 1790, und dann auch nur mit einer Mehrheit von drei Stimmen. Endlich standen die dreizehn Kolonien als Einheit nach außen hin da. Gewiß war es, wie Hamilton geschrieben hatte, ein Wunder, diese Errichtung einer Verfassung durch freiwillige Zustimmung des Volkes. Aber es war doch so, wie John Quincy Adams bei der fünfzigjährigen Jubelfeier der Verfassung sagte: „die zermalmende Notwendigkeit“ allein hatte sie dem Volke abgerungen. Die Frage lag — das hatte Washington mit klarem Blick vorausgesehen — so, daß, wenn man es mit einer anderen Konvention versuchte, die Mitglieder noch uneiniger sein würden als in der letzten. „Wir haben nur die Wahl zwischen der Annahme der Verfassung und der Anarchie“: diese harte Wahrheit sahen nicht nur die klaren Köpfe in den Legislaturen, sondern sie dämmerte auch dem Volke in weiteren Kreisen, und sie, die die trüben Erfahrungen der letzten Jahre bestätigten, setzte die Annahme schließlich durch. Um so bedeutungsvoller ist es, daß sich diese

ohne jeden äußeren Zwang vollzog. Die Philadelphia-Konvention hatte gefordert, daß die Entscheidung über die Ratifikation nicht den Legislaturen, sondern besonderen, eigens zu diesem Zwecke abzuhaltenden Konventionen zu übertragen sei. Dem hatten alle Staaten entsprochen, und überall hatte das Volk als alleinige Quelle politischer Macht den Entwurf ratifiziert durch seine eigens dazu bestellten Vertreter. Ganz frei war die Entscheidung gefallen und bedingungslos verbindlich. Die Konföderation war beseitigt, die Union war entstanden. Nur durch allseitige freie Vereinbarung konnte sie wieder aufgehoben werden. Die spätere Theorie des Südens, unter bestimmten Umständen die Union kündigen zu können, findet keine Handhabe in der Entstehungsgeschichte und im Wortlaut der Verfassung, sie ist durchaus revolutionär. —

VI. — Die Union ist ein Bundesstaat. Soweit hatten die Erfahrungen der letzten Zeit die Vertreter in Philadelphia gewitzigt, daß sie sich nicht mit dem Schatten einer Zentralgewalt begnügten. Die Bundesregierung hat die Gewalt über Krieg und Frieden, die alleinige Vertretung nach außen, den Oberbefehl über Heer und Flotte, das Recht, inneren und äußeren Handel zu regulieren, die Münzhoheit. „Der Kongreß soll das Recht haben, Steuern, Gebühren, Auflagen und Verbrauchsabgaben aufzuerlegen und zu erheben, die Schulden zu bezahlen und zu sorgen für den gemeinen Schutz und die allgemeine Wohlfahrt der Vereinigten Staaten.“ (Art. I, Sekt. 8.) Damit war die Union auch finanziell sichergestellt. Wie fernes Wetterleuchten freilich zuckte schon in diese klare Regelung die Negerfrage herein. Man wollte die mechanische Vertretungsform — jedem Staate eine Stimme — abschaffen und die Vertretung in beiden Häusern des Kongresses nach dem Vermögen regeln. Das ließ sich nicht durchführen. Um die kleinen Staaten zu beschwichtigen, erhielt jeder Staat zwei Vertreter im Senat; für das Repräsentantenhaus aber legte man die Bevölkerungszahl zugrunde (auf je 30 000 ein Abgeordneter). Ebenso sollten direkte Steuern im Verhältnis zur Einwohnerzahl auf die Staaten umgelegt werden. Aber da protestierte der Süden gegen eine Gleichsetzung der weißen und der schwarzen Bevölkerung und Arbeit. Da Sklavenarbeit weniger produktiv sei als freie, wurden schließlich bei der Feststellung der Bevölkerung eines Staates für die Besteuerung und Volksvertretung die Sklaven nur zu drei Fünftel ihrer Zahl gezählt. Der Kongreß hatte ferner die Regelung des Handels in der Hand, aber er wurde hinsichtlich des Sklavenhandels, gleichfalls auf Andringen des Südens, beschränkt: der Sklavenhandel konnte erst 1808 beseitigt werden.

Zwar heißt es in Art. I, Sektion 8, daß der Kongreß alle Gesetze geben darf, die geeignet und notwendig sind, um die ihm und der Bundesregierung überhaupt übertragenen Rechte zur Geltung zu bringen, und der höchste Gerichtshof hat diese Worte auch sehr weit interpretiert. Mit ihrer Hilfe hat der Kongreß Funktionen übernommen, an die manche Mitglieder der ersten Bundeskonvention nicht gedacht haben mögen. Aber der Grundgedanke des amerikanischen Staatsrechtes auf diesem Gebiete ist doch, wie es das neunte und zehnte Amendement klar ausdrückt, durchaus restriktiv: den Staaten oder dem Volke bleiben „alle in der Verfassung den Vereinigten Staaten nicht übertragenen oder in ihr den Staaten nicht ausdrücklich entzogenen Rechte“. Die Kompetenz der Union ist festgelegt. Innerhalb dieser festbegrenzten Sphäre aber, die sich gleichwohl mit neuen Bedürfnissen erweiterungsfähig erwiesen hat und erweist, walten die drei Faktoren: die exekutive, die legislative, die Gerichtsbarkeit gleichberechtigt nebeneinander. Indes ist dies Nebeneinander nicht bis in die äußersten Folgerungen unbedingt durchgeführt. Der Präsident übt durch sein Veto eine große legislative Macht, der Senat durch sein Recht der Ratifikation auswärtiger Verträge und der Zustimmung zu allen Ernennungen der höheren Bundesbeamten einen weitgehenden Einfluß auf die Exekutive. Aber richtig ist, daß eine Verbindung von Legislative und Exekutive nicht vorhanden ist, wie in parlamentarisch regierten Ländern. Nordamerika kennt kein parlamentarisches Regime: direkt vom Volke wird der Präsident gewählt, und er umgibt sich nach eigenem Belieben mit Beratern, die man als Kabinett eigentlich nicht bezeichnen darf. Die Trennung zwischen Präsident und Kongreß ist immerhin so scharf, so ins Extrem geführt, daß der Mangel an Verbindung zu großen Unzuträglichkeiten geführt hat. Der



Abb. 34. Episode aus den Kämpfen der französischen und englischen Truppen im Jahre 1781.
Stich von A. Keßler nach dem Gemälde von J. S. Copley.

Kongreß ist verfassungsrechtlich nicht imstande, auf die Politik des Präsidenten offiziell und direkt bestimmend einzuwirken, er hat nur das Mittel des „Impeachment“, der förmlichen Anklage, in der das Repräsentantenhaus als Kläger den Präsidenten vor das Gerichtsforum des Senats ziehen darf. Schwer ist es zu sagen, ob die Stellung des Kongresses oder die des Präsidenten als der Verkörperung der eigentlichen Bundesgewalt die bedeutendere ist. In Friedenszeiten und solange die Union nur mit sich allein beschäftigt war, ist der Kongreß der herrschende Faktor. Die Geschichte der Jahre bis zum Sezessionskrieg und dann wieder bis zur ersten Präsidentschaft Mac Kinleys ist Kongreßgeschichte. Aber in Kriegszeiten vermag der Präsident aufzutreten beinahe wie ein Diktator; Lincoln hat davon Gebrauch gemacht, als er die Sklaven in den Rebellenstaaten in Freiheit setzte. Und je stärker die Verflechtung der Union in die Welthändel und ihre militärischen Machtmittel werden, um so mehr steigt die Stellung der Exekutive, des Präsidenten, was wieder nach innen reflektiert, je mehr der Gegensatz von Kapital und Arbeit den Kongreß zum Tummelplatz der wirtschaftlichen Interessengegensätze macht.

Während die Senatoren von den Staatenlegislaturen gewählt werden, wird der Präsident indirekt (durch Wahlmänner), werden die Mitglieder des Repräsentantenhauses (Abb. 36) direkt vom Volke gewählt. Aber die Verfassung gewährt kein gleiches Wahlrecht für das Volk der Union. Jene Wahlmänner werden gewählt nach einem von dem Einzelstaate bestimmten Wahlsystem. Und ebenso ist das aktive Wahlrecht für die Repräsentantenhauswahlen abhängig gemacht von den Wahlgesetzen der Einzelstaaten, die nur nicht höhere Anforderungen stellen dürfen, als sie für die Wahlen zu ihrer eigenen zweiten Kammer gelten. In beiden Fällen also liegt die Abgrenzung des wichtigsten politischen Rechtes in der Hand des Einzelstaats und seiner Vertretung, ist eine Gleichmacherei über das ganze Gebiet hin mit weisester Selbstbeschränkung vermieden. Die Unterschiede, die die Mannigfaltigkeit der natürlichen Bedingungen schon geschaffen hatte, will die Verfassung gar nicht beseitigen. Durch dieses geschickt machtverteilende System ist den Staaten ihre Stellung innerhalb der Union gewährleistet, werden sie wiederum um so fester an sie geknüpft. Dafür, daß die Unterschiede durch die Wahlrechtsgesetzgebung der Staaten nicht zu tief wurden, sorgten die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und der demokratische Sinn des Volkes.

Die landläufige Auffassung, die in der amerikanischen Verfassung die ausgedehnteste Demokratie sieht, übersieht die starken aristokratisch-konservativen Tendenzen, die in ihr wirksam sind. Sie liegen schon in gewissen Modalitäten der Zusammensetzung der beiden gesetzgebenden Körper, vor allem aber in der außerordentlichen Stellung der Mitglieder des Senats und des höchsten Gerichtshofes (High Supreme Court). Für die Väter der Verfassung war es nach der Stellung der Kolonien zum König und Gouverneur natürlich, auch in der neuen Republik ein Gegengewicht zu schaffen gegen Übergriffe der beiden Organe der Verfassung. Und es ist ein glänzendes Beispiel für die politische Disziplin in diesem Volke, wie dieser Wunsch ins Leben trat. Die Richter des höchsten Bundesgerichtshofs werden mit Zustimmung des Senats vom Präsidenten ernannt, aber sie und die Bundesrichter überhaupt sind, im Gegensatz zu allen anderen Beamten, gewählt auf Lebenszeit. Ihr Gerichtshof ist der einzige, der nicht kraft Kongreßakte existiert, sondern kraft der Verfassung; nur die Anklage vor dem Senat kann einen seiner Richter entfernen. Die Gerichtsbarkeit dieser in der Union einzigartig gestellten Behörde beschränkt sich nun auf die Streitfälle, die „unter der Verfassung, den Gesetzen der Vereinigten Staaten und ihren Verträgen entstehen“, ferner auf Streitigkeiten zwischen Bürgern verschiedener Staaten und verschiedenen Staaten selbst, endlich auf Streitfälle, in denen die Union Partei ist. Der höchste Gerichtshof hat keine Initiative, hat keine Strafgerichtsbarkeit. Er ist nur dazu da, die Verfassung und die Gesetze zu interpretieren, sobald er darum angerufen wird, und er interpretiert authentisch und endgültig. Er entscheidet die Frage: ist eine Kongreßakte oder die einer Staatslegislatur verfassungsmäßig oder nicht? Wenn nicht, dann ist das Gesetz hinfällig, und demzufolge auch der Prozeß, der auf Grund dessen anhängig gemacht ist. So greift dieser Gerichtshof in die kleinsten Dinge des Lebens und in die größten Fragen des Unionslebens ein und wacht, außerhalb



Abb. 85. George Washington tritt zurück als Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee. Gemälde von John Trumbull. (Zu Seite 48.)

des politischen Treibens gestellt und fast unantastbar für dieses, über der Unverletzlichkeit der Grundlagen alles staatlichen Lebens: der Verfassung und der Gesetze der Union. Seine Entscheidungen sind der autoritative Kommentar der Verfassung, das selbst beinah wie ein Gesetz betrachtete offizielle Lehrbuch des amerikanischen Verfassungsrechtes, das konstitutionelle Gewissen des Volkes. Obwohl die Zahl der Richter in der Verfassung nicht bestimmt ist und daher eine im Kongreß und der Exekutive herrschende Partei durch Richterschub den Gerichtshof „überschwemmen" kann, ist seine Verehrung und Stellung so hoch, daß ein solches Vorgehen als Revolution betrachtet werden würde. Aber natürlich spiegelt auch er die Schwankungen der Parteiherrschaft wieder, nur viel langsamer. Den Perioden der republikanischen Herrschaft bis 1800, der demokratischen bis 1861, der schwankend republikanischen seitdem, entsprachen in ihm eine föderalistische Zeit bis 1835, eine demokratische bis 1861, eine republikanisch-zentralistische in den Jahrzehnten seitdem.

Die Urkunde der amerikanischen Verfassung ist ein glänzendes Zeugnis für die staatsmännische, verfassungsgeberische Kraft ihrer Väter. In der Tat war auch die Philadelphia-Konvention reich an politischen Köpfen wie selten eine Versammlung, viel reicher als entsprechende Versammlungen der französischen Revolution: Washington, Franklin, James Madison, Mason, Hamilton und viele andere; nur Jefferson, der in Paris war, und John Adams, der Gesandte in London, fehlten. Aber im Grunde war es doch nicht nur das staatsmännische Genie einer Reihe bedeutender Männer, die diese Verfassung aus abstrakten Naturrechts- oder welchen Theorien immer künstlich zusammenstellten. Die gesammelte politische Erfahrung der englischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte stand doch Pate an ihrer Wiege, und die eigenen, teilweise recht trüben Erfahrungen, die in anderthalb Jahrhunderten sich aus dem Wirken dieses englischen politischen Geistes auf unendlich viel größere und neue Verhältnisse ergeben hatten.

Es war kein Zweifel, wer als erster Präsident an die Spitze der jungen Republik treten sollte. Einstimmig fielen alle Wählerstimmen George Washington zu; Vizepräsident wurde John Adams von Massachusetts. Die Zeit der Begründung war zu Ende, die Zeit des Ausbaues beginnt. Der Glanz, der auf diesen ersten Jahrzehnten liegt, verblaßt, die inneren Gegensätze treten hervor, und in ihnen zeigte sich, wie unfertig nach innen und außen das ganze Gebäude der Union und ihrer Glieder doch noch war. Eine Zeit der Ruhe waren noch die beiden Präsidentschaften Washingtons, indes schon in die zweite schlagen schmutzige Wellen herein. Die großen inneren Probleme tauchen auf, und das Wachsen nach dem Westen ruft ständig neue wach. Zugleich aber wurde der junge Staat auch bald zu einer zweiten Feuerprobe mit dem Mutterland gerufen. —

Nicht ganz vier Millionen Menschen mochten um 1790 auf der Fläche der 13 Kolonien wohnen. Noch ist die Physiognomie durchaus atlantisch; nur Fühler waren erst nach dem Westen über die blauen Berge und die Alleghanies vorgestreckt. Der Boden ist der Entwicklung der praktisch-nüchternen Geschäftsmänner, deren Typus Franklin ist, besonders günstig. Die Kriege zeigen Tapferkeit und sittliche Kraft, die Verfassungsgeschichte starken politischen Sinn. Viel Schwung aber war nicht in diesen Bewohnern, im Norden schon ein starker Geschäftsgeist, im Süden freiere, ritterliche Erfassung des Lebens, bei beiden noch wenig Bildung und selbständiges geistiges Streben.

Das größte Ergebnis aber bleibt über all den Gegensätzen und Kämpfen doch dieses, daß die Eroberung und Erschließung des neuen Erdteils einem Zweige germanischen Volkstums zufiel, der, sich selbständig machend, einer ungeahnten Zukunft entgegenging. Der Feudalismus, die Monarchie, die Kirche hatten die Eroberung begonnen, die Ackerbausiedlung des einzelnen, die Demokratie, die Toleranz vollendeten sie. In ihnen lagen die Kräfte, die zunächst den inneren Ausbau besorgten. Doch schon aus den Jahren, in denen die Kämpfe darum sich eben ankündigen, tönen die Worte, die darüber hinaus bereits das Programm einer noch ferneren Zukunft andeuten: im Namen Henry Clays, in der Dezemberbotschaft Monroes lag dieses schon damals beschlossen. — — —



Abb. 36. Alexander Hamilton. Zeitgenössisches Gemälde. (Zu Seite 51 u. 62 ff.)

II. Kapitel.

Ausbau, Verteidigung, Wachstum.

1789—1825.

Am 30. April 1789 war Washington als Präsident inauguriert worden. Er trat sein Amt an mit dem bescheidenen Pomp, an den er in Virginia gewöhnt war, der gemessenen Stattlichkeit, die seiner Natur entsprach. Erst Jefferson hat, in bewußter Absicht, auch die Formen des Amtsantritts des Präsidenten möglichst demokratisiert. Washington stand unbestritten über den Parteien oder den Gegensätzen, die solche vorbereiteten, und genoß geradezu Stellung und Ansehen eines Fürsten; auf seinen Reisen begrüßten ihn wohl Rufe wie: „Gott segne Eure Herrschaft!“ Er wollte auch zunächst nur Frieden und Ruhe herstellen, um das Land ruhig in die neuen Verhältnisse hereinwachsen zu lassen, und suchte dazu die Besten des Landes in seinem Kabinett, wenn der mißverständliche Ausdruck angewendet werden soll, zu vereinen. Und dort fanden die



Abb. 37. Das Repräsentantenhaus zu Washington. (Zu Seite 58.)

beiden Tendenzen, deren Kampf schon die bisherige so kurze Verfassungsgeschichte ausgemacht hatte, gleich ihre bedeutendsten, schärfsten Köpfe, die zu den Führern der sich bildenden Parteien wurden: Jefferson und Hamilton. Thomas Jefferson, der Washingtons Staatssekretär (Minister des Auswärtigen) wurde, war 1743 geboren, von 1784—1789 war er Gesandter in Paris gewesen und hatte dort die Gedanken der kommenden Revolution auf seine durchaus demokratischen Anschauungen wirken lassen. Sein genaues Widerspiel war Alexander Hamilton; geboren 1757 auf einer westindischen Insel, war er bis zum äußersten für ein starkes zentrales Regiment, nicht ohne einen aristokratischen Anstrich, der ihn in den Verdacht monarchischer Anschauungen brachte. Das Volk war ihm, nach seinem eigenen Ausdruck, nur eine „große Bestie"; noch kurz vor seinem Tode schrieb er, daß „diese amerikanische Welt nicht für ihn geschaffen sei". Die Unionsgewalt zu festigen und dazu vor allem finanziell sicher zu stellen, war das Hauptziel seiner Politik, dem vornehmlich seine kluge, geschlossene Finanzpolitik — er war Schatzsekretär — diente. So wurde er der Leiter der sich bildenden föderalistischen Partei, Jefferson der der Gegenströmungen, die aus Gegensatz zu den angeblich monarchischen Tendenzen Hamiltons sich republikanisch nannten. Noch umfaßte sie ausgleichend und beide überragend Washingtons große Stellung; es war klar, daß sie nach seinem Zurücktreten miteinander in den Kampf geraten mußten, nur eine oder die andere herrschen konnte.

Zwei drängende Aufgaben lagen dem ersten Kongreß und Präsidenten ob: die Ausgestaltung der Bundesregierung im einzelnen und die Ordnung der Finanzen. Der Verfassung wurden die ersten zehn Amendements zugefügt, die im ganzen gewissermaßen eine amerikanische Bill of Rights bildeten; dann wurde die Maschinerie der Unionsverwaltung und -rechtsprechung ohne viele Schwierigkeiten im einzelnen ausgebildet. Die Finanzfrage aber rief durch sich selbst gleich eine andre wach, die langsam aber immer stärker zu einer der entscheidenden Fragen für die Union überhaupt geworden ist: Schutzzoll oder Freihandel? Am 8. April 1789 schon brachte Madison die Resolution ein, die den Anstoß zur ersten in der unabsehbaren Reihe der Tarifdebatten gab. Die Sätze dieses ersten Tarifs waren noch niedrig und wurden erst allmählich zu einträglicherer Höhe gebracht. Aber die Absicht seiner Urheber ging aus der Einleitung schon unzweideutig hervor: „Weil es nötig ist zur Ermutigung und zum Schutz der Manufakturen" usw. Eine Tonnen-

geldakte, die bald darauf durchging, diente demselben Zwecke: amerikanische Erzeugnisse und Schiffe zu schützen gegen fremden Wettbewerb. Aber alles überragte doch zunächst die eigentliche Finanzfrage, und hier war es Hamiltons Verdienst, wenn eine großzügige und einheitliche Finanzpolitik durchgeführt wurde. Die Unionsschuld betrug nach seinem Bericht über 54 Millionen Dollars, davon elf im Ausland, die man als „fremde Schuld" bezeichnete und nach den Verträgen darüber abzahlen mußte. Der Rest war „inländische" Schuld, die nach Hamiltons Plan in Obligationen der neuen Regierung in pari konsolidiert wurde. Zu dieser Schuld wurden hinzugenommen die Schulden, die die Staaten während des Krieges gemacht hatten (sog. Assumption der Staatenschulden), trotz der Ungleichheit der Beträge, da der Norden erheblich mehr Schulden kontrahiert hatte als der Süden. Hamilton wollte eben so viel wie möglich Bewohner der Union an deren Bestehen und Wohlergehen interessieren, und sein Scharfblick sah, daß dazu nichts dienlicher sein konnte als der Besitz von Unionsschuldtiteln. Je größere Beträge an Schulden aber auf den Bund konzentriert wurden, um so größer mußten seine Einnahmen sein, um so größer seine finanzielle und damit allgemeine Stellung. Es gelang Hamilton, diesen außerordentlich weittragenden Plan durch ein Kompromiß mit Jefferson in der Frage der Lage der neuen Bundeshauptstadt durchzusetzen. Nach der Verfassung sollte nämlich ein Distrikt von nicht mehr als zehn Quadratmeilen, unter ausschließliche Herrschaft der Bundesregierung gestellt, das Kapitol (Abb. 38) und die Regierungsgebäude aufnehmen. Der Süden wünschte die Bundeshauptstadt und den Bundesdistrikt am Potomac, dem Norden war die Frage weniger wichtig; nur wünschten die Pennsylvanier, daß Philadelphia die einstweilige Hauptstadt sein solle. Dafür daß Jefferson genügend südliche Stimmen für den Assumptionsplan aufbrachte, sorgte Hamilton für die Entscheidung zugunsten des Potomacplanes und setzte so seine Pläne durch. Am Potomac



Abb. 38. Das Kapitol zu Washington.

erhob sich die neue Bundeshauptstadt (Abb. 37—41), die den Namen des Befreiers und Präsidenten erhielt. Der diesem Vorgehen zugrunde liegende Gedanke, den Verwaltungsmittelpunkt eines Staates und der Union möglichst abzurücken von seinem wirtschaftlichen Mittelpunkte, hatte für die Union etwas Berechtigtes, wenn auch die Behandlung und Stellung des Bundesdistrikts nicht sehr glücklich gewesen ist. Für die Einzelstaaten, in denen er durchgeführt wurde (so ist heute Albany, nicht New York, Hauptstadt des Staates New York, Springfield, nicht Chicago für Illinois, Sakramento, nicht San Francisko für Californien usw.), war er verfehlt und hat auch die praktischen Wirkungen nicht gehabt, die man von ihm erhoffte.

Aus der Assumptionsakte entsprang von selbst die Notwendigkeit finanzieller Stärkung der Union. Und dafür bot sich die Akzise, deren Annahme, gegen den Widerspruch der Legislaturen einzelner Südstaaten, einen erheblichen Teil der Steuerhoheit auf das Bundesregiment übertrug. An dem Schlußstein der Hamiltonschen Pläne aber brandete die Erörterung empor zu vollstem grundsätzlichen Gegensatz, an ihm entstanden recht eigentlich die beiden großen Parteien. Hamilton wollte eine Vereinigte Staatenbank ins Leben rufen, ähnlich der Bank von England, als einen großen Mittelpunkt des geschäftlichen Lebens und eine Erleichterung jeglicher Finanzgebarung der Union. Und nun erhob sich die große Frage: ist eine solche Gründung verfassungsmäßig, fällt sie unter die „notwendigen und tauglichen" Mittel der Verfassung? (Siehe S. 56). Jefferson bestritt dies von dem Standpunkt aus, der dann in allen solchen Fragen der seiner Partei geworden ist, dem der strikten Auslegung der Verfassung: nur die Rechte stehen der Bundesregierung zu, die ihr ausdrücklich delegiert sind, alles übrige ist den Staaten oder dem Volke vorbehalten. So war dem sich anbahnenden Kampfe sofort die große grundsätzliche Einfachheit gegeben, in der er durchgefochten wurde. Washington entschied 1791 zugunsten der extensiven Auffassung, sinngemäß seiner Stellung und



Abb. 39. Das Smithsonian-Institut zu Washington.
Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich.



Abb. 40. Soldier's Home (Kriegerheim) zu Washington.
Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich. (Zu Seite 64.)

im Einklang mit seinem ganzen Regierungsprogramm; die Vereinigte Staaten-Bank hat bestanden, bis sie der Unverstand Jacksons beseitigte. Auf der ganzen Linie hatte Hamilton gesiegt, er beherrschte nunmehr das Kabinett durchaus, aber von nun an standen er und Jefferson einander gegenüber „im Kabinett Tag für Tag wie zwei fechtende Hähne". Noch brach der Gegensatz nicht offen hervor; die Kräfte schon zu messen, waren beide doch nicht stark genug, als Washingtons erste Amtszeit ablief. Sie baten ihn, wiederum als Kandidat aufzutreten, wiederum wurde er einstimmig gewählt. John Adams (Abb. 46) blieb sein Vizepräsident.

Wie in vielem Äußerlichen, ist Washingtons Amtsführung auch darin gleichsam vorbildlich für seine Nachfolger geworden, daß, wenn ein Präsident zweimal die höchste Würde der Union bekleidet, auf der zweiten Amtszeit ein Schatten zu liegen scheint; meist ist sie erfolgloser, unerfreulicher als die erste. Selbst Washingtons Popularität nahm in seiner zweiten Periode ab. Der Hauptgrund war, daß seine Politik gegen England nicht glücklich zu sein schien. Weder England noch Amerika hatten den Vertrag von 1783 genau eingehalten. Die Spannung nahm nun immer mehr zu und schien nur durch einen Krieg lösbar. Jetzt aber war die Unionsgewalt stark genug geworden, ihre Vertragsverpflichtungen einzuhalten und deren Einhaltung von ihren Gliedern zu erzwingen. Und so schickte Washington John Jay zu Verhandlungen nach England. Der Vertrag, den dieser zurückbrachte (1794), schien aber so ungünstig, daß sogar der Verdacht der Unehrlichkeit gegen Jay laut wurde. Trotzdem und obwohl die das Repräsentantenhaus beherrschende Opposition, die (damals sogenannten) Republikaner, eine mit dem Vertrag verknüpfte Geldbewilligung lebhaft bekämpfte, ratifizierte Washington mit Zustimmung des Senats den Jay-Vertrag, und ging die Bewilligung im Repräsentantenhause durch. Der Druck der nördlichen Handelskreise, denen an einem guten Verhältnis zu England gelegen war

und die immer deutlicher als die wirtschaftliche Stütze der Föderalisten heraustraten, war zu groß gewesen. Aber der Ausgang kostete den Föderalisten ein gut Teil Ansehen und brachte Washington bitteren Tadel. Das mag dazu mitgewirkt haben, daß er nach Ablauf des zweiten Termins nicht wieder kandidierte und es so als unverbrüchliche Sitte, die nur einmal ernsthaft, aber auch erfolglos zu durchbrechen versucht wurde (für Grant), hinterlassen hat, daß die Präsidentenwürde nur zweimal von demselben Manne bekleidet werden darf. Er nahm Abschied von seiner Stellung in der berühmten, mit starkem Anteil Hamiltons verfaßten „Farewell-Adresse“ vom 19. September 1796, die als das politische Testament dieser klugen, methodischen und lauteren Persönlichkeit bis heute innig verehrt wird. Festigung der Bundesregierung und Erhaltung des öffentlichen Kredits nach innen, — „ermutigt nicht den Parteigeist, bemüht Euch zum äußersten, ihn zu mäßigen. Bewahrt Treu und Glauben gegen alle Nationen: kein leidenschaftlicher Haß, keine leidenschaftliche Zuneigung gegen eine Nation, seid tatsächlich unabhängig von allen, in einem Wort: seid eine Nation, seid Amerikaner und seid treu Euch selbst,“ mit diesen Worten schied Washington von seinem Volke, dem er die selbständige staatliche Existenz errungen und gefestigt hatte. Er zog sich nach Mount Vernon (Abb. 15) zurück, wo er noch bis 1799 allverehrt gelebt hat. Noch einmal, in der Krise von 1798, folgte er dem stürmischen Rufe seines Landes und bewies seine organisatorischen Fähigkeiten an der Armee, die gegen Frankreich ins Feld ziehen sollte. Aber das Ende der Krise erlebte er nicht mehr, am 14. Dezember 1799 ist er gestorben. Bei der Nachricht von seinem Tode ließ Napoleon die Fahnen Frankreichs mit Flor bekleiden, und die Flotte Englands setzte die Flaggen halbmast. Im Repräsentantenhause aber erklangen über ihn die Worte, die seine beste Grabschrift wurden: „Der Erste im Krieg, der Erste im Frieden und der Erste in den Herzen seiner Mitbürger.“ Washington ist auf seinem virginischen Landgute beigesetzt; noch heute grüßt jedes Schiff, das auf dem Potomac vorbeizieht, durch Senken der Flagge die Grabstätte des gefeiertsten Helden der Union (Abb. 43—45). —

Noch brach der Parteigegensatz nicht ganz durch in der nächsten Präsidentschaftswahl. Hamilton war der Führer seiner Partei, aber für einen Präsidentschaftskandidaten zu unpopulär. Er wie Jefferson waren seit 1795 nicht mehr im Amte. Jefferson kandidierte, aber trotz eines unerwartet großen republikanischen Erfolges siegte der föderalistische Kandidat mit nur drei Elektorenstimmen über ihn: John Adams, der bisherige Vizepräsident. Seine Präsidentschaft ist ausgefüllt durch die Verwicklungen mit Frankreich. Im Krieg Frankreichs gegen England hatte Nordamerika unbedingte Neutralität gewahrt; zwischen Jeffersons Sympathien für Frankreich und Hamiltons Abneigung in der Mitte stehend, hatte Washington den Vertrag mit Frankreich von 1778 nicht mehr für bindend erklärt und 1794 die Neutralität ausgesprochen. Man hat mit Recht in dieser Entscheidung schon einen der Grundgedanken der Monroe-Doktrin, den der Trennung der amerikanischen von den europäischen Angelegenheiten, zum erstenmal ausgedrückt gesehen, den Washington dann in seiner Abschiedsbotschaft seinen Landsleuten noch besonders einschärfte. In Frankreich war nun durch den Jay-Vertrag eine starke feindliche Stimmung wachgerufen worden, und das Ungeschick der amerikanischen Vertreter hatte die Beziehungen nicht gebessert. Adams versuchte deshalb, sich freundlicher zu stellen, und schickte Gesandte nach Paris. Dennoch schien es zum Kriege kommen zu wollen. Washington wurde nominell Höchstkommandierender; tatsächlich aber war Hamilton der Befehlshaber, in einer Position, die für Adams als Präsidenten unerträglich war. Dies bestimmte Adams, als schon der Kleinkrieg mit Frankreich zur See begann, letzterem entgegenzukommen. Napoleon, damals erster Konsul, nahm seine Gesandten freundlich auf, aber er lehnte einen Schadenersatz für von Frankreich weggenommenes amerikanisches Eigentum ebenso ab, wie die förmliche Aufgabe des Vertrages von 1778. Schließlich einigte man sich doch dahin, daß Frankreich diesen Vertrag nicht länger für bindend erklärte und die Union ihre Forderung auf Entschädigungen zurückzog.

Noch ein anderer Vorfall hatte Adams zu seiner plötzlichen Schwenkung zu Frankreich, die er ohne Verständigung mit seinem Kabinett und seiner Partei vollzog, bestimmt,

ein Vorfall, der von außerordentlicher, zwar nicht augenblicklicher, aber programmatischer Bedeutung war. Im Kongresse waren Gesetze, die die Autorität der Bundesbeamten verstärken sollten, gegen eine scharfe Opposition der Republikaner durchgedrückt worden. Der Widerspruch wurde zu grundsätzlicher Bedeutung erhoben dadurch, daß die Republikaner die Staatslegislaturen, die sie beherrschten, mobil machten. Sie setzten dort Resolutionen durch, die den anderen Staatslegislaturen dann übermittelt wurden. Das war ein Mittel, das man in den Tagen der Kolonialzeit schon mit Erfolg angewendet hatte, das jetzt aber, wenn in größerem Umfang und so weitreichend benutzt wie hier und später, die Stellung der Unionsgewalten sehr gefährden mußte. Die Resolutionen selbst sind viel bedeutsamer als die Angelegenheit, aus der sie entsprangen. In Kentucky gingen sie auf



Abb. 41. Das Naval-Denkmal in Washington.
Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich. (Zu Seite 64 u. 72.)

den Namen des Mitgliedes Breckenridge, in Virginia brachte sie James Madison (Abb. 48) ein, der jetzt zur republikanischen Partei gehörte. Die schärferen waren jene Anträge Breckenridges; aber ihr wirklicher Vater war nicht dieser, sondern Thomas Jefferson selbst, und er ist der Vater der Nullifikationstheorie, die in diesen Kentucky-Anträgen zum ersten Male in voller Schärfe ausgesprochen worden ist. Die Verfassung gilt ihnen nur als ein Vertrag zwischen den Staaten; die Staaten allein, nicht die Bundesregierung, sind Richter über die Gültigkeit der Bundesgesetze: das waren die Grundgedanken der Resolutionen, von ihnen führte der Gedanke ganz logisch weiter, den Jefferson im Originalentwurf auch ausgesprochen hat: daß die Staaten die Akte des Bundeskongresses „nullifizieren“ könnten, wenn sie außerhalb seiner ihm strikt vorgezeichneten Vollmachten liegen. Darauf konnte später, als der Konflikt um die Sklavenfrage sich verstärkte, John Calhoun seine Gedanken aufbauen, die die Union theoretisch auseinanderrissen, wie es in logischer Befolgung seiner Theorien die Südcarolina-Legislatur 1833 schon wirklich tat. Gegen

diese sich andeutenden Extreme der republikanischen Parteidoktrin trat nun Hamilton in einem Briefe an den Sprecher des Repräsentantenhauses auf, der freilich seinerseits auch über das Ziel hinausschoß. Die bestehende Verfassung hätte zur Zurückweisung jener Theorien genügt, wie sie später auch genügt hat. Hamilton aber befürwortete die Aufteilung der Staaten in kleine Distrikte, um Zahl und Gewalt der Bundesgerichtshöfe zu verstärken, er hielt sogar ein Recht des Kongresses für notwendig, die größeren Staaten in zwei oder mehr Staaten zu zerteilen und empfahl dafür vollends, die Armee auch nach etwaigem Friedensschlusse mit Frankreich auf dem Kriegsfuße zu halten. Diese abenteuerlichen Gedanken bestimmten Adams lebhaft mit, sobald wie möglich Frieden mit Frankreich zu suchen und damit die gefährlichen Velleitäten Hamiltons zu ersticken. —

Zum ersten Male war der Kampf der Präsidentschafswahl im Jahre 1800 von großer Heftigkeit. Adams war wieder Kandidat. Seine Verwaltung war im ganzen glücklich für das Land gewesen, die Reinheit seines Charakters und die Klugheit seiner Aktionen waren unbestritten. Aber der Streit, der zu den Kentucky-Resolutionen führte, hatte den Föderalisten Anhänger geraubt und außerdem verdarben Intrigen Hamiltons gegen Adams viel. Die republikanische Partei dagegen stand jetzt fertig und geschlossen da; aus ihr, der Partei Jeffersons, ist die ganze dauernde Parteiorganisation der Folgezeit hervorgegangen. Den Föderalisten dagegen fehlte diese starke Berührung mit dem Volke, und so unterlagen sie. Der Wahlausgang brachte aber noch einen neuen Konflikt. Jefferson und der Kandidat für die Vizepräsidentschaft, Aaron Burr, der Vater der festen republikanischen (heute demokratisch genannten) Parteiorganisation in New York, ein fähiger Mensch, aber eine der unerfreulichsten Gestalten der amerikanischen Geschichte*), hatten jeder 73 Elektorenstimmen bekommen. Nach der Verfassung hatte in solchem Fall das Repräsentantenhaus, nach Staaten stimmend, den Präsidenten zu wählen. Der Wille des Volks war unzweifelhaft, daß Jefferson (Abb. 47) die höchste Würde erhalten sollte. Aber die Föderalisten wollten in sehr begreiflichem Haß gegen ihn Aaron Burr wählen, und erst nach vielen Abstimmungen und mit starker Einwirkung Hamiltons wurde Jefferson Präsident. Der Vorfall gab Anlaß zu dem zwölften Verfassungsamendement (1804), nach dem von nun an jeder Wähler Präsident und Vizepräsident in getrennter Abstimmung wählen, und in Fällen, wo kein Kandidat die Mehrheit erhielt, das Repräsentantenhaus nach Staaten einen von den drei oder (beim Vizepräsidenten) zwei Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen zum Präsidenten oder Vizepräsidenten wählen sollte. Dies Amendement ist wichtiger, als es zu sein scheint. Bisher bewarben sich fähige Männer um beide Posten, da erst der Ausgang der Wahl entschied, wer den höheren erhielt. Von nun an bewirkte die scharfe Trennung, daß sich die ganze Agitation auf die Präsidentschaftswahl konzentrierte, während für den allerdings nach der Verfassung auch nicht sehr bedeutsamen Vizepräsidentensitz Unbedeutende nebenbei nominiert wurden. Dies wurde aber jedesmal (fünfmal bisher in der amerikanischen Geschichte) dann bedeutsam, wenn der Präsident während seiner Amtszeit ausschied und verfassungsmäßig der, gar nicht für diesen Posten in Aussicht genommene, unbedeutende Vizepräsident Präsident wurde.

Bevor die Föderalisten endgültig abtraten, suchten sie noch eine Zuflucht für die Sicherung ihrer Macht, indem sie die Bundesgerichtshöfe vermehrten und eine Reihe ihrer Parteigänger durch Adams' Macht in Stellen auf Lebenszeit hineinbrachten. Von diesen Ernennungen ist eine von außerordentlicher Bedeutung geworden: die des bisherigen Staatssekretärs John Marshall aus Virginia in eine offene Stelle (Chief Justiceship) am höchsten Bundesgerichtshof. Fünfunddreißig Jahre hat Marshall an dessen Spitze gestanden und an dieser für die Verfassungsentwicklung so ungeheuer wichtigen Stelle den Jeffersonschen Ideen ein Widerspiel geboten, indem er ganz im Sinne Hamiltons die extensive Auffassung der Verfassung vertrat. —

*) Burr hat Hamilton in einem politischen Duell erschossen und die Union dadurch eines ihrer größten, wirklich aufbauenden Staatsmänner beraubt. Die Erregung über diesen Tod Hamiltons, der damit auch sein Leben für sein Land opferte, hat besonders zu der starken Einschränkung des Zweikampfes in Nordamerika beigetragen.





Abb. 42. Kapitol zu Albany. (Zu Seite 64.)

Mit dem Regierungsantritt Jeffersons beginnt die lange Herrschaft der republikanischen, später Demokraten genannten Partei. Bis zur Wahl Lincolns (1861) haben mit den einzigen Ausnahmen von 1841 und 1849/53 nur Demokraten auf dem Platze Washingtons gesessen. Und fast immer hat diese Partei in den Wahlperioden dieser Zeit die Mehrheit auch im Kongreß gehabt. In diesen Jahren vollzieht sich die Wendung im inneren Leben, die die schon schlummernden Konflikte schließlich zum blutigen Zusammenstoß brachte. Im Jahre 1793 war der Cotton Gin erfunden worden, eine Entkörnungsmaschine, durch die die kurzfaserige Sorte der Baumwolle verwendbar wurde, und der die mächtige Entwicklung der Baumwollkultur zu danken ist. Damit und mit den großen Erfindungen der Maschinenspinnerei und -weberei in England begann die Zeit, von der es hieß: Baumwolle ist König. Noch tiefer grub sich die besondere wirtschaftliche Struktur ein in die Lande südlich der amerikanischen Mainlinie, des Potomac. Nicht der Siedler erschloß hier das Land, der Pflanzer mit seinem Arbeitermaterial erbaute die neuen Südstaaten. Der Süden bleibt zwei Menschenalter nur landwirtschaftliches Exportproduktionsgebiet. Unverändert dehnt sich die Form des Plantagenbaues nach Westen aus, ausschlaggebend ist allein der Transportweg als Zugang zum Weltverkehr, in den dieser Süden dadurch mit seinen Lebensinteressen hereingezogen wurde. Daher mußte in ihm der Schwerpunkt aller freihändlerischen Richtungen liegen. Die Plantagenwirtschaft aber ruhte hier von nun an vital auf dem Arbeitssystem der Sklaverei. Um 1800 schien sie zu Ende zu gehen, an ihrer Unrentabilität; Eli Whitneys Erfindung des Cotton Gin gab den Anstoß, daß sie von nun an die Institution im Wirtschaftsleben wurde, mit der die Pflanzeraristokratie stand und fiel. Zunächst stieg bis zum 1. Januar 1808, dem Tage, an dem durch Verbot der Union der afrikanische Sklavenhandel aufhörte, die Einfuhr von Negersklaven. Mit dem Erwerb von Louisiana (1803) kam ferner noch eine Masse Neger in das Unionsgebiet herein. Dann mußte



Abb. 43. Martha Washington, die Gemahlin des ersten Präsidenten.
Gemälde von Gilbert Stuart. (Zu Seite 66.)

mit dem vorhandenen Material gewirtschaftet werden, und die Sklaverei ändert ihren Charakter. Sie hat nicht den patriarchalischen Zug der alten Kolonialzeit mehr. Der Sklave wird Produktionsfaktor, rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in die Produktion gestellt, wie die Maschine oder das Vieh. Er wird Spekulationsgegenstand, wird gezüchtet geradezu für die höchste wirtschaftliche Leistung wie das Pferd und der Ochse. Damit bahnte sich eine Teilung der Arbeit zwischen den Südstaaten an. Je mehr die Baumwollproduktion herrschend wurde, um so mehr verdrängte sie andere Kulturen, und wo das nicht anging, wie in Virginia, überließen die Pflanzer dort den Tabakbau den einwandernden Farmern und wendeten sich der Produktion des Produktionsmittels zu, dessen die Baumwollstaaten bedurften. So teilt sich der Süden in sklavenproduzierende Grenzstaaten (Virginia und Kentucky, seit 1792 Staat) und sklavenkonsumierende Pflanzungsstaaten (die beiden Karolina und Georgia von den alten Staaten; dazu kommen Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana, Texas, Arkansas, Tennessee). Und so wechselt auch die Führung innerhalb des Südens: Virginia tritt zurück zu gunsten des Hauptbaumwollstaates Südcarolina.



Abb. 44. George Washington.
Gemälde von Gilbert Stuart. (Zu Seite 66.)

Diese Entwicklung verschärfte die Züge, die seit der ersten Kolonialzeit den Norden und Süden getrennt hatten. Je stärker sich die Aufrechterhaltung der Pflanzerherrschaft mit der Sklaverei verband, um so schärfer bildete sich die aristokratische und oligarchische Herrschaft dort aus. Ganz einseitig trieb dies Pflanzerinteresse den Süden in eine Bahn, auf der er schließlich dem Norden unterliegen mußte. Noch bestand der Gegensatz nur unbewußt, noch regte sich im Norden, der am Aufschwung des Südens durch erheblichen Zwischenhandelsgewinn teilnahm, kein Widerspruch gegen die Sklaverei. Und beiden war der Expansionstrieb gemein; bis 1850 haben beide Teile in der territorialen Ausdehnung Schritt gehalten. Aber das Motiv war verschieden: im Norden war es das, neues Land zu gewinnen für den Überschuß der Bevölkerung, im Süden, für die Erweiterung des Baumwollgebiets. Von Anfang an blieben die Sklavenstaaten in der Bevölkerungszunahme hinter den freien Staaten zurück.

Führend ist bis 1861 dieser Süden gewesen. Aus seiner Herrenklasse gingen weiter politische Talente hervor, während im Norden alles von der gewerblichen oder siedelnden Arbeit in Anspruch genommen war. Und rücksichtslos genug haben diese Südstaatler die Union ihren Interessen dienstbar gemacht. Politisch ging ihre Doktrin, der John C. Calhoun aus Südcarolina die schärfste systematische Begründung gegeben hat, darauf, die Jeffersonschen Gedanken durchgeführt zu halten. Ihre wirtschaftspolitische und ihre Stellung zur Sklaverei zwangen sie, parteipolitisch die Staatenrechte, schließlich die Staatensouveränität auf das einseitigste zu betonen.

Als Jefferson sein Amt antrat, war die Union ein durchaus dem Atlantischen Ozean zugewendeter Staat. Während der ersten Hälfte der demokratischen Herrschaft, bis zur zweiten Präsidentschaft Monroes (1825), trat der mittlere Westen in die Union herein, bis zum Beginn des Sezessionskrieges erreichten ihre Grenzen die pacifische Küste. Die Motive dieser entscheidenden Wendung waren im Norden und Süden verschieden; mit den kalifornischen Goldfunden kam noch ein ganz außerhalb liegendes, altes Kolonisationsmotiv hinzu. Das Ergebnis aber war doch die Erreichung der Meeresküsten im Süden und Westen: der Staat Washingtons, der nicht mehr als eine Randkolonie gewesen war, erwirbt im „Winning of the West" die natürliche Basis zur Weltmachtstellung. Darum hat Theodore Roosevelt der Schilderung dieser Entwicklung sechs Bände seiner Werke gewidmet. Die Expansion durchkreuzt und verschiebt vielfach den verfassungsrechtlichen Kampf, der den atlantischen Osten die nächsten Jahrzehnte hindurch erfüllt, aber sie nimmt ihm auch einen großen Teil seiner Schärfe. —

Im Jahre 1792 betrug die Einnahme der Bundesregierung: 3 600 000 Dollar, 1800: 10 600 000 Dollar; die Ausgaben waren (ohne die Zinsen der Nationalschuld) gestiegen von 1 800 000 auf über 7 Millionen Dollar. Darin zeigte sich der Erfolg der Hamiltonschen Politik; wie stand doch jetzt die Bundesgewalt finanziell da gegen damals! Hamilton „hatte an den Felsen der nationalen Hilfsquellen geschlagen, und Ströme an Einnahmen quollen überreich hervor; er rührte an die Leiche des öffentlichen Kredits, und dieser sprang auf seine Füße". Die Steigerung beunruhigte Jefferson, und seine Finanzpolitik ging wie die seines Schatzsekretärs Albert Gallatin dahin, die inneren Abgaben zu vermindern und die Ausgaben zugleich, um so den zentralistischen Erfolgen der föderalistischen Herrschaft entgegenzuarbeiten. Die inneren Abgaben fielen und mit ihnen eine Menge von Beamtenstellen. Ersparnisse aber suchte man zu machen an der Marine. Am liebsten hätte Jefferson in seiner Abneigung gegen kriegerische Verwicklungen die Kriegsschiffe auf den Werften verankert, ein paar Wachtmannschaften neben sie gestellt und die Ersparnisse zur Abzahlung der Nationalschuld verwendet. Aber die Ironie der Geschichte wollte, daß gerade unter diesem Präsidenten die amerikanische Marine ihre ersten Lorbeeren sich erfocht, daß Jefferson, statt die Schiffe auf die Werft legen zu können, sie ins Mittelländische Meer schicken mußte, um die Barbaresken, die lange von der Union Tribut erhalten hatten, niederzuwerfen. Gerade unter Jefferson hat die amerikanische Marine die Ausbildung erworben, die sie im Krieg gegen England 1812 schon zu trefflichen Leistungen befähigte. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme hörte das Volk von den kühnen Taten ihrer Offiziere zur See; zum ersten Male wehte Seeluft in das amerikanische Leben hinein (Abb. 41).

Jeffersons Inauguraladresse zeichnete sich nicht durch Tiefe der Gedanken aus, sein Programm war allgemein: Friede und Freundschaft, Sparsamkeit, Ermutigung des Ackerbaues und des Handels „als seiner Magd" u. dgl. Mit dem Satze: „Wir sind alle Republikaner, wir sind alle Föderalisten," suchte er die Gegensätze zu versöhnen, die damit nur verwischt wurden. Aber die staatsmännische Größe des Mannes tritt darin hervor, daß er über diese allgemeinen Lehren und über seinen extrem-konstitutionellen Standpunkt hinaus die Zeichen der Zeit verstand und rücksichtslos gegen seine eigene Theorie handelte. Als er zum zweitenmal gewählt wurde, fielen die föderalistischen Elektorenstimmen von 65 auf ganze 14. Jefferson hatte fähige Mitarbeiter: Madison als Staatssekretär, Gallatin als Schatzsekretär füllten die beiden bedeutendsten Stellen des Kabinetts auch bedeutend aus. Er band sich nicht an die überstürzten Ernennungen,

mit denen Adams noch seine Zeit wenig rühmlich abgeschlossen hatte. Durchaus war er der Ansicht, daß eine Partei, der mehr als die Hälfte aller Stimmen gehörten, auch Anteil an den Ämtern haben müßte, die jetzt von Föderalisten eingenommen waren, und er handelte danach. Nicht übertrieben; in den ersten vierzehn Monaten hat er nur sechzehn Beamte deshalb entfernt. Gegen einen Ämtersucher, der seinen Wunsch damit begründete, daß die Republikaner doch als Erretter des Landes zu Ämtern berechtigt seien, fand er sogar das grobe und recht undemokratische Wort: „Rom wurde einmal durch Gänse gerettet, aber ich habe niemals gehört, daß man diese Gänse zu Zollbeamten gemacht hätte.“ Die neuen Bundesgerichte wurden allerdings abgeschafft und von den unteren Beamten der Unionsgerichtshöfe soviel als möglich durch Republikaner ersetzt. Dagegen scheiterte ein Versuch, auch in den höchsten Gerichtshof einzudringen; dieser blieb in den Händen der Föderalisten. Durch seine Ämterpolitik hat Jefferson allerdings das Vorbild gegeben



Abb. 45. Washingtons Denkmal in Mount Vernon. (Zu Seite 66.)

für die verhängnisvolle Ausbildung der Parteiherrschaft in späterer Zeit durch den Präsidenten Jackson nach dem Satze, daß dem Sieger die Beute gehöre. Aber er hätte kaum anders handeln können. Die enge Verbindung zwischen Politik und Verwaltung, die die Ausbildung des Parteiwesens und die Parteiherrschaft mit sich brachte, überlieferte ihm schon einen Zustand, aus dem er kaum anders herauskommen konnte. Das Problem, das hier auftaucht, bis heute eines der wichtigsten in Nordamerika: die Unterordnung der Verwaltung unter die Parteipolitik und damit das Fehlen eines unabhängigen, fachgebildeten und lauteren Beamtenstandes, liegt tiefer in seinen Wurzeln als in dem Entschlusse eines einzelnen Präsidenten.

Jefferson wollte friedlich, verfassungsmäßig, sparsam regieren. Die Geschichte hat es ihm nicht erlaubt, vielmehr den Hauptinhalt seiner Amtszeit und der seines Nachfolgers Madison gerade nach außen verlegt: mit dem Erwerb Louisianas und den Beziehungen zu England, die schließlich zu einem zweiten Unabhängigkeitskriege führten. Das Land zwischen Mississippi und den Rocky Mountains und dem Rio Grande, das man Louisiana nannte, gehörte seit 1763 Spanien, das Florida an England hatte ab-

treten müssen. Im Jahre 1797 aber kam Talleyrand auf den Gedanken, mit der Wiedergewinnung dieses ursprünglich französischen Gebietes den Neubau einer französischen Kolonialmacht zu beginnen. Napoleon nahm das auf und zwang 1800 Spanien zur Abtretung Louisianas an Frankreich. Damit rückte eine der ersten Großmächte der Welt, die mit diesem Besitz ein bestimmtes Wollen verband, unmittelbar an die Seite der Union, und das erregte einen Sturm der Entrüstung, zumal auch eine Lebensfrage der Bevölkerung von Kentucky und Tennessee berührt wurde, als der spanische Intendant in New Orleans die Mississippischiffahrt empfindlich störte. Jefferson mußte handeln, auch wenn er nicht gewollt hätte. Die Gefahr der französischen Besitzergreifung sah er sofort; in einem Briefe, dessen Inhalt der französischen Regierung mitgeteilt wurde, schrieb er: „Der Tag, an dem Frankreich Besitz ergreift von New Orleans, besiegelt die Union von zwei Nationen, die vereint die ausschließliche Herrschaft über den Ozean behaupten können. Von diesem Augenblick an müssen wir uns mit der britischen Flotte und Nation vereinen" (marry sagte er). Da bot Talleyrand den Verkauf von ganz Louisiana an Amerika an, und die amerikanischen Gesandten, darunter der spätere Präsident Monroe, nahmen, ihre Instruktionen überschreitend, sein Angebot an: für 15 Millionen Dollar! Was sollte Jefferson machen? Die Verfassung enthielt keinerlei Bestimmung über einen Landkauf durch die Union; zur Einbringung eines dazu notwendigen Amendements aber schien die Zeit nicht ausreichend. Er unterdrückte seine Bedenken und unterzeichnete den Vertrag am 10. November 1803; der Lohn für seine Selbstüberwindung war seine Wiederwahl mit 162 gegen 14 Stimmen. Es war ein staatsmännischer Entschluß, dessen Bedeutung weit hinausging über die nächsten Fragen der friedlichen Beilegung einer drohenden Differenz mit Frankreich und von Schiffahrtsstreitigkeiten. Napoleon wußte, was er tat, als er den kurzen Traum einer französischen Herrschaft im Süden Nordamerikas so rasch und nun endgültig begrub. Er sah, wie Jefferson, daß der französische Vorstoß dort England und Nordamerika zusammenführen müsse, und um diese englisch-nordamerikanische Allianz in dem 1803 anbrechenden Entscheidungskampfe zu verhindern, gab er Louisiana preis, das er gegen beide doch nicht hätte behaupten können. Für die Union aber war der Ausgang noch wichtiger. Die Grenzen des neuen Gebietes waren zwar nicht klar: Frankreich und Spanien verstanden die Zession einschließlich von Texas, ausschließlich eines Teiles von Westflorida. Dagegen glaubte die Union Westflorida eingeschlossen, aber das Land am Mississippi bis zum Rio Grande nicht mit inbegriffen. In jedem Falle war es ein ungeheures Gebiet, die ganze westliche Hälfte des Mississippitales; zwölf Staaten und zwei Territorien der Union sind aus dem Gebiet hervorgegangen, das den bisherigen Flächeninhalt der Vereinigten Staaten gerade verdoppelte. Mit einem Ruck war das Gesicht der Union nach Westen gewandt: das Land bis zum Rio Grande, das spätere Texas, stand schon jetzt mit in Erörterung, und welche Perspektiven eröffneten sich darüber hinaus! Mit Recht ist ein Jahrhundert später die Weltausstellung in St. Louis, dem



Abb. 46. John Adams. (Zu Seite 65.)



Mittelpunkte des Ankaufsgebietes, dem Andenken an diesen Entschluß Jeffersons geweiht worden.

Der Erwerb von Louisiana durch die Union hatte den Ausgang ausgeschlossen, den Jeffersons Schreiben vorausgesehen hatte: eine enge Verbindung mit England. Die Beziehungen zu dieser Macht traten jetzt beherrschend in den Vordergrund und verwickelten so die Union auch zum Teil in die großen Welthändel, die sich in diesen Jahren abspielten. Die Handelsbeziehungen waren schon seit 1783 niemals ungetrübt geblieben. Kraft der sogenannten Kriegsregel von 1756, daß keine Nation in Kriegszeiten einen Handel genießen sollte, der ihr in Friedenszeiten verschlossen war, hatte England schon immer den amerikanischen Handel mit dem französischen und spanischen Westindien gestört, öfter mit Gewalt durch Wegnahme von Schiffen. Jetzt aber wurde die Union in den großen Kampf zwischen England und Napoleon hereingezogen. Im Jahre 1805 schon verkündete England, daß auf amerikanischen Schiffen transportierte Waren aus französischen Kolonien weggenommen werden könnten. Das war bereits ein schwerer Schlag für den amerikanischen Handel. Aber seit Trafalgar war England die Herrin zur See und nutzte seine Stellung rücksichtslos aus: durch Durchsuchung von Handelsschiffen und, was namentlich in Amerika erbitterte, durch Pressen ihrer Bemannung zum englischen Kriegsdienst, auf Grund der stolzen Theorie, daß niemand die englische Untertanenschaft ablegen könne: „Einmal ein Engländer, für immer ein Engländer!“ Die Lage zwischen den beiden Feinden wurde für Amerika schließlich so, daß Jefferson das Wort entschlüpfte, England sei ein Piratennest und Frankreich eine Räuberhöhle geworden. In jedem Falle suchten England und Napoleon den freien Verkehr des neutralen Handels unmöglich zu machen. Entweder verweigerte das amerikanische Schiff dem englischen das Recht der Durchsuchung; dann setzte es sich der Gefahr aus, durch die englischen Kanonen vom Wasser weggeblasen zu werden. Oder es unterwarf sich der Durchsuchung, dann wurde es als rechtmäßige Prise von französischen Kriegsschiffen oder in einem Hafen des Kontinents weggenommen. Dies Dilemma brachte schließlich Jefferson dazu, dem Kongreß 1807 ein Embargo zu empfehlen, und der Kongreß nahm es an. Indes erwies sich dies Vorgehen, das alle amerikanischen Häfen dem Handel verschloß, den Export verbot und die amerikanischen Schiffe in den Häfen zurückhielt, als ein Schlag ins Wasser. Auf Frankreich brachte es keine Wirkung hervor, außer daß Napoleon amerikanische Schiffe in europäischen Häfen jetzt einfach wegnahm. In England führte es wohl zu einer Handelskrise, da die amerikanischen Waren nun wie die des europäischen Festlandes im Preise stiegen, die Preise englischer Waren infolge der Überfüllung des Marktes sanken. Aber hier verschärfte es nur den schon bestehenden prekären Zustand, und hier hatten zudem die wirklich darunter leidenden Klassen keinen politischen Einfluß. Dagegen fiel der ganze Schaden des Embargos auf Amerika und schlug dadurch der Popularität Jeffersons eine schwere Wunde. Denn es traf am empfindlichsten gerade seine politischen Freunde, die virginischen Tabakpflanzer, für die jahrelang die Grundlage ihres ganzen Wohlstandes, der Tabak, unverkäuflich war. Weniger ruiniös war diese Politik in Neu-England, wo man um so lauter klagte, zuerst



Abb. 47. Thomas Jefferson. Stich von C. Mayer. (Zu Seite 68.)



Abb. 48. J. Madison. (Zu Seite 67.)

die Akte zu umgehen suchte und schließlich sich zur eigenen Produktion wendete. Daher datieren die Anfänge der Fabrikindustrien in Neu-England gerade aus dieser Zeit, und so entstand allerdings eine größere Gefahr für England, indem der ganze amerikanische Markt verloren zu gehen drohte. Die Aufhebung des Embargos ließ sich jedoch nicht vermeiden. Jefferson überließ sie seinem Nachfolger, James Madison (Abb. 48), an dessen Inaugurationstage (4. März 1809) die Embargo-Akte fiel.

Die Spannung zwischen Nordamerika und dem Mutterland schien beseitigt, nachdem der Handelsverkehr auch mit Großbritannien wieder für rechtmäßig erklärt war. Aber England gab immer noch nicht seinen Anspruch des Durchsuchungsrechtes und des Matrosenpressens auf; gerade dies Pressen ist eine der Hauptursachen für den Krieg von 1812, denn es erzeugte offenen Haß in der amerikanischen Welt gegen das Mutterland. Außerdem argwöhnte man, daß England hinter den Indianerunruhen steckte, die in diesen Jahren die Nordwestgrenze beunruhigten. Ihren Grund hatten diese natürlich in dem Vordringen der Siedler und den Landanweisungen durch die Union.. Die Indianerhäuptlinge Tecumseh und sein Bruder, der „Prophet", protestierten gegen diesen Landerwerb von einzelnen Stämmen, sie wollten, daß das Land nur von den Indianern im ganzen mit deren allgemeiner Zustimmung erworben werden könnte. Als Tecumseh nach einem Kampf bei Tippecanoe nach Kanada ging, glaubte man es bewiesen, daß er ein britischer Emissär war.

So trieb eigentlich mehr die Stimmung zum Kriege mit England als greifbare Beschwernisse. Am 17. Juni 1812 wurden doch auch die berüchtigten Orders des englischen Staatsrats, die den amerikanischen Handel so schwer geschädigt hatten, aufgehoben — am 18. wurde der Krieg an England erklärt. „Hätte es ein submarines Kabel zu der Zeit gegeben, der Krieg von 1812 wäre wahrscheinlich nicht ausgebrochen." Aber es war schon eine neue Generation nach und nach ans politische Ruder gekommen. Die Männer, die die nächsten Jahrzehnte bestimmen sollten, wie Henry Clay, dieser schon ein „Westerner", der, der Herkunft nach ein Virginier, in Kentucky saß (Abb. 51), traten jetzt zum erstenmal auf. Das ungestüme, hitzige, westliche Element, das leicht zum Losschlagen bereit war, begann im Kongreß gegen den ruhigeren, erfahreneren Süden und den geschäftlich ängstlichen Norden Boden zu fassen. Bei ihm besonders mußte die ungeschickte Art wirken, in der die englische Politik die Amerikaner immer noch behandelte. Wenn Canning im Unterhaus sagte, daß die Amerikaner nicht ein Volk seien, das England stolz sei, als seine Verwandten anzuerkennen, oder wenn Lord Liverpool erklärte, daß Amerika England zu betrachten habe als seine Schutzmacht, der es nicht nur seine behagliche Lage, nicht nur seine Stellung auf der Stufenleiter der Zivilisation, sondern überhaupt seine Existenz danke, so war diese Überhebung unerträglich und, wie sich dann im Kriege herausstellte, auch höchst unberechtigt. Notwendig war der Krieg nicht für Amerika, und noch weniger für England, das er gegen Napoleon nur lähmte. Er war insofern ein zweiter Unabhängigkeitskrieg, als er die im ersten tatsächlich erfochtene Unabhängigkeit den Engländern und damit auch der Welt förmlich klar machte. Er bewies, daß die Union ein unfertiges, aber jedenfalls selbständiges Staatswesen sei, das sich seiner Haut unerwartet erfolgreich zu erwehren vermochte. Freilich waren zu Lande — der Krieg zog sich von 1812—1814 hin — die amerikanischen

Waffen nicht erfolgreich. Der Plan, Kanada zu erobern, um den Indianerunruhen endgültig ein Ende zu setzen, scheiterte völlig: die halb geübten amerikanischen Truppen unter unfähigen Generalen waren den Engländern, die noch dazu von Indianern unterstützt wurden, nicht gewachsen. Der Krieg ging hin und her ohne große Entscheidungen. Auch als nach Napoleons Abdankung England freie Hand bekam, wurde das nicht anders, da die Amerikaner jetzt bessere Führer hatten. Nur einen wenig rühmlichen Erfolg trugen die Engländer im Sommer 1814 davon. Ein Vorstoß gegen Washington gelang, sie hatten es gerade lange genug im Besitz, um die öffentlichen Gebäude verbrennen und sich dann eiligst auf die Schiffe zurückziehen zu können. Dieser Vandalismus, ausgeführt auf Befehl und unter Leitung der Generale, erregte auch in London Unwillen: eine Zeitung stellte bissig ihre Landsleute, die Washington verbrannten, neben die Kosaken, die Paris geschont hatten. Auch im Süden, wo dieser Landkrieg zu Ende ging, fielen keine großen Entscheidungen. Ein Angriff auf New Orleans mißlang; Andrew Jackson, der spätere Präsident, erwarb sich da seinen Ruhm und den Beinamen des „old Hickory" (alter Walnußbaum).

Daß die englischen Truppen trotz der unleugbaren Schwäche der Amerikaner zu Lande nicht voran kamen, lag zum Teil an den ganz überraschenden Erfolgen Amerikas zur See. Die amerikanische Marine mochte aus etwa zwölf Schiffen bestehen, ein Zwerg gegen die gewaltige britische Seemacht. Aber nach dem Kriege mußten die englischen Kaufleute gestehen, daß die Union doch „eine Macht sei, deren maritime Stärke man bisher sehr unpolitisch mit Verachtung betrachtet habe". Die Erfolge waren bedeutend im regulären, wenn auch etwas gelegentlichen Seekampf, wie im irregulären Kaperkrieg. So traf auf der Fahrt von Annapolis nach New York die „Constitution" unter einem der bedeutenden Seeoffiziere, die mit einem Male in jener Zeit auftraten, Kapitän Hull, auf ein englisches Geschwader von fünf Schiffen. Vom 17. bis 20. Juli 1812 wurde er von ihm herumgejagt, aber Hull rettete sein Schiff sicher nach Boston. Zwölf Tage darauf ging er wieder in See, am 19. August sichtete er die englische Fregatte „Guerrière" und schoß das allerdings leichter gebaute Schiff, das vier Kanonen weniger hatte, in einer halben Stunde zum sinkenden Wrack. Andere Siege folgten, so 1813 auf dem Eriesee, 1814 auf dem Champlainsee. Der Verlust war im ganzen nicht erschütternd für die englische Flotte, aber der Sieg war überraschend und machte einen starken moralischen Eindruck. Die amerikanische Marine hatte sich nach dem Offiziermaterial, nach der seemännischen und artilleristischen Seite der englischen als gleich, ja als überlegen gezeigt. Daneben blühte der Kaperkrieg in reichem Maße. Auch in ihm zeigten die Amerikaner eine außerordentliche Kühnheit, und auch hier war ihr Erfolg ganz außerordentlich. Über 2500 englische Schiffe fielen ihnen zum Opfer, im Winter 1814/15 stiegen die Versicherungsprämien in England auf 10 und 13 Prozent; einmal nahm sogar ein 200 Tonnen-Schooner ein Depeschenboot unweit Dover weg.

Schon im September 1812, als Napoleon in Moskau stand, erhielt John Quincy Adams (Johns Sohn und später Präsident), damals Gesandter in Rußland, von dem Wunsche des Zaren Kenntnis, zwischen England und Nordamerika zu vermitteln. Alexander I. mußte es in dem großen Entscheidungskampfe darauf ankommen, die Macht Englands ungehemmt in



Abb. 49. James Monroe. (Zu Seite 78.)

die Wagschale fallen zu sehen. Madison ging darauf ein, dagegen lehnte England ab; es wollte nicht einer baltischen Macht die Vermittlung zugestehen in einer Streitfrage, die die Rechte der Neutralen betraf. Aber Castlereagh, jetzt Minister des Auswärtigen, bezeugte seine Bereitwilligkeit, unmittelbar mit den Amerikanern zu verhandeln. Freilich begannen die Verhandlungen erst im Sommer 1814 und endeten im Vertrage von Gent (24. Dezember 1814), nachdem die Kriegszufälle von 1814 den Engländern die Hoffnung auf Landerwerb an den großen Seen endgültig zerstört hatten. Der Vertrag war ein reines Friedensinstrument, das Matrosenpressen ist in ihm gar nicht erwähnt. Erst 1815 ist ein Handelsvertrag zustande gekommen, wurden die Fischereistreitigkeiten geregelt und die Nordgrenze der Union auf den 49. Breitengrad zwischen dem See der Wälder und den Rocky Mountains festgelegt.

In dem großen Weltkampfe zwischen Frankreich und England war der amerikanische Krieg nur eine verhältnismäßig unbedeutende Episode gewesen. Und auch im besonderen sind weder die Zahlen, noch die Entscheidungen, noch die Verluste dieses Krieges groß. Aber seine Bedeutung bleibt ihm. Die Union stand fest auf ihren Füßen, außerhalb der europäischen Verwicklungen; die englandfreundliche Partei in ihr verlor ihre Stellung ganz, mit diesem zweiten Unabhängigkeitskriege beginnt ein amerikanisches Nationalgefühl immer deutlicher zu entstehen. Freilich war die finanzielle Lage, in die der Krieg die Union gebracht hatte, kritisch genug, lebte sie doch in der Hauptsache von den naturgemäß durch ihn sinkenden Einnahmen aus Importzöllen. Nach dem Frieden aber stieg die Einfuhr wieder und damit wuchsen auch die Einnahmen; 1816 wurde die Charter der Vereinigte Staaten-Bank erneuert, im selben Jahr ging schon der erste der Schutztarife durch für die textile Industrie. Als Madison 1817 seinen Platz an James Monroe (Abb. 49) abgab, waren die öffentlichen Angelegenheiten in guter Ordnung. Mit dem Aufkommen der jüngeren republikanischen Elemente, denen nur eine 1820 ganz verschwindende föderalistische Gruppe entgegenstand, hatte der alte Parteistreit seinen Inhalt verloren. Es beginnt die „Ära des guten Einvernehmens“ (Era of good feelings), die bis zum Ende der zweiten Präsidentschaft Monroes gedauert hat. Aber es zeigte sich auch bald, daß mit diesem Erschlaffen der allgemeinen politischen Ideen in den Parteiprogrammen ein Vorteil für das öffentliche Leben nicht verbunden war. Noch unter Monroe begann, was sich dann namentlich unter Jackson zu voller Blüte entwickelte: an die Stelle der politischen Aktionen traten die Reibereien der persönlichen Interessen.

Monroe, der letzte der großen Virginier, näherte sich in der Würde seines Auftretens mehr Washington; wie er, reiste er durch das Land und brachte so das Bundesregiment zu persönlicher Anschauung im Volke der Union, was bei den Raumbedingungen des Landes von Wert und von den folgenden Präsidenten vielfach beibehalten worden ist. Monroes erste Verwaltung ist in mancher Hinsicht die erfolgreichste des Landes gewesen; 1821 wurde er ohne Widerspruch abermals Präsident, — gegen eine Stimme (aus New Hampshire), die abgegeben worden sein soll, damit kein Präsident nach Washington die Ehre einer einstimmigen Wahl habe. Niemals wieder hat seitdem ein Präsident eine solche Stimmenzahl auf sich vereint.

Allerdings waren auch die Fragen, die im inneren Leben schlummerten, zum Austrag noch nicht reif. Ganz unverkennbar aber zeigte sich bereits, daß sich der Schwerpunkt vom Süden nach dem Norden verschob. Im Jahre 1810 zählte Massachusetts über 700 000 Einwohner, Virginia 970 000, darunter aber 550 000 Negersklaven. Massachusetts hatte 20, Virginia 23 Abgeordnete im Kongreß, und Massachusetts hatte viermal so viel zu den Kriegslasten beigetragen als Virginia, stellte mehr Mann zu der Bundesarmee als dieses und die beiden Carolina zusammen. In Hartford trat aus der Mißstimmung des Nordens hierüber und gegen den Krieg eine föderalistische Konvention zusammen (1814/15). Diese sprach einen Standpunkt aus, der seltsam anklingt an die Kentucky- und Virginia-Resolutionen: daß die Staaten Richter sein müßten, wenn die Bundesgewalt ihre Vollmachten überschritte, denn es gäbe „keinen gemeinsamen Schiedsrichter“. Der Abschluß des Friedensvertrags ließ diese Hartford-Konvention keine Folgen

ziehen. Aber sie muß angemerkt werden als Beweis, daß auch im Norden damals noch die Staatenrechtstheorie Vertretung und offen ausgesprochenen Ausdruck fand.

Vorerst schlummerten also diese konstitutionellen Fragen, sie kamen auch noch nicht zum Ausbruch, als die Umbildung von mehreren Territorien zu neuen Staaten die Sklavenfrage bedenklich anrührte. Bis 1825 sind an neuen Staaten zu den dreizehn der Unabhängigkeits-Erklärung nacheinander in die Union eingetreten: Vermont, Kentucky, Tennessee, Ohio, Louisiana, Indiana, Mississippi, Illinois, Alabama, Maine und Missouri. Obwohl der Norden in seiner Bevölkerungszunahme schneller voranging als der Süden, waren Sklavenstaaten und freie Staaten abwechselnd in die Union aufgenommen worden, und das Gleichgewicht im Senat dadurch erhalten geblieben. Die Grenze zwischen den beiden Hälften war die alte Mason-Dixonlinie und die, die 1787 die



Abb. 50. Das Denkmal Andrew Jacksons, des „Old Hickory", vor dem Weißen Hause zu Washington. Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich. (Zu Seite 80.)

Ohio-Ordonnanz gezogen hatte. (S. 52.) Im Gebiet des „Ankaufs von Louisiana" hatte, wie in allen spanischen Kolonien, die Sklaverei geherrscht; 1812 hatte sich daraus das Territorium von New Orleans zum Staat ausgebildet und war, ohne Widerspruch, als Sklavenstaat Louisiana in die Union aufgenommen worden. 1819 wollte nun Missouri, der Teil des alten Louisianagebiets um St. Louis, gleichfalls Staat werden, mit 36° 30′ als Süd- und 40° 30′ als Nordgrenze. Damit lief die Ohiolinie, die Nordgrenze der Sklaverei im Gebiet zwischen Alleghanies und Mississippi, mitten durch den neuen Staat, in dem tatsächlich Sklaverei existierte. Sollte er zu den Sklaven- oder den freien Staaten geschlagen werden? Schon ging eine erste Erregung, die die kommenden Stürme ahnen ließ, über das Land. Doch noch einmal wurde der Konflikt verhütet, durch ein Kompromiß, das unter dem Namen Missouri-Kompromiß (1820/21) den Sklavenkonflikt um eine volle Generation vertagt hat. Missouri wurde als Sklavenstaat aufgenommen, aber die Sklaverei wurde für immer in dem Rest des Louisianakauf-

Gebietes nördlich von 36° 30′, der Südgrenze des neuen Staates, verboten. Für den Augenblick war es ein Vorteil der Sklavenhalter, für die Zukunft war das Gebiet der freien Arbeit doch nach Süden hin für immer erweitert worden. Und den tiefen Riß, der durch die Nation ging, hatte dieser Missouristreit erschreckend gezeigt; „wie eine Feuerglocke zur Nacht", sagte der alte Jefferson, hatte er das Volk schon alarmiert.

Die große Reihe der neuen Sterne, die nach denen der dreizehn Kolonien bis 1825 auf das Banner der Union gestickt wurden, zeigt, wie gewaltig die Ausweitung der Union nach Westen schon vor sich gegangen war. Um 1800 gingen nur vier Wege von der Küste über die Berge, zwei nach dem Norden, zwei nach dem Süden des Ohiotals; gegen 400 000 Siedler einschließlich der Sklaven mochten in den weiten Ländereien zwischen dem Mississippi und den Alleghanies sitzen. Seitdem aber strömte die Einwanderung von Norden und Süden in das Becken des Mississippi und der Nebenflüsse seines linken Ufers. Und noch mächtiger schwoll die Welle nach 1816 an. Die Auswanderung aus Europa stieg nach den großen Kriegen. Im Nordwesten lockte der fruchtbarste Ackerboden den Geburtenüberschuß der Städte auf das Land des Westens, im Südwesten lockten die für den Baumwollenbau geeigneten Mississippiufer den Pflanzer der Südstaaten. Weit getrennt von den alten Staaten, bedeuteten diese neuen Siedlungen unleugbar eine Gefahr für die Union, da von ihnen nur eine unausgesetzte Stärkung der zentrifugalen Tendenzen ausgehen konnte. Sogar Jefferson hat die außerordentlich rasche Besiedlung der westlichen Länder schon mit Besorgnis angesehen. Und es lag auch ein ungeheures Problem für die Zukunft der Union in dieser so rasch vor sich gehenden Erweiterung des Schauplatzes, der eine Fülle von Unterschieden in sich einschloß, die die einzelnen Staaten wie besondere Länder einander gegenüber stellten. Wie aber den Verkehrsmitteln, jetzt noch dem Dampfboot, nach 1830 besonders den Eisenbahnen, die ungemein rasche Erschließung und Besiedlung zum größten Teile wirtschaftlich verdankt wurde, so sind auf diesem weiten Raume die politischen Wirkungen des Dampfes den wirtschaftlichen durchaus gleichgekommen. Jeder Schienenstrang, an dessen Seiten hin sich die Besiedlung fortrankte, knüpfte diese neu erschlossenen Gebiete gleich mit den älteren Teilen der Union zusammen. So ist es gekommen, daß noch bevor die Erschließung im einzelnen zu Ende kam und gekommen ist, auf dem ganzen Gebiet zwischen den Ozeanen sofort ein vollständiges und einheitliches Wirtschafts- und Verkehrsnetz zutage trat. Durch die organische Verbindung zwischen Verkehrsmitteln und Besiedlung ist jeder dadurch neu entstehende Staat kein selbständiger Wirtschaftskörper geworden, sondern von Anfang an in die Union hereingewachsen, die ihm dies durch ihre Territorialgesetzgebung noch erheblich erleichterte.

Im Jahre 1803 war mit dem Louisianaankauf ein ungeheures Gebiet gewonnen, aus dem sich später noch eine ganze Reihe westlicher Staaten gebildet hat. Mit ihm war die Grenze des mittleren Westens, der Mississippi, bereits überschritten, die ersten Schritte in den fernen Westen hinein getan. Doch sind dort Staaten wie Kansas, Jowa, Nebraska erst viel später erstanden, und ebenso ist man nach Texas jetzt noch nicht eingedrungen. Vorerst drängte es im Osten, gegen Florida, zu größerer Klarheit zu kommen. Amerika nahm an, daß der Vertrag von 1803 Westflorida einschlösse, Spanien und Frankreich bestritten das. Im Laufe der großen Kämpfe bis 1810 drohte nun dies spanische Gebiet in den Besitz einer stärkeren europäischen Macht zu kommen. Wieder trat ein Augenblick ein, wie 1803, wieder fand auch ein Präsident den staatsmännischen Entschluß, der freilich im Widerspruch mit Jeffersons Inaugurations-Adresse und auch mit Washingtons Lebewohl-Adresse stand. Madison ließ Westflorida 1810 und 1812 okkupieren und wendete so die Gefahr, die für die Beherrschung der Mississippimündung drohte, ab. Es erwies sich sehr bald, daß diese Okkupation weiter führen mußte, und die Union bemühte sich daher, auch Ostflorida, durch Kauf, von Spanien zu erwerben. Schmuggel und Unruhen der Indianer, die sich vor der Verfolgung in die Sümpfe Ostfloridas retteten, machten die Verhältnisse dort bald sehr schwierig. Als Andrew Jackson (Abb. 50) 1818 eine Seminolenbande, die angeblich von den spanischen Ansiedlungen unterstützt wurde, über die Grenze verfolgte, nahm er zwei von diesen ein. Währenddem aber liefen schon die Verhandlungen um den Ankauf von Ostflorida, und die Bundes-

regierung mißbilligte Jacksons Vorgehen. Aber es hatte doch die Verhandlungen gefördert, die 1819 im Vertrag von Washington und 1821 durch Spaniens Ratifikation zum Abschluß kamen. Spanien trat seine Ansprüche auf Florida und alles Land nördlich und östlich einer Linie ab, die vom Sabinefluß nach den Rocky Mountains und von da am 42. Breitengrad hin zum Stillen Ozean lief; die Union verzichtete dafür endgültig auf Texas. Jackson wurde der erste Gouverneur von Florida. Seit diesem Abschlusse reichte die Ostseite der Union bis zum Mexikanischen Golf, bis zum Kap Sable. Die romanische Kolonisation — das lehrten schon diese ersten Verträge — war im vollen Zurückweichen vor der entstehenden angelsächsischen Macht; nur ein augenblicklicher Halt konnten die Verträge noch sein. Tatsächlich ist auch Texas und dann Kalifornien bald an die Reihe gekommen.



Abb. 51. Henry Clay. Stich von Nordheim.
(Zu Seite 76 u. 85.)

Wieviel sich gewandelt hatte im Innern und nach außen, seit Washington in seinem politischen Testament sein Regierungssystem niedergelegt hatte, wurde unter Monroe noch an einer andern Stelle klar. Spanien hatte mit der Ratifikation des Florida-Vertrags so lange gezögert, um sich die freundliche Stimmung der Union in der Kolonialkrisis, in der es stand, zu sichern. Nach den Napoleonischen Kriegen hatten nämlich seine südamerikanischen Kolonien, als die wieder eingesetzten Herrscher das alte Kolonialsystem von neuem einführten, das Joch des Mutterlandes nach und nach sämtlich abgeworfen. Es kam für Spanien nun darauf an, wie sich die europäischen Mächte und Nordamerika dazu stellen würden. Amerika erkannte (Mai 1822) die Rebellen als unabhängige Staaten an. Die „Heilige Allianz" dagegen beabsichtigte 1823 zugunsten Spaniens zu intervenieren, und gleichzeitig wollte Rußland sich an der nordwestlichsten Ecke Nordamerikas, in Alaska, weiter festsetzen. Mit genialem Blick sah Canning, was hier auf dem Spiele stand: ein unabhängiges Südamerika bedeutete für den britischen Handel ein unübersehbares Betätigungs- und Absatzgebiet, ein spanisches, im Sinne des alten Kolonialsystems beherrschtes das Gegenteil. Er ließ darum der Republik durch Rush, den amerikanischen Gesandten in London, ein Bündnis anbieten zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Heilige Allianz. Monroe erkannte die Gefahr für die Union, die in der Absicht der Heiligen Allianz lag, wohl, hatte doch Spanien auch auf nordamerikanischem Boden Kolonien und konnte darum eine solche europäische Intervention einen Präzedenzfall auch da abgeben, wo es sich um unmittelbar nordamerikanische Interessen handelte. Aber er vermied mit großer Klugheit ein allzu nahes Eingehen auf Cannings Wünsche, das die Union ohne Not in europäische Händel hätte verstricken können. Er handelte selbständig, aber parallel mit dem englischen Minister. Am 2. Dezember 1823 erließ er seine siebente Jahresbotschaft, die seinem Namen die Unsterblichkeit, die er sonst kaum verdiente, verschafft hat, und in der ein vollständig neues und über Washingtons und Jeffersons System hinausschauendes Programm der auswärtigen Politik der Union aufgestellt war. Noch zeigte es nicht, wie entwicklungsfähig es war, aber es stellte klare Ziele und trug die Keime in sich, aus denen sich das Vorschreiten der Union bis zum Imperialismus der Gegenwart entwickelt hat. Seine Hauptsätze lauteten*):

*) Aus dem offiziellen Text in: American State papers, IInd s., foreign relations V, 246 und 250.

„Die Gelegenheit ist für geeignet erachtet worden, als Grundsatz, in dem die Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten beschlossen sind, geltend zu machen, daß die amerikanischen Kontinente, vermöge der freien und unabhängigen Stellung, die sie eingenommen haben und behaupten, von nun an nicht als Gegenstände für eine künftige Kolonisation durch irgendwelche europäische Mächte zu betrachten sind ...

„An den Kriegen der europäischen Mächte in Dingen, die diese allein angehen, haben wir niemals irgendwie Anteil genommen, noch verträgt es sich mit unserer Staatsklugheit, dies zu tun. Nur wenn unsere Rechte angegriffen oder ernstlich bedroht werden, fühlen wir uns geschädigt und rüsten uns zur Verteidigung. Mit den Bewegungen auf dieser Hemisphäre sind wir notwendigerweise unmittelbarer verknüpft, und aus Gründen, die für alle einsichtigen und unparteiischen Beobachter auf der Hand liegen müssen. Das politische System der verbündeten Mächte (Europas) ist wesentlich verschieden in dieser Hinsicht von dem Amerikas. Dieser Unterschied rührt her von dem, der besteht zwischen den entsprechenden Staatsformen (Governments). Und der Verteidigung unserer eigenen, die durch den Verlust von soviel Blut und Geld zustande gekommen und durch die Weisheit ihrer erleuchtetsten Bürger zur Reife gebracht worden ist, und unter der wir ein beispielloses Glück genossen haben, ist diese ganze Nation geweiht. Wir schulden daher der Aufrichtigkeit und den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und jenen Mächten die Erklärung, daß wir jeden Versuch ihrerseits, ihr System auf einen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als eine Gefahr für unsern Frieden und unsere Sicherheit betrachten würden. In die vorhandenen Kolonien oder Dependenzen einer europäischen Macht haben wir nicht eingegriffen und werden wir nicht eingreifen. Aber gegenüber den Staaten, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben und behaupteten, und deren Unabhängigkeit wir, in voller Überlegung und nach billigen Grundsätzen, anerkannt haben, könnten wir ein Eingreifen einer europäischen Macht in der Absicht, sie zu unterdrücken oder in irgendeiner Art ihr Schicksal zu kontrollieren, nicht anders ansehen als die Äußerung einer unfreundlichen Gesinnung gegen die Vereinigten Staaten ...

„Unsere Politik gegenüber Europa, die auf einer frühen Stufe der Kriege, die so lange diesen Teil der Erdkugel in Bewegung gehalten haben, angenommen wurde, bleibt gleichwohl dieselbe: uns nicht in die inneren Angelegenheiten einer europäischen Macht einzumischen; die tatsächliche Regierung als die für uns legitime zu betrachten; freundschaftliche Beziehungen mit Europa zu pflegen und diese Beziehungen zu sichern durch eine freie, feste und männliche Politik, die in allen Fällen gerechten Ansprüchen jeder Macht entgegenkommt, aber Beleidigungen von keiner duldet. Jedoch für diese Kontinente sind die Umstände außerordentlich und sichtlich verschieden. Unmöglich könnten die Mächte der Allianz ihr politisches System auf einen Teil eines dieser beiden Kontinente (Amerikas) ausdehnen, ohne unsern Frieden und Glück zu gefährden, und niemand kann es glauben, daß unsere Brüder im Süden, sich selbst überlassen, dies freiwillig annehmen würden. Ebenso ist es folglich unmöglich, daß wir eine solche Intervention, unter welcher Form auch, gleichgültig betrachten könnten." Kontinent trat dem Kontinente gegenüber, nicht mehr Kolonie dem Mutterlande, sondern souveräne Staaten den alten Großmächten, ein selbständiges, amerikanisches, politisches System dem europäischen der Heiligen Allianz, das drückten die schlichten und stolzen Worte Monroes schon klar aus. Canning ließ unmittelbar darauf erklären, daß ein feindliches Auftreten der Heiligen Allianz die Anerkennung der Unabhängigkeit der spanischen Kolonien durch Großbritannien nach sich ziehen würde. Die Allianz trat daraufhin zurück: mit dem gemeinsamen Vorgehen der beiden angelsächsischen Mächte war die Selbständigkeit Südamerikas, damit die Herabdrückung Spaniens zu einer Kolonialmacht zweiten Ranges entschieden. Aus jenem Vorgehen aber waren zugleich auch schon Gedanken aufgetaucht, die, zunächst ganz phantastisch, das Ziel einer fernen Zukunft aufstellten. Sie sind mit dem Namen Henry Clays verbunden, der im Repräsentantenhaus die Monroesche Politik unterstützt hatte, indem er eine Erklärung derselben im Sinne der Botschaft, sogar noch etwas schärfer — sie sprach von Kriegsfall — vorschlug. Im Kopfe des feurigen und schwungvollen, damals 46 jährigen Virginiers



Abb. 52. John Quincy Adams.
Gemälde von J. S. Copley. (Zu Seite 85.)

— er steht in der Erinnerung des Repräsentantenhauses als der größte seiner Präsidenten (speaker), sagt Karl Schurz von ihm — bildete sich ein völliges System, in dem auch Südamerika eine Rolle spielte. Er träumte von einer Zusammenfassung des ganzen Kontinents „vom Lincolnsee zum Kap Hoorn“ gegen Europa, im Sinne des: „Amerika den Amerikanern!“ Und schon damals zeigte sich einsichtigen Köpfen, daß, wenn überhaupt einmal diese phantastischen Pläne Wirklichkeit würden, in diesem Gesamtamerika der Norden, die republikanische Union die herrschende Rolle spielen würde. „Amerika ist für meine Rasse nicht zu regieren,“ hat gerade der Befreier des Südens, Simon Bolivar, verzweifelt ausgerufen. Denn zu tief sah er die Spuren der spanischen Kolonialwirtschaft und der wilden Rassenmischung in diese Staaten eingedrückt, und darum gelang seinem Mühen nicht, ein unabhängiges und einiges Südamerika zu schaffen. Zunächst waren freilich Clays Pläne nur der leicht verwehende Schaum der Wogen, in denen von nun an das amerikanische Staatsschiff dahinfuhr. Zwar hatten die südamerikanischen Republiken die Erklärung der Monroe-Botschaft mit Begeisterung aufgenommen, zwar fand 1826 der erste panamerikanische Kongreß in Panama wirklich statt, und Clay wie Adams forderten aufs lebhafteste die Beteiligung der Union daran. Aber man scheute noch die Verwicklungen mit Europa, die daraus entstehen könnten, und die Sklavenhalter protestierten aus Mißtrauen gegen den Süden, der schon 1813 die Sklaven befreit hatte, dagegen. So beschränkte man nach einer Idee und Formulierung Daniel Websters (Abb. 54) die Anwendung dieser Form der Monroe-Lehre auf die Fälle einer „positiven oder mehr oder weniger entfernten Gefahr“.

Mit dieser Einschränkung erhielten die Delegierten ihre Vollmacht; der Kongreß ist dann ohne Erfolg auseinandergegangen. Clay selbst hat in den Tariffragen und dem Sklavereikonflikte dann Gebiete gefunden, auf denen seine Arbeit greifbarere Erfolge getragen hat. Aber Saat auf Hoffnung sind seine Träume geblieben. —

Die Bevölkerung der Union zählte nach dem Zensus von 1800: 5300000 Bewohner, nach dem von 1830 fast 13000000, davon aber 2000000 Negersklaven. Die Grenze lief jetzt weit im Westen, vielfach noch gar nicht sicher zu ziehen. 16 Sterne zählte 1800 das Unionsbanner, 24 im Jahre 1825, und darüber hinaus war noch weit in den Westen hinein die Arbeit des Siedlers, frei von staatlichem Zwang, im vollen Gange. Im Osten setzte sich die tiefe Scheidung immer tiefer durch: 1800 war das Verhältnis der freien Bevölkerung im Norden und Süden gewesen wie 25:13. Es war äußerlich 1830 noch ebenso; wenn man Missouri und alles Land südlich von 36° 30′ und westlich des Mississippi zum Süden rechnet und östlich dieses Flusses die alte Scheidelinie annimmt. Aber nur durch den Erwerb von Louisiana, der beiden Floridas und die schnelle Erschließung des Landes am Golf von Mexiko bewahrte der Süden diese Stellung. An sich nahm er nicht mehr zu. Die starke Entwicklung der Industrie und des Verkehrs mußte dem Norden bald eine Bevölkerung geben, die zu der freien Bevölkerung der südlichen Sklavenstaaten stand wie 5 zu 1. Denn immer stärker lebten nun Neu-England und die Mittelstaaten von Industrie und Handel, immer mehr in sich den Geschäftsgeist mit seinen Licht- und Schattenseiten entwickelnd. Das städtische Leben hatte immer mehr zugenommen; New York hatte 1800: 60000, 1830: 203000 Bewohner, und ähnlich wuchsen Philadelphia, Baltimore, Boston. Der Süden hatte nur eine einzige größere Stadt, New Orleans mit 46000 Bewohnern (1830). War der industriellen Entwicklung der Neu-England-Staaten die Embargopolitik Jeffersons zugute gekommen, so litten sie jetzt durch die Überflutung mit englischen Waren und den Wettbewerb der fremden Reederei (1819 und 1820 erlebten sie eine schwere Handelskrise), und verloren daher ihre Einwohner in die fruchtbaren Gegenden von West-New York oder in die neuen Staaten nordwestlich vom Ohio. Dafür nahm New York jetzt den ersten entscheidenden Anlauf zu seiner Weltstellung. Mit der Verbindung des Nordens mit dem Ontario, die der Eriekanal 1825 herstellte, erhielt das ungeheure Gebiet des Nordwestens einen Zugang zur See. Die Transportkosten für eine Tonne Korn von den großen Seen nach der Küste sanken durch ihn von 100 auf 10 Dollars, und nun wurde New York das ungeheure Ausflußrohr der Schätze, die sein neues Hinterland ihm bot. Seine Stellung als „Empire-Staat“ bahnte sich an, die Sterne von Massachusetts und der alten Neu-England-Kolonien verblichen vor ihm. Der Eriekanal war der Anfang des großen Kanalnetzes der Union, das damals infolge des großen Nutzens, den jener zunächst abwarf, weiter ausgebaut wurde. Am Chesapeake-Ohiokanal, der ein südliches Band zwischen der Küste und den großen Binnenwasserstraßen schuf, tat John Quincy Adams, Monroes Nachfolger, selbst den ersten Spatenstich.



Abb. 53. Präsident Andrew Jackson. Stich nach van Derlyn. (Zu Seite 85 ff.)

Schon mußte der Süden im ganzen fühlen, daß seine Machtstellung sich schwächte, und um so eifersüchtiger suchte er die Expansion nach dem Westen in seine Dienste zu ziehen. Innerlich, aus

der mangelnden Expansionsfähigkeit des Südens heraus, und äußerlich, aus den wirtschaftlichen, natürlichen, sozialen Bedingungen, die das Leben der neuen Territorien beherrschten, sollte sich bald zeigen, daß die Sache des Südens dort nicht weiter kam. Der Gegensatz, der hier langsam aber sicher heranwuchs, hat das amerikanische Leben reichlich vergiftet. Unendlich viel mehr aber hätte er es tun können, wenn die dreizehn zur Union zusammengetretenen Kolonien auch fernerhin diese allein ausgemacht hätten. Nun aber behielten sie den kolonialen Charakter bei, indem immer von der hochentwickelten Ostseite Kulturgut abfloß in die weiten Gefilde des Westens, und sich in immer größeren und immer vergröberteren Formen der Entwicklungsgang der Union in ihrer ersten Gestalt wiederholte. Dies Abströmen aber verlangsamte die Verschärfung der Gegensätze zwischen Nord und Süd, die ohne dies Reservoir im Westen viel schneller zum blutigen Austrag gekommen wären. Der koloniale Anstrich des ganzen Lebens, den diese wie die folgende Periode dadurch bewahrte, verstärkte natürlich alle die okkupatorischen Züge in dem sich bildenden Volkscharakter: die Wertschätzung der Arbeit und des einzelnen, den Drang nach Gewinn und nach Fortschritt:



Abb. 54. Daniel Webster.
Stich von Nordheim. (Zu Seite 83 u. 88.)

„Hinter uns liegt das Vergangene.
Wir betreten eine neue, weit're Welt und wechselvoller,
Frisch und stark ergreifen wir sie, Welt der Mühsal und des Marsches,
Pioniere! Pioniere!“ (Walt Whitman.)

Aber die unausgesetzt sich erneuernde Erschließungsarbeit nahm auch das Volk immer mehr in Anspruch. Nur in den ältesten Teilen des Landes und auch da nur, wo nicht die atemlose Hetze des Erwerbs alle Kraft anspannte, entstanden Anfänge geistigen Lebens.

Die Ausdehnung in den fernen Westen dauerte in der nächsten Generation noch fort und erreichte in ihr den Stillen Ozean. In ihr zugleich kam nun der Gegensatz von Nord und Süd, der alle Lebensgebiete beherrschte, aber in der Sklavenfrage schließlich seinen eigentlichen Drehpunkt fand, zum Ausbruch und zum Austrag mit der Waffe.

III. Kapitel.

Die nationale Demokratie, der ferne Westen und der Kampf um die Negersklaverei.

1825—1861.

Mit Monroes zweiter Präsidentschaft ging die „Ära des guten Einvernehmens“ zu Ende. Fünf Kandidaten bewarben sich um die Präsidentschaft: John Qu. Adams (Abb. 52) (Monroes Staatssekretär), der Schatzsekretär Crawford, John Calhoun (Abb. 55), der Kriegssekretär gewesen war, außerdem Henry Clay (Abb. 51) und Andrew Jackson (Abb. 53). Jackson erhielt die meisten Elektorenstimmen, aber keine Majorität. So hatte das Re-

präsentantenhaus unter den drei Kandidaten mit den meisten Stimmen zu wählen und wählte unter dem Einfluß seines Sprechers, Henry Clay, J. Qu. Adams zum Präsidenten. Als Adams Clay dann das Staatssekretariat anbot und dieser es annahm, war Grund zu Gerede über üble Motive für Clays Handeln. John Randolph prägte auch sofort das Wort von dem Bund zwischen Puritaner und Gauner, und noch kräftiger bezeichnete Jackson Clay als den „Judas des Westens“. So begann die Präsidentschaft Adams' gleich mit Vorwürfen über Korruption, die nicht verstummten. Seine Amtsperiode trägt durchaus den Charakter einer unerfreulichen Übergangszeit; ohne viel Spuren zu hinterlassen, verschwand der an sich ehrenwerte und aufrechte Mann bei der Wahl von 1828, wo Jackson alle Elektorenstimmen, die das vorige Mal auf ihn, Crawford und Clay gefallen waren, erhielt. Calhoun wurde wieder Vizepräsident, neben dem Manne, dessen kriegsgerichtliche Aburteilung er 1818 gefordert hatte.

Jacksons Wahl ist die bedeutungsvollste in der Reihe der Präsidentenwahlen zwischen Jeffersons Wahl 1800 und der Lincolns 1860. Die alte Schule der Staatsmänner, deren letzter John Quincy Adams gewesen war und die in ihrem ganzen Typus doch unmittelbar noch an Washington anknüpften, trat ab. Die jüngere Demokratie zog herauf. Der alte Gegensatz zwischen Zentralismus und Staatenfreiheit war oder schien verwischt; die demokratische Partei, wie sie Jackson vertrat, war durchaus für die Einheit und Erhaltung der Union. Sie hatte vorläufig einen politischen Inhalt darüber hinaus überhaupt nicht mehr, und so wurde die Bahn ganz frei, das öffentliche Leben nur zu einem Tummelplatz persönlicher Interessen und zum Jagdfeld für persönlichen Gewinn zu machen. Das hatte sich unter Jefferson vorbereitet, unter Adams scheinbar schon mehr verbreitet und wurde nun zur allgemeinen Maxime des Parteikampfs. „Dem Sieger gehört die Beute,“ so glaubte schon 1831 ein Senator von New York zynisch dessen ganzen Inhalt zusammenfassen zu können. Das Weiße Haus zu Washington begann zu wimmeln von Ämtersuchern, die Belohnung für geleistete Wahldienste suchten. Damals begann das in größerem Umfange durchgesetzt zu werden, was man euphemistisch die „Rotation der Ämter“ genannt hat. Der Kampf der Parteien besteht oder scheint nur darin zu bestehen, möglichst bald der gerade außerhalb des Besitzes der Macht befindlichen Partei den Zutritt zur Staatskrippe zu erringen, an der sie dann möglichst rasch und gründlich ihren Beutehunger stillt. In diesem Regime war der fruchtbare Boden gegeben, auf dem die mehr oder minder zweifelhaften reinen Geschäftspolitiker üppig emporsproßten. Jackson war nicht der Mann, dem jetzt die Union ergreifenden, die öffentliche Sittlichkeit tief vergiftenden greulichen Mißbrauche zu steuern. Weder wollte noch konnte er es. „Old Hickory“ war ein rauher Haudegen, ungebildet, der Vertreter des kleinen Mannes, der ehrlichen Handarbeit, ohne Einsicht in das wirtschaftliche Leben und mit der unklaren Furcht vor der Macht des Kapitals, aber tatkräftig und persönlich ehrlich. Trotz seiner Fehler war er ein Mann, der letzte Charakterkopf in der Reihe der Präsidenten, dem bis zum Sezessionskriege und bis auf Lincoln nur ganz farblose Erscheinungen, die typische Parteimänner waren und nichts anderes, auf den Stuhl Washingtons gefolgt sind.

Die Wirtschaftspolitik ist der Hauptinhalt des Jacksonschen Regimes. Immer stärker griff das Schutzzollbedürfnis mit der wachsenden Industrialisierung eines Landesteiles um sich. Der Tarif von 1816 war noch mäßig gewesen, 1824 war er dann erhöht worden. Noch unter Adams war der Streit um weitere Erhöhung entbrannt: 1828 war der Tarif der „Greuel“ (Abominations), so genannt wegen des außerordentlichen Schutzes, den er einzelnen Gewerbszweigen brachte, durchgegangen. In diesem Streite hatte sich ein seltsames Bündnis zwischen Norden und Westen gegen den Süden ergeben. Die Schutzzollpolitik brachte der Union mehr Einnahmen, als sie brauchte. Solange sie den Militarismus der europäischen Staaten noch nicht kannte, haben immer die Schutzzöllner darauf sinnen müssen, die aus ihrer protektionistischen Politik erfließenden Mehreinnahmen wegzuschaffen, um der Opposition die Waffe der fiskalisch zwecklosen Volksbelastung durch die Zölle zu entwinden. Nach dem Sezessionskrieg hat man dazu das Mittel übertriebener Pensionszahlungen an die Veteranen verwandt.





Abb. 55. John C. Calhoun. (Zu Seite 86.)

Jetzt griff man zu den „inneren Verbesserungen“. Damit aber erreichte man zweierlei zugleich: diese inneren Verbesserungen (Kanäle und Straßen) kamen dem Westen zugute und verschlangen viel Geld, aber sie wirkten zugleich auch wieder anreizend auf die zollgeschützte Industrie wie auf die Nahrungsmittelproduktion des Westens, durch die neuen Linien des Binnenverkehrs, die sie schufen. Der Süden hatte keinen Vorteil davon, denn er brauchte dies nicht, und sein bester Kunde, die englische Industrie, hatte nur Nachteil. So stand seine Stellung gegen den Abominationstarif fest, der gleichwohl Gesetz wurde (1828). Der Süden hatte das Gegenteil erwartet und in dieser Erwartung sogar für einige der „Abominations“ gestimmt. Um so größer die Erbitterung, die nun gleich weite und bedenkliche Kreise zog. Die Führung in dieser Opposition hatte jetzt unbestritten Südcarolina, und da knüpfte man unmittelbar an die Richtung der Kentucky-Resolutionen von 1798 an und trieb sie zu ihrem logischen Extrem. Ein gewaltiger Redekampf, die „große Debatte“ von 1830 im Senat, leitete dies ein. Calhouns Sprachrohr, ein Senator von Südcarolina, eröffnete sie an der Hand eines Antrags über die Methode der Verteilung des öffentlichen Landes, indem er die Calhounsche Nullifikationstheorie klipp und klar vertrat. Ihm trat der glänzendste Redner, den dies an hervorragenden politischen Redetalenten reichste Land der Neuzeit je hervorgebracht hat, dessen Charaktereigenschaften freilich nicht seiner Rednergabe entsprachen, entgegen:

Daniel Webster (Abb. 54) aus Massachusetts. Zum ersten Male wurde der konstitutionelle Standpunkt, von dem aus der Norden dann in den Bruderkrieg gegangen ist, entwickelt; Alexander Hamilton schien wieder lebendig geworden zu sein. Die Unionsverfassung ist (nach Webster) nicht ein Vertrag, sondern das Volk der Vereinigten Staaten hat ein starkes zentralisiertes Regiment geschaffen, mit der Kraft, seine Rechte durchzusetzen. Widersteht ein Staat der Durchsetzung eines Unionsgesetzes, so ist es Revolution, wenn es ihm glückt, Rebellion, wenn er unterliegt. Das Recht der Revolution erkannte auch Webster an; es war die Wurzel der Entstehung der Union überhaupt. Aber er stellte die Unklarheit Calhouns ins hellste Licht, die meinte, daß man revoltieren und dabei ein guter Bürger bleiben könne. Calhoun war in und nach dem Kriege von 1812 durchaus für Stärkung der Unionsgewalt gewesen; man solle, meinte er, an die Auslegung der Verfassung nur mit dem gesunden Menschenverstande herantreten. Nach 1828 aber vertrat er das gerade Gegenteil: nur der strengste Wortlaut der Verfassung bestimme die Kompetenz der Union. Der Grund seiner Wandlung liegt in der Stellung zur Sklavenfrage. Jetzt war die Sklaverei zur „eigentümlichen“ (peculiar) Einrichtung des Südens geworden, jetzt hing von ihr allein die ganze Existenz der Pflanzerklasse ab. Nicht mehr sah man in der Sklaverei nur ein unerträgliches Übel, nicht mehr eine vorübergehende Notwendigkeit. In einer merkwürdigen Theorie, die Calhoun und seine Schule ausbildeten, machte man sich eine Anschauung von der Sklaverei als eines positiven Gutes zurecht: Wo zwei Rassen zusammengebracht seien, erscheinen ihre Beziehungen am besten geordnet in dem Verhältnis von Herr und Sklave, dann gebe es keinen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, sondern eine wohlgeordnete Stabilität der Verhältnisse. Gern wurden biblische Argumente dafür angezogen, daß die Sklaverei eine gottgeordnete Institution sei, oder physiologisch-anatomische Gründe des unüberbrückbaren Rassengegensatzes dafür, daß unmöglich dieselben politischen Existenzbedingungen für beide Rassen gelten könnten. Schließlich wies man auch auf die glänzenden wirtschaftlichen und politischen Erfolge der Pflanzerklasse hin: „die Sklaverei der schwarzen Rasse auf diesem Erdteil ist der Preis, den Amerika für seine bürgerlichen und religiösen Freiheiten bezahlt hat“. Ja, die Theorie ging noch weiter. Die ständische Gliederung des Südens wurde glorifiziert als die einzig geschichtlich richtige und in aller Vergangenheit vorhanden gewesene. Damit aber rührte man unmittelbar an die Ideale der allgemeinen Freiheit und Gleichheit, die die Extremen der Calhoun-Schule schon offen als Unsinn bezeichneten. In solchen Widerspruch gegen die herrschende Anschauung trat bereits das Interesse des Südens, wenn es theoretisch begründet wurde.

Mit dieser Theorie hängt nun innerlich die Staatenrechtslehre Calhouns eng zusammen. Seine Anschauung lehnte sich auf gegen das Naturrecht und den Staat, der auf ihm begründet ist: Die Menschen sind nach ihm nicht frei und gleich geboren. Allein aber aus einer angenommenen Gleichheit aller Menschen rechtfertigt sich das Majoritätsprinzip, das in der Union zu höchster Ausbildung gekommen ist. Der Wille der Majorität wird für den Willen aller gehalten, ihr Wohl für das allgemeine Wohl, und doch besteht in der realen Welt eine Ungleichheit der materiellen Verhältnisse, derzufolge eine ungleiche Wirkung der Majoritätsgesetze stattfindet. Es kann eine Minderheit einfach durch sie vernichtet werden. Darum muß ihr das Recht des Vetos gegen die Ausführung von Gesetzen, die sie benachteiligen, zustehen. Durch diese „konkurrente“ oder „konstitutionelle“ Majorität, wie sie Calhoun nennt, wird ein Ausgleich, ein Kompromiß herbeigeführt und allgemeiner Frieden gewährleistet.

Calhoun hat selbst teilweis eingesehen, daß diese Anschauung jegliches staatliche Leben einfach aufhebt, aber zu diesen Extremen mußte die Sklavokratie schon greifen, um sich zu halten. Sinngemäß mußte er sich der Unionsverfassung gegenüber nun auf die Seite der Striktinterpretation stellen, und auch hier trieb er die Jeffersonschen Gedanken ins Extrem. Seine Anschauung leugnete die Möglichkeit eines nichtsouveränen Staates und damit jegliche Möglichkeit eines Bundesstaates überhaupt.*) Die Verfassung war ihm

*) Calhoun ist der Vater der Staatenbundstheorie. In Europa ist seiner Anschauung nichts wesentliches zugefügt worden; Max von Seydel hat sie unverändert auf das Deutsche Reich übertragen wollen.





Abb. 56. H. Harrison. (Zu Seite 96.)

ein reiner Vertrag souveräner Staaten, jeder Staat habe das Recht, diese Verfassung autonom zu interpretieren, und — finde er einen Akt der Bundesgewalten im Widerspruch dazu stehend — diesen für nichtig zu erklären, zu „nullifizieren". Wird dies in der „konkurrenten" Majorität begründete Verfahren durch Kompromiß beigelegt, bleibt der Staat in der Union. Wird gegen seinen Willen die Durchführung der von ihm nullifizierten Gesetze erzwungen, so ist der Unionsvertrag hinfällig und Sezession des Staates die Folge. Die ganze theoretische Grundlage der Sezession ist von Calhoun von 1828 bis 1832 schon durchgedacht worden; nichts brauchte bis 1861 hinzugetan zu werden.

Löste Calhouns Majoritätsprinzip alles Staatsleben in Anarchie auf, so bedeutete seine Lehre von der Staatensouveränität ebenfalls die Auflösung der Union. Sie ist in der Entstehung und im Wesen der Unionsverfassung aber nicht zu begründen, sie ist die verzweifelte theoretische Verteidigung einer Position, die schon verloren war. Und viel zu stark war doch schon die Union mit dem Leben ihrer Bürger verwachsen. Sie hatte den Krieg mit England geführt, sie hatte eine ausgebildete Verwaltung, sie war Eigentümerin ungeheurer Landstrecken; ihre finanzielle Stellung, ihre Handelspolitik beeinflußte aufs tiefste Lebensinteressen ihrer Bürger. Der Bau der Philadelphia-Konvention war viel zu stark und zugleich viel zu elastisch, um unter den Schlägen Calhounscher Theorie zusammenzubrechen. Er ist nicht einmal zusammengebrochen, als der Süden die Anerkennung dieser Lehren mit dem Schwerte durchzusetzen suchte.

Jetzt trat der Südstaatler Jackson — so wenig klar lagen die Parteigegensätze noch in diesen Tagen — sofort auf Seite Websters. Er, der aus dem Süden hervorgegangen, von den Sympathien des Südens getragen war, sprach bei einem dem Gedächtnis Jeffersons geweihten Bankett das Wort, das zum Schlachtruf des Nordens geworden ist: „Unsere Bundes-Union, sie muß erhalten bleiben." Nur war die natürliche Folge, daß sich nun Jackson und Calhoun trennten. Bei Jacksons Wiederwahl wurde van Buren, in Namen und Charakter Aaron Burr ähnlich, Vizepräsident. Geschlossen gegen Jackson hatte allein Südcarolina gestimmt, das schon vorher auf dem eingeschlagenen Wege der Sezession entschlossen weiter gegangen war. Die Milderungen des Tarifs von 1828, die der Kongreß 1832 beschloß, genügten ihm nicht. Eine Staatskonvention erklärte darum 1832 die Gesetze von 1828 und 1832 für null und nichtig und stellte die Zahlung der Zölle dementsprechend ein. Jackson fand sofort das rechte Wort darauf: „Die Gesetze der Vereinigten Staaten müssen ausgeführt werden. Ihre (der Nullifikatoren) Absicht ist Trennung (disunion), und Trennung mit bewaffneter Hand ist Verrat." Er forderte vom Kongreß verstärkte Gewalt, die Durchführung der Gesetze zu erzwingen. Noch fand Südcarolina die Zustimmung der anderen Südstaaten nicht. Als die „Gewalt"-Bill im März 1833 Jackson die gewünschten Handhaben gab, wich es sofort dem gezeigten Ernste und hob den Nullifikationsbeschluß auf, ohne Widerstand zu wagen. Dafür brachte Clay den Kompromißtarif durch, der eine graduelle Zollreduktion in zehn Jahren auf die Sätze des Tarifs von 1816 vorsah. Keiner von beiden Teilen war ganz Sieger geblieben; eine Entscheidung war damit nicht gegeben, sondern nur vertagt.

Jackson war mit großer Mehrheit 1832 wieder Präsident geworden. Bei seiner Neuwahl wurde zum ersten Male eine Form des Parteikampfes auch für die Unionswahlen angewendet, die in den übrigen Wahlen bereits herrschte. Sie ist nur der Ausdruck dafür, wie stark das Parteileben mit dem amerikanischen Volke verwachsen ist, und ist ein äußerer Grund für die Macht, die das Zweiparteiensystem in Nordamerika hat. Zum ersten Male hielten nämlich die großen Parteien Zusammenkünfte ab, die die Präsidentschaftskandidaten nominierten. Washington war Präsident geworden aus allgemeiner Übereinstimmung, seine Wahl war reine Formsache gewesen. Dann traten Gegensätze zutage, mußten sich Formen finden, in denen man sich auf Kandidaten einigte und sie den Wählern vorschlug. Zuerst traten die einzelnen Gruppen des Kongresses zusammen und nominierten Kandidaten; Kongreßkaukus nannte man eine solche Gruppenberatung. Durch diese Kongreßkaukusse sind die Nominierungen bis 1824 geschehen. Aber in ihnen lag die Gefahr, daß — was die Väter der Verfassung gerade hatten verhindern wollen — die Entscheidung über die Wahlen zur Exekutive tatsächlich in der Hand von Kongreßkliquen, d. h. also der Legislative lag. Auch entsprach dieser Zentralisierung keine bis ins einzelne gehende Lokalparteiorganisation, war jene Nominierung durch Kongreßkaukus nicht der Ausdruck der Gesamtparteiwünsche und ihre Befolgung durch die Elektoren gar nicht garantiert. Beiden Gefahren half das System ab, das jetzt, von unten herauf sich ausbildend, die Organisation des amerikanischen Parteiwesens bestimmt hat. Jefferson knüpfte, als er sich in Washingtons Kabinett in der Minderheit fühlte, an die lokalen Parteibildungen an. Aus der Ge-


Abb. 57. James Russell Lowell. (Zu Seite 99.)

wohnheit der lokalen Versammlung des Volkes, um gemeinsame lokale Zwecke zu fördern, ist die dauernde Parteiorganisation in Nordamerika entstanden. Mit der Stadt und der Grafschaft begann sie und über die Staatenangelegenheiten schritt sie allmählich zur Union und ihren Fragen vor. Überall wurden die Beamten gewählt vom Volk, mit einem ziemlich ausgedehnten Stimmrechte. Jeder war interessiert an den örtlichen Angelegenheiten und vermochte dem Interesse in bestimmter Richtung Ausdruck zu geben durch Teilnahme an der Wahl und ihren Vorbereitungen. Damit entstanden örtliche Gruppen, auf die ursprünglich das Wort Kaukus angewendet wurde, Keime zu Parteien, von denen die eine das Heft in der Hand hatte, die andere von außen kritisierte, aber die Möglichkeit, selbst ans Ruder der Verwaltung zu kommen, durch das Gemeindewahlrecht, durch die Selbstverwaltung eben auch hatte. Aus dieser Selbstverwaltung in der Township und der der Grafschaft entsteht das Doppelparteisystem, das sich dann auf die Wahlen zum nächst höheren Verwaltungskörper überträgt. Indem nun Jefferson diese Parteiansätze benutzte im Sinne seiner Verfassungsanschauungen, war die Verbindung mit den Unionsangelegenheiten für sie schon gegeben, nachdem dies schon durch jene Korrespondenzausschüsse, mit denen in der Kolonialzeit dies Land überzogen gewesen war (S. 40), vorbereitet worden war. Und darin lag bald die Stärke der Jeffersonschen Partei, daß sie durch das ganze Land hin bis ins einzelne lokal organisiert war, während den Föderalisten diese Berührung mit dem Volke fehlte. Später verwischte sich der Unterschied zwischen den Unionsparteien, die Föderalisten verschwanden, die „Ära des guten Einvernehmens“ begann, die Nominierungen für die Unionswahlen fanden durch Kaukus, etwa in den Staatenlegislaturen statt, oder durch lokale Konventionen, öffentliche Versammlungen, Zeitungen usw. Ein anerkanntes System der Nominierung gab es während dieser Zeit unklarer Parteiverhältnisse nicht. Jetzt aber bildeten sich unter Jacksons erster Präsidentschaft wieder schärfere Gegensätze, und 1831 trat eine Gruppe, Antifreimaurer, auf, die, um einen Präsidenten zu nominieren, eine Nationalparteikonvention berief. Dies Mittel nun griffen die nationalen und die demokratischen Republikaner im folgenden Jahre auf. Und seitdem haben die Demokraten ununterbrochen durch eine nationale Parteikonvention die Kandidaten nominiert, die Republikaner sind später dieser Übung gleichfalls gefolgt. Damit war für jede Partei der unmittelbarste Zusammenhang mit den Staaten- und Lokalorganisationen, mit den Wählermassen selbst hergestellt, die ganze Parteiorganisation zu dem kunstvollen Gebäude ganz ausgebaut, durch das die Aktionsfähigkeit in den größten Unionsfragen, über das ganze Unionsgebiet hin, ermöglicht und die ununterbrochene Berührung mit den Urwählern des kleinsten Wahlbezirks doch aufrecht erhalten war.



Abb. 58. Bret Harte.
Aufnahme der Stereoskopic Co. in London.
(Zu Seite 98.)

Denn diese Nationalkonvention ist die Spitze der großen Parteimaschine, über die nun jede Partei verfügte. Sie ruht auf den lokalen Konventionen und ist gewählt innerhalb der Partei zu bestimmtem Zweck. Im Gegensatz zum Kaukus ist sie ein autoritativer Körper. Je deutlicher in den Stadtbezirken (Wards), Townships und Grafschaften aus der Selbstverwaltung das Zweiparteiensystem herauswuchs, um so mehr wurden lokale Partei-Zusammenkünfte nötig, um die Parteiarbeit zu regeln und zu dirigieren. Sie bestehen natürlich aus allen Parteiangehörigen des Bezirks und haben in der Zwischenzeit einen ständigen geschäftsführenden Ausschuß (Managing committee). Dieser erledigt die Vorbereitungen, sammelt den Betriebsschatz, achtet — was vor allem in den großen Städten

von Bedeutung ist — auf die Einwanderer, die er mit allen Mitteln für seine Partei zu pressen sucht. Eins aber liegt ihm nicht ob: die Kandidaten für die Wahlen zu nominieren. In voller Konsequenz des demokratischen Prinzips ist dies Geschäft dem Volke vorbehalten, tritt dafür die Versammlung aller Partei-Urwähler (Primary) zusammen. Und sie allein hat die Kandidaten zu bezeichnen, für die die Partei dann stimmt. Sie wählt weiterhin die Delegierten für die höheren Wahlbezirke, die für diese (Stadt, Grafschaft, Staat) die nominierende Konvention bilden und ebenfalls ihren geschäftsführenden Ausschuß neben sich haben. Aus den Delegierten dieser Konventionen aber geht dann die nationale Parteikonvention hervor, die, meist vier Monate vor der Wahl stattfindend, auf Vorschlag des Nationalkomitees den Präsidentschaftskandidaten nominiert. Sie verläuft oft sehr stürmisch und kommt vielfach erst nach endlosen Abstimmungen und in hochdramatischen Szenen zum Schluß. Aber die Entscheidung der Mehrheit auf dieser Konvention ist bindend; jeder Delegierte bindet seine Wähler.

So breiten sich in filigranfeiner Verästelung zwei ungeheure Netze von Parteibildungen über das ganze Land; auch den entlegensten Flecken ziehen sie mit herein. Unmittelbar spiegeln sie so die Regierungseinrichtungen wider. Den Bundesgewalten entspricht Nationalkomitee und Nationalkonvention, der Staatenregierung Staatenkomitee und Staatenkonvention, den lokalen Gewalten die entsprechenden lokalen Bildungen. Auf diese Weise ist der Widerspruch überwunden, der in dem großen Raume und der geringen Verbindungsmöglichkeit einerseits, der dünnen Bevölkerung und Verbindungsnotwendigkeit anderseits lag. Jeder wird an den lokalen und Unionsdingen gleichmäßig interessiert und vermag diesem Interesse legalen Ausdruck zu geben. Aber der einzelne ist in dieser ungeheuren Maschinerie nur ein sehr kleines Rad. Ohne sie, ohne sich auf die „Plattform" zu stellen, die die Parteiansichten ausdrückt, zu einer ausschlaggebenden Rolle zu gelangen, ist unmöglich. Sie ist aber, da sie beständig spielt und darum viel Routine und Sachkenntnis zu ihrer Benutzung erforderlich ist, immer mehr zum Feld der Geschäftspolitiker geworden, die, in der Hand der Drahtzieher (Bosses), die aktive politische Arbeit besorgen. Diese bekommen damit ein unmittelbares materielles Interesse an jedem Regierungswechsel, und daher fällt die Ausbildung dieses Systems unter Jackson ganz logisch zusammen mit der Durchführung des Grundsatzes der „Rotation" der Ämter. Das ist die große Bedeutung der Jacksonschen Zeit, daß in ihr schon von seiten der Parteibildung und der Verwaltung die äußersten Folgerungen aus dem Prinzip der Demokratie gezogen wurden, die in der späteren Zeit kaum mehr überboten werden konnten.

Man muß sich diese fein verästelte und verwickelte Doppelorganisation der beiden Parteien vorhalten, wenn man die Versuche zu neuen Parteien beurteilen will, die durch die ganze amerikanische Geschichte hin gemacht worden sind. Die Neuerungen im Jahre 1832 waren ausgegangen von einer dieser Neubildungen, die von Zeit zu Zeit über das amerikanische Leben hingehen, jedermann auf kurze Zeit erfassen, aber doch das sich immer fester gründende Gebäude der beiden großen Parteien niemals ernstlich haben erschüttern können. Sie sind meist nur der Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit. Ein einzelner Gedanke, wie hier die Bewegung gegen die Freimaurer. später die Bodenreform, die Greenbackfrage, der Prohibitionismus usw., scheint Panacee zu sein, und wird dann bald von dem praktischen Sinn des Volkes als wertlos erkannt und weggeworfen. „Die plötzlich um sich greifende Macht einer neuen Idee in der Union gleicht in der Bewegung dem dahinbrausenden Präriesturm, in ihrem Umfange der ungeheuren Landmasse; sie verbreitet sich wie eine ansteckende aber ungefährliche Krankheit über das Land und verschwindet, ohne tiefe Spuren hinterlassen zu haben." Der Druck der bestehenden Organisationen ist viel zu groß, um andere aufkommen zu lassen. Es ist ja auch durchaus möglich, innerhalb ihrer lokale Wünsche zum Ausdruck zu bringen, weil die Organisation für die Unionsfragen nicht getrennt ist von der für die Staaten- und Stadtangelegenheiten, sondern mit ihr zusammenfällt. Zugleich aber liegt darin der große Vorteil, daß hinter den Lokalgruppen die ungeheure Macht der nationalen Partei steht. Bei dem Umfange des Landes, bei der Höhe der

in Frage kommenden Stimmenzahlen ist jeder Erfolg neuer Gedanken schlechterdings nur denkbar mit Hilfe einer ungeheuer weiten und zugleich engen Organisation. Diese aber bieten, wenn auch nicht beide gleich stark in allen Teilen der Union, die Organisationen der aus der Selbstverwaltung zunächst nur als die „ins“ und die „outs“ entstandenen beiden Parteien, deren Namen die amerikanische Geschichte hindurch mehrfach wechseln. Ihr Schwergewicht erdrückt Versuche zu selbständiger Parteibildung schließlich immer, und sie ziehen die wirklich politischen Köpfe darum dauernd an, weil sie ihnen ein riesenweites Betätigungsfeld eröffnen, freilich ihnen ebenso oft auch selbständige Betätigung erschweren. Auch unbequemen Sonderwünschen können sie entgegenkommen, da sie ihr Feld über die ganze Union hin erstrecken, und so ihre große Ausdehnung die Gefahren partikularistischer Bestrebungen für die Partei paralysiert. Organisationen aber sind in erster Linie die beiden amerikanischen Parteien, zur Gewinnung der politischen Macht in Gemeinde, Staat und Union. Jedoch programmlos, ideenlos sind sie damit nicht, wenn ihre Programme auch biegsam genug gewesen sind, um neue Gedanken immer aufnehmen zu können. Die Durchbildung der Parteimaschinerie hat schwere Nachteile für die Sittlichkeit des öffentlichen Lebens und die rationelle Handhabung der Verwaltung gezeitigt. Aber das politische Leben ist nicht lediglich ein ideenloses Geklapper dieser Maschinerien im Dienste einzeln-egoistischer Interessen. Auch in den schlimmsten Zeiten der Geschäftsparteipolitik sind tiefere und allgemeinere Gegensätze niemals so tot gewesen, wie es der landläufigen Meinung erschienen ist. Die große Gefahr, daß die öffentlichen Einrichtungen egoistischen Interessen dienstbar gemacht werden, ist in diesen selbst, in der Regierungsform in Union, Staat und Gemeinde, begründet, die doch wiederum nur das Produkt der allgemeinen Bedingungen, unter denen das nordamerikanische Staatswesen entstand, ist. Aber die Form, die zu persönlichen Zwecken verwendet werden kann und wird, kann sein und ist stets gewesen das Gefäß für den Inhalt allgemeiner politischer Ideen. Nur treten diese mit verschiedener Stärke auf: Erst der Gegensatz, der in der staatsrechtlichen Entstehung der Union lag, dann der von Nord und Süd, dann der Streit um den Imperialismus. Das sind die Höhen des politischen Lebens. Dazwischen die Täler, die Übergangszeiten: die Zeit zwischen 1825 und etwa den fünfziger Jahren, die Zeit vom Ende des Sezessionskriegs bis zur Präsidentschaft Mc Kinleys. Das sind die Zeiten des Tiefstandes der öffentlichen Moral, durchaus wiegen in ihnen scheinbar rein persönliche Interessen vor, und doch regen sich auch schon die neuen Ideen, für die die materiellen Grundbedingungen sich langsam vorbereiten. So traten auch unter Jackson und in seiner Partei die Tendenzen gegeneinander: die Jacksonmänner als die Radikalen, die sich selbst demokratische Republikaner nannten, der Kern für die spätere demokratische Partei — die Adamsmänner unter Adams und Clay, die sich nationale Republikaner nannten und aus denen 1834 die Whigs wurden, der Kern der späteren Republikaner. Traten ferner die Gegensätze in der Stellung zur Union bereits bis zur offenen Rebellion, traten vor allem die wirtschaftlichen Gegensätze von Norden, Westen, Süden in der Handels- und Finanzpolitik hervor. In den Parteien verkörpern und kreuzen sich eben auch die gegensätzlichen Interessen wirtschaftlicher Klassen, die



Abb. 59. William H. Seward.
Stich von Weger nach Photographie. (Zu Seite 103.)

Gegensätze in der Stellung zum Staat, die Gegensätze der allgemeinen Anschauungen. Die bis ins kleinste durchgebildete Organisation des Parteilebens aber ermöglicht eine zusammengefaßte, geregelte, friedliche politische Arbeit in dem ungeheuren Gebiete voll allerverschiedenster Strebungen, und darum ist sie in der Tat einer der einigenden und zusammenbindenden Faktoren in der Union geworden. —



Abb. 60. Harriet Beecher Stowe, die Verfasserin von „Onkel Toms Hütte". Aufnahme der Stereoskopic Co. in London. (Zu Seite 104.)

Diese Jahre, in denen sich die großen Kämpfe um die Sklavenfrage noch nicht einmal andeuteten, waren eine glückliche Zeit für das Land. Im Jahre 1838 begannen die ersten Dampfer den Atlantischen Ozean zu durchqueren. In derselben Zeit wurde das Verfahren, Eisen mit Anthrazitkohle und heißer Gebläseluft zu schmelzen, umfassend angewendet — erste große Anfänge der eigentlichen Rückgratindustrie der Vereinigten Staaten. Vor allem wuchsen die westlichen Gebiete märchenhaft. Arkansas und Michigan traten zu den Staaten der Union. Überall füllte sich der mittlere Westen mit den Siedlern, zu denen die steigende Einwanderung ein beträchtliches Kontingent stellte. Ohio wuchs von 1830 bis 1840 von 900 000 auf 1 500 000 Einwohner, die Bevölkerung von Illinois nahm um 200 %, die von Michigan gar um 500 % zu. Chicago war 1830 noch ein Grenzposten, vor 1840 noch war es eine blühende Stadt; Eisenbahnlinien verbanden es mit dem Osten, und es schickte sich schon an, „die Königin" des Westens zu werden. 30 Meilen Eisenbahn gab es 1830 im Lande, 1840 waren es beinahe 3000. Kein Wunder, daß namentlich die Weststaaten sich mit großartigen Plänen „innerer Verbesserungen" in Eisenbahnen und Kanälen trugen und sich dazu tief in Schulden stürzten. Um ihnen zu Hilfe zu kommen, wurde der Einnahmeüberschuß, dessen sich die Union erfreute, den Staaten geliehen; zurückgezahlt ist freilich niemals etwas worden. Aber man war diesen Überschuß los, mit dem man nicht wußte, was anfangen, als seit 1. Januar 1835 die Nationalschuld ganz bezahlt und Amerika allein von allen Staaten der Welt schuldenfrei dastand. Kein Wunder auch, daß ein wilder Spekulationsgeist aufschoß. Besonders der Verkauf des Landes im fernen Westen durch die Regierung zog die Spekulation an. Staatenbanken entstanden in Masse, zahlten bei Ankäufen von Unionsland mit ihren Noten an die Regierung, bis



UNCLE TOM'S CABIN;

OR,

LIFE AMONG THE LOWLY.

BY

HARRIET BEECHER STOWE.

VOL. I.

ONE HUNDREDTH THOUSAND

BOSTON:
JOHN P. JEWETT & COMPANY
CLEVELAND, OHIO:
JEWETT, PROCTOR & WORTHINGTON.
1852.

Abb. 61. Titel der 100000sten Originalausgabe von „Onkel Toms Hütte" vom Erscheinungsjahre 1852. Verlag von John P. Jewett & Co., Boston. (Zu Seite 104.)



Jackson hier wenigstens eingriff und nur Zahlung in Gold, Silber oder Noten von barzahlenden Banken bei solchen Landverkäufen gestattete.

Die Spekulation war um so gefährlicher, als seit 1833 die große kontrollierende finanzielle Zentralstelle des Landes lahm gelegt war. Jackson betrachtete die Vereinigte Staatenbank mit der naiven Hilflosigkeit des Mannes aus dem Volke und sah in ihr nur eine große, politische, im Parteidienst arbeitende Maschine, wie es die vielen Staatenbanken unzweifelhaft waren. Dieser Verdacht wurde ihm bestätigt, da sein Rivale Clay die Sache der Bank, und nicht geschickt, vertrat. Unter dem Schlagwort dieser Bankfrage war die Wahl von 1832 mit ausgefochten worden, und Jackson glaubte, daß die Wähler die Beseitigung der Unionsbank wünschten. Die Bank hatte wohl am Wahlkampf teilgenommen, und die allgemeine Stellung des Bankpräsidenten konnte in diesem



Abb. 62. Originaleinband der 100000sten Ausgabe von „Onkel Toms Hütte" von Harriet Beecher Stowe vom Erscheinungsjahre 1852. Verlag von John P. Jewett & Co., Boston. (Zu Seite 104.)

Lande vielleicht gefährlich werden. Aber sie war zahlungsfähig und erfüllte ihre wirtschaftlichen Aufgaben gut. Trotzdem legte sie Jackson, noch bevor ihre Charter ablief, lahm, indem er ihr die bei ihr als Depositen ruhenden öffentlichen Gelder entzog und in Banken, die unter Staatencharters arbeiteten, unterbrachte. Sehr vertrauenswürdig waren diese „Lieblingsbanken" (Pet Banks) von vornherein nicht; wie erschwerte auch diese Dezentralisation die Kontrolle! Bald zeigte sich auch, wie schädlich die aus parteipolitischen Gründen und volkswirtschaftlichem Unverstand hervorgegangene Maßregel gewesen war. Überall schossen infolge des „Lieblings-Banksystems" Banken empor, die an der Beute teilnehmen wollten, Papiergeld wurde ausgegeben, was die Druckpressen liefern konnten. Das ganze Geschäftsleben geriet in einen Taumel, die Gold- und Währungsverhältnisse in bedenkliche Unsicherheit und Überspannung.

Plötzlich wurde das Geld im Lande teurer, als England infolge seiner eigenen geschäftlichen Depression Kapitalien herauszuziehen begann, und im April 1837 kam

der Krach. Diese Finanz- und Handelskrise von 1837 ist die schlimmste, die die Union je durchgemacht hat. Die Staatenbanken fallierten, unter ihnen die „Lieblingsbanken“ mit ihren Unionsdepositen im Betrage von neun Millionen Dollar. Die Union gab Schatzscheine aus, um nur über die Krise hinwegzukommen; sie hatte nicht einmal die letzte Rate der den Staaten zu leihenden Einnahmeüberschüsse an diese mehr auszahlen können.

Aber van Buren, jetzt Präsident (1837—1841), lehnte es ab, außerordentliche Maßnahmen durch die Union ergreifen zu lassen, um die Krise zu überwinden. Er sah, daß nur Zeit und Selbstbesinnung die Rückkehr zu einer solideren Grundlage des geschäftlichen Lebens bringen konnten, und das geschah in dem reichen und unabsehbar entwicklungsfähigen Lande sehr rasch. Auch widerstrebte dem individualistischen Geiste des Angelsachsen der Gedanke, die Unionsregierung mobil zu machen zur Heilung von Schäden, an denen doch die Überspannung des spekulativen Geistes des einzelnen schuld war. Nur die Lehre entnahm der Präsident der Krisis, daß die Unionsfinanzen fernerhin scharf vom privaten Bankwesen getrennt werden müßten. Dem sollte sein Gedanke eines von den anderen finanziellen Einrichtungen des Landes unabhängigen Unionsschatzsystems dienen, der freilich erst 1840 im Kongreß durchging. Er sah die Schaffung von Staatsschatzstellen in Washington und anderen wichtigen Plätzen vor, wo die Staatsfonds aufbewahrt und von wo aus sie für die Zwecke der Union verwendet werden. Dieses „unabhängige Schatzsystem“ van Burens ist im großen und ganzen bis heute so geblieben.

Nur natürlich war es, daß sich die mit der Krise ansammelnde Unzufriedenheit, zumal eine unendliche Masse von Korruption in den Zweigen der Regierung zutage trat, gegen die herrschende Partei richtete, obwohl van Buren in der Finanz- und Verwaltungspolitik fest und sicher auftrat und fortschritt. Das alles war Wind in die Segel der neuen Partei, der „Whigs“, die als Reformpartei gegen die als Tories bezeichneten Demokraten auf den Plan trat, und es gelang ihr sogar, einen großen, wenn auch nur vorübergehenden Erfolg zu erfechten: ihr Kandidat siegte 1840 in der Präsidentenwahl gegen van Buren. Es war nicht ihr Führer Clay, den hier das Schicksal traf, wie manchen hervorragenden Parteiführer in der amerikanischen Geschichte: daß der Führer nicht zur Wahl gestellt wird, weil er zu lange und zu exponiert im Kampfe steht und nicht mehr die erforderliche Popularität besitzt, man deshalb oft zu einer unbekannten Größe zweiten Ranges greift, in der nicht die Person, sondern die Parteiplattform gewählt wird. Präsident wurde der Sieger von Tippecanoe, W. H. Harrison (Abb. 56), Vizepräsident Tyler, der zwar Kandidat der Whigs, aber südstaatlicher Demokrat war. Der Sieg war glänzend, doch ohne Dauer, da Harrison schon einen Monat nach der Inauguration starb, und Tyler verfassungsgemäß — der erste Fall der Art — an seine Stelle trat. Seine Verwaltung saß zwischen zwei Stühlen. Die Politik der Whigs machte er in finanzieller Richtung nicht mit, und die Demokraten wollten nicht mit ihm gehen — ein Präsident ohne Partei, eine siegreiche Partei, die ihre eigene Politik nicht durchführen kann. Es war eine seltsame und verzwickte Lage, die zugleich ein helles Licht auf die unabhängige Natur der drei Regierungszweige wirft. Doch gelang Clay und seiner Partei die neue Tarifakte von 1842, die die Sätze des Kompromißtarifs von 1833 wieder beträchtlich erhöhte.

Gegenüber diesen heftigen inneren Kämpfen trat die auswärtige Politik in diesen Jahren noch fast ganz zurück. Erst im Verlauf der vierziger Jahre tauchten Fragen auf, die die Union einmal tatsächlich, das andere Mal beinahe in einen Krieg verwickelten — sie hingen zusammen mit der Ausdehnung in den fernen Westen.

Im Jahre 1821 hatte sich auch Mexiko von Spanien losgerissen und als selbständige Republik aufgetan. Von ihm wiederum wollte sich sein nordöstlicher Teil, Texas, loslösen. Da seine Bewohner meist aus der Union herübergewandert waren, bestand ein lebhaftes Streben, Texas von Mexiko zu befreien und der Union anzugliedern. Schon 1836 erhoben sich denn auch die Texaner unter Samuel Houston, einem Freunde Jacksons, schlugen das mexikanische Heer am San Jacinto und bildeten eine unabhängige Republik Texas. Die Union erkannte diese an; es war aber klar, daß die neue Republik über kurz oder lang Anschluß an sie suchen würde. Jackson und van Buren hatten Wünsche darauf aus Texas noch abgelehnt. Tyler stand ihnen schon freundlicher gegenüber, doch



Abb. 63. Charles Sumner. (Zu Seite 106.)

lehnte der Senat 1844 einen Annexionsvertrag noch ab. Die Präsidentschaftswahl dieses Jahres drehte sich ganz um die Texasfrage, und da siegte der ausgesprochene Anhänger der Annexion, der Demokrat Polk (1845 bis 1849), über den Whigkandidaten Clay, der eine unklare Stellung einnahm. Clay fiel übrigens vornehmlich darum durch, weil die im Norden als Freiheitspartei entstehende Antisklavereipartei ihn nicht unterstützte. Damit schien die Stimme des Volkes sich für die Annexion ausgesprochen zu haben, und noch Tyler empfahl sie deshalb den Häusern des Kongresses. Beide stimmten dem auch zu, jedoch sollte die Linie des Missourikompromisses durch das neue Territorium weiter gezogen werden. Sofort ging die unter nordamerikanischem Einflusse stehende „Einsternrepublik" (Texas hat nur einen Stern im Wappen) darauf ein und wurde 1845 ein Staat der Union. Es war ein letzter siegreicher Vorstoß der Sklavenhalter: Texas ist der letzte Sklavenstaat gewesen, der in die Union aufgenommen wurde. Seine Annexion gewann im Norden der abolitionistischen Stimmung Tausende von Anhängern, war die Union doch um ein Sklaventerritorium von der Größe Englands und Frankreichs erweitert. Sofort aber erhob sich der Streit mit Mexiko: um die Westgrenze von Texas. Polk ging sofort mit Gewalt vor. Der General Zachary Taylor wurde von ihm nach dem Rio Grande beordert; falls ihn Mexiko angreifen würde, hatte er in Mexiko selbst einzurücken. Dies geschah, und die Union führte ihren ersten Eroberungskrieg, mit Tapferkeit ihrer Soldaten und Ruhm für ihre Generale. Seine Siege im Februar 1847 machten Taylor zum berühmten Mann und erwarben ihm, wie vor ihm Jackson und nach ihm Grant, die Chancen für die nächste Präsidentschaftswahl. Die Entscheidung aber brachte erst General Winfield Scott, der sich schon im Krieg von 1812 als einer der wenigen Lorbeeren geholt hatte. Er nahm Vera Cruz und zog auf den Pfaden von Cortez nach der Hauptstadt Mexiko; seine glänzenden Erfolge (1847) gaben ihm die Stadt in die Hand und entschieden den Feldzug zugunsten der Union. Im Vertrage von Guadaloupe-Hidalgo (2. Februar 1848) erwarben darauf die Vereinigten Staaten einen Anspruch auf Texas bis zum Rio Grande, auf Neumexiko, Arizona und Kalifornien; 1853 wurde dann durch eine abermalige Zession Mexikos (im Gadsden-Ankauf) die Südgrenze zwischen Colorado und Rio Grande endgültig arrondiert.

Ebenfalls noch unter Polk erreichte die Union auch im Nordwesten die Grenze, die sie heute hat. Die Nordgrenze des Gebietes zwischen Rocky Mountains, Stillem Ozean und 42. Breitengrad, das man Oregon nannte, war unbestimmt; England und die Union besaßen es gemeinsam seit 1818. Der Anspruch der Union darauf gründete sich auf die Übertragung spanischer Rechte im Floridavertrag von 1819 und die Besitzergreifung, die sich aus dem Erwerb von Louisiana ergab, da man auch diese Nordwestgebiete zu jenem rechnete, außerdem auf Okkupation und Siedlung. Denn nachdem früher die englischen Pelzhandelskompanien dort ausschließlich geherrscht hatten, drangen jetzt immer mehr amerikanische Kolonisten in das Tal des Columbia ein. Das Übergewicht der amerikanischen Bevölkerung stieg und drängte zur endgültigen Grenzregelung. „Reokkupation" von Oregon wurde in der Präsidentenwahl gefordert, wie „Reannexation" von Texas. Fast schien es zum Krieg mit England kommen zu sollen: „54° 40'" (Südende Alaskas) und „Oregon ganz oder nicht" waren die Schlachtrufe. Aber Polk gab nach und ließ sich im Vertrag von 1846 den 49. Breitengrad als Grenze zwischen der Union und Kanada im Nordwesten, westlich der Rocky Mountains, bis zum Stillen Ozean gefallen. Die Streitfrage, ob diese Linie im Wasser weiterlaufe im Kanal von Rosario oder in dem von Haro, hat 1872 Kaiser Wilhelm I. als Schiedsrichter zugunsten der zweiten Alternative und damit Nordamerikas entschieden. Erst seit dieser Entscheidung sind die Grenzen der Union endgültig festgestellt, bis sich neuer Streit um die Südostgrenze von Alaska erhob.

Noch bevor der Vertrag von Guadaloupe-Hidalgo geschlossen war, hatte nicht weit von der Stelle, wo heute Sacramento liegt, ein Arbeiter in einem Mühlgraben Gold entdeckt. Nachgrabungen bestätigten die Entdeckung, und ein kleines Päckchen mit dem kostbaren Metall wurde nach Washington gesendet. Und nun durcheilte wie ein Lauffeuer die Kunde von den kalifornischen Goldfunden die Union und die europäische Welt. Von allen Seiten, über die westlichen Prärien und über den Isthmus von Panama, strömten die verschiedensten Elemente in das öde Land, hier mit dem Golde ihr Glück zu finden. Zwischen Februar 1848 und November 1849 sind über 80 000 hereingekommen; in zwölf Monaten wurde San Franzisco aus einem Weiler zu einer Stadt. Überall ertönte das Lied der Goldgräber: „O Kalifornia, das ist mein Land, wir ziehn zum Sacramentostrand." Es war natürlich, daß alle schlechten Leidenschaften hier im Lande leichtesten Gewinns ihren Tummelplatz fanden und eine zuchtlose Anarchie entstand. Bret Hartes (Abb. 58) „Kalifornische Novellen" zeichnen das Bild dieser Zeit, in der nur die Gier nach dem Golde galt, und breiten doch sogar über diese rauhen, in Kampf mit Wetter und sich selbst gehärteten Banden, „unter denen ein Todesfall nichts Ungewöhnliches, aber eine Geburt etwas Unerhörtes war", einen goldigen Schimmer des Gemütes: Im düsteren Schatten der Sierras, der Mond über den Fichten, die wilden Gesichter rot im Schein des Lagerfeuers, Kartenspiel und roher Lärm, bis einer aus dem Ranzen ein Bändchen zieht, die Karten sinken nieder, „und während rings die Schatten düstrer wurden und leis das Feuerlicht verglüht, da las er laut das Buch, in dem der Meister geschrieben hat von Little Nell" *). Selten aber hat sich die Fähigkeit des Nordamerikaners, sich selbst zu regieren, so schnell und so gründlich, wie hier bewiesen. Schon im November 1849 war die erste Unordnung beseitigt, fand eine erste Konvention statt; eine Verfassung wurde entworfen und um Aufnahme in die Union beim Kongreß nachgesucht. Glänzend bewährte sich der Gemeingeist, die Verbindung von individueller Freiheit und Achtung vor dem Gesetz, in der das Geheimnis liegt, daß nur die angelsächsische Kolonisation dauernd gelingt, auf diesem Felde der wüstesten Leidenschaften. Das Entscheidende für das innere Leben der ganzen Union aber war, daß in diesem neuen Staate das nördliche Element überwog: die kalifornische Verfassung verbot die Sklaverei. —

Unter Polk hat die Union die Grenzen auf dem Kontinente erreicht, die sie heute einnimmt. Von Meer zu Meer reichte ihr Gebiet, und im Süden begrenzte es der

---

*) Dickens im Camp. Gedicht entstanden bei der Nachricht von Dickens' Tod; Little Nell ist Hauptperson in Dickens' Roman „Der Raritätenladen", einem Teile von „Meister Humphreys Uhr".





Abb. 64. Abraham Lincoln. (Zu Seite 106.)

Rio Grande. Durch Texas sicherte sie sich die Herrschaft im mexikanischen Golf, und der ferne, der „wilde“ Westen war in sie einbezogen, das „goldene Tor“ von San Franzisco, der ersehnte Hafen der Westküste, in ihrer Hand. Über eine Million englische Quadratmeilen waren dem Land der Sterne und Streifen hinzugefügt, mehr als das ganze Areal der 13 Kolonien 1783 betragen hatte. Nicht einstimmig freilich wurde diese anders als bisher durchgeführte Expansion in der Union begrüßt; keineswegs war der Krieg mit Mexiko populär. Im Norden sah das Antisklavereielement Motiv und Vorteil des Krieges nur auf Seite des Südens, und bitter drückten die satirischen Verse der „Biglow Papers“, in denen die schärfste Feder, die je gegen die Sklaverei geschrieben hat, James Russell Lowell schrieb (Abb. 57), diese Stimmung aus:

„They jest want this Californy
So's to lug new slave States in,
To abuse ye, an' to scorn ye,
An' to plunder ye like sin.“

Auch mit den Vorschriften der Monroe-Doktrin ließ sich Polks Vorgehen gegen Mexiko nicht recht in Einklang bringen. Polk beschränkte ihre Grundsätze, während Monroe von den amerikanischen Kontinenten gesprochen hatte, auf Nordamerika. Hier wies er jeden Gedanken einer französischen oder englischen Intervention, wie etwa in die mexikanischen Wirren, scharf zurück. Er selbst hatte sich dabei freilich nicht gescheut, durch Kriegsgewalt einem freien amerikanischen Staate, Mexiko, ein Gebiet zu rauben, auf das dieser berechtigte Ansprüche erhob. Und ebensowenig hielt er an der Deutung fest, die

er der Monroe-Lehre weiter gab, daß in Zukunft keine europäische Kolonie oder Herrschaft sich irgendwo in Nordamerika festsetzen dürfe; jeden Landerwerb, auch den durch Tausch oder Eroberung eines schon okkupierten Gebietes durch eine europäische Macht hatte er verbieten wollen. Trotzdem gab er im Oregonstreit England nach und das Stück zwischen dem 54. und 49. Grade diesem preis. Mit dieser Entscheidung verlor übrigens die auf Nordamerika beschränkte Monroe-Lehre ihren Inhalt, denn das Gebiet dieses Kontinents war nun endgültig verteilt.

Aber mochte Polks Methode nicht im Einklang mit seinen eigenen Worten stehen und gewalttätig, unrühmlich gegenüber dem schwächeren Mexiko sein, vom Standpunkte der Union aus war sie notwendig. Polk traf das Richtige, wenn er in einer Botschaft sagte, daß „Texas von den Vereinigten Staaten nur getrennt sei durch eine geographische (d. h. politisch-geographische) Linie". Es war ein integrierender Teil des großen Zentraltales dieses Kontinents. Immer weiter nach Westen und Süden war die angelsächsische Kolonisation gegangen, aus denselben Motiven wie früher und wie damals selbständig, tatkräftig, ohne Rücksicht auf bestehende Rechte und staatliche Interessen. Und sie bereitete vor und erzwang dann, daß die neuen Territorien in die Union hereingezogen wurden. Es war doch die „augenscheinliche Bestimmung", das Manifest Destiny, an das der Nordamerikaner glaubt wie an einen politischen Glaubensartikel: daß, wie der mittlere, auch der ferne Westen bis zum Ozean und herunter bis nach San Diego und dem Rio Grande dem Angelsachsen zufallen müsse. „Wir erstreben Texas," sagte ein Nordstaatler, der sogar gegen die Art der Annexion gewesen war, „d. h. das Texas La Salles, und wir erstreben es aus tiefen natürlichen Gründen, die am Tage liegen und dauernd sind, wie die Natur." So bewußt hatte man auch im Norden die Erbschaft angetreten, die den schwachen Händen der Sprößlinge romanischer Kolonisation entfiel.

Aber diese notwendigen und für die fernere Zukunft glücklichen Erwerbungen beschleunigten den Ausbruch des schlummernden Konflikts in der Union. Das Treibende waren doch die südstaatlichen Sklavenhalter gewesen, die nicht nur die Erschöpfung des alten Bodens durch den Baumwollbau nach Westen zog. Der Süden fühlte, wie unaufhaltsam sich das Schwergewicht nach dem Norden verschob. Das kam äußerlich zum Ausdruck in der Volksvertretung. Im Repräsentantenhaus richtete sich die Zahl der Abgeordneten jedes Staates nach seiner Bevölkerung. Da ging die Herrschaft unwiederbringlich dem Süden verloren, wo die Sklaven nur zu drei Fünfteln ihrer wirklichen Zahl gerechnet wurden und die ganze wirtschaftliche Struktur zur Stagnation führte; nach dem Süden strömte keine Welle des mächtig ansteigenden Einwandererstromes ab. Es blieb also, um die Gesetzgebung zuungunsten des Südens aufzuhalten, nur der Senat, in dem gleichmäßig auf jeden Staat zwei Stimmen kamen. Aus sich heraus konnten die Südstaaten ihre Stellung nicht mehr verstärken. Darum galt es für sie, neue Sklavenstaaten zu gewinnen, im Südwesten der Union, vielleicht auch in Westindien, um so wenigstens die Zahl der Senatsstimmen für sich zu vermehren, da das Anwachsen der nördlichen Repräsentanten-



Abb. 65. Jefferson Davis.
Stich von Weger nach Photographie. (Zu Seite 110.)



Abb. 66. Fort Sumter bei Charleston in Südcarolina.
Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich. (Zu Seite 112.)

hausstimmen nicht zu paralysieren war. In der Stille suchte man schon über die Ausdehnung nach Westen hinaus die Pläne zu fördern, die die Vereinigten Staaten nach Süden um den Golf von Mexiko herum ausdehnen sollten; eine geheime Gesellschaft der „Ritter des Goldenen Kreises" (gemeint waren damit die westindischen Inseln) entstand zu diesem Zwecke. So hängt diese Expansion, die in den vierziger Jahren mit dem Eingreifen der Unionsgewalt selbst, im Gegensatz zu dem organischen Hereinwachsen neuer, durch individuelle Siedlerarbeit gewonnener Territorien, einsetzte, im tiefsten mit den Sklavenhalterinteressen zusammen, ja, diese übertraten, in Gedanken wenigstens, schon über das Meer hinaus selbst die Monroe-Doktrin und verfolgten Ziele, die erst Jahrzehnte später aus gerade entgegengesetzten Interessen heraus greifbare politische Ideen geworden sind.

Bisher hatte das Missourikompromiß (S. 79) den Konflikt hintangehalten. Auch seine offenbare Verletzung, als 1836 Missouri noch ein Stück nach Westen ausgedehnt wurde, hatte ebensowenig Erbitterung erregt, wie daß einige der östlichen Sklavenstaaten nach Norden über die Linie des Kompromisses hinausgriffen. Aber mit dem Erwerb von Texas begann die Unruhe. Die unausgesetzte Ausdehnung des Südens öffnete denn doch dem Norden die Augen. Zwar hielt Polks Verwaltung bisher das Gleichgewicht zwischen den Sklavenstaaten und den freien noch aufrecht, da der Aufnahme Floridas in die Union die von Jowa, der von Texas die von Wisconsin entsprach. Aber nun begann der Kampf um California, um Neumexiko und um Utah.

Die große Bewegung gegen die Sklaverei, die jetzt ihrer Höhe entgegenging, ist nicht ausgegangen von dem allgemeinen Humanitätsgefühl oder dem Sinn für Gleichheit. Die Sklaverei war eine viel zu alte, als selbstverständlich übernommene Einrichtung, als daß das Gefühl der Humanität hätte sehr lebendig sein können. Auch fehlte, seitdem sie im Norden aus wirtschaftlichen Gründen verschwunden war, dort überhaupt die lebendige Anschauung von den Leiden der Negersklaven, die durch die Großräumigkeit des Landes dem Bewohner von New York oder Boston doch unendlich weit entrückt waren. Direkter Verkehr mit dem Süden bestand nicht viel und wurde nicht gefördert. Dagegen waren viele wirtschaftliche Interessen auch im Norden mit dem Sklavenhandel verknüpft. Dadurch wird der Wunsch, die Sklavenfrage möglichst lange ruhen zu lassen, verständlich; über ein halbes Jahrhundert hat sie ernstlich in der Union keine Rolle gespielt. Aber herein spielte sie doch in die Gegensätze, die in dieser Zeit heranwuchsen. Immer größer wurde der Unterschied in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur zwischen den Nord-

und Südstaaten, immer schärfer der Interessengegensatz, der sich handelspolitisch ausdrückte. Immer mehr wurde die Linie des Missourikompromisses ein Graben, der zwei verschiedene Länder, nicht mehr Teile derselben Union schied. Immer unerträglicher wurde dem Norden die Herrschaft der südlichen Pflanzeraristokratie, die mit Verachtung auf den Krämer und Bauer im Norden herabsah. Dem Süden war der Norden ein fremdes Land, „voll von Schulmeistern, Ladendienern, Hausierern und Besitzern von Badehotels, alle gierig nach Gewinn, aber niemals danach, zum Kampf gezwungen zu werden". Daß er darin den Krämer vielleicht richtig einschätzte, den Farmer aber unterschätzte, sollte sein Schicksal werden.

Der Kampf um die Negersklaverei ist ein Klassenkampf zwischen industriell-agrarischer Mittelschicht und freihändlerisch-exportierender Aristokratie. Aber er wurde sittlich geadelt, indem er zugleich um ein allgemein menschliches Ideal ging: um die Beseitigung der Sklaverei vom christlichen, vom humanen Standpunkte aus. Denn immer stärker kamen diese allgemeinen Gedanken hinzu, bis sie die allgemeine Stimmung im Norden erzeugten, der der Süden dann nicht mehr gewachsen war. Sie sind in vielen der Hauptführer das Bestimmende gewesen, und um ihretwillen haben die Sympathien Europas, ganz besonders Deutschlands, im Sezessionskriege auf seiten des Nordens gestanden, ist das gerade in diesen Jahrzehnten so ungemein angeschwollene deutsche Ansiedlerelement in Nord und Süd der Fahne des Nordens gefolgt.

Diese Propaganda gegen die Sklaverei vom christlichen und humanen Standpunkt hatte schon unter Jacksons erster Präsidentschaft angefangen. Im Jahre 1831 begann William Lloyd Garrison in Boston, wo die puritanischen Überlieferungen noch am stärksten waren, die Herausgabe einer der Abolition gewidmeten Zeitung: „Der Befreier". Im selben Jahre, in dem (S. 90) die Nullifikationsideen in Südcarolina einen ungeahnten plötzlichen Aufschwung nahmen, brach in Virginia ein Sklavenaufstand aus. Zwischen beiden Ereignissen bestand kein Zusammenhang; wie sollten die paar Bostoner Zeitungsblätter auf die virginischen Sklaven haben wirken können? Aber der Aufstand zeigte dem Süden wieder einmal die Unsicherheit seiner ganzen Existenz, und daher erregte der Vorstoß Garrisons eine unbeschreibliche Wut. Die Gesetzgebung von Georgia setzte 5000 Dollar auf Garrisons Verhaftung, kein Stück des „Befreiers" konnte südlich des Potomac offen verkauft werden. Schon damals zog die Angelegenheit weitere Kreise, da der Süden in seiner Besorgnis mit ganz exorbitanten Forderungen an den Kongreß herantrat: er wünschte, daß überhaupt keine Antisklavereipetitionen dem Kongreß mehr überreicht werden dürften. Und die Ermordung des Herausgebers einer Abolitionistenzeitung zeigte, wie tief schon die Erbitterung ging. Zu ernsten Folgen führte sie vorerst noch nicht. Auch, als nun der Erwerb von Texas, Neumexiko, California und Oregon die Frage wieder ernstlich erweckte, versuchte der Kongreß, durch Kompromiß den Zusammenstoß zu vermeiden. Der radikale Versuch, der 1846 gemacht worden war, der Bewilligungsbill für einen Landkauf von Mexiko einen Zusatz (den sogenannten Wilmot-Proviso nach dem Namen des Antragstellers) anzuhängen, der die Sklaverei für immer in jedem von Mexiko erworbenen Gebiet verbot, war gescheitert. Der Präsident Taylor, der Whigkandidat von 1848, hatte gewollt, daß das Volk der neuen Staaten selbst die Sache entscheiden sollte, jedenfalls der dem Geist der Verfassung am meisten entsprechende Standpunkt; er starb jedoch 1850. Jetzt versuchte der Kongreß einen Kompromiß, der die Entscheidung aber nur vertagte. California wurde als sklavenfreier Staat zugelassen, Texas war Sklavenstaat, Neumexiko und Utah (das Gebiet zwischen Rocky Mountains und Sierra Nevada nördlich Neumexiko) wurden als Territorien organisiert, ohne Beschränkung in bezug auf die Sklaverei, und ein strenges Gesetz gegen flüchtige Sklaven wurde angenommen, das die Sklavenhalter befriedigen konnte. Der Vater dieses Kompromisses von 1850, das allerdings in andrer Form, als er selbst wollte, durchging, war Henry Clay, der Vorkämpfer der Schutzzollpolitik, jetzt ein alter Mann und dreimal erfolgloser Präsidentschaftskandidat. Er, „das verkörperte Kompromiß", war selbst ein Sklavenbesitzer aus Kentucky, aber er gehörte zu den älteren und gemäßigten Südlichen, denen das Land über ihre Sklaven ging. Die „Einheit der Herzen" war seinem reinen Patrio-

tismus die Hauptsache, um ihretwillen mühte er sich um Konzessionen von beiden Seiten. Aber die Frage war im Norden vielleicht eine, die das Gefühl hätte entscheiden können. Im Süden war sie eine Interessenfrage, und darum siegte dort die schärfere Richtung, die in diesen Debatten, schon mit einem Fuß im Grabe, John C. Calhoun vertrat. Wenige Tage nach seiner letzten Rede ist er gestorben, er war schon zu schwach gewesen, sie laut vorzutragen, und ein andrer Senator hatte sie für ihn verlesen müssen. Für Calhoun waren längst die Interessen des Südens der einzige Richtungspunkt für seine politischen Anschauungen. Er wünschte keine Entscheidung durch das kalifornische Volk selbst. Nach ihm hätte der Norden aller Agitation auf Abschaffung der Negersklaverei ein Ende setzen und die Verfassung durch ein Amendement dem Süden für immer unbedingt gleiche Rechte mit dem Norden, ohne Rücksicht auf die Volkszahl oder die wirtschaftliche Kraft der beiden Teile, garantieren sollen. Soweit war das Interesse des Südens schon über die Verfassungsgrundlagen des Lebens hinaus gewachsen; nur so konnte es überhaupt konserviert werden, oder es mußte fallen. Der eine der großen Redner des Nordens, der dem entgegentrat, meinte auch jetzt noch zum Kompromiß raten zu müssen; Daniel Webster erklärte in der „Rede vom 7. März“, nur durch die Natur sei die Sklaverei aus California und Neumexiko ausgeschlossen. Aber neben ihm schickte auch schon die nächste Generation einen ihrer fähigsten Köpfe auf den Plan, William H. Seward (Abb. 59). Der hatte schon 1848 offen und klar ausgesprochen: „Die Sklaverei kann auf ihre gegenwärtigen Grenzen beschränkt werden, sie kann verbessert werden, und Sie und ich können und müssen das tun.“ Jetzt schob er alle solche Einschränkungen beiseite und erklärte rund heraus: „Es gibt ein höheres Gesetz als die Verfassung, das unsere Macht über das Staatsgut (domain) bestimmt und sie denselben edlen Zwecken weiht: der Einigung, Gerechtigkeit, Verteidigung, Wohlfahrt und Freiheit.“ Dieser Appell an das „höhere Gesetz“ schied die alten von den jungen Nordstaatenführern, und er bezeichnet das Ende der Kompromißzeit.



Abb. 67. Karl Schurz, Redakteur der „New Yorker Staatszeitung“ und Sekretär des Innern unter Hayes. (Zu Seite 113 u. 144.)

Daher ist es auch ungerecht, die Schuld an der Entscheidung, die das Kompromiß doch nur verschob, den politischen Fehlern allein zuzuschieben, die die Whigführer Webster und namentlich Clay darin machten. Wohl umfaßten 1850 beide Parteien gleichmäßig Norden und Süden, wohl hatte die Sklavenfrage, an der die großen protestantischen Kirchenverbände außer der Episkopalkirche zerbrachen, ihnen noch nichts anzuhaben vermocht, waren der entschlossenen Abolitionisten noch nicht gar viele. Wäre die Whigpartei festgeblieben, die Ausdehnung der Sklaverei nur hintanzuhalten, im übrigen diese sich selbst und dem Aussterben zu überlassen, so wäre sie nicht darüber zerbrochen, wäre nicht — was Washington schon gefürchtet und wovor eben noch Taylor gewarnt hatte — eine territoriale Teilung zwischen beiden Parteien eingetreten, die die Union allerdings auseinandertreiben mußte. So scheint es. Aber wie schon Sewards Rede vom höheren Gesetze lehrte, standen sich unüberwindliche Gegensätze in der ethischen Auffassung gegenüber, und der Süden mußte expansiv, aggressiv werden, um sich überhaupt zu halten. Unhaltbar war seine Lage schon jetzt. Ein Wirtschaftssystem, das den Süden und

England einschloß und sich gegen den Norden durchaus isolieren wollte, sprach den geographischen Bedingungen des amerikanischen Wirtschaftslebens Hohn. Tatsächlich war das ganze Land im Süden auch arm, Kapital war nicht vorhanden, die Sklavenpreise stiegen, die Bevölkerung wurde immer schwächer, die Verschuldung nahm zu. Der Süden war, ob er wollte oder nicht, vor dem Kriege wirtschaftlich geradezu in der Rolle einer Kolonie gegenüber dem Norden. Denn an den steigenden Erträgen der Baumwolle gewannen der nördliche Zwischenhandel und das nördliche Kapital den Hauptanteil. Aus dieser unheilvollen Stagnation konnte nur die Beseitigung der Sklaverei helfen; das aber hieß: der Zusammenbruch der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung. Natürlich wehrte sich dagegen diese Pflanzerklasse, die auf ihre glänzende Vergangenheit, und gerade im Dienst der Union, hinweisen konnte, aufs äußerste.

Dieser Lage gegenüber besagen die Fehler Clays wenig. Sie beeinflußten nur den Gang des Kampfes im einzelnen, ihn selber aufhalten hätte auch eine feste Whigpolitik auf dem Boden des Missourikompromisses nicht können. Gutwillig räumte die den Süden beherrschende Klasse ihren Platz nicht — das allein wäre aber die Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Art gewesen.

Aus dem Wunsche, die bedroht geglaubte Einheit der Union zu retten, war Clays Kompromiß hervorgegangen. Um die Sklavenhalter damit zu versöhnen, hatten er und Webster sich zu dem strengen Sklavenverfolgungsgesetz verstanden. Aber dessen Wirkung war das gerade Gegenteil. Als unkonstitutionell und als unmoralisch wurde es im Norden empfunden, und es versagte völlig seine Wirkung, da der ganze Norden tätlich für geflohene Sklaven Partei ergriff, so daß ein gefährlicher Zustand des Ungehorsams aus religiösen Motiven gegen ein Unionsgesetz eintrat. Und in diese Stimmung einer Zeit, in der Calhoun, Clay, Webster nacheinander starben, schlug wie ein Blitz „Onkel Toms Hütte“ ein, das 1852 in Boston erschien. 300 000 Stück waren in einem Jahre verkauft, überall wurde es gelesen, schließlich auch dramatisiert und auf die Bühne gebracht. Das Buch, aus der Feder von Harriet E. Beecher-Stowe (Abb. 60—62), erzählte, platt und sentimental, die Schicksale eines Sklaven, Josiah Janson, der später lange in Kanada lebte und aus dessen Bemühungen dort die Wilberforce-Universität hervorging. Seine Schilderungen sind sicherlich übertrieben, eine einseitige Parteischrift. Der südlichen Gesellschaft wurde das Buch nicht gerecht. Aber lebendig spiegelte es die Eindrücke wieder, die seine Verfasserin auf den Pflanzungen der Südstaaten, den „Sklavenstutereien“ Virginiens und den Negermärkten in New-Orleans aufgenommen hatte und nun mit sittlicher Empörung wiedergab. Daher war seine Wirkung ungeheuer; „die Jungen im Norden, die das Buch in den fünfziger Jahren lasen, wurden die Soldaten des Krieges, der die Sklaverei beseitigte“. Neben diesem Romane wirkte, schon seit langem im Norden die Stimmung vorbereitend und die Frage tiefer erfassend, ein Chor von Dichtern. Während kein Dichter für die Sklaverei und den Süden eingetreten ist, sind die schärfsten Waffen gegen sie geschliffen worden von den größten Poeten Nordamerikas: in den „Biglowpapieren“ Lowells, in den „Stimmen der Freiheit“ J. Greenlaf Whittiers und später, schon während des Krieges, in den „Trommelschlägen“ Walt Whitmans.

In der Wahl von 1852 erhielt der Demokrat Pierce (1853—1857) die Mehrheit. Die Wähler mochten glauben, daß die Demokraten weniger am Kompromiß von 1850 rütteln würden als die Whigs und daher ein demokratischer Präsident mehr Gewähr für Ruhe vom Parteistreit bieten möchte. Gerade aber von demokratischer Seite kam 1854 ein neuer und entscheidender Anstoß. Im Januar brachte Douglas, ein Mann aus dem Norden und Senator für Illinois, die Bill ein, die später als Kansas-Nebraska-Bill bekannt geworden ist. Er wollte damit das ganze Land des Louisianakaufs nördlich der Missourikompromißlinie und westlich der Staaten Missouri und Iowa als ein Territorium unter dem Namen Nebraska organisieren. Dieses sollte später als ein oder mehrere Staaten in die Union aufgenommen werden, „mit oder ohne Sklaverei, wie es ihre (von ihrem Volk zu gebende) Verfassung der Zeit vorschreiben wird“. Damit war die Missourikompromißlinie, die nach Douglas' Meinung schon 1850 praktisch aufgehoben war und nach der in den genannten Gebieten die Sklaverei von selbst „für immer“



Abb. 68. Westwärts! Gemälde von E. Leutze im Kapitol zu Washington. (Zu Seite 112.)

hätte verboten sein müssen, beseitigt. Der Grundsatz der „Squattersouveränität", wie man es nannte, war aufgestellt, zweifellos eine ganz demokratische Maßregel, die nur allen schlechten Beeinflussungskünsten Tür und Tor öffnete und sich für den Süden als sehr zweischneidiges Schwert erweisen sollte. Eine mächtige Aufregung ging über das Land, als dieser Vorstoß unternommen wurde. Die Bill wurde zwar Gesetz und schuf, im Sinne von Douglas, die beiden Territorien Kansas und Nebraska. Aber sie öffnete dem Norden doch nun die Augen zu der Klarheit über das Wesen des Konflikts, die die führenden Geister im Süden längst hatten. Douglas hatte gemeint, indem er auf Websters Märzrede zurückgriff, daß Sklaverei durch die Natur ausgeschlossen und es Torheit sei, zu fürchten, Nebraska werde ein Sklavenhalterstaat werden. Da warf ihm Seward entgegen, daß ein Sklavenhalter in einem neuen Territorium, der Zutritt zum Ohr der Exekutive in Washington habe, mehr politischen Einfluß ausübe als 500 freie Männer. Sumner (Abb. 63) aber, auch einer von den kommenden Männern des Nordens, begrüßte das Ergebnis. Denn nun gehe die Frage an jeden Mann im Land: „Bist du für Freiheit oder für Sklaverei?" und „jeder Mann im Land muß antworten auf diese Frage, wenn er stimmt". Dies Gesetz, das Douglas als eine Maßregel geringen Gewichts hinstellte, schloß den ersten Akt des Kampfes. Es rief die neue „republikanische" Partei als radikale Antisklavereipartei unter der Führung von Sumner, Chase, Seward ins Leben, es regte die Leidenschaften weithin auf, es zog die Scheidelinie zwischen den neuen Republikanern im Norden und den Demokraten, die dort allen Anhang einbüßten, und es führte die deutschen Einwanderer des Westens ins Lager der neuen Republikaner. Der Kampf konzentrierte sich nur auf Kansas, da Nebraska wegen seiner natürlichen Lebensbedingungen allerdings nicht in die Lage kommen konnte, Sklavenstaat zu werden. Verführerisch klang es ja, wenn Douglas die Squattersouveränität dahin definierte, daß das Volk der neuen Territorien die Freiheit haben solle, seine häuslichen Angelegenheiten auf seine eigene Weise zu regeln, unterworfen allein der Verfassung der Vereinigten Staaten. Aber mit Recht trat Abraham Lincoln dagegen (Abb. 64) auf, der schon einmal im Kongreß gesessen hatte und jetzt wieder ins politische Leben eintrat. Ein bescheidener Advokat aus Illinois, 1809 in Kentucky in einer aus Pennsylvania eingewanderten Familie geboren, ist Lincoln vielleicht von deutscher Herkunft, wenn man der Schreibung seines Namens „Linkhorn" auf der Landanweisung, die sein Großvater in Kentucky erwarb, und dem Zertifikat der Landmesser dazu glauben darf. Er hat sein Land durch die größte Erschütterung, die es je erlebt hat, an erster, stets leitender Stelle und glücklich hindurch geführt. Sicherlich kein politisches Genie, ist er der vollkommenste Ausdruck des nördlichen Volkes, wie es damals war, durchaus ein Typus, der die gesundesten Züge des nordstaatlichen Yankeecharakters repräsentierte, und dies hat ihn im ganzen immer den rechten Entschluß an der rechten Stelle finden lassen. Nicht ohne angeborene Würde und immer fraglos und energisch das Haupt der Regierung, war er schlicht und einfach und von sprichwörtlicher Herzensgüte. In dem jetzt tobenden Streite gab er zu, daß der Auswanderer nach Kansas und Nebraska kompetent sei, sich selbst zu regieren, aber: „ich bestreite sein Recht, irgend jemand anders zu regieren ohne dessen Zustimmung". Damit traf er den wunden Punkt dieser Squattersouveränität, die eines Stammes mit der Staatenrechtstheorie war und schließlich die Union sprengen mußte, weil sie die Einzelstaatsdemokratie übertrieb. Und dabei war in der Kansas-Nebraska-Akte nicht einmal dafür gesorgt, den Willen des souveränen Squatters auch wahrheitsgemäß zu ermitteln. Ein Wettrennen begann um Kansas: der Süden betrachtete es als sein Gebiet, weil es nächst Missouri lag, dafür organisierte der Norden die Einwanderung von freien Siedlern in das neue Land. Bald zeigte sich, daß dem auch der Reichtum des Südens an Geld nicht gewachsen war. Der Sklavenhalter besaß Land und Sklaven, für ihn war eine Übersiedlung in ein unbekanntes Territorium nicht so leicht, wie für den Bauer im Norden, der nur seiner Hände Kraft hatte. Und Menschen als freie Farmer nach Kansas abzugeben hatte der Süden nicht, auch wenn diese dann etwa für ihn gestimmt hätten. Bald war jedenfalls eine Mehrheit für den Freistaat vorhanden. Nun strömten massenhaft Missourier



Abb. 69. Blick auf den Hafen von New York. Links im Hintergrund die Freiheitsstatue. Copyright 1903 by George P. Hall & Son, Dr. in New York. (Zu Seite 167.)

nach Kansas, nur, um durch ihre Abstimmung einen solchen Ausdruck des Volkswillens zu verhindern. Das Ende war, daß die Freistaatsanhänger zu stimmen überhaupt ablehnten und die Legislatur in die Hände von Sklavereianhängern geriet. Aber der Betrug und die Einschüchterung regten nur die Leidenschaften im Norden immer mehr auf; drei Gouverneure, als gute Demokraten nach Kansas geschickt, wurden zu den Freistaatideen bekehrt. Wie hoch schon die Erregung gestiegen war, zeigte ein Vorfall im Kongreß. Dort hatte Charles Sumner eine Rede gehalten unter dem Titel: „Das Verbrechen gegen Kansas“, und darin zwei Senatoren, darunter Douglas, maßlos angegriffen, indem er sie mit Don Quixote und Sancho Pansa verglich. Wenige Tage darauf wurde er dafür im Senat von einem Repräsentanten aus Südcarolina beim Schreiben mit einem Stock so heftig über den Kopf geschlagen, daß die Waffe zersplitterte und Sumner zusammenbrach. Er hat niemals seine Gesundheit ganz wiedergewonnen. Aber der Süden begrüßte diesen Akt von Roheit und Heimtücke mit Beifall, der Täter wurde wieder in den Kongreß gewählt, und die Studenten der Universität von Virginia schenkten ihm einen kostbaren Stock mit goldenem Knopf zum Andenken. Dafür stieg die Erbitterung im Norden unbeschreiblich. Sumners Blut wurde als Märtyrerblut für die Sache der Freiheit betrachtet und eine halbe Million Stück seiner Rede gegen „das Verbrechen gegen Kansas“ verkauft.

In Kansas hielten die freien Siedler eine eigene Konvention, entwarfen eine Verfassung und wünschten Aufnahme ihres Staates in die Union als Freistaat. Aber die Sklavereianhänger stellten dem in Lecompton eine Konstitution entgegen, auf grund deren sie um Aufnahme von Kansas als Sklavenstaat nachsuchten, und der Präsident Buchanan (1857 bis 1861) erklärte Kansas für einen Sklavenstaat, so gut wie Georgia oder Südcarolina, der Senat nahm die Lecompton-Bill an. Im Repräsentantenhaus freilich war keine Mehrheit dafür zu finden. Um die Bill doch durchzudrücken, wurde beantragt, das Volk von Kansas nochmals abstimmen zu lassen; gleichzeitig sollte die Abstimmung durch große Verleihungen von wertvollem Land im Sklavenhaltersinne beeinflußt werden. Da lief doch das Maß über; selbst Douglas und andere Demokraten des Nordens stimmten dagegen. Zwar ging jener Vorschlag trotzdem im Kongreß durch, aber das Volk in Kansas lehnte den schmählichen Bestechungsversuch mit fast 11 000 gegen 2000 Stimmen glatt ab.

Der dritte Akt des Kampfes, soweit er noch auf friedlichem Boden ausgefochten wurde, begann. Im Jahre 1857 hatte der höchste Gerichtshof in einem Falle eines entlaufenen Sklaven — Dred Scott hieß er und der Dred Scott-Fall bildet die Einleitung zum Ende — entschieden, daß ein Sklave oder seine Nachkommen keinen Gerichtsstand hätten vor einem Vereinigten Staaten-Gerichtshof, daß das Missourikompromiß, da der Kongreß kein Recht habe, die Sklaverei aus irgendeinem Gebiete auszuschließen, unkonstitutionell sei und daß die Sklaveneigner ihre Sklaven als ihr Eigentum in jedes Territorium führen könnten. Damit war die Lage ganz klar, von der Lincoln in seinem berühmten siebenfachen Wahlredekampf um die Senatorwahl mit Douglas sprach (1858): daß ein Haus, „zerteilt in sich selbst, nicht stehen könnte“, und die Seward dann noch schärfer und die öffentliche Meinung im Norden noch bestimmender präzisierte: „Es ist ein ununterdrückbarer Konflikt, die Vereinigten Staaten müssen und werden eher oder später entweder ganz eine sklavenhaltende Nation oder ganz eine Nation der freien Arbeit sein.“ Nach der Entscheidung des höchsten Gerichtshofs konnte nun nichts mehr für die Sklaven geschehen und nichts gegen die Besetzung des Unionslandes durch Sklavenhalter. Damit war aber der Konflikt aus der Möglichkeit friedlicher, verfassungsmäßiger Regelung herausgerückt. Keineswegs haben von Anfang an die Republikaner an die Einrichtung der Sklaverei rühren wollen. Die abolitionistische Bewegung machte viel Lärm, schuf viel Erregung und Erbitterung, die Negerbefreiung begegnete viel kirchlichen und humanen Sympathien, aber daran war kein Gedanke, daß diese im Norden geherrscht hätten. Zunächst hing das leidenschaftliche Interesse vielmehr an der verfassungsrechtlichen Seite des Kampfes um Kansas. Die Republikaner wollten auch nur die weitere Ausdehnung der Sklaverei verhindern, knüpften darum an den Standpunkt der Väter der Verfassung an, betrachteten wie die Männer von 1787 die Sklaverei als Staatenangelegenheit, und deshalb nannten sie sich Republikaner. Erst der Krieg selbst hat Lincoln über diesen Stand-



Abb. 70a u. b. Ansichten von New York. Copyright 1908 by George P. Hall & Son, Dr. in New York. (Zu Seite 167.)

punkt hinausgeführt. Das aber wollte er schon jetzt nicht, daß die Bundesregierung benutzt würde, um die Sklaverei auszudehnen, wie es in der Dred Scott-Entscheidung des höchsten Gerichtshofes geschehen war. Und gerade auf diesem Wege gingen die Südlichen immer energischer vor. 1859 forderten sie die Durchführung der konstitutionellen Lage, die die Dred Scott-Entscheidung geschaffen hatte. Sie beanspruchten ein Schutzrecht für ihren Sklavenbesitz in den Territorien, Jefferson Davis (Abb. 65) erweiterte diese Forderung sogar noch zu der „hinreichenden Schutzes", nämlich stärkeren als für gewöhnliches Eigentum, da das Sklaveneigentum größerem Risiko ausgesetzt sei. Während so die südlichen Sklavenbarone ihre Ansprüche überspannten, zeigte sich, wie dünn ihre Schicht doch war und wie schwach ihre Grundlage. Aus dem Süden kam nämlich eine Schrift: „Die drohende Krisis im Süden und wie ihr zu begegnen ist", von einem „armen Weißen" in Nordcarolina. Von dieser Klasse hatte man bisher noch niemals etwas gehört. Das Buch des „armen Weißen" aber beleuchtete jetzt die Sklavenfrage von einem ganz anderen Gesichtspunkte, als ihn die Abolitionsbewegung bisher geboten hatte: vom Standpunkt des freien weißen Arbeiters im Süden. Wenn die Sklaverei beseitigt würde, dann würde Industrie im Süden möglich, dann fände der kleine Farmer, der jetzt in elender Lage dahinlebte, einen Markt für seine Produkte, und die soziale Lage dieser armen Weißen würde sich heben zu der der Farmer und Handwerker des Nordens. Das Buch traf den entscheidenden Punkt: die Negersklaverei allein gab einer schmalen Herrschaftsschicht die Existenzmöglichkeit, während sie den Unterschied in der sozialen Schichtung gegen den Norden immer tiefer zog. Erst ihre Beseitigung machte eine soziale Angleichung an den Norden überhaupt möglich. Begreiflicherweise erregte diese Veröffentlichung die Wut der südlichen Politiker, legte es doch ihre prekäre Stellung bloß und konnte man doch wohl sagen, daß, wenn die armen Weißen hätten lesen und solche Argumente verstehen können, die Sklaveneigner-Herrschaft zusammengebrochen wäre. Denn von zehn Weißen in den Sklavenstaaten waren sicherlich sieben nicht sklavenhaltende Weiße. Im ganzen Lande gab es nur etwa 350000 Sklavenhalter, nicht mehr als 2 Millionen weiße Personen mochten durch Sklavenarbeit ernährt und an ihr interessiert sein.

Im April 1860 trat die demokratische Nationalkonvention in Charleston zusammen, um Buchanan, den gegenwärtigen Präsidenten, wieder als Parteikandidaten zu nominieren. Die Sklavenhalter forderten, daß die Grundsätze der Dred Scott-Entscheidung als Parteiprinzip angenommen würden. Man fühlte, was auf dem Spiel stand, und forderte die Rechte der Minderheit, fühlte auch die moralische Schwäche seiner Stellung. Die äußersten Forderungen sprach ein georgischer Delegierter aus, und die zeigten, wie Sklaverei jetzt der alleinige Drehpunkt der südlichen Interessen geworden war: „Sklaverei ist gerecht, moralisch, religiös, sozial und politisch. Ich glaube, daß Sklaverei mehr für dies Land, mehr für die Zivilisation getan hat, als alle anderen Einflüsse zusammengenommen. Ich bitte unsere nördlichen Freunde, uns alle unsere Rechte zu geben und die harten Beschränkungen zu beseitigen, die die Sklavenzufuhr aus fremden Ländern abschneiden." So durchbrach der nackte Klassenegoismus jetzt alle Schranken und wagte die äußersten Forderungen, die denkbar waren. Es waren nur Anzeichen, daß seine Sache schon verloren war. Man forderte von den nördlichen Demokraten die Anerkennung des Standpunktes, daß Sklaverei „gerecht" (right) sei. „Meine Herren aus dem Süden," entgegnete dem ein Delegierter von Ohio, „wir werden das nicht tun." Damit brach die demokratische Partei in zwei Hälften auseinander. Die südlichen Extremen verließen die Konvention und nominierten Breckinridge als Präsidentschaftskandidaten. In Baltimore stellten dem die Norddemokraten Douglas entgegen. Außerdem ernannte noch eine Konstitutionspartei aus allen Schattierungen einen Kandidaten, aber das bedeutete nichts. Der Sieg fiel dem republikanischen Kandidaten zu, der zwar nur 1 800 000 gegen 2 800 000 Stimmen der anderen Kandidaten, aber eine überwältigende Mehrheit der Elektorenstimmen erhielt. Es war Abraham Lincoln, der in einer hochdramatischen Parteikonvention gegen Seward, den das übliche Geschick der hervorragenden Parteiführer traf, nominiert worden war. Von vornherein war Lincoln der Präsident einer Minderheit, seine Partei war die Minderheit in beiden Häusern des Kongresses, und er hätte

nichts ausrichten können, um die Sklavereifrage zu lösen, solange Frieden blieb. Der aber blieb nicht. Sobald Lincolns Wahl bekannt wurde, berief die Legislatur von Südcarolina nach Charleston eine Staatskonvention, über der Calhouns Geist schwebte; am 20. Dezember 1860 nahm diese Konvention als das versammelte Volk von Südcarolina die Ratifikation der Verfassung der Vereinigten Staaten feierlich zurück, erklärte die Union zwischen sich und den anderen Staaten für aufgelöst. Bis zum März 1861 folgten Mississippi, Florida, Alabama, Georgia, Louisiana und Texas. Das Werk von 1787 war zersprengt, das Wort befolgt, das Horace Greeley als Lösung des Konflikts ausgesprochen hatte: „Laßt unsere eigensinnigen Schwestern in Frieden ziehen." Aber:

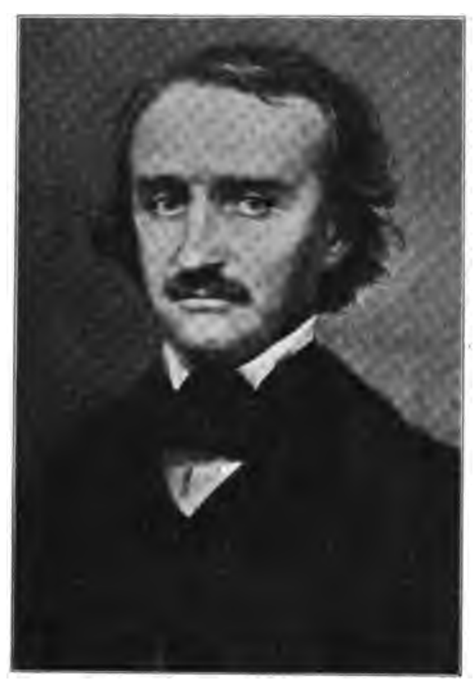


Abb. 71. Edgar Allan Poe. (Zu Seite 113.)

Go then, our rash sister, afar and aloof, —
Run wild in the sunshine away from our roof;
But when your heart aches and your feet have grown sore,
Remember the pathway that leads to our door!

rief Oliver Wendell Holmes (in dem schönen Gedichte: Bruder Jonathans Klage um Schwester Carolina) in patriotischem Schmerze dem ersten sezedierenden Staate nach, als er die Nachricht von der Sezession erhielt; es mochten die Gefühle vieler im Norden, besonders der älteren, doch immer noch sein.

Die beiden Hälften der Union traten gegeneinander in Kampf. Der theoretische Gegensatz in der Anschauung von der Union als Staatswesen kam zum blutigen Austrag. Fühlte sich der Norden als amerikanische Nation und war ihm Websters Märzrede aus der Seele gesprochen, so herrschte im Süden Calhouns Anschauung vom Staatenrecht, ein ins äußerste getriebener Staatenpartikularismus. Der Kampf ging darum, und er ging um die Sklaverei, deren Beseitigung nicht das erste Ziel, aber doch bald die Folge des Kampfes war.

Lincoln wurde sofort Herr der Lage, als die südlichen Delegierten den Kongreß verließen. Die Republikaner erhielten damit die Herrschaft in ihm, und der Präsident erhielt die „Kriegsvollmachten" als verfassungsmäßiger Oberkommandierender von Heer und Marine. Vor dieser Gefahr hatte John Quincy Adams schon 1836 und 1842 die Sklavenhalter gewarnt. Er bereits hatte prophezeit, daß im Fall eines Krieges der Präsident und sogar der Oberkommandierende der Armee die Macht habe, die allgemeine Sklavenemanzipation auszusprechen. Und von dieser furchtbaren Waffe hat Lincoln denn auch später Gebrauch gemacht. Zunächst aber war an sich schon seine Stellung die stärkere. Mochte der Süden tausendmal erklären, daß er nach seiner Staatenrechtstheorie die Union für aufgelöst erklären könne; auf Lincoln und dem Kongreß in Washington lagen doch die Überlieferungen eines dreiviertel Jahrhundert alten Zustandes, der sich zu tief eingelebt hatte. Dem Schwankenden konnte Jefferson Davis an der Spitze der Konföderation unmöglich als dem Präsidenten gleich erscheinen, der das Werk Washingtons verkörperte, das doch schon eine Reihe schwerer Proben bestanden hatte. Dem Volksempfinden des Nordens und Nordwestens mußte der Südstaatenpräsident nur als Rebellenführer erscheinen.

Im Februar 1861 organisierten sich die „Konföderierten Staaten von Amerika".

In ihrer Bildung gingen, wie es in der Akte hieß, die Staaten vor in ihrem „souveränen und unabhängigen Charakter“. Jeder Staat der Konföderierten war im Senat durch zwei Senatoren vertreten, aber in bestimmten Fällen mußte nach Staaten gestimmt werden, nicht nach Köpfen, wie im Unionssenat. Die Staatslegislaturen der Konföderierten besaßen sogar das Recht, Beamte der Bundesregierung anzuklagen. An die Spitze des Bundes trat Jefferson Davis, bisher Senator für Mississippi; seine Hauptstadt wurde Richmond in Virginien. Es gab alle konstitutionellen Garantien in diesen konföderierten Staaten, aber der Krieg ging über sie hinweg. Von Anfang bis Ende ist die konföderierte Regierung ein Despotismus gewesen, haben Davis und seine Anhänger als die sogenannten Feuerfresser despotisch geherrscht. Darin zeigte sich der Vorteil, daß eine einheitliche, längst politisch disziplinierte Klasse im Kampf stand, während Lincoln und die Union beständig behindert waren durch den Zwang, die Empfindlichkeit des Volks und die verschiedensten Interessen zu schonen. Der Süden war unbedingt einig. Dem allein war auch nur die Anspannung seiner Hilfskräfte zu danken, durch die er zu seinen glänzenden Leistungen befähigt wurde. Denn an sich betrachtet, war der Sieg schon mit dem Kriegsbeginn entschieden. Nach dem Zensus von 1860 wohnten im Unionsgebiet über 31 Millionen Menschen, davon ungefähr 12 in den Sklavenstaaten. Der Süden erwartete Unterstützung oder wenigstens Neutralität von den neuen Staaten des Nordwestens; das Gegenteil geschah. Mit aller Wucht traten alle nordwestlichen Staaten für die Union ein. Dagegen schlossen sich nicht einmal sämtliche Sklavenstaaten der Sezession an. Delaware wurde für die Union gerettet, Missouri vom Anschluß an den Süden abgehalten, desgleichen Kentucky. Virginia fiel auseinander, indem das von Farmern besiedelte Westvirginien jenseits der Alleghanies sich als besonderer Staat vom alten Osten trennte und 1862 ein besonderer Staat wurde. Der Osten, Tennessee und Arkansas allein schlossen sich noch den bisher losgelösten Staaten an; diese verfügten im ganzen nur über 9 Millionen von den 12 der Sklavenstaaten. Von denen aber waren $3^1/_2$ Millionen Negersklaven, so daß die freie Bevölkerung der Konföderierten Staaten nur etwa $5^1/_2$ Millionen betrug, ihre erwachsene männliche weiße Bevölkerung nicht mehr als 2799000 Mann.

Buchanan als Demokrat hatte erst Bedenken gehabt, gegen Südcarolina vorzugehen. Kommissäre aus Südcarolina erschienen sogar in Washington, um eine Teilung der öffentlichen Schuld und des Vermögens herbeizuführen. Aber Lincoln nahm sofort einen festen Standpunkt ein. In seiner Inauguraladresse erklärte er die Union hinsichtlich der Verfassung und Gesetze für nicht gebrochen und versicherte, Sorge tragen zu wollen, daß die Gesetze der Union gewissenhaft in allen Staaten ausgeführt würden. In dieser festen und klaren Politik entsendete er eine Flottille, die Bundesgarnison in Fort Sumter (Abb. 66) bei Charleston zu entsetzen. Die Antwort war Bombardement und Eroberung des Forts am 14. April 1861. Damit war der Krieg da. Am 15. schon erließ Lincoln eine Proklamation, die Freiwillige unter die Fahnen rief. Die Antwort auf seinen höchst geschickten Aufruf im Norden war überraschend; „wie durch Zauberei wurde der friedliche Norden zum Kriegslager“, und einen mächtigen Eindruck machte es, als selbst Douglas, Lincolns Rival in Illinois und um die Präsidentenwürde, seine warme Unterstützung versprach. Vier Tage später, am 19. April, dem Jahrestag der Schlacht bei Lexington, floß das erste Blut des großen Kriegs in den Straßen von Baltimore. —

Die Jahrzehnte, in denen sich der Sezessionskrieg vorbereitete, sind zugleich die des größten Wachstums der Union. Sie nahm nicht nur räumlich zu, indem sie die Küste des Stillen Ozeans vom 49. Grad bis nach San Diego erreichte. Das ungeheure Gebiet des fernen Westens unter den Pflug zu nehmen, ist gerade in diesen Jahrzehnten, soweit es möglich war, begonnen worden (Abb. 68). Die Union besaß, nachdem ihr auch Texas seine Staatsländereien überlassen hatte, ein ungeheures, der Besiedlung offenes Gebiet. Für dessen Aufteilung hatte man schon 1785 das System gewählt, das bis zur Gegenwart besteht: das Land wurde in quadratische Townships zerlegt von sechs mal sechs englischen Meilen, die in 36 Sektionen zu je 640 Acres zerfielen. Das Minimum des an den einzelnen zu verkaufenden Landes wurde immer weiter, schließlich auf

40 Acres herabgesetzt. Die Verwaltung lag in der Hand des Generallandkontors, dessen Einrichtung noch Alexander Hamiltons genialem Blick verdankt wird; mit seinen Zweigbureaus ist es bis heute der Mittelpunkt dieser großartigen Kolonisationsarbeit der Union geblieben. Ausgetan wurde das Land zu einem Minimalpreise; eine Vorkaufsakte von 1841 sicherte dabei tatsächlichen Bewohnern und Bebauern (den „Squatters") das Vorkaufsrecht für ihren okkupierten Sitz und schützte sie so vor der Landspekulation. Aber niemals wäre die Erschließung so rasch vor sich gegangen, hätte nicht der Dampf noch viel stärker als bisher seine verbindende Kraft erwiesen. Seit 1830 zogen sich Eisenbahnlinien (s. die Karte S. 137) durch das Land, aber erst seit 1850 wurden die Bahnbauten regelmäßig unterstützt durch umfassende Landschenkungen zu beiden Seiten des Schienenstranges an die Eisenbahngesellschaften. Dadurch wurden und sind heute noch diese Gesellschaften in eigenem Interesse die mächtigsten Förderer der Besiedlung, die ihre Linien sogleich an das mächtige Verkehrsnetz und Wirtschaftsleben der ganzen Union anschlossen. Neben ihnen aber zog ferner die Einwanderung gewaltig an, daß, nach harten Kämpfen, dem Einwanderer die „Heimstätte" unentgeltlich überwiesen wurde. Aus der Agitation der nördlichen Kleinfarmer gegen das Spekulationsinteresse des Kapitals und die Ausdehnungssucht des sklavenhaltenden Großgrundbesitzes ging 1862 erst dies Heimstättengesetz hervor. Es beschleunigte die Besiedlung, die Bewegung zu seiner Durchsetzung aber hatte ganz besonders dazu beigetragen, den Westen vom Süden zu lösen, die westlichen Demokraten den Republikanern zuzuführen.

Mit diesen Hilfsmitteln, an diesen Fäden hin lief der Strom der Siedler aus dem Osten. Zum Teil bildete ihn der Bevölkerungsüberschuß aus den östlichen Städten; „geh nach Westen, junger Mann", rief Horace Greeley der Jugend des Ostens zu. Aber auch aus drückenden und elenden Verhältnissen Europas lockte die Siedler der amerikanische Westen; denn „sie sagen, hier ist Arbeit und Brot für alle, und die Sonne scheint überall hier", sang ein Einwandererlied. Bis 1831 war die Einwanderung noch gering, dann schwillt sie an, bis sie 1842 zum ersten Male 100 000 überschreitet, von 1847—1854 eine erste dauernde Höhe erreicht; über 400 000 Menschen schickte Europa 1854 nach der Union. Und von ihnen waren über 200 000 Deutsche, die übrigen Iren und Engländer. Jener ersten Einwanderung Deutscher, die zur Gründung von Germantown führte, folgten nach den Befreiungskriegen und nach den Revolutionen von 1830 und 1848 die politischen Flüchtlinge, an Zahl nicht viele, aber die geistig am höchsten stehenden Elemente in der ganzen deutschen Auswanderung: Franz Lieber, Karl Follen, Karl Beck, Gustav Körner, auch Friedrich List kann zu ihnen gezählt werden, wenn er auch nach einigen Jahren wieder in die Heimat zurückkehrte, dann die Reihe der Achtundvierziger, unter ihnen vor allen Karl Schurz (Abb. 67), der später der Sekretär des Inneren unter dem Präsidenten Hayes wurde. Aber in den vierziger Jahren stieg auch die Einwanderung aus den unteren Schichten Deutschlands beträchtlich. Den 6000 von 1821 bis 1830 eingewanderten Deutschen stehen 150 000 im folgenden Jahrzehnt, über 400 000 in der Zeit 1840—1850 gegenüber, und von 1851—1860 hat Deutsch-



Abb. 72. Henry W. Longfellow. Stich von Weger. Aus der Stahlstichsammlung der Dürrschen Buchhandlung in Leipzig. (Zu Seite 114.)

land 950000 seiner Söhne an das jungfräuliche Land im Westen abgegeben. War im achtzehnten Jahrhundert Pennsylvania das Land der Union gewesen, in dem es für einen Augenblick zweifelhaft sein konnte, ob deutsch oder englisch die Amtssprache sein sollte, so erhielten in dieser Zeit die Staaten des Westens: Ohio, Illinois und Wisconsin, die starken deutschen Züge, die sie bis heute noch an sich tragen.

Mit offenen Armen nahm man die frischen Kräfte in Castle Garden, dem Landungsplatz für Einwanderer in New York, auf. Das ungeheure Gebiet des Westens konnte sie brauchen, die, überwiegend derselben Rasse, zu $^3/_4$ männlichen Geschlechtes waren und zumeist im kräftigsten Alter standen. Im Jahre 1840 wies der Zensus 17, 1860: 31 Millionen Bewohner der Vereinigten Staaten auf, von denen auf New York (Abb. 69 und 70) 800000 und auf Philadelphia über $^1/_2$ Million kamen. Über 100000 zählten schon Baltimore, Boston, Brooklyn, Chicago, Cincinnati und St. Louis, darunter also bereits drei Städte des mittleren Westens. Es waren Jahrzehnte angespanntester wirtschaftlicher Arbeit, aber auch wirtschaftlicher Prosperität und zauberhaft rascher Entwicklung. Die agrarische Aufschließung des Westens, die Entdeckung der kalifornischen Goldfelder, die Eröffnung der pennsylvanischen Petroleumquellen machten neue Bodenschätze nutzbar. Die Eisenindustrie Pennsylvaniens, die Baumwoll- und Wollindustrien der Oststaaten nahmen erheblich zu, und überall fand der erfindungsreiche, weil immer auf Vereinfachung und Verbesserung der Arbeit gerichtete Geist Neues: die Rotationsdruckmaschine, die Bücher und Zeitungen und damit die Bildungsmöglichkeiten erheblich verbilligte, die Nähmaschine usw. 4000 Patente wurden allein im Jahre 1860 ausgestellt. Das Dampfschiff verdrängte das Segelschiff, und mit Stolz wurde 1860 betont, daß man England die erste Stelle in der Handelsschiffahrt der Welt schon streitig machen könne. Langsam bildete sich das Erwerbsleben nach dem Industrieagrarstaat um, wenn auch die Urproduktion, namentlich durch den Baumwollexport, durchaus noch an erster Stelle stand.

Diese glückliche Entwicklung, über die nur 1857—1859 wieder der Gewitterschauer einer finanziellen Panik und Krisis hinging, und die inneren Kämpfe nahmen alle physischen und geistigen Kräfte des Volkes einseitig in Anspruch. Über die Grenzen hinaus richtete es nur den Blick, wenn es galt, neue Strecken des Kontinents in seinen Machtbereich zu ziehen. Sonst stand es den weltpolitischen Fragen und Verwicklungen völlig fern. Auch für die Entstehung einer allgemeinen geistigen Kultur war eine Zeit nicht reif, in der das jugendliche Alter dominierte und die Expansion in den Westen in diesem die kolonialen Züge der ersten Zeit wieder hervorbrachte und dem größeren Maßstabe entsprechend noch verschärfte. Aber in den alten Staaten des atlantischen Randes entstand doch schon eine erste Blütezeit amerikanischer Kultur. In diese Zeit fällt das Wirken aller Großen in der amerikanischen Literatur, die fast alle Zeitgenossen sind und von denen die meisten ein Alter erreichten bis in die Gegenwart herein; kein Volk weist so viele langlebige berühmte Männer der Literatur auf wie die Nordamerikaner. Es sind Washington Irving (Abb. 11), Edgar Allan Poe (Abb. 71), Cooper (Abb. 20) und Longfellow (Abb. 72), Nathaniel Hawthorne, vor allem die Reihe der größten:



Abb. 73. Walt Whitman. (Zu Seite 115.)

William Bryant, J. Greenlaf Whittier, J. Russell Lowell und der nationalste von allen, der bizarr formlose Pantheist, von höchstem Persönlichkeitsgefühl und doch ganz demokratisch: Walt Whitman (Abb. 73). Er hat nie ein Trink- oder Liebeslied gedichtet: „ich habe ein tätiges Leben geführt, als Landschullehrer, Gärtner, Setzer, Zimmermann, Schriftsteller, und habe im Sezessionskriege in der Front und als Krankenpfleger gedient“, sagt er von sich. Ein bewußtes Amerikanertum hallt in ihm, ins Allgemein-Menschliche gesteigert, wieder und die Fortschritts- und Pionierstimmung, die im amerikanischen Volkstum liegt.

Aus den Nordost-Staaten, die am reinsten englisch waren, stammten alle diese Dichter, der Süden vermochte keinen Beitrag zur höheren Kultur aufzubringen. Und aus ihnen, von dem Staate der stärksten Neu-England-Ueberlieferungen kam auch die tiefste Reaktion gegen die übermächtige Herrschaft des expansiven, des Spekulations- und Erwerbsgeistes. Aus der Befruchtung mit deutschem Geistesleben ging der nordamerikanische Transzendentalismus hervor, der in Concord bei Boston und in Ralph Waldo Emerson (Abb. 74 und 75) seinen Mittelpunkt und eine freilich rasch verwelkende Blüte fand. Eine bodenständige Neu-England-Kultur war vorhanden, als Norden und Süden in den großen Krieg zogen; ein nationalamerikanisches Geistesleben, allen gemeinsam von Ozean zu Ozean auf diesem Kontinente, gab es nicht.

IV. Kapitel.

Der Sezessionskrieg.

1861—1865.

Der Schauplatz des großen Kampfes, der nun jahrelang die Union erschütterte und ihr unendliche Menschen- und Geldopfer kostete, war das Mississippital und Virginien, ein Gebiet von mehr als der zehnfachen Ausdehnung des Deutschen Reiches. Blickt man vergleichend auf die Hilfsquellen und die Menschenzahl der Gegner, dann ist der Ausgang nicht verwunderlich, sondern nur, daß sich der Süden überhaupt so lange halten konnte. Dies hatte innere und äußere Gründe. Trotz gelegentlicher Vorstöße in das Gebiet des Nordens war der Krieg für den Süden in der Hauptsache Verteidigungskampf auf dem eigenen Gebiete. Und dabei kam ihm die Topographie seines Landes außerordentlich zustatten. Die natürlichen Hindernisse, die die vielen nach Ost und West von den Alleghanies herabfließenden Flüsse dem Gegner bereiteten, waren außerordentlich, während die dünne Bevölkerung, die Abhängigkeit vom Train und den Verkehrsmitteln die Operationen verlangsamten, der Kampf vielfach zum langwierigen Stellungskriege wurde. Die militärische Organisation war im Süden einheitlicher als im Norden: Lee, der fähigste Stratege des ganzen Krieges, hat die Ostarmee vom Sommer 1862 bis zum April 1865 geführt, während die Unionsarmee am Potomac schon sechs Oberkommandierende gehabt hatte, als Meade im Mai 1863 das Kommando übernahm. Im Osten waren die Konföderierten nach Lage, Organisation und Führung zweifellos im Vorteil; weniger im Westen, wo ihr begabtester Offizier, Albert Sidney Johnston, schon 1862 fiel und ihnen die ersten Generale der Unionstruppen, Grant, Sherman und Sheridan (Abb. 76, 78 u. 85), gegenüberstanden, wo auch die Natur des Landes dem Angreifer günstiger war. Das Soldaten- und Offiziermaterial des Südens war besser als im Norden. Hier nahm das sich ausdehnende wirtschaftliche Leben alle überschüssigen Kräfte auf; sogar spätere Unionsgenerale, wie Grant oder Sherman, waren zeitweilig als Geschäftsleute tätig gewesen. Im Süden dagegen boten sich wenig Gelegenheiten für die Jugend, unter- und hochzukommen. Da erschien die Vereinigten Staaten-Offizierlaufbahn als erstrebenswert, und daher enthielt das Heer der Union ganze Reihen südstaatlicher Offiziere. Viele von diesen „folgten“ jetzt, wie der Ausdruck hieß, „ihren Staaten“, verließen die Unionsarmee, doch mit rühmlichen Ausnahmen: zwei der ersten Unionsoffiziere im Krieg, der berühmte Admiral Farragut (Abb. 83), und Thomas, der Sieger von Mill Springs

und Nashville, waren geborene Südländer. Daher war, wenn auch der Norden strategische und taktische Talente aufbrachte, die Schulung der Südstaatenoffiziere doch im Anfang viel besser. Auf beiden Seiten war die Miliz die Organisation der Wehrmacht. Die stand im Süden schon höher, da sie immer auf der Wacht gegen etwaige Negeraufstände sein mußte. Daneben wurden Freiwilligenkontingente einberufen, auf Zeit. Aus ihnen bildete sich im Süden bald eine reguläre Armee, im Norden jedoch ist nur sehr allmählich ein stehendes Heer daraus geworden, das bis in die letzte Zeit hinein unter dem fortwährenden Wechsel des Materials schwer zu leiden hatte. Diese Entwicklung wurde im Süden ferner durch die bestehende soziale Gliederung sehr erleichtert. Aus der Pflanzeraristokratie gingen die Offiziere, aus den „armen“ Weißen die Soldaten hervor. Diese waren daher zu soldatischer Unterordnung ganz anders geeignet als der Nordstaatenarbeiter oder -schreiber, der nach ein paar Monaten in seinen Beruf zurückkehrte, der seine Offiziere selber wählte und so vielleicht einem Berufsgenossen gehorchen sollte. Auch stand ja eigentlich der Norden nur mit halbem Herzen im Kampfe. Zwar ist Tapferkeit im Gefecht, Ausdauer in Märschen und Anstrengungen auf beiden Seiten gezeigt worden. Glänzend bewiesen die Amerikaner, daß Germanenblut in ihren Adern fließt. Mit einer in der modernen Geschichte beispiellosen Rücksichtslosigkeit wurden Menschenleben geopfert, auf beiden Seiten waren die Verluste immer ungeheuer groß. Aber der Süden machte einen besseren Gebrauch von seinen Hilfsmitteln oder konnte ihn machen. Da stand das ganze Volk im Kriege; alt und jung, was die Flinte tragen oder in den Sattel steigen konnte, trat in die Front. Die Frauen und die Greise überwachten währenddem die von den Negern geleistete Pflanzerarbeit. Rücksichtslos und despotisch spannte die konföderierte Regierung alle Kräfte des Volkes für den Krieg an. Dagegen focht der Norden mit der Rechten gegen den Süden und baute mit der Linken sein Wirtschaftsleben weiter aus. Die Erschließung des fernen Westens ging weiter, der Eisenbahnbau wurde nicht unterbrochen. Der Schutzzolltarif von 1861 stachelte die Industrie an; von Jahr zu Jahr nahm die materielle Kraft des Nordens zu und konnte er immer höhere Summen auf den Krieg verwenden. Aber diese Expansion in Industrie und Ackerbau absorbierte Menschen, erwachsene männliche Menschen, die unter die Fahnen gehörten. Und so konnten die Führer nicht die Massen ins Feld stellen, die den Krieg rasch entschieden hätten; erst 1864 waren die Unionstruppen an Zahl überall wirklich dem Gegner überlegen. Die verschiedene Stellung, die man, Generale wie Soldaten, im Norden und Süden dem Waffenhandwerk gegenüber einnahm, das verschiedene Temperament und auch der verschiedene Kampfpreis bewirkten, daß die Unionsarmee stets mehr als Pflichtsoldaten focht. Im Süden ging es um Sein oder Nichtsein, und dies Bewußtsein weckte einen Elan, eine kriegerische Leidenschaft, die dem nüchternen Nördlichen fremd war. Unter den nordstaatlichen Führern (mit Ausnahme vielleicht Sheridans) ist bei aller militärischen Fähigkeit kein geborener Soldat, wie unter den konföderierten „Stonewall“ Jackson (Abb. 80) oder vor allen ihr glänzender Reitergeneral, James Br. Stuart, und keiner der



Abb. 74. Ralph Waldo Emerson.
Aufnahme von Elliot & Fry in London. (Zu Seite 115.)



Abb. 75. Haus Emersons bei Concord (Mass.), der Mittelpunkt der Concord-Bewegung. Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich. (Zu Seite 115.)

Unionsoffiziere hat die fraglos heldenhaften Züge des großen, mit jedem Unglück wachsenden Hauptführers der „verlorenen Sache“, Robert Edward Lees (Abb. 79).

Deshalb vor allem zog sich der Krieg in die Länge, war er mehr ein langsames Erdrücken und Ersticken des Südens als eine Niederwerfung in kurzen, raschen Schlägen. Denn im April 1861 begann die Blockade der südlichen Häfen, und sie wurde bis zum Ende des Krieges mit steigender Strenge und steigendem Erfolge durchgeführt, zur See und zu Lande. Wohl wurde die Blockade unterbrochen durch kühne Schmuggler in besonders dazu gebauten Schiffen, am Ende hat es aber sogar an Waffen und Munition gefehlt. Und die Hauptsache war doch, daß die Union dem Süden mit Erfolg die Lebensader unterband: die Ausfuhr von Baumwolle sank von über 200 Millionen Dollars Wert 1860 auf vier Millionen 1863. Damit war der ganze Prozeß des wirtschaftlichen Lebens im Süden zum Stillstand gebracht, denn die Ersetzung der Baumwolle durch Korn gelang nicht in ausreichendem Maße. Der Norden hätte sich durch diesen Abschluß durchhalten können, der Süden dagegen war ruiniert, sobald der Absatz seines Hauptstapelartikels gehemmt, seine Verbindungen mit den europäischen Abnehmern durchschnitten waren. So wurde sein Land wertlos, und die Befreiung der Sklaven, die Lincolns Proklamation vom 22. September 1862 aussprach, beraubte ihn auch des andern Kapitalfaktors, auf dem er ruhte. Damit geriet er in eine hoffnungslose materielle Lage. Die konföderierte Regierung konnte durch Besteuerung nicht viel herausbringen, sie mußte lediglich ihren Kredit anspannen, der nach und nach zusammensank; 1864/1865 war das Papiergeld der Konföderierten einfach wertlos.

Die Blockade der südlichen Häfen berührte aber zugleich auch empfindlich die europäischen Baumwollkonsumenten, in erster Linie England. Dieses hatte darum, wie auch Frankreich, die Südlichen sofort beim Ausbruch als Kriegführende anerkannt; vielleicht würde es sie auch als unabhängig anerkennen, sprach Gladstone doch schon von der „neuen Nation“ der Konföderierten. Die Union konnte die Behandlung der Südstaaten als Rebellen freilich auch nicht durchführen und mußte ihnen die Rechte einer kriegführenden Partei zuerkennen. Aber gegen eine Anerkennung ihrer Unabhängigkeit trat Lincolns Staatssekretär, Seward, sofort mit Geschick und Entschlossenheit auf. Seine feste Erklärung, daß die Union eine Anerkennung der Konföderierten als Kriegsfall betrachten würde, verhinderte denn auch diese bei den europäischen Westmächten. Nichtsdestoweniger hat England, das die Vereinigten Staaten schon mit wachsender Besorgnis betrachtete, die Konföderation wenigstens mittelbar begünstigt. Es gestattete, trotz des Widerspruchs der Union, die Ausrüstung und das Auslaufen von Kaperschiffen der Südlichen in englischen Häfen, die der nördlichen Handelsschiffahrt schweren Schaden zufügten; teilweise fuhren diese Schiffe sogar unter englischer Flagge. Eins von ihnen, die „Alabama“,

wurde erst 1864 bei Cherbourg von der „Kearsarge" in den Grund geschossen. Die Ersatzansprüche, die die Union aus diesen Verlusten ihrer Kaufleute an England stellte, weil es als neutrale Macht das Auslaufen dieser Kaperschiffe nicht verhindert hatte, sind als „Alabamafrage" lange und manchmal sehr ernsthaft zwischen England und den Vereinigten Staaten hin und her geschoben worden, bis 1872 ein Schiedsgericht in Genf England zur Entschädigung verurteilte.

Die regierenden Klassen Englands standen, in einem innerlich nicht berechtigten Klassengemeinschaftsgefühl, mit ihren Sympathien auf seiten der Sklavenhalter, die Masse der Nation aber doch auf seiten des Nordens. Frankreich begünstigte den Süden auch: Napoleon III. wäre zu einer Intervention wohl bereit gewesen, wenn er England zur Mithilfe bereit gefunden hätte. Dagegen war Deutschland durchaus auf seiten des Nordens, wie seine ausgewanderten Söhne überall unter seinen Fahnen fochten. Nur wenige aristokratische Kreise sympathisierten mit den Südlichen, da man irrtümlicherweise in der Pflanzeraristokratie etwas Wesensverwandtes zu sehen glaubte und ihr tapferer Widerstand Achtung erweckte. Im ganzen ist der Krieg mit moralischer Unterstützung Deutschlands, mit unfreundlicher Stimmung und Haltung Frankreichs und Englands wenigstens in Teilen, jedoch ohne jede reale Einmischung einer europäischen Macht seitens der Union durchgefochten worden.

In ihm trat die Erfindergabe der Amerikaner außerordentlich hervor. Zum ersten Male sind die modernen technischen Hilfsmittel damals umfassend angewendet worden: im Ingenieur-, Telegraphen-, Signalwesen, der Luftschiffahrt, im Eisenbahn- und Kriegsschiffbau. Das berühmte Duell des südstaatlichen Panzerfahrzeugs „Merrimac" mit dem nordstaatlichen „Monitor" ist der erste Kampf zwischen zwei gepanzerten Schiffen gewesen. Vornehmlich die Eisenbahnlinien, ihre Zerstörung und Gewinnung spielten auf dem ungeheuren, schwierigen Terrain des Kriegsschauplatzes auf beiden Seiten eine die Operationen, wie bisher noch niemals, in der Kriegsgeschichte wesentlich bestimmende Rolle. Wie immer, entsprach auch hier dem Hauptcharakter des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens die Hauptwaffe und die Tüchtigkeit darin. Der Norden war dem Süden artilleristisch und in der Kriegsmarine weit überlegen, daneben zeichnete sich seine Infanterie, besonders im späteren Verlauf des Krieges, durch ihre Marschleistungen aus. Der ganzen Verfassung des Südens entsprach, daß er eine an Pferde- und Menschenmaterial ausgezeichnete Kavallerie unter einem Führer ersten Ranges besaß, der der Norden nichts Ebenbürtiges entgegenstellen konnte.

Der Kriegsschauplatz (s. die Karte auf S. 127) war im Osten, da die Union Washington behauptete, Virginien. Hier ging der Krieg die ganzen Jahre hindurch auf einem verhältnismäßig kleinen Gebiete hin und her, so daß eigentlich immer dieselben strategischen Probleme vorliegen. Das Ziel war hier der politische Mittelpunkt der Konföderation, Richmond, nur etwa 180 Kilometer von Washington entfernt. In diesem Teile war der Krieg in der Hauptsache Stellungs- und Festungskrieg, schwankte der Erfolg hin und her. Dagegen war der Norden im Westen von Beginn an im Vorteil, er griff an, und der Kriegsplan, der sogenannte „Anakonda-Plan", war: die Verbindung des Mississippitales mit Virginien, Carolina und Georgia zu durchschneiden und so den Süden in voller Umfassung (da die Flotte die Ost- und die Golfküste sperrte) zu erdrücken. Freilich ist dieser Plan erst ganz allmählich durchgeführt worden, weil dem Erfolge im Westen nicht ein gleicher gegen die nordvirginische Kernarmee und ihren genialen Führer entsprach.

Grants rasche Besetzung von Cairo, der Stadt an der Mündung des Ohio in den Mississippi, und von Paducah an der Vereinigung von Ohio und Tennessee beraubte die Konföderierten des Ohios als erster Defensivlinie. Im Osten sollte die Bundesarmee südlich von Washington vorrücken und die Konföderierten bei Bull Run über den Rappahannock auf Richmond zurücktreiben. Das mißlang; die erste Schlacht des Krieges, bei Bull Run, ging der Unions-Ostarmee verloren. Diese wurde im Winter 1861/62 mit Mühe erst von Mc Clellan (Abb. 77) zu einem brauchbaren Gefechtskörper organisiert, während der Erfolg bei Bull Run manche Konföderierte verleitete, ihre Truppe zu verlassen.

Im Westen lief nun die Verteidigungslinie der Konföderierten von den Bergen zum Mississippi. Der Sieg von Thomas (Januar 1862) bei Mill Springs und die



Abb. 76. Ulysses S. Grant, General der Union.
Verlag von F. Sala & Co. in Berlin. (Zu Seite 115.)

Einnahme der konföderierten Forts am Tennessee und am Cumberlandfluß warf sie jedoch bis zur Linie der Memphis- und Charleston-Eisenbahn zurück, die Memphis am Mississippi verband mit Chattanooga und dadurch mit Virginia, in Knoxville, und mit Südcarolina und Georgia, in Atlanta. So wurden die Südlichen hier immer mehr zusammengedrängt, während gleichzeitig New-Orleans (April 1862) durch Farraguts Flotte erobert wurde und damit die Mündung des Mississippi bis nach Baton Rouge in die Hand der Union kam.

Die wichtigsten Punkte an der neuen Defensivlinie waren Memphis, Corinth und Chattanooga. Grant rückte südlich den Tennessee herauf und wurde, während er Verstärkung erwartete, vom konföderierten General A. S. Johnston plötzlich angegriffen. Er hielt jedoch stand und trieb die Konföderierten zurück. An 23 000 Mann betrug der Verlust der beiden Armeen in dieser Schlacht bei Shiloh (April 1862). Darauf fielen Corinth und Memphis, der Mississippi war bis auf das Stück von Memphis bis Baton Rouge in der Gewalt der Union: Vicksburg mußte hier das nächste Ziel sein.

Im Osten kam der Erfolg nicht so schnell. Mc Clellan wollte seine Armee (Frühjahr 1862) zu Wasser nach der Halbinsel bringen, die von den Flüssen York und James gebildet wird, und Richmond von dort aus erreichen. Aber dieser sogenannte Halbinselfeldzug mißlang völlig. Es gelang Lee, der jetzt die konföderierte Armee kommandierte, in den „Siebentageschlachten“ (Juni—Juli 1862) unweit Richmond die Potomacarmee zurückzutreiben nach dem James unterhalb City Point, und seinerseits einen Gegenstoß auf Washington zu unternehmen. Er gewann die zweite Schlacht bei Bull Run (August), überschritt den Potomac und kämpfte mit Mc Clellan an den

Ufern des Antietam. Nicht geschlagen, zog er dann zurück und suchte sich zwischen die beiden Hauptstädte Washington und Richmond zu legen. Er verschanzte sich auf Marys Höhen, hinter Fredericksburg am Rappahannock und schlug den Frontalangriff der Unionsarmee zurück (Dezember 1862). Dieser „Schrecken von Fredericksburg“ kostete der Unionsarmee 13000 Mann, Lee nur 4000. Die Potomacarmee hatte in diesem ganzen Feldzuge nichts gewonnen und nur verloren.

Unter dem Eindruck von Lees Einfall in Maryland, der diesen Staat zur Sezession führen sollte, entschloß sich Lincoln zu einem entscheidenden Schritte. Die Sklaven hat man während des größten Teiles des Krieges als Kriegskonterbande angesehen, aber einige Führer waren doch schon soweit gegangen, sie in ihren Bezirken für frei zu erklären. Noch zwar konnte sich Lincoln nicht dazu verstehen, aber im Sommer 1862 wurde ihm klar, wie die Befreiung der Sklaven den Feind schwächen und die allgemeinen Sympathien für die Unionssache in der Union selbst und in der europäischen Welt erhöhen mußte. „Mein Ziel ist,“ schrieb er, „die Union zu retten, nicht die Sklaverei zu erhalten oder zu zerstören. Wenn ich die Union erretten könnte, ohne einen Sklaven zu befreien, würde ich es tun; wenn ich sie retten kann durch Befreiung aller Sklaven, würde ich es tun.“ Diese Worte bezeichnen schlagend die in der republikanischen Partei herrschende Auffassung der Sklavenfrage. Nicht aus Humanität, nicht aus den Gründen, die die Abolitionistenbewegung beibrachte, wurde die Emanzipation der Sklaven durchgeführt. Die Logik der Tatsachen brachte die Führer zu der Erkenntnis, daß die Erhaltung und dauernde Sicherstellung der Union dazu führen mußte; beide, Union und Sklaverei, konnten zusammen nicht länger existieren. So faßte, gedrängt von der öffentlichen Stimmung, Lincoln den großen Entschluß. Am 22. September 1862 — am 18. war Lee zurückgezogen — erging, als Kriegsmaßregel, kraft der Stellung des Präsidenten als des Oberkommandierenden, seine Proklamation, die mit dem 1. Januar 1863 alle Sklaven in den gegen die Union im Aufstand stehenden Gebietsteilen des Landes für frei erklärte (Abb. 82). Auch jetzt noch griff der Entschluß nicht ganz durch: nur in den Sezessionsstaaten sollte die Sklaverei fallen, auf die Sklavenstaaten, die in der Union geblieben waren, wurde die Proklamation nicht ausgedehnt. Erst das dreizehnte Amendement der Verfassung von 1865 hat nach dem Kriege alle Konsequenzen der Lage gezogen. Der Erfolg der Lincolnschen Proklamation war moralisch sehr bedeutend, sie gab dem Norden neuen Schwung und schloß nun jede Intervention Europas aus. Tatsächlich hat sie nur gewirkt in den Sklavenstaaten, die zeitweilig in den Händen der Union waren.

Die Aufgabe der Westarmee war jetzt, den Mississippilauf gänzlich vom Feinde zu säubern; Grant rückte deshalb auf Vicksburg los. Vicksburg (Abb. 84) war eine außerordentlich starke Festung, die vom Fluß aus, den sie beherrschte, nicht einzunehmen war; viermal hatte es Farragut ohne Erfolg versucht. Grant ging schließlich unterhalb der Stadt über den Fluß und warf den konföderierten General in die Festung. Dieser, Joseph E. Johnston, vermochte die Belagerung nicht abzuwenden, am 4. Juli 1863, am Unabhängigkeitstage, sank die Konföderiertenflagge auf den Wällen von Vicksburg. Der Mississippi floß nunmehr, wie Lincoln sich ausdrückte, „nicht mehr beunruhigt“ zum Meer; die nordwestlichen Staaten hatten wieder diesen Zugang zum Meere, und die Verbindung der Konföderation mit dem kornbauenden Südwesten war durchbrochen.

Am Tage vor dem Fall war auch die Potomacarmee siegreich gewesen. Sie hatte Lee bei Chancellorsville (am Rappahannock) gegenüber gestanden und in viertägigen Kämpfen (Mai 1863) 70000 Mann ohne Erfolg verloren, Lees feste Stellung auf Marys Höhen aber nicht einnehmen können. Nun ergriff dieser wieder seinerseits die Offensive, über den Potomac nach Pennsylvanien herein. Die Unionsarmee folgte ihm, und am 1. Juli trafen sich die Armeen bei dem Dorfe Gettysburg. Meade, der neue Führer der Union, beschloß die Schlacht. Am 3. Juli griffen die Konföderierten an, indem Lee das Zentrum der Unionsstellung zu durchbrechen versuchte. 15000 Konföderierte rückten dagegen vor, aber wurden trotz verzweifelter Tapferkeit zurückgeschlagen. Eine der blutigsten Schlachten des Krieges war damit für Lee verloren, geschlagen zog er über den Potomac zurück. Mit den Schlägen von Vicksburg und Gettysburg war der Krieg entschieden.



Abb. 77. Gruppe von Offizieren der Unionsarmee. Zeitgenössische Lithographie.

Im September 1863 ließen sich die Operationen in Tennessee zunächst für die Union nicht besonders glücklich an. Am Chicamauga Creek hätte das Unionsheer leicht eine schwere Niederlage erlitten, wenn nicht Thomas mit der Mitte festgestanden hätte. Dann übernahm Grant das Kommando über alle Armeen von Knoxville bis Vicksburg. Er, und unter ihm Sherman, Hooker und Thomas, warfen in den Kämpfen von Chattanooga (23.—25. November 1863) die Konföderierten auf Atlanta und nach Virginia zurück und engten so das Operationsfeld der Südlichen wieder um ein Stück ein.

Im März 1864 wurde endlich Grant Oberkommandierender aller Truppen. Durch seine Siege bei Vicksburg und bei Chattanooga war er der erste General der Unionsarmee geworden und hatte den Grund gelegt zu der grenzenlosen Popularität, die er später genoß. Und von nun an handelten die Unionsarmeen als ein einheitlicher Körper; endlich stand alles am rechten Platz. Grant nahm den Anakondaplan wieder auf und erkannte, daß das eigentliche Operationsobjekt nur die Armee Lees sein konnte. Er selbst wollte den Feldzug in Virginia zu Ende führen, William T. Sherman sollte von Westen und Süden her die Einschnürung des Südens vollenden. Damit begann der letzte und spannendste Teil des großen Dramas. Sherman hatte über 100 000 Mann kriegsgewohnte Truppen und begabte Offiziere, wie Thomas, Hooker, Sheridan, und war getragen vom Vertrauen seines Heeres. Ihm stand Joseph E. Johnston gegenüber, ein fähiger General, aber mit nur 75 000 Mann und nicht mit vollem Vertrauen von der konföderierten Regierung betrachtet und behandelt, daher auch nicht immer von seinen Untergebenen ausreichend unterstützt. Strategisch ist dieser Atlantafeldzug von größtem Interesse. Ohne große Entscheidungen, war er eigentlich ein ununterbrochener Kampf zwischen Sheridan und dem zurückweichenden Johnston vom Tennessee bis zum Chattahoochee, vom Mai bis Juli 1864; über 16 000 Mann verlor die Union dabei. Sobald der Chattahoochee, das letzte natürliche Hindernis, passiert war, stand die konföderierte Armee allein noch zwischen Sherman und den wichtigsten Militärwerkstätten des Südens; ein Verlust Atlantas war für den Süden nicht wieder zu ersetzen. Jetzt trat an Stelle Johnstons Hood. Er griff Sherman immer wieder und mit großer Energie, doch stets ohne Erfolg, an, schließlich gab er Atlanta preis und suchte Sherman durch Angriffe auf dessen Verbindungen mit dem Norden davon abzuziehen. Aber dieser schickte ihm Thomas nach und begann nun selbst mit dem Rest seines Heeres seinen berühmten Marsch von Atlanta nach Savannah. Die Operation erschien abenteuerlich, was weder Grants noch Shermans Charakter entsprach. Aber die Konföderierten standen vor dem Zusammenbruch. Überwältigend zeigte sich doch die Überlegenheit des Nordens, wenn seine Truppen unbehindert durch ein Kernland der Konföderation durchzumarschieren vermochten, und von dem an der Küste erreichten Punkte aus nach Norden konnte dann die Säuberung der Seeplätze von den Konföderierten beginnen und sich Sherman wieder Grant und der Potomacarmee nähern. Sherman hatte keine Besorgnis vor dem Mißlingen. Die Frage war nur, ob Thomas seine Aufgabe, den nach Norden ausgebogenen Hood zu vernichten, erfüllen würde, und Grant Lee mit Erfolg hindern konnte, Hood oder einer gegen Sherman zu richtenden Operation Verstärkungen zu senden. Beides gelang. In seiner ruhigen, sicheren Weise machte sich Thomas zum Kampfe bereit, im Dezember 1864 schlug er dann Hood bei Nashville entscheidend aufs Haupt, und damit verschwand diese konföderierte Armee ganz. Am Tage, als Sherman Chattanooga verlassen hatte, war die Potomacarmee über den Rapidan gegangen, gegen Lee. Längere Zeit schwankte hier das Kriegsglück; es wurde ohne Unterbrechung, aber ohne entscheidenden Erfolg für die Union gekämpft. In diesen Kämpfen verlor Grant 60 000 Mann, ohne Lee entsprechenden Schaden zuzufügen. Aber die Unionsverluste waren stets auszufüllen, während jeder Konföderierte, der fiel oder gefangen wurde, einen unersetzlichen Verlust bedeutete. Mit vollem Bewußtsein lehnte deshalb Grant einen Austausch der Gefangenen ab: jeder Mann, der in den Gefängnissen der Konföderierten sterbe, falle gerade so gut für die Sache der Union wie auf dem Schlachtfelde. Und inzwischen hatte Sherman sein Ziel erreicht. Am 10. Dezember erreichte er die Verbindung mit dem Unionsgeschwader, das

Savannah blockierte, am 20. zog er in die vom Feinde geräumte Stadt ein:

So we made a thoroughfare for Freedom and her train,
Sixty miles in latitude — three hundred to the main;
Treason fled before us, for resistance was in vain,
While we were marching through Georgia. —*)



Abb. 78. General Sheridan. (Zu Seite 115.)

Sherman hatte gründlich alle Eisenbahnen am Wege zerstört und seine Truppen aus dem Lande verpflegt; es war kein gefährlicher und beschwerlicher Marsch gewesen. Einen Monat rastete er, dann begann der zweite, schwierigere Teil. Er erzwang die Räumung von Charleston, der Wiege der Konföderation, und rückte weiter nach Columbia, der Hauptstadt von Südcarolina, landeinwärts nach Nordwesten. Lee ernannte nun Joseph E. Johnston zum General aller Truppen, die Sherman entgegengeworfen werden konnten. Immer näher aber kam dieser, trotz der Beschwerden, die die angeschwollenen Flüsse und Johnstons verzweifelte Energie und Fähigkeit ihm bereiteten. Im März 1865 erreichte er Goldsboro und stand dort an der Spitze einer Streitmacht, die Johnston weit überlegen war, nicht mehr weit von Lees Stellung in Virginia.

Lee hatte noch versucht, Grant durch einen Vorstoß auf Washington abzulenken; ein konföderiertes Korps marschierte das Shenandoahtal herunter, ging über den Potomac und erreichte die Verteidigungslinie von Washington. Aber ein paar zusammengeraffte Truppen genügten, es aufzuhalten, bis zwei Armeekorps zu Wasser vom James her die Bundeshauptstadt erreichten. Grant blieb in seiner Stellung bei Petersburg, detachierte aber Sheridan, um die konföderierte Streitmacht, die von Washington zurückging, im Shenandoahtale aufzureiben. Im November 1864 war auch diese Aufgabe erledigt und das Tal so verwüstet, daß ein Konföderiertenvorstoß durch dieses nicht mehr erfolgen konnte. Und nun trieb alles dem Ende zu. Mit aller Kraft wurden die Vorbereitungen getroffen, um endlich einmal die Unionsstreitkräfte so stark zu machen, daß sie den Krieg beendigen konnten; über eine Million Männer waren im Mai 1865 in ihre Musterrollen eingetragen. Der Norden erdrückte tatsächlich jetzt den Süden durch seine Menschenmassen. Mit 125 000 Mann begann Grant den Frühjahrsfeldzug von 1865 gegen Lees 50 000. Dieser und Johnston konnten nur noch die Hoffnung haben, sich nach den Alleghanies durchzuschlagen und einen Parteigängerkrieg weiterzuführen. Aber auch dies gelang nicht. Die Potomacarmee hing Lee an der Flanke und im Rücken, und in der Front drängte Sheridan mit seiner Kavallerie. Am 2. April ließ Lee Richmond räumen und begann den Rückzug nach Westen. Aber er war schon völlig umfaßt, so daß er am 9. April in Appomattox Courthouse kapitulieren mußte; die Armee von Nordvirginien und damit die Konföderation hörte auf zu bestehen. In ehrfurchtsvollem Schweigen standen Grants Offiziere, als Lee nach der Unterzeichnung der Kapitulation

*) Letzte Strophe des berühmten Soldatenliedes „Marching through Georgia", dessen Schlußzeile als Refrain aller Verse ein geflügeltes Wort geworden ist.

das Zimmer verließ, um auf immer Abschied zu nehmen von den heldenhaften Veteranen, die mit ihm in jahrelangen Kämpfen, eigentlich niemals wirklich geschlagen, aufs engste verwachsen waren.

Grant war zu verständig, den besiegten Gegner als niedergeworfenen Feind zu behandeln und stellte Bedingungen von großem Entgegenkommen. Die konföderierten Soldaten hatten nur die Waffen niederzulegen und von Feindseligkeiten abzustehen, weiter nichts. Wer noch Pferde hatte, durfte sie behalten; „sie werden sie brauchen im Frühjahr zum Pflügen", sagte Grant. Ihm war es klar, daß eine große Entscheidung mit dieser Kapitulation gefallen war, daß aber ihre Folge alles andere sein durfte als Mißhandlung und völlige Erschöpfung des Südens.

Das große Ringen zwischen dem Norden und Süden der atlantischen Unionshälfte war zu Ende. Es war in einer langen Reihe großer Erscheinungen vorübergezogen: 2400 Gefechte hat man gezählt und dabei nur die, die wichtig genug erschienen, einen besonderen Namen zu erhalten. Die Opfer an Menschen waren erschütternd groß gewesen. Denn auf beiden Seiten hatte man mit einer Erbitterung gekämpft, wie sie nur der Bruderkrieg hervorbringt. Wenn die Städte und Pflanzungen des Südens in Flammen aufgingen, dann spielten die Regimentsmusiken das wilde Rachelied des Nordens vom alten John Brown, der sein Leben der Ausrottung der Sklaverei geweiht, der 1859 mit 19 Mann in Virginien mit Gewalt die Sklavenbefreiung hatte beginnen wollen und dafür stoisch in Charleston auf dem Schafott gestorben war: „John Brown's body lies a-mould'ring in the grave", doch — wie es am Schluß jeder Strophe immer von neuem drohend erklang —: „His soul is marching on!" Im ganzen mag der Krieg dem amerikanischen Volke eine Million Menschenleben gekostet haben. An Geld hat die Unionsregierung für ihn etwa $3^1/_2$ Milliarden Dollar ausgegeben, fast 3 Milliarden Dollar betrug am Ende des Krieges die Nationalschuld. Aber erstaunlicher noch als diese Opfer an Menschen und Geld ist die Schnelligkeit, mit der die Wunden verheilt sind.

Entschieden also war der große Kampf zugunsten des Nordens. Endgültig trat die alte Sklavenhalterpartei, der der Krieg die Grundlagen der Existenz zertrümmerte, von der Führung der Union zurück. Diese kam in die Hände des Nordens, der industriell-händlerischen Bourgeoisie vor allem, die dort den Kern der republikanischen Partei bildete, während die Elemente der Gegenseite sich in der demokratischen Partei sammelten. Aber so scharf diese Gegensätze blieben, die Kluft, die Norden und Süden bisher so tief getrennt hatte, konnte jetzt geschlossen werden. Der Süden, wenn auch jetzt völlig erschöpft, wurde doch nun in die allgemeine Bahn der sozialen Entwicklung hereingezogen, in der er langsam aber erkennbar dem Norden nachfolgte. Diese „Rekonstruktion" des Südens war die Aufgabe, die die nächste Generation zu lösen hatte und trotz vieler Fehlschläge und Ungeschicks leidlich gelöst hat. Entschieden war in dem Kampfe auch der verfassungsrechtliche Gegensatz. Mochte man vorher über die theoretische Seite des föderalistischen oder des Staatenrechtsstandpunktes verschiedener Meinung sein können, jetzt hatte der Erfolg unzweideutig und für immer gelehrt, wo das Recht lag. Die alte Staatenrechtsdoktrin hatte ihre Rolle ausgespielt. In dieser Beziehung hatte der Gegensatz der beiden Parteien tatsächlich keinen Inhalt mehr. Er erhielt ihn erst wieder, als ein entscheidender Wendepunkt der jüngsten Entwicklung den Konflikt auf dem neugewonnenen



Abb. 79. General Robert E. Lee. Stich von A. H. Ritchie. (Zu Seite 117.)

Einheits-Unionsboden wieder belebte. Entschieden war auch die alte Konfliktsfrage, die unsichtbar und überall spürbar doch diese ganzen Kämpfe durchzogen hatte: die Negersklaverei wurde im 13. Amendement der Verfassung auf immer aus der Union beseitigt. Der Kampf war ein Kampf der Klassen gewesen, aber er war unlöslich verbunden mit den allgemeinen Ideen. Und da lag eben das Übergewicht auf seiten des Nordens. Die theoretische, ethische Begründung der Sklavereifrage, die im Süden versucht wurde, war doch nur eine krampfhafte Verzerrung. Das spürte jedes unbefangene Gemüt in der Union und in Europa, daß das sittliche Recht hier auf seiten des Nordens war. Daß er für die Einheit des ganzen großen Vaterlandes und damit für die ganze Zukunft Nordamerikas focht und daß er gegen eine dem sittlichen Empfinden der modernen Menschheit hohnsprechende Institution zu Felde zog, das gab ihm die Kraft und den Schwung, die ihm trotz vieler kleinlichen Nebenerscheinungen schließlich zum Siege führten. Die Südlichen waren fähigere Strategen und bessere Soldaten, aber sie standen in der Defensive für eine verlorene Sache.


Abb. 80. General Thomas J. Jackson mit dem Beinamen „Stonewall“. (Zu Seite 117.)

Die Frage der Negersklaverei war gelöst, die Negerfrage überhaupt blieb das große Problem: wie würden sich nun die beiden auf nordamerikanischem Boden nebeneinander lebenden Rassen miteinander einleben? Der Neger wurde mit dem 15. Amendement vom 30. März 1870 stimmberechtigter Bürger der Union; konnte diese verfassungsmäßige Gleichstellung auch alle die Unterschiede auslöschen, die die schwarze und weiße Rasse nach Blut und Geschichte so tief trennten? Noch nahm zunächst die Rekonstruktion von den südlichen Problemen die nächste Zeit überwiegend in Anspruch. Dahinter stand doch schon die Rassenfrage. Und seitdem ist sie immer stärker zu einem schweren Problem für den neuen Staat geworden.

Der Ruhm des Sieges gebührte Grant, Sherman und Sheridan und den Unionssoldaten an erster Stelle. Sie hätten aber doch das große Ziel nicht erreicht, hätte nicht an der Spitze der Union und über ihnen Abraham Lincoln gestanden. Er begann den Kampf mit Energie, er hatte die Gegensätze zu überwinden, die darin lagen, daß eben nicht der ganze Norden bis zur pacifischen Küste im Kampfe selbst stand. Er sprach zuerst den großen Gedanken der Sklavenbefreiung aus. Im Jahre 1864 war er mit 212 Elektorenstimmen gegen 21 demokratische wiedergewählt worden. Die Wahl war unter dem allgemeinen Sehnen, daß der Krieg zu Ende gehen möge, erfolgt. Lincoln, dem friedsamen, versöhnlichen, traute das Volk, daß er das anstreben würde, seinem reinen Willen, seiner klugen Tatkraft traute es vor allem die Kraft für die nun auftauchende neue Aufgabe zu: die Extreme im Norden im Zaume zu halten, um eine Versöhnung von Norden und Süden herbeizuführen. Und sicher wäre ihre Lösung in der Folgezeit in anderem Geiste und geschickter geschehen, wenn Lincoln sie eingeleitet hätte. Aber mitten in den Jubel, den die Kapitulation von Appomattox erregte, fiel fünf Tage nach ihr der Schuß im Fordtheater zu Washington, mit dem ein fanatisierter Südländer unter dem Rufe: „Sic semper tyrannis! Der Süden ist gerächt!“ den Präsidenten tödlich verletzte. Unter der Teilnahme der ganzen Nation wurde seine Leiche nach Springfield in Illinois übergeführt, von wo er einst als junger Anwalt ausgegangen war. Eine dankbare Verehrung, wie sonst nur dem Begründer der Union, hat diese ihrem siegreichen Verteidiger bewahrt, dem der Sänger Nordamerikas, Walt

Whitman, als den ergreifendsten und tiefsten Ausdruck der nationalen Trauer seinen wehmütigen „Sang auf Lincolns Tod“ weihte:

When lilacs last in the dooryard bloom'd,
And the great star early droop'd in the western sky in the night,
I mourn and yet shall mourn with ever-returning spring,
Ever returning spring, trinity sure to me you bring:
Lilac blooming perennial and drooping star in the west
And thought of him I love.

V. Kapitel.

Versöhnung und Industrialisierung, innere Kämpfe und inneres Aufblühen, die Monroe-Lehre und ihre neue Fassung.

1865—1893.

Der Erfolg des Krieges war dem Norden beschieden gewesen, ihm fiel nun auch die Aufgabe zu, die nach verschiedenen Seiten hin kritische Lage, die er geschaffen hatte, wieder zu beseitigen. Zunächst drängte die verfassungsmäßige Sicherung des Kriegsergebnisses und die Frage nach der Neugestaltung des Südens, seiner „Rekonstruktion“, alles andere in den Hintergrund. Jene wurde erreicht durch die Amendements 13—15, die an die Verfassung angehängt wurden.

Im Norden war man ursprünglich nicht sehr für das Negerstimmrecht gewesen. Die Empfindung des Rassengegensatzes geht gerade in Nordamerika tiefer als die demokratischen Überzeugungen von Freiheit und Gleichheit. Und unfraglich folgte aus der Befreiung der Negersklaven noch nicht logisch die Notwendigkeit, sie sogleich am politischen Leben teilnehmen zu lassen. Auch ist die überstürzte Erteilung des Stimmrechts an die Neger ein Segen für das Land nicht gewesen. Wie konnte die plötzliche politische Gleichstellung den sozialen Abstand, der bisher bestanden hatte, überbrücken? Eine ganz neue wirtschaftliche Erziehung für den Neger war vonnöten, die Erteilung politischer Rechte drängte viel weniger und erschwerte nur die Versöhnung mit den Weißen des Südens. Aber das Parteiinteresse der Republikaner war stärker als diese allgemeinen Erwägungen.

An sich hätte das 13. Amendement, das, im Dezember 1865 proklamiert, jegliche Sklaverei im Unionsgebiet schlechterdings verbot, genügt, um das Ergebnis des Krieges sicher zu stellen und die südlichen Staaten zu verhindern, die Sklavenbefreiung durch Staatengesetze tatsächlich illusorisch zu machen. Das letztere hätte geschehen können durch die provisorischen Regierungen, die Präsident Johnson im Süden einsetzte, und die für Versammlung einer Staatenkonvention sorgen sollten, um die Staatenverfassungen an die neuen Verhältnisse anzupassen und die staatlichen Beziehungen zur Union wieder herzustellen. Aber die Republikaner sahen, daß seit der Befreiung der Schwarzen die alte $^3/_5$-Regel in der Bestimmung der Bevölkerungszahl für die Bundeswahlen (s. S. 56) nicht mehr aufrecht zu erhalten war, sondern nun die volle Bevölkerungszahl des Südens gerechnet werden mußte. Damit verstärkte sich zweifellos dessen politische Stellung zu ungunsten der Republikaner, wenn den Staatenlegislaturen wie bisher allein überlassen blieb, das Stimmrecht auch für die Unionswahlen selbständig zu erteilen und mit Kautelen einzugrenzen. Erhielten die Neger nicht das Stimmrecht gewährleistet, so fiel der politische Vorteil der Sklavenbefreiung dem Süden zu. Darum führte das republikanische Parteiinteresse zu dem 14. Amendement der Verfassung, das im Jahre 1866 angenommen, erst nach zwei Jahren von allen Staaten verfassungsgemäß ratifiziert war. Darin waren alle im Unionsgebiet gebornen oder naturalisierten Personen zu Bürgern der Vereinigten Staaten und des Staates, in dem sie wohnen, erklärt.

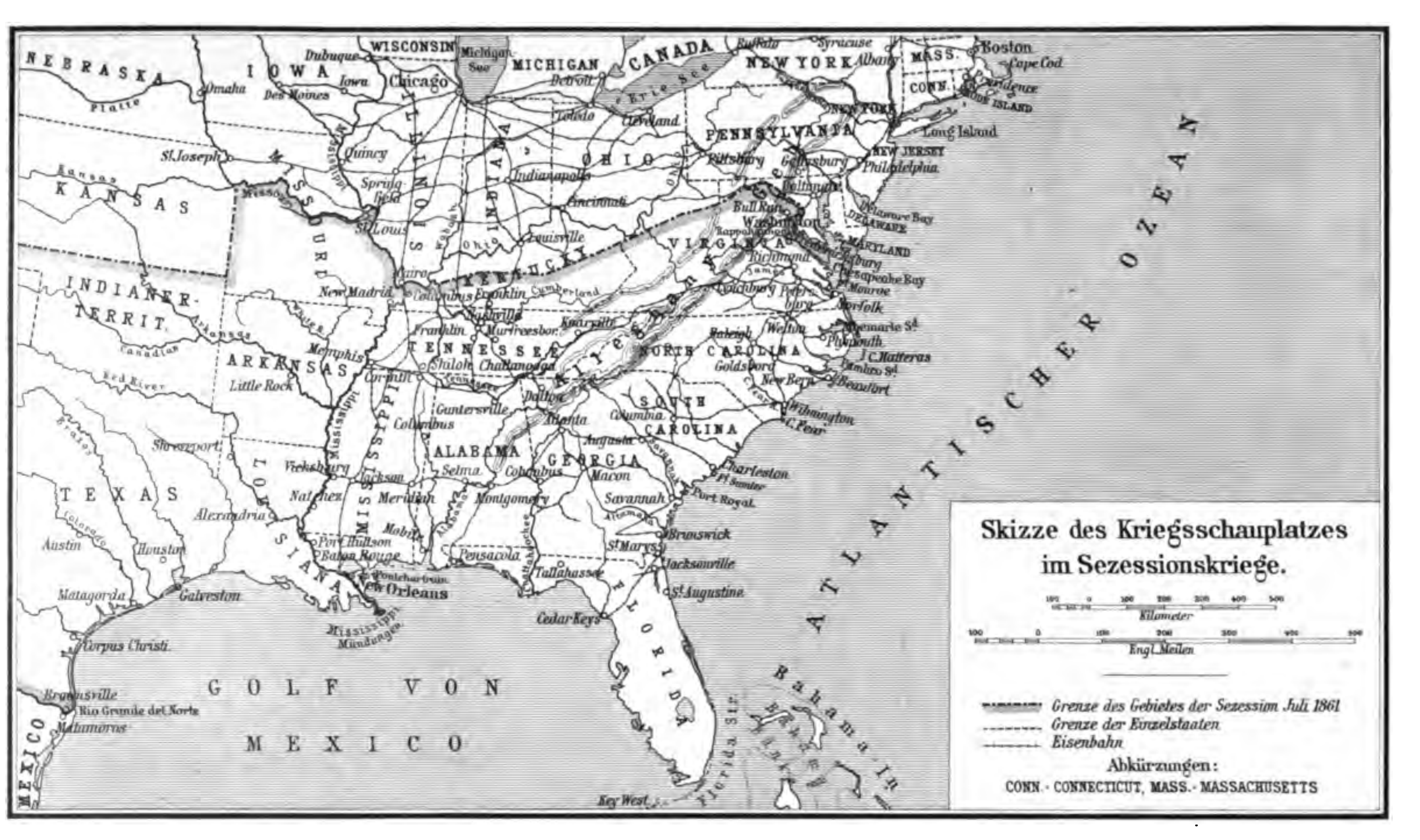


Abb. 81. Übersichtskarte des Kriegsschauplatzes im Sezessionskriege

Erhielten aber trotzdem die Negerbürger nicht von ihrem Staate das Stimmrecht, so sollte ihre Zahl abgezogen werden von der Bevölkerungszahl, und diese um jene vermindert, als Grundlage für die Vertretung im Repräsentantenhaus gelten. Damit war jener politische Vorteil beseitigt. Im Jahre 1870 hat dann das 15. Amendement den Negern an sich endgültig das Stimmrecht verliehen, indem es das Wahlrecht als unabhängig von Rasse und Farbe stabilierte, wodurch übrigens den Negern auch noch nicht in jedem Falle das Wahlrecht gewährleistet ist, da das Amendement nur die Vorenthaltung wegen der Farbe verbietet; jede andere Beschränkung, die die Neger tatsächlich vom Wahlrecht ausschließt, z. B. durch hohen Census, bleibt den Staaten durchaus frei. Die Neger stimmten, wie die Erfahrung zeigte, republikanisch, daher der Entschluß der republikanischen Kongreßmehrheit. Das 14. Amendement hatte außerdem die Teilnehmer an der Rebellion vom Wahlrecht ausgeschlossen und so gerade die hervorragendsten Weißen des Südens kalt gestellt. Und schließlich wurde in ihm die Nationalschuld zwar ausdrücklich anerkannt, dagegen nicht die zur Unterstützung der Rebellion aufgenommenen Schulden und vor allem kein Anspruch für den Verlust und die Emanzipation der Sklaven. Noch 1862 waren Lincoln und der Kongreß der Ansicht gewesen, daß die Aufhebung der Sklaverei ohne Zustimmung der Einzelstaaten und ohne Entschädigung der Sklavenhalter nicht zulässig sei. Jetzt wurden weder die Stellung des Einzelstaates noch die empfindlichen Verluste der Sklavenhalter berücksichtigt.

Verfassungsgeschichtlich sind das 14. und das 15. Amendement die wichtigsten, die der amerikanischen Verfassung je angefügt worden sind. War doch an einer wichtigen Stelle den Einzelstaaten das Recht beschränkt, autonom über das Wahlrecht, auch für die Bundeswahlen, zu bestimmen. Die Nation trat für den Bürger des Staates ein gegen dessen Legislatur, *sie* schützte ihn gegen ungerechte Gesetze seines Staates. Das unbedingte Nebeneinander von Union und Staat ist nach 1865 nur noch eine Fiktion, der Ausgang des Sezessionskrieges verfassungsrechtlich ein Sieg im Sinne der Bestrebungen Alexander Hamiltons.

Es ist gleichgültig, inwieweit die Politik der Kongreßmehrheit, die im heftigsten Kampfe mit dem Präsidenten Johnson durchgesetzt wurde, staatsrechtlich im Rechte war; versöhnend konnte sie keinesfalls wirken. Als die Südstaaten das 14. Amendement ablehnten, teilte der Kongreß daraufhin den ganzen Süden in fünf Militärbezirke unter je einem höheren Offizier, unter dessen Leitung eine Konvention zu wählen war, die eine den Negern das Stimmrecht sichernde Verfassung errichten und das 14. Amendement ratifizieren sollte (sog. Eisengesetz, März 1867). Durch dieses Vorgehen des Kongresses aber wurden die Gegensätze nur weiter vertieft. Die wirtschaftliche und allgemeine Lage war im Süden sehr schlecht, und die Stimmung der vom politischen Leben ausgeschlossenen Weißen ebenfalls. Namentlich nährten die alten Sklavenhändler, die Plantagenaufseher und dergleichen die alte Kriegserbitterung. An Stelle der einheimischen Weißen waren nun Elemente aus dem Norden getreten, alte Offiziere, Kaufleute, Agenten, die überall in die „Rekonstruktions"-Regierungen kamen und wegen ihrer Herkunft und habsüchtigen Wirtschaft von den Eingesessenen mit dem Spottnamen der „Carpetbaggers" (am sinngemäßesten etwa mit „Schnappsäckler" wiederzugeben) belegt wurden. Diese „Carpetbagger"-Regierungen sind fast durchgängig nicht viel wert gewesen; politische Abenteurer nützten ihre Stellung darin und die Abstimmungen der Neger rücksichtslos zu egoistischen Zwecken aus. Und die Befreiung der Neger zeigte natürlich in der Unsicherheit der ganzen Zustände zunächst ihre Auswüchse. Die Carpetbagger-Regierungen taten aber auch nichts, die unbestimmte Lage zu beseitigen, sondern sie verschärften sie nur. In ihrem Interesse lag es, die Neger an der Politik zu interessieren. Stimmten diese, so stimmten sie aus Dankbarkeit, wie vielfach noch heute, für den Norden und seine Partei, die Republikaner. Auf diese Weise kamen rasch Negerabgeordnete in die Legislaturen, und wo dies der Fall war, war auch eine Zuchtlosigkeit ohnegleichen die Regel. Natürlich unterstützten diese Legislaturen dann wiederum die Mißwirtschaft der Carpetbagger-Regierungen, in denen das selbstische Interesse alles beherrschte. Die Folge war in diesen Staaten eine wüste Finanzwirtschaft, die Schulden und die Steuern stiegen enorm, und doch wurde nichts geleistet.



Abb. 82. Die Proklamation der Sklavenbefreiung. Gemälde von M. S. Carpenter im Kapitol zu Washington. (Zu Seite 120.)

Die Stimmung im Lande wurde dadurch noch schlechter, überall bildeten sich weiße Republikanerfaktionen, die nach und nach diese Regierungen beseitigten, zumal auch ihre Mißwirtschaft die Stimmung im Norden gegen sie erregte. Am schlimmsten lagen die Dinge in Louisiana. Hier herrschte sozial — im Gegensatz zu den andern Südstaaten, besonders dem ihm zunächst gelegenen Südcarolina — die reine Demokratie unter den Weißen. So trat der Rassengegensatz, durch keine anderen Gegensätze gekreuzt, hier am erbittertsten hervor, da, wie der Gouverneur von Mississippi, selbst ein Carpetbagger, offen sagte, die politische Gleichheit für den Neger in diesen südlichsten Staaten für die Weißen tatsächlich die Negersuprematie bedeutete. In Louisiana floß sogar, wie in Arkansas und Mississippi, in diesen Kämpfen und Unruhen Blut. Bis 1876 aber dauerte es doch, ehe die Carpetbagger, „Abenteurer, die nach dem Süden rein um des Ämtchens willen gegangen waren", wie sie Sherman schon 1869 beurteilt hatte, in den meisten Südstaaten beseitigt waren. Erst dann wurde eine Versöhnung mit den einheimischen Weißen möglich.

Die Rekonstruktionspolitik des Kongresses war nicht ohne Widerspruch, auch aus den Kreisen der herrschenden Partei selbst, vor sich gegangen. Die willkürliche militärische Verwaltung einzelner Staaten, militärische Gerichtskommissionen, die Ausschließung bestimmter Klassen von Bürgern vom Stimmrecht verletzten doch das demokratische Empfinden. Im Süden hatte eine der nicht seltenen merkwürdigen Erscheinungen im amerikanischen Leben, eine geheimnisumkleidete Bewegung der Weißen auf die Ausstattung der Neger mit dem Stimmrecht reagiert, die den seltsamen Namen der Ku-Klux-Klanbewegung trug. Sie wollte, mit viel geheimnisvollem Schwindel umgeben, die Neger von den Wahlen möglichst fernhalten und schüchterte sie auch wirklich mit Erfolg ein. Seit 1866 schon trat sie in Tennessee, Arkansas und Mississippi auf, wie überhaupt in den neuen Südstaaten die ganze Unsicherheit durch das Unfertige aller Zustände sich am unerträglichsten steigerte. Schließlich hat sie Grant mit Gewalt unterdrückt.

Die Klärung in der verfassungsrechtlichen Stellung der Rebellenstaaten hatte sich dagegen, nachdem anfangs die Schwierigkeiten unüberwindlich erschienen waren, doch sehr rasch vollzogen. Im März 1866 erging der Beschluß, daß kein Haus des Kongresses ein Mitglied aus einem Sezessionsstaat zulassen sollte, bis ein Kongreßvotum diesen Staat wieder für berechtigt zur Vertretung erklärt habe. Man betrachtete also die Staaten der Rebellion als für sich bestehend, ließ sie verwalten durch die „vorübergehenden" Regierungen und machte ihren Neueintritt in die Union, ihre Rehabilitierung als Staaten der Union, abhängig von der Wiederaufnahme durch den Kongreß. Dann sah das sog. Eisengesetz die Berufung von Staatenkonventionen vor, die eine die Neger befreiende Verfassung errichten sollten. Wenn diese von den Wählern ratifiziert und vom Kongreß gebilligt war, sowie die Staatslegislatur das 14. Amendement ratifiziert hatte, sollte dem Staate die Vertretung im Kongreß wieder gestattet sein. Diese Entwicklung ging überall sehr rasch vor sich. Am 30. Januar 1871 schon war der Riß wieder völlig geschlossen, den



Abb. 83. General Farragut. (Zu Seite 115.)



Abb. 84. Denkmal bei Vicksburg, zur Erinnerung an die Übergabe der Stadt.
Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich. (Zu Seite 120.)

der 20. Dezember 1860 gezogen hatte. Alle Staaten gehörten wieder der Union an, in allen vollzog sich, wenn auch damit noch nicht alle Schwierigkeiten, die noch fast das ganze folgende Jahrzehnt bewegten, zu Ende waren, das politische Leben wieder in den geregelten Formen des Friedens. Diese sind, nach den Mißgriffen der Carpetbagger-Regierungen, überall wieder nach der Richtung der weißen Suprematie angewandt und ausgebildet worden. Überall wurde die Herrschaft der Weißen wieder durchgeführt, und die Neger fügten sich dem; ihre Herrschaftsstellung aufrecht zu erhalten, waren und sind sich alle Weißen des Südens einig.

Bedenkt man die furchtbare Erbitterung, mit der der Kampf zwischen Norden und Süden durchgeführt worden ist in Wort und Tat, dann erscheint die Schnelligkeit, mit der dies alles Geschichte geworden ist, erstaunlich. Im Jahre 1885 erhob sich die Frage im Senat, ob Jefferson Davis als Verräter zu betrachten sei. Da konnte der Südstaaten-Senator Lamar schon sagen: „Wir aus dem Süden haben alle Streitfragen aufgegeben, die die beiden Seiten in diesem Streite trennten. Wir haben das Recht des Volkes, sich von dieser Union zu trennen, aufgegeben, wir haben das Recht des Einzelstaates, für sich selbst zu entscheiden über Verletzungen der Verfassung und die Art ihrer Abstellung, aufgegeben, wir haben das Recht, unsere eigenen häuslichen Einrichtungen allein zu kontrollieren, aufgegeben. Wir haben für all dies gefochten und haben in diesem Kampfe verloren, aber keiner soll in meiner Gegenwart Jefferson Davis einen Verräter nennen, ohne meinen ernsten und nachdrücklichen Widerspruch.“ Mit voller Selbstüberwindung stellten sich die südlichen Weißen auf den neu gegebenen Boden, nur ihre Helden, die für die „verlorene Sache“ gekämpft hatten im guten Glauben, sollte man nicht Verräter nennen. Im Jahre 1895 konnte man sogar ein Konföderiertenmonument in Chicago einweihen und den Nationalmilitary-Park in Chickamauga, der

den Erinnerungen an die Schlachten von Chickamauga und Chattanooga dienen sollte. So sehr hatte sich das alte Gefühl des Hasses verwischt, daß Nord und Süd schon ohne Bitterkeit der rein geschichtlichen Erinnerung an diese blutigen Bruderkämpfe leben konnten. Das lag nicht nur daran, daß die Generation des Krieges ganz von der Bühne abgetreten war. Der „neue Süden" ist tatsächlich etwas Neues geworden. Seine wirtschaftlichen Fortschritte sind erstaunlich, größer noch als die des Westens. Noch 1880 war er weit zurück. Dann ist, durch die unter gleichen Bedingungen wie im Norden sich vollziehenden Wirkungen des Kapitalismus, bis 1890 der Wert alles Eigentums im Süden um die Hälfte, im Norden nur um ein Viertel gestiegen. Darin aber kam eine Veränderung der wirtschaftlichen Struktur zum Ausdruck. Schon übertrifft die Getreideernte die an Baumwolle, die Verarbeitung dieser aber im Lande selbst nimmt immer mehr zu, und in Nordalabama entstand ein neues Pennsylvanien, hinter dem es an Reichtum an Eisen und Kohle unmittelbar kommt. Riesige Naturschätze schlummern im Boden des Südens, der zu ihrer Ausbeutung fast überall schiffbare Ströme hat. Damit wird auch er ein Feld der Einwanderung werden, und wird die wirtschaftlich-soziale Angleichung an den Norden immer schneller vor sich gehen. Die besten Züge der angelsächsischen Rasse schlagen in den südlichen Weißen durch, die, jetzt unbedingt loyal, ihre alten Eigenschaften glänzend an neuen Aufgaben bewähren. —

II. — Wirtschaftlich ist für die ganze Zeit die Signatur eine immer stärkere Kapitalisierung und Industrialisierung. Während 1790 nur 3% der ganzen Bevölkerung in Städten von über 8000 Einwohnern lebten, war dieser Satz 1840: 8,5%, 1860: 16%, 1880: 22,5% und 1890: 29%. Noch immer freilich erschien der Vorrat an unbebautem Land im fernen oder großen Westen unerschöpflich. Gegen Entrichtung eines ganz geringen Preises wurde er immer noch abgegeben. Solange die Arealvermessung im Westen noch nicht beendet war, hatte man überhaupt noch keine genaue Vorstellung von dem Umfang des anbaufähigen Landes. Die Erschließung erfolgte immer noch mehr mit Hilfe des Verkehrs; am 10. Mai 1869 war auch die erste Transkontinentalbahn, die Union and Central Pacific Road (s. die Skizze auf S. 137), fertig geworden. Von Ozean zu Ozean lief nun der Schienenstrang ohne Unterbrechung, und wie in den früheren Zeiten wirkten diese Linien jetzt, wo der große Westen eigentlich erst erschlossen wurde. 1889 traten Montana und die beiden Dakota, sowie Washington, 1890 Idaho und Wyoming, 1896 der Sitz der Mormonen, Utah, als Staaten in die Union ein.

So war in dieser Periode das alte Kraftreservoir des Landes noch nicht erschöpft. Es hatte noch seine Berechtigung, wenn Karl Schurz im Hinblick auf diesen freien Boden für den Bevölkerungsüberschuß der großen Städte sagen konnte, daß es in Amerika wohl soziale Fragen gebe, aber keine soziale Frage! Die Besiedlung des fernen Westens aber, dessen Anbau auf den unendlichen Weizenfeldern namentlich Dakotas großkapitalistisch, fabrikmäßig, mit ausgedehntester Verwendung von Maschinen betrieben wurde, brachte einen Überschuß an landwirtschaftlichen Nahrungsprodukten (Getreide, Fleisch usw.) hervor, der das heimische Bedürfnis bei weitem überstieg. Daher wurden in dieser Zeit die Vereinigten Staaten das bedeutendste Ausfuhrgebiet für agrarische Produkte, eine bedrohliche Konkurrenz für die Landwirtschaft Europas. Damit aber traten sie in immer steigendem Maße in die Beziehungen des Weltmarktes ein, wurde ein größerer Teil ihrer Volkswirtschaft von ihm und seinen Schwankungen abhängig. Jede Mißernte in Europa zieht eine Ausdehnung der Getreideanbaufläche in Nordamerika nach sich, die bei der Fülle des noch freien Bodens und der Leichtigkeit der Ansiedlung viel leichter von statten geht als irgendwo in Europa. Hielten diese Faktoren auch ein entsprechendes Steigen der Grundrente etwas auf, so stieg diese doch, und die zunehmende Verschuldung wurde jedesmal dann eine drückende Last, wenn ein günstiger Ernteausfall in Europa den amerikanischen Import beschränkt und eine agrarische Krise in Nordamerika hervorruft.

Durch diese Verwickelung in den Weltmarkt und durch ihre Abhängigkeit vom Verkehr und von dem Absatz in die Ferne wurden die Farmer in dieser Zeit eine einheitliche soziale Klasse mit gleichen Interessen an Verkehrs- und Währungsfragen und eine politische Macht. Im Jahre 1867 entsteht die Bewegung der „Grangers" (von grange, das Meierhof be-

deutet). Fast schien es, als werde aus ihr eine besondere Agrarpartei hervorgehen; 1875 zählte sie schon anderthalb Millionen Anhänger. Sie war besonders gerichtet auf Herabsetzung der Frachten nach dem Osten, deren Sätze die Eisenbahngesellschaften infolge dieses großen Bedarfs unerträglich hoch trieben. Die Eisenbahninteressenten suchten zuerst darzutun, daß dem Kongreß kein verfassungsmäßiges Recht zur Erörterung dieser Transportfragen und des Verkehrs zwischen den Staaten zustehe. Doch ging das aus Artikel I der Verfassung unzweifelhaft hervor. Der höchste Gerichtshof bestätigte sogar das Recht eines Staates, ein Maximum für Eisenbahnfrachtsätze festzustellen — ein bemerkenswerter Eingriff in den privatwirtschaftlichen freien Verkehr, doch ohne dauernden Erfolg.

Ähnlichen Charakter wie die Grangerbewegung trug die der Greenbacker, die, mit der Währungspolitik der Union zusammenhängend, hier Farmerwünsche vertrat. Sie hat mehrmals Ansätze zu eigener Parteibildung gemacht. Aber sie ist wie alle diese gerade in den Jahrzehnten zwischen 1865 und 1890 zahlreichen Versuche an der Biegsamkeit und Eingewurzeltheit der alten Parteiorganisationen gescheitert, denen es dabei zugute kam, daß sie grundsätzliche Unterschiede zunächst nicht mehr trennten, sie solche Einzelforderungen einer einzelnen Klasse je nachdem ohne weiteres aufnehmen konnten. Doch schlossen und schließen sich jetzt die Farmer immer mehr der demokratischen Partei an.

Über dem ungeheuren Aufschwellen der agrarischen Produktion übersah Europa in diesen Jahrzehnten, daß damit das industrielle Weiterschreiten nicht stillstand; noch Williams Warnungsruf an England: „Made in Germany!“ sah nichts von einer amerikanischen Gefahr. Aber mit ungeheurer Gewalt machte sich jetzt der Kapitalismus in diesem Lande weiter und freier Betätigungsmöglichkeiten geltend, bereitete sich der Umschwung zum Industriestaat vor, indem die Entwicklung das Stadium der handwerklichen Produktion vielfach ganz übersprang. Der Schwerpunkt hierfür lag im Nordosten, der alten Stätte des Gewerbfleißes.

Langsam kam dadurch dem Amerikaner zum Bewußtsein, daß er Europa auch gewerblich gewachsen sei. Ein Ausdruck dessen, gewissermaßen eine erste industrielle Mündigsprechung der Union, war die erste eigentliche Weltausstellung, die auf amerikanischem Boden, im Säkularjahr der Unabhängigkeitserklärung, in Philadelphia stattfand. Hier, wo die Nation geboren war, wo ein Monument erinnerte an Penns Vertrag mit den Indianern, wo Carpenters Hall, in der der erste Kontinentalkongreß von 1774 stattgefunden, und Independence-Hall (Abb. 28), in der der zweite die Unabhängigkeitserklärung angenommen hatte, standen — hier kam das Ergebnis der unendlich reichen und raschen Entwicklung nur eines Jahrhunderts zum vollen, begeisternden Ausdruck. Amerika zeigte, daß es sich vor allem in der Maschinenindustrie mit der ganzen Welt messen konnte, und empfing dafür am tiefsten Anregungen der Kunst. In seinem größten musikalischen Genius grüßte Europa das Land der Zukunft, dem Richard Wagner seinen „Philadelphiamarsch“ komponierte. Den dankbaren und zukunftsfrohen Gefühlen aber seines Volkes gaben bei der Eröffnung der Ausstellung die prachtvollen Rhythmen der



Abb. 85. General Sherman. (Zu Seite 115.)

Centennialhymne J. G. Whittiers den schönsten, weil gegen das Geschick ehrfürchtigsten Ausdruck.

Der ständige Wechsel von Krisen und guter Konjunktur, der hier ganz andere Dimensionen annahm als in Europa, zeigte freilich, wie unausgeglichen und wie anarchisch diese Volkswirtschaft noch war. In den Jahren 1871 und 1872 wurde sie von zwei, allerdings zufälligen Verlusten betroffen, dem Brande von Chicago und dem von Boston. In dem ungeordneten Papiergeldwesen der Union aber, das zu den gewissenlosesten Spekulationen ausgebeutet wurde, hatte die Krise ihre Wurzel, die mit dem berüchtigten „schwarzen Freitag" (23. September 1869) begann. Dann erschütterte 1873 wieder eine schwere Panik die Volkswirtschaft, die bis 1879 das schleichende Übel der Depression nicht los wurde, und ebenso ebbte die Hochflut der Konjunktur, wenn auch weniger schwer, 1884 und 1885. Aber für die Art, wie das Volk diese Erschütterungen überstand, war und ist die Inschrift bezeichnend, die am Morgen nach dem Feuer in Chicago auf einer Brandruine erschien: „Alles verloren, nur mein Weib, meine Kinder und die Energie nicht!"

Die Ansätze zur Organisierung und Zusammenfassung des Wirtschaftslebens traten dem gegenüber aber auch schon hervor. Nach der Krisis der siebziger Jahre brach sich die Einsicht Bahn, daß der Grundsatz unbeschränktesten Wettbewerbs für manche Erwerbszweige unmöglich, jedenfalls unwirtschaftlich sei, so sehr sie noch der allgemeinen Anschauung und auch der Rechtsauffassung widersprach. Und neben Versuchen zur Kartellierung (im Eisenbahnwesen, in der Eisen- und Kohlenindustrie) wurde schon seit 1881 die Form der Organisierung angewendet, die den Vereinigten Staaten eigentümlich werden sollte: in dem Trust, der 1882 auf dem Gebiete des Petroleums glücklich zustande kam. Die neuen, geheimnisvollen Gebilde — denn diese Form wurde bald auch in anderen Industrien erfolgreich angewandt — regten denn auch schon in dieser Zeit die öffentliche Meinung aufs tiefste auf, der eine Masse Antitrustgesetze in den Jahren 1889—1894 einen gesetzlichen Ausdruck gab. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung stand, daß auch die Konzentration des Kapitals in wenige Hände ganz anderen Umfang annahm als bisher. In jenen Jahren schwollen die Vermögen der Vanderbilt (Abb. 89) und Gould, zu denen in den Jahrzehnten vorher schon der Grund gelegt war, zumeist durch Spekulationserwerb zu märchenhafter Größe und ungeheuren Mächten des inneren Lebens an. Dagegen glitt die eigentliche Vermittlung des Außenhandels trotz seiner Steigerung immer mehr den Amerikanern aus den Händen. Noch 1850 hatte Amerika England im Schiffbau und Tonnengehalt übertroffen, war drei Viertel des amerikanischen Handels auf amerikanischen Schiffen geführt worden. 1869 war es nicht mehr ein Drittel, 1878 ein Viertel, 1882 nur ein Siebentel. Dieses Sinken der Handelsflotte hing zum Teil mit dem Bürgerkrieg, zum Teil mit dem Übergang vom Holz- zum Eisenschiffbau zusammen, worin England im Vorteil war. Man war aber überhaupt zu sehr von der eigentlichen Erschließung und Gewinnung der Bodenschätze und ihrer Verarbeitung in Anspruch genommen und überließ Handel und Reederei den Fremden. Infolgedessen erlahmte auch das Interesse an der Kriegsmarine, obwohl sie sich im Sezessionskrieg rühmlich hervorgetan hatte. Erst Cleveland hat der Kriegsflotte wieder seine Aufmerksamkeit zugewandt, und seit ihm hat ihr Ausbau nicht wieder stillgestanden. Ein anderer wichtiger Schritt im Verkehrsleben wurde ebenfalls unter Cleveland, dem Demokraten, getan: die Akte über den zwischenstaatlichen Handelsverkehr, die die großen Eisenbahnen unter die Aufsicht des Bundes stellte.

In diesen Jahren zeigten sich auch die ersten sozialen Folgen des Kapitalismus. Mochten auch die Besiedlung, der unfertige Charakter der Volkswirtschaft und der darin begünstigte rasche, oft ganz erstaunliche Wechsel der Berufe die Bildung eines abgesonderten vierten Standes aufhalten: das Aufkommen der Fabrikindustrie bedingte das eines arbeitenden Proletariats, das durch die ungeheure Einwanderung ständig Zufluß erhielt. Seit den sechziger Jahren verschärften sich die Lebensbedingungen, und die Erschütterungen des Wirtschaftslebens riefen soziale Bewegungen wach. Im Jahre 1876 war jenes Wort von Schurz gefallen, 1867 schon hatte ein Kongreß in Chicago eine unabhängige politische Arbeiterpartei begründet. Sozialistische und anarchistische Ideen



Abb. 86. Das Kriegerdenkmal von Milmore bei Boston, zur Erinnerung an den Sezessionskrieg.

drangen ein, und sehr bald kam es schon zu Arbeiterrevolten und zu Streiks. Die sozial schädlichen Anfangsstadien der Fabrikindustrie zeigten sich hier in dem Lande ganz unbehinderter Ausbeutung besonders stark, so daß die Streiks oft viele Sympathien im Publikum fanden. In den pennsylvanischen Minendistrikten wurde der Klassengegensatz zuerst akut. Dort entstand im Juli 1877 ein Riesenstreik unter den Eisenbahnern, denen die allgemeine Stimmung gegen die Eisenbahngesellschaften zu Hilfe kam und der alle Nordlinien östlich des Mississippi lahm legte. In Pittsburg (Abb. 88) kam es sogar zum blutigen Aufstand. Dann sah die Mitte der achtziger Jahre wieder Arbeiterbewegungen, namentlich wurde in Chicago versucht den Achtstundentag zu erzwingen. Und dort erlebte Amerika den ersten anarchistischen Versuch auf seinem Boden: in eine Versammlung auf dem Haymarketsquare wurde eine Bombe geworfen. Die Anarchie wurde mit Tat-

kraft unterdrückt, vier Schuldige hingerichtet: unter den acht Angeklagten waren sechs geborene Deutsche gewesen.

Aus den ganz besonderen Rekrutierungsverhältnissen des Proletariats ergab sich, daß in allen diesen Arbeiterunruhen die Einwanderungsfrage im Vordergrund stand. Auf sie geht das Gesetz (1885), das die Einwanderung unter vorher gemachtem Kontrakt verbot, auf sie die ganze Chinesenfrage zurück. Seit der Entdeckung der kalifornischen Minen waren viele Chinesen herübergekommen. Nun stand man mit China zwar seit 1868 in Freundschaftsvertrag, 1878 hatte eine chinesische Gesandtschaft die Hoffnung ihres Kaisers ausgesprochen, „vielleicht den Osten und den Westen zu einigen unter einer aufgeklärten und fortschrittlichen Zivilisation". Aber die Stimmung der Arbeitermassen gegen die Chinesen, die als Lohndrücker eine empfindliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt machten, stieg so, daß 1882 die chinesische Einwanderung auf zehn Jahre gänzlich verboten wurde. Der Sitz dieser chinesenfeindlichen Bewegung war California. Dort herrschten ziemlich wüste Zustände, das Land war in der Hand eines Eisenbahnmonopols, viel ungelernte Arbeiter trieben sich herum, weil die Farmer deren viele während der Saison brauchten und dann in die Städte abgaben, ein großer Eisenbahnstreik war 1877 ausgebrochen. Da stellte sich ein Fuhrmann aus San Francisco, Kearney, an die Spitze einer sich bildenden Workingmen's-Partei. Dieser sogenannte „Kearneyism", auch eine der plötzlich aufschwellenden und ebenso schnell abebbenden Bewegungen, wollte alle Monopole beseitigen, vor allem aber die Chinesen vertreiben, und darum begann jede Rede Kearneys mit den Worten: „Die Chinesen müssen fort!" Aber er hielt die Bewegung in gesetzlichen Schranken und kam so zu großer Macht im Staat. Seine Anhänger beherrschten zusammen mit den Grangers eine Konstitutionalkonvention, die eine neue Verfassung mit guten Absichten, aber recht dilettantisch ausarbeitete. Dann sank zwar Kearneys Einfluß sehr schnell, aber er hat doch den ganzen pazifischen Ländern dauernd die Richtung gegen die Chinesen aufgedrückt. Die neue kalifornische Verfassung schloß sie von allen Ehrenämtern im Staat oder in den Korporationen aus.

So wenig wie der Farmerbewegung, ist der der Arbeiter trotz verschiedener Versuche eine dauernde Parteibildung gelungen, sie findet ganz überwiegend Anschluß bei einer der beiden großen Parteien, die sie anerkennt und auf die sie drückt. Ebensowenig aber haben internationale oder revolutionäre Tendenzen in ihr dauernd Fuß gefaßt. Die Zuchtlosigkeit in den Anfängen der Bewegung war groß und wurde gesteigert durch die Unruhe der irischen und der slawischen Elemente, die seit 1880 immer stärker einwanderten. Aber die Tatkraft der Regierungen ist diesen Ausbrüchen immer gewachsen gewesen. Der amerikanische Optimismus, der glaubt, daß alles Schlechte sich von selbst zerstört, läßt jeden reden und schreiben, was er will, aber tätliche Ausschreitung wird nicht geduldet. Infolge der konsequenten Durchführung des Grundsatzes der Volkssouveränität sind auch die Vereinigten Staaten für revolutionäre Tendenzen kein Boden. Der gesetzliche Sinn des eigentlichen angelsächsischen Arbeiters hat ihn bald zu der durch die Verfassung ja in weitem Umfange ermöglichten friedlichen Betätigung seiner Klassenwünsche gebracht, wie ihn der praktische Sinn und das ausgeprägte Individualgefühl den sozialistischen Gedanken fernhalten, die durchaus nur Deutsche, überhaupt Ausländer, aus Europa eingeführt haben. Ein Essay Roosevelts „Wie man unserem armen Bruder nicht helfen soll" (1897) und einzelne Kapitel aus Andrew Carnegies (Abb. 90) „Empire of Business" sind ein unübertrefflicher Ausdruck dieser auf Selbsthilfe, aber auf unbedingte Anerkennung der kapitalistischen Grundlagen gerichteten und darum allem Sozialismus innerlich fremd gegenüberstehenden Grundstimmung. An ihr hat auch die Bodenreformbewegung, die Henry George (Abb. 91) seit 1879 einleitete, noch nicht viel zu ändern vermocht. Aber die Organisierung des Wirtschaftslebens, die sich in den Trusts vollzieht, und die Organisierung der Arbeitermassen in den Gewerkschaften (den „Rittern der Arbeit" und namentlich der „Amerikanischen Föderation der Arbeit") wie das ganze soziale Problem überhaupt müssen auf die Psyche des Volks einen tiefgreifenden Einfluß üben und üben ihn, wenn er auch heute noch nicht zu definieren ist.

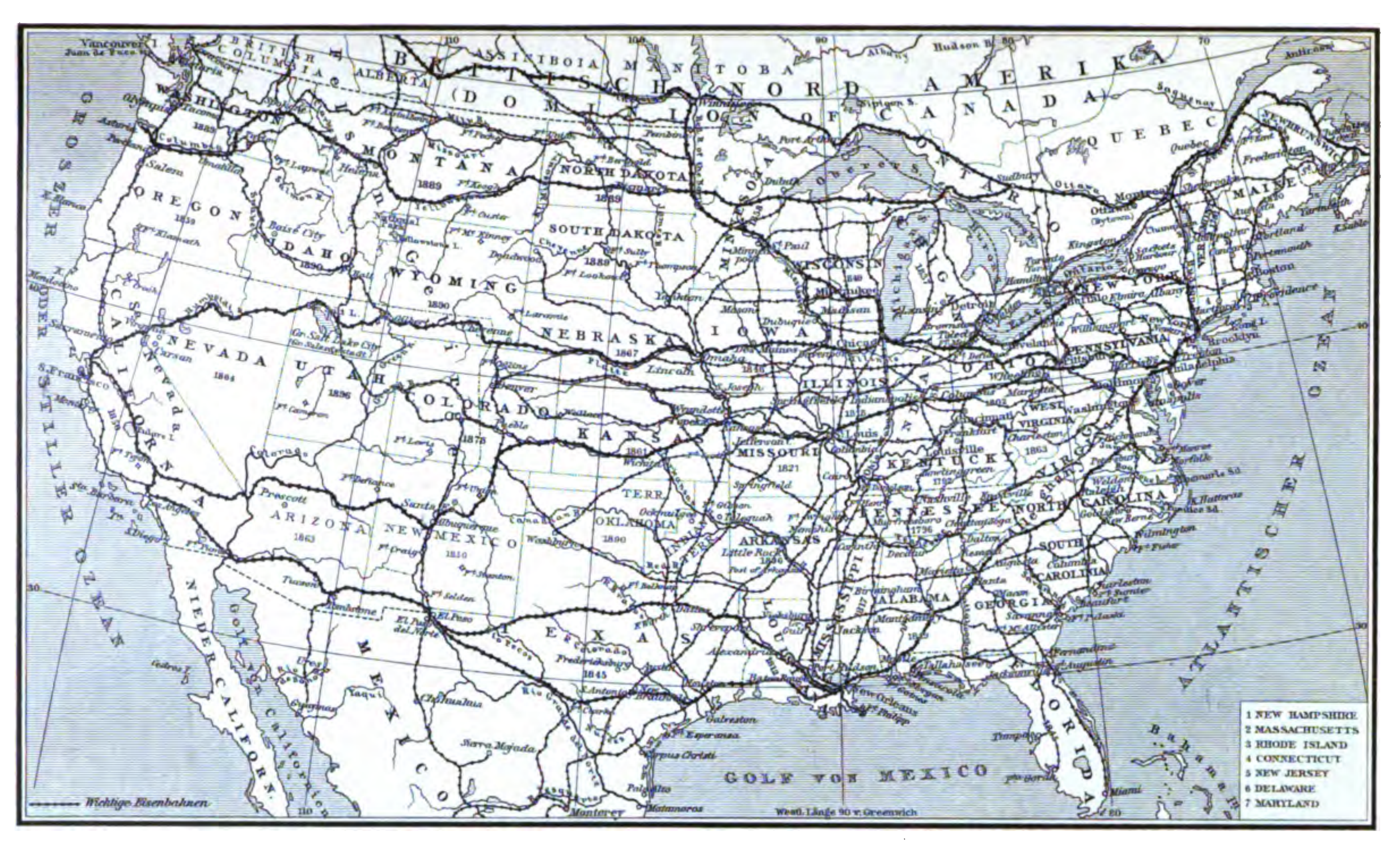


Abb. 87. Übersichtskarte über die Haupteisenbahnlinien der Vereinigten Staaten von Nordamerika. (Zu Seite 80, 113, 182.)

III. — Auch in dieser Zeit blieb die Union im großen und ganzen abseits von der großen Politik; an den internationalen Reibungen und Beziehungen beteiligte sie sich nicht. Daher konnte sie sich allein mit den inneren Fragen beschäftigen, und diese sind entsprechend der Beherrschung des inneren Lebens durch wirtschaftliche Gesichtspunkte ganz überwiegend wirtschaftspolitischer Natur. Sie liegen auf dem Gebiete der Finanz-, Währungs- und Tarifpolitik. Zunächst hatte der Krieg das unerfreuliche Erbe einer Staatsschuld von 2773 Millionen Dollar hinterlassen. Daher steckte die Union tief in der Papiergeldwirtschaft, und daher lag infolge des ewigen Schwankens des Goldagios auf dem Verkehrsleben eine unerträgliche Unsicherheit. Die Absicht war nun, durch methodischen Rückkauf von Papiergeld die Geldzirkulation auf metallischer (Gold-) Basis wiederherzustellen. Diesem „kontraktionistischen“ oder Hartgeldsystem aber trat das „Aufblähungs“- oder „Weich“geldsystem gegenüber: man wollte die Ausgabe von Greenbacks (der grünen Rücken, wie das Papiergeld mit Zwangskurs nach seiner grünen Rückseite hieß) möglichst ausdehnen, teils aus merkwürdigen volkswirtschaftlichen Theorien, teils aus den Interessen des verschuldeten agrarischen Westens. Aber diese Zirkulation von entwertetem Papiergeld steigerte nur die dem Amerikaner eigene Spekulationslust: leichtsinnig wurden Schulden gemacht, Eisenbahnen gegründet usw., und es gab, da die Vereinigte Staaten-Bank aus den politischen Gründen Jacksons nicht wieder ins Leben getreten ist, keinen Zentralpunkt im Bankwesen und damit keine einheitliche Diskont- und Währungspolitik. Auf den Mangel dieser Konzentration war es dann hauptsächlich zurückzuführen, daß das Jahr 1873 am 19. September einen zweiten schwarzen Freitag sah. Die Krise dauerte jahrelang, hat aber dadurch eine gesunde Finanzpolitik vorbereitet. Bisher war die Unwissenheit in Dingen des Geldmarktes und der Preise im Lande doch außerordentlich groß gewesen. Sahen der Osten und die Gläubigerschichten im Sinken der Preise, das 1873 ganz allgemein begann, einen Vorteil, so sah der westliche Farmer darin einen Nachteil. Man meinte, daß die Kaufkraft des Geldes lediglich auf der öffentlichen Autorität, die es ausgibt, beruhe, und Papiergeld ebenbürtig sei dem Gold (sog. fiat greenback-Theorie und Greenbackpartei vom Jahre 1876). Dem Senator und späteren Schatzsekretär John Sherman, dem Bruder des Generals, war es dem gegenüber zu verdanken, daß der „Resumptionsplan“, also die Beseitigung der Papierwährung und Wiederaufnahme der im ganzen sechzehn Jahre suspendiert gewesenen Einlösung der Greenbacks in bar, durchgeführt wurde. Shermans Geschick und einige gute Ernten, die die Handelsbilanz günstig beeinflußten, bewirkten, daß nach vielem Streit — die Präsidentschafts-Wahlkampagne von 1876 drehte sich ganz darum — die Wiederaufnahme der Barzahlungen schließlich ganz glatt vor sich ging. Schon dreizehn Tage vor dem in Aussicht genommenen Termin, dem 1. Januar 1879, standen die Greenbacks auf Pari. Das Gleichgewicht in den Unionsfinanzen, das der Krieg gestört hatte, war damit wiedererreicht, die Vereinigten Staaten waren vor den unklaren und unsoliden Experimenten der Greenbackers bewahrt. Dagegen hatte die 1873 offiziell eingeführte Goldwährung den Interessen der Silberfürsten von Nevada und Colorado nicht ganz stand halten können. Nach der Blandbill von 1878 wurden wieder Silberdollars als gesetzliches Zahlungsmittel, jedoch in begrenzter Höhe, geprägt. An Stelle der Prägungen trat dann 1890 der Aufkauf einer bestimmten Quantität von Unzen Silber durch die Union, der 1893 infolge des auf die Schließung der indischen Münzstätten folgenden Preissturzes des Silbers auch wieder eingestellt wurde. Den beabsichtigten Nutzen hat dies Nachgeben nicht gehabt, dafür aber die Union mit großen Massen entwerteten Silbers belastet.

Endgültig gelöst waren mit alledem die finanzpolitischen Fragen, mit denen sich die Reduktion der Staatsschuld und namentlich die Tariffrage immer enger verband, noch keineswegs. Da in ihnen die wirtschaftlichen Interessengegensätze im Land zum Ausdruck kamen, so wirkten sie, je länger sie Streitgegenstand waren und je tiefer sie gefaßt wurden, in steigendem Maße parteibildend. In die Parteiplattformen, die sich in den zwölf Jahren vom Schluß des Krieges an bei beiden Parteien wenig voneinander unterschieden, kam daher mit ihnen wieder eine grundsätzliche Klärung und ein grundsätzlicher Gegensatz.

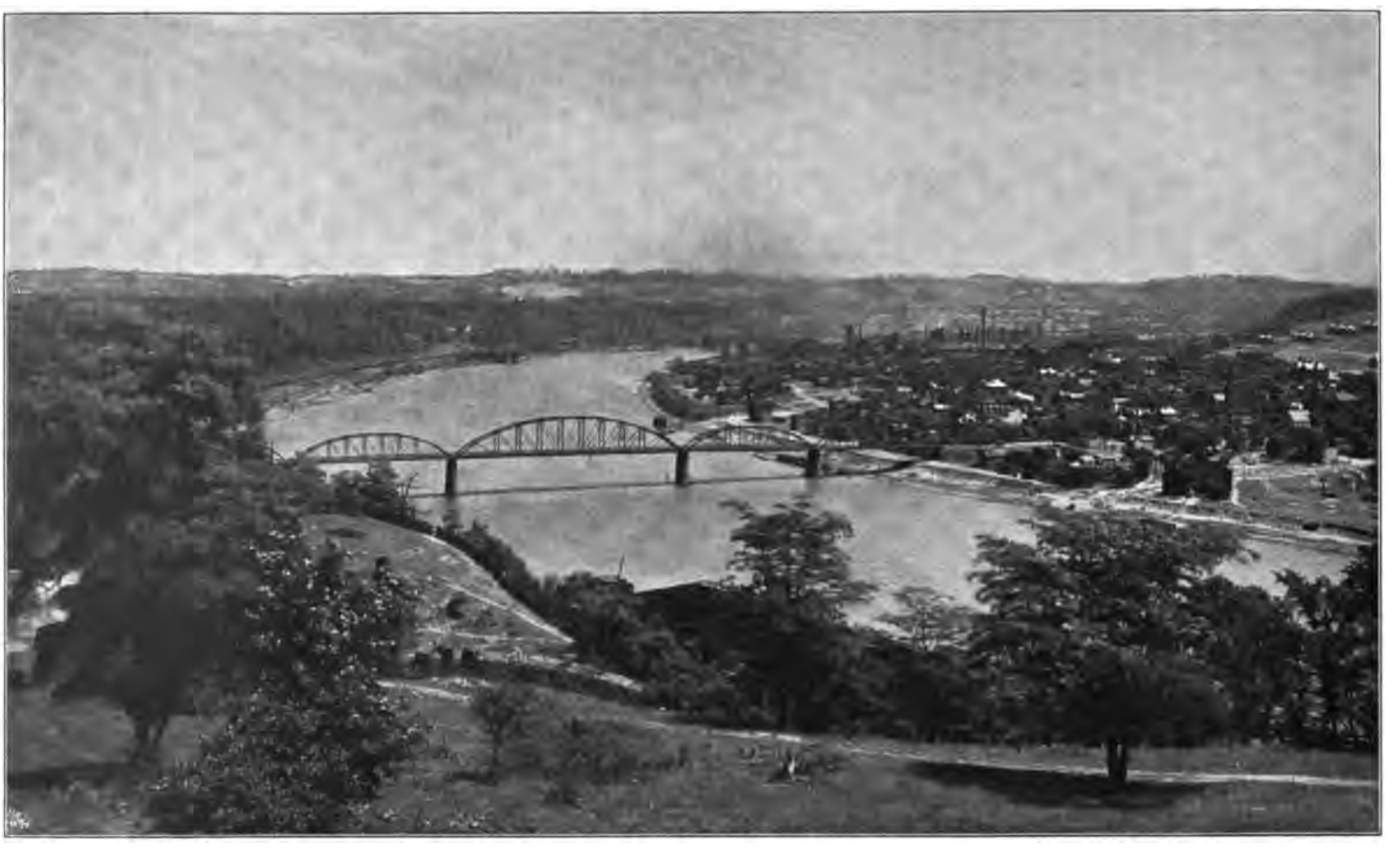


Abb 88. Blick auf Pittsburg und seine Eisenhütten von den Carnegie-Hills. (Zu Seite 135.)

Noch 1878 waren die Republikaner in sich über Münz- und Tariffragen gespalten, aber schon damals trat eine immer stärkere Neigung zum Schutzzoll, zur Goldwährung und unbedingten Zahlung der Nationalschuld in Gold hervor — die Gegensätze, um die dann in den Wahlen seit 1893 endgültig gefochten worden ist. Anderseits waren die Demokraten einer teilweisen „Repudiation" der Staatsverpflichtungen oder, was dasselbe war, einer Zahlung in Papier oder Silber nicht abgeneigt, wünschten sie einen Tarif nur von Fiskalzöllen und starke Besteuerung der reichen Einkommen und bemühten sie sich, wenn sie am Ruder waren, die Staatsausgaben herabzusetzen, die Überschüsse des Budgets auf alle Weise zu vermindern. Bei der Wahl Clevelands, 1892, war die Stellung ganz klar: Schutzzoll und hohe Staatsausgaben standen gegen Finanzzoll und geringe Staatsausgaben. Wenn diese Gegensätze auch bestimmt waren von den Interessen der verschiedenen in den Parteien vertretenen wirtschaftlichen Klassen, so liefen sie im ganzen doch immer wieder auf den alten großen Gegensatz hinaus: Stärkung oder Schwächung der Bundesgewalt. Direkt dem republikanischen Gedanken starker Unionsgewalt diente das System der Nationalbanken, die Lincolns Schatzsekretär, Salmon Chase, geschaffen hatte. Denn diese mußten ihr Stammkapital teilweis in Unionspapieren anlegen und erhielten Staatsgelder als Depositen, und so bekam die Bundesgewalt wenigstens mittelbar Einfluß auf den Kreditmarkt. Wie anderseits die Demokraten unter Anerkennung der durch den Krieg geschaffenen Lage, an die älteren Gegensätze anknüpften, zeigt, daß sie ihre Forderungen eine Rückkehr zu den Prinzipien Jeffersons nannten. In der Währungsfrage waren sie übrigens keineswegs einig, da Cleveland zwar immer für Herabsetzung des Tarifs und Beseitigung der Budgetüberschüsse, aber ein schroffer Gegner des Bimetallismus und für Goldzahlung bei den Bundesverpflichtungen, war. Die Republikaner aber verwandelten sich immer deutlicher in eine Schutzzollpartei, machten sich die Schutzzolltheorien Henry Careys immer mehr zu eigen, bis das Ende ihr vollkommener Sieg war: die Mac Kinley-Akte von 1890, die zwar viele neue Artikel auf die Freiliste setzte, aber die Zölle auf den Fabrikimport außerordentlich erhöhte.

Präsident Cleveland (Abb. 92) hatte sich in seiner ersten Dezemberbotschaft für die Herabsetzung der Zölle (1885) besonders deshalb ausgesprochen, weil die Einnahmen die Bedürfnisse des Staates überstiegen. Diese Überschußeinnahme ist immer eine schwere Frage gewesen, bis sie die steigenden Ansprüche der auswärtigen Politik nach 1893 von selbst gelöst haben. Er wurde größtenteils verwendet zu ganz unangemessenen Pensionszahlungen an die Veteranen des Bürgerkrieges. So ehrenwert dieser Anlaß an sich war, so wenig waren es die Mißbräuche, gegen die Cleveland energisch einschritt: er hat vielfach sein Veto eingelegt gegen Bills für bestimmte Personen, die bei dem Mechanismus der Gesetzgebungsarbeit im Repräsentantenhaus immer leicht durchschlüpften und böse Korruption einschlossen. Die Schutzzöllner waren dem gegenüber immer für diese hohen Ausgaben, weil sie eine Herabsetzung des Tarifes verhinderten.


Abb. 89. Cornelius Vanderbilt.
(Zu Seite 134.)

Die Wahl von 1888, die ganz um die Tariffrage ging, gehört zu den korruptesten in der amerikanischen Wahlgeschichte, 6 Millionen Dollar soll sie beiden Parteien gekostet haben. Aber hinter ihnen standen große, grundsätzliche Gegensätze; es war tatsächlich ein Wahlkampf der Prinzipien und nicht der führenden Personen. Da die Handels- und Industriekreise immer mehr in der republikanischen Partei ihre Vertreterin sahen, unterstützten sie diese kräftig. Ihr fiel daher der

Sieg zu, wenn auch knapp. Benjamin Harrison wurde Präsident, Blaine (Abb. 96), als der erste der lebenden älteren Staatsmänner, sein Staatssekretär. Aber hinter ihnen tauchte schon die nächste Generation der republikanischen Politiker auf: Mac Kinley (Abb. 100), Henry Cabot Lodge, Thomas Reed, die den Krieg nicht selbst mitgemacht hatten, auf dem neuen Boden nun die zur Entscheidung drängenden Interessen ihrer sich ständig konsolidierenden Partei jetzt systematisch und rücksichtslos durchfochten. Drei Maßnahmen sind das vor allem in dieser Zeit. Zunächst die Bundeswahlenbill, ein Versuch, eine Bundesüberwachung für die Bundeswahlen durchzusetzen, d. h. eine Parteikontrolle über die Wahlen, deren Vorteile der Siegerin zufallen würden und die namentlich im Süden durch Garantien des Stimmrechts der Neger die weißen Demokraten lahm legen wollte. Sie wurde nicht Gesetz. Sodann das Pensionsgesetz von 1890, nach dem der 51. Kongreß der „Billionendollarkongreß" heißt, weil er die Überschüsse des Budgets wieder durch ganz außerordentliche Pensionsbewilligungen beseitigte. Jeder „Unionist", der neunzig Tage im Kriege gedient hatte, erhielt eine Pension, wenn er zur Handarbeit unfähig war, desgleichen die Witwe, Kinder, Verwandten eines solchen Soldaten. In derselben Richtung, die Einnahmen herabzusetzen, wirkte zunächst auch der dritte Vorstoß, der mit vollem Erfolge endete: die Mac Kinley-Akte. Sie hatte diese fiskalische Folge, weil sie die Zollsätze dermaßen erhöhte, daß sie prohibitiv wirkend die fremde Einfuhr und damit die Einfuhrzoll-Einnahmen senkten. Alle diese Maßnahmen zielten nicht unmittelbar auf die Stärkung der Unionsgewalt ab, aber mittelbar war das doch ihre Folge, und so blieb der alte Gegensatz immer noch lebendig.



Abb. 90. Andrew Carnegie. (Zu Seite 186.)

Bis zu dieser neuen Vertiefung der Parteigegensätze aber waren freilich sachliche Verschiedenheiten in den Parteiplattformen nicht mehr recht vorhanden. Die Republikaner wirtschafteten mit den „Verbrechen" des Südens und den „glorreichen Erinnerungen" des Krieges, solange es vorhielt. Die Demokraten traten als die Sparsamen gegen die Verschwender, die am Ruder saßen, auf, griffen die in der Verwaltung herrschende Korruption an und förderten die Reform des Zivildienstes, die übrigens — mit Worten — von den Republikanern auch gefördert wurde. Zuerst war noch ein sachlicher Gegensatz in der Frage der Verwaltung des Südens vorhanden, der aber bald zurücktrat, und in der Greenbackfrage. Dann beginnt ein unablässiges Schwanken. Neue Parteien scheinen aufzukommen, wie die Greenbacker, die Granger, die Arbeiterparteien, die Populisten. Doch wird keine stark genug, um sich neben den alten Parteien behaupten zu können. Daneben treten besondere Flügel aus den alten Parteien auf. Oft fällt es schwer, überhaupt Unterschiede in den Plattformen herauszufinden. Es gab z. B. 1872 sogar zwei republikanische Kandidaten, Grant und Horace Greeley, der, obwohl Ultra-Schutzzöllner, auch von den Demokraten nominiert war; 1876 ist zwischen den Programmen des republikanischen Kandidaten Hayes und des Demokraten Tilden so gut wie kein Unterschied zu erkennen. In diesen Jahren ist die Bezeichnung der Parteien als der „ins" und der „outs" tatsächlich allein zutreffend. Der Parteikampf ist ein inhaltloser Kampf um die Staatskrippe, den die außenstehende Partei in der Pose des künftigen Reformators der Mißstände unter der herrschenden Partei führt, um dann, selbst zur Herrschaft gekommen, es nicht viel besser zu machen. Keine der vielen in diesen Jahrzehnten auftauchenden prinzipiellen Fragen: die Behandlung des Südens, die Währungsfrage, die Barzahlungen, die Pensionen, Neger-, Indianer- und Chinesenfragen, die Ar-

beiterrevolten und alles andere, ist an sich stark genug, eine große Volksbewegung hervorzurufen. Es stehen die Staatsmänner und Generale des großen Krieges noch im Vordergrund, populär, doch ohne grundsätzlich fest umrissene Politik. Sie vermögen nicht, auch Grant (Abb. 76) nicht, die mit der grundsätzlichen Stagnation von selbst einreißende Vergiftung der politischen Moral hintanzuhalten. Erleidet die herrschende Partei eine Niederlage, so ist das der Protest der öffentlichen Meinung gegen die politischen Personen an der Spitze, und daher erhält der Kampf oft ein sehr unerfreuliches, persönliches Gepräge. Aber das herrschende politische System nimmt doch diesen Revolutionen das Gefährliche, das sie haben könnten, da der neugewählte Kongreß erst ein Jahr nach der Wahl zusammentritt. Die erbitterte öffentliche Meinung hat sich in einer oppositionellen Neuwahl entladen; wenn der Kongreß zusammentritt, ist die Stimmung, aus der er gewählt war, längst verflogen. Parteigeschichtlich ist zweifellos in diesen Jahren das bedeutungsvollste Ereignis die Wahl Clevelands. Seit Buchanan wurde in ihm zum erstenmal wieder ein Demokrat Präsident; wilde Prophezeiungen ertönten, man sah den „Süden wieder im Sattel" u. dgl. Dabei stammte Cleveland aus New Jersey und war von den alten waschechten Demokraten viel mehr als „Mugwump" betrachtet worden. Denn diese Gruppe der unabhängigen Republikaner, die sich „Mugwumps" nannte, hatte Cleveland unterstützt, weil der republikanische Kandidat, Blaine, den Reformwünschen der jüngeren republikanischen Generation nicht genügend entsprach. Es war wirklich ein Wahlkampf mehr um die Persönlichkeiten der beiden Kandidaten als um die Parteien gewesen. Das war im Jahre 1888 schon nicht mehr der Fall. Da traten sich wieder Prinzipien gegenüber, und da siegten die in dem republikanischen Parteiprogramm zusammengefaßten. Im Jahre 1892 hatte dann Cleveland wieder den Vorteil, als Kandidat der „outs" aufzutreten gegen eine Partei, die ihre Versprechungen auf Verwaltungsreformen nicht gehalten hatte. Es kamen große Streiks, die immer stärker werdende Stimmung gegen die industriellen Korporationen, eine neue Auflage der Grangerpartei in den Populisten dazu, um einen glatten Sieg der Demokraten herbeizuführen. Seitdem sind die Parteien grundsätzlich immer weiter auseinandergetreten, haben die beiden Wahlen Mac Kinleys (1896 und 1900) gezeigt, wie die Veränderung der wirtschaftlichen Struktur diese Gegensätze hervortreibt, die nun tatsächlich größer sind als alle die Fragen seit dem Kriege bisher, und damit den politischen Kampf wieder vereinfachen.

Die einseitige Herrschaft des Parteiwesens in Nordamerika hat Schattenseiten im Gefolge, die immer dann dunkel hervortreten, wenn der prinzipielle Inhalt der Parteikämpfe gering ist, und überall da besonders häßlich erscheinen, wo diese Kämpfe ihrer Natur nach überhaupt nur einen unbedeutenden sachlichen Inhalt haben können: in den Staatenregierungen und den großen Kommunalverwaltungen, deren Zustände das dunkelste Bild der amerikanischen Zustände überhaupt bieten. Schon daß die Machtstellung der Parteien mit dem Ergebnis des Zensus zusammenhängt, muß vergiftend wirken. Ursprünglich sollte die Zahl der Repräsentanten nicht einen auf je 33000 Einwohner übersteigen. Aber um sie nicht ins Ungemessene schwellen zu lassen, ist diese Basis nach den Ergebnissen der alle zehn Jahre stattfindenden Zensusaufnahmen wiederholt geändert worden. 1870 kam auf 131000 ein Repräsentant, 1883/1893 auf 151912, 1893/1903 auf 173901. An den Ergebnissen des Zensus und seiner Verwertung für die Repräsentationsbasis sind also die Parteien höchlichst interessiert, und daher wird die Volkszählung geradezu zum politischen Akt, den die herrschende Partei nach ihren Augenblicksinteressen beeinflußt. Das Entscheidende ist aber die Verbindung von „Parteimaschine" und Verwaltung, wohl der Nordamerika von Europa am allerschärfsten unterscheidende Zug. Die rege Teilnahme aller Schichten am politischen Leben, die Schulung durch die Wahlen und die Vergebung der Ämter nach dem Wahlerfolg bringen eine gewisse allgemeine politische Durchschnittsbildung hervor, machen aber besondere Beamtenqualitäten unmöglich. Vor außergewöhnlichen Verwaltungsaufgaben versagt daher dieses System durchaus. In den europäischen Staaten (außer England) ruht auch heute noch das Staatsleben auf den beiden Säulen, deren Bau die ganze Kraft des Absolutismus gewidmet war: der selbständigen Beamtenhierarchie

und der militärischen Macht. Die Vertretung des Volkes und seine Mitwirkung an der Gesetzgebung wird vielfach noch als nur akzessorisch empfunden, ist in der Verwaltung und vollends dem Gerichtswesen nicht oder so gut wie nicht vorhanden. In Nordamerika dagegen ruht das Staatswesen auf den politischen Gruppen, denen die Formen des Staatslebens alle unbedingt zur Verfügung stehen und die mit ihrer Hilfe um die Herrschaft über sie kämpfen. Das gibt dem politischen Leben des Volkes eine große Einheitlichkeit, aber hält ihm alle die Züge fern, die nur aus der europäischen Entwicklungsart hervorgehen können: besondere Berufsvorbildung, einen besondern sittlich vertieften Amtsbegriff. Daß durch die amerikanische Weise Güte und Kontinuität der Lösung von Verwaltungsaufgaben leiden, kann das unendlich reiche und bisher ganz sich selber überlassene Land vertragen. Schlimmer aber ist die Vergiftung, die durch sie in das öffentliche Leben und schließlich mittelbar auch in die private Moral getragen wird, wenn ein eigentlicher öffentlicher Amts- und Pflichtbegriff gar nicht existiert. Diese schlimme Seite ist die ganze amerikanische Geschichte hindurch auch von den Parteien gesehen worden. Die Kämpfe für und gegen die Reform des Zivildienstes, will sagen für die Lösung der Verwaltung von der Parteimaschinerie, sind recht eigentlich der Inhalt der Präsidentenwahlen zwischen 1865 und 1893, wenn man von einem solchen überhaupt sprechen will. Im Geiste des amerikanischen öffentlichen Lebens liegt begründet, daß sie manches erreicht haben, aber Erhebliches noch nicht.

Diese Kämpfe gehen nicht nur gegen die Mißstände in der Unionsregierung, sondern noch mehr gegen die in den Staats- und Stadtverwaltungen vor. Die großen Städte sind nach und nach das Muster der Ausartungen dieses Systems geworden, besonders Stadt und Staat New York. Hier wie auch sonst in den großen Städten erhielten, während in die Unionsregierung wesentlich immer nur Anglo-Amerikaner gekommen sind, die irisch-keltischen Elemente die Herrschaft und haben mit Hilfe einer Verfassung, für die sie nicht reif waren, die Mißwirtschaft bis zur höchsten Blüte getrieben. Im Jahre 1871 beginnt diese irische Herrschaft in der Stadt New York, die ihren Mittelpunkt in Tammany Hall (Abb. 94) hat und in der Herrschaft des Tweedrings, in Fälschungen der Wahlen, Unterschlagungen und Veruntreuungen öffentlicher Gelder den Gipfelpunkt, aber auch einen schnellen Sturz (Oktober 1871) fand. Im Süden wirtschafteten die Carpetbagger ähnlich. Aber auch in der Unionsregierung war eine solche Wirtschaft nicht selten, vornehmlich unter Grant. Im Jahre 1869 war der gefeierte Sieger des Sezessionskrieges Präsident geworden. Er blieb es bis 1877 und war vielleicht geneigt, seine Popularität zu benutzen, um Washingtons geheiligte Tradition, daß der amerikanische Präsidentensitz nur in zwei Amtsperioden von demselben Manne eingenommen werde, zu durchbrechen. Eine große Aufregung ging darob durch das Land. Das Repräsentantenhaus erklärte in einer Resolution, daß das von Washington gegebene Vorbild auch auf allgemeiner Zustimmung beruhe, ein Teil des republikanischen Regierungssystems geworden sei und ein Abweichen davon unweise, unpatriotisch und eine Gefahr für die freiheitlichen Einrichtungen sei. Es umgab damit den alten Brauch mit einem beinah verfassungsrechtlichen Schimmer und machte Grants dritte Bewerbung unmöglich. Grant war persönlich



Abb. 91. Henry George. (Zu Seite 136.)

mutig, ruhig, ganz rein; als er starb, hinterließ er seinen Angehörigen nur seine Memoiren, von deren Erlös sie leben sollten. Aber er wollte ein persönliches Regiment führen und war doch zu unerfahren in der Zivilverwaltung, um sie übersehen und Unehrlichkeit aus ihr fernhalten zu können. So sind auf seine Amtszeit schwere Schatten gefallen. In die allernächste Nähe des Präsidenten sogar wagte sich die Korruption. Das war so schlimm, daß sich aus den Reihen von Grants Anhängern selbst eine Bewegung gegen die Mißbräuche im Zivildienst erhob. Darum versuchte man sogar den Begründer und Herausgeber der „New York Tribune“, Horace Greeley, gegen Grant bei der Präsidentschaftswahl durchzubringen, den auch die Demokraten, namentlich Karl Schurz, unterstützten, weil er dadurch als Mittel zur Zerstörung des alten verrotteten Parteiwesens erschien. Obwohl Grant wegen der Korruption in der Verwaltung und seines Nepotismus sehr scharf angegriffen, sogar seine persönliche Ehrenhaftigkeit in Zweifel gezogen wurde, war seine Popularität doch so groß, daß Greeley eine vernichtende Niederlage erlitt. Er vermochte das nicht zu verwinden und starb 1872, eine merkwürdige Erscheinung, aus dürftigen Verhältnissen hervorgegangen und ganz Autodidakt, ein Mitbegründer der neuen republikanischen Partei, schließlich durch sein Blatt eine Macht im amerikanischen Leben, doktrinär, doch ein reiner Idealist, von Greenlaf Whittier darum als der „moderne Franklin“ bezeichnet. Grant wurde wieder Präsident, und die alte Wirtschaft wurde womöglich noch schlimmer als bisher. Man sagte damals in bitterer Selbstkritik, das einzige Produkt der amerikanischen Institutionen, in dem diese alle anderen Nationen ohne Frage überträfen, sei ihre Korruption. Besonders schlimm trieb es Grants Kriegssekretär; da kam es soweit, daß Sherman, der Oberkommandierende aller Truppen, der fortwährend über ihn zu klagen hatte, einfach Washington verließ, als ihm diese Lage unerträglich wurde. Alle diese Erscheinungen trugen dazu bei, den Versuch, Grant zum dritten Male zu nominieren, noch schneller zu vereiteln, als es sonst wohl der Fall gewesen wäre. Eine große Bewegung auf Reform des Zivildienstes ging durch das Land, beide Plattformen hatten diese Forderung aufgenommen, und die Demokraten verkündeten sogar die Lehre, daß alle Beamten Diener des Volks, ihre Ämter nicht Gelegenheiten zu privater Bereicherung, sondern öffentliche Pflichten seien.

Bei dieser Wahl, der von 1876, trat zum ersten Male der Fall ein, daß man nicht wußte, wer gewählt sei: der Demokrat Tilden oder der Republikaner Hayes, da in drei Südstaaten das Wahlergebnis bestritten wurde und die Verfassung keine Bestimmung zu autoritativer Feststellung kannte. Nach großer Aufregung entschied schließlich eine Kommission, die mit striktem Parteivotum stimmte, mit 8 gegen 7 Stimmen für Hayes' Wahlmänner. An sich war wohl Tilden gewählt, aber es war wieder ein Beweis für die politische Disziplin des Volkes, daß es sich dieser Entscheidung ohne weiteres fügte, der neue Präsident Hayes (1877 bis 1881) keine Schwierigkeiten fand. Hayes war ein persönlich unantastbarer und dazu energischer Mann. Seine Amtszeit war in der auswärtigen Politik so geschickt, wie kaum eine bisher. Sein Schatzamt führte die Wiederaufnahme der Barzahlungen durch. Er bildete sein Kabinett unabhängig von den Parteien; John Sherman und Karl Schurz saßen gleichzeitig darin. Er beseitigte Unruhen, die im Süden zeitweilig aufflackerten, geschickt, und es gelang ihm, die Korruption in der eigenen Partei einigermaßen zu unterdrücken. Vor allem aber wurde von ihm zum ersten Male mit der Sitte gebrochen, die Jackson als eine anscheinend undurchbrechliche Tradition eingeführt hatte. In den Jahren 1865



Abb. 92. Grover Cleveland. (Zu Seite 140.)



Abb. 98. Die Columbia-Universitätsbibliothek zu New York.
Copyright 1903 by W. Bockhaker in New York.

bis 1871 hatte ein Mitglied des Repräsentantenhauses, Thomas A. Jenckes, immer wieder eine Bill eingebracht, „um den Zivildienst zu regeln“, ohne Erfolg. Im Jahre 1872 war seine Forderung schon in allen Parteiplattformen anerkannt. Die zweite Verwaltung Grants verstärkte diese Stimmung nur, namentlich als die Entdeckung des Whiskyringes gelang, der, über die ganze Union verbreitet und Beamte und Brenner gleichmäßig umfassend, die Union um Millionen bestohlen hatte. Hayes griff nun da und dort durch, zunächst in der Hafenverwaltung, namentlich Zollverwaltung in New York. In einem Schreiben an Sherman legte er seine Grundsätze dar, die selbstverständlich klingen, aber in diesem Lande etwas ganz Neues bedeuteten: „Es ist mein Wunsch, daß die Erhebung der Staatseinnahmen von Parteikontrolle frei und organisiert sein soll auf einer streng geschäftlichen Grundlage, mit denselben Bürgschaften für Tüchtigkeit und Redlichkeit in der Auswahl des ersten und der ihm nachgeordneten Beamten, wie sie von einem klugen Kaufmann gefordert werden. Parteiführer sollten nicht mehr Einfluß haben auf Ernennungen als andere ebenso achtbare Bürger. Keine Steuern auf Ober- und Unterbeamte' für politische Zwecke sollten erlaubt sein. (Diese Zwangsbeiträge der durch Parteieinfluß in die Ämter gebrachten Beamten an die Parteikasse sind einer der Grundschäden des ganzen Systems.) Kein nutzloser Beamter oder Angestellter sollte zurückgehalten, kein Beamter sollte teilnehmen dürfen oder müssen an der Leitung der Parteiorganisationen, den Vorbesprechungen (caucus), Konventionen oder Wahlfeldzügen. Ihr Recht, zu stimmen und ihre Ansicht über die öffentlichen Fragen mündlich oder durch die Presse auszusprechen, wird nicht bestritten, vorausgesetzt, daß es ihren offiziellen Pflichten keinen Abbruch tut.“ So sehr fehlt hier die Vorstellung eines öffentlichen Beamtentums, so sehr beherrscht die individualistisch-kaufmännische Betrachtungsweise alle Vorstellungen, daß der Präsident zunächst nur den privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt des klugen und redlichen Kaufmanns heranzuziehen vermag. Auch darüber geht das Jungamerikanertum hinaus, dessen Führer bei dem Versuche Hayes', im New Yorker Hafen in diesem Sinne durchzugreifen, zum ersten Male auftaucht: Theodore Roosevelt sollte den Steuereinnehmer des Hafens ersetzen, doch bestätigte der Senat die neuen Ernennungen Hayes' nicht.

Grant hatte währenddem eine Weltreise gemacht, überall war der tapfere Soldat von den Monarchen mit Ehren empfangen worden. Und trotz allen demokratischen Empfindens schmeichelte dies seinem Volke doch, so daß der Gedanke einer dritten Kandidatur Grants wieder lebendig wurde. Der Senator Conkling von New York trat als sein „Boß“ dafür ein, Grant selbst wollte nicht recht. Aber obwohl Conkling auf der Parteikonvention 1880 beschließen ließ, daß jedes Mitglied „auf Ehre“ von der Konvention gebunden sei, den Nominierten, wer er auch sei, zu wählen — ein Standpunkt, der seitdem, wenn auch nicht ohne Widerspruch, gilt und dem gemäß Conkling als Hauptredner für den Nominierten, obwohl es nicht Grant war, auftrat —, wurde zur allgemeinen Überraschung Garfield nominiert. In der Wahl kam dieser auch durch. Garfield (Abb. 95) war ein gebildeter, aber nicht sonderlich geschickter Politiker und wurde zu sehr von seinem Staatssekretär Blaine (Abb. 96) beherrscht. Er wurde indes schon am 1. Juli 1881 von einem enttäuschten „Ämtersucher“ verwundet und starb im September, bereits der vierte in den „Sielen“ gestorbene, der zweite ermordete der bisher siebzehn Präsidenten. Sein Nachfolger war der Vizepräsident Chester Arthur. Unter ihm ging 1883 die Zivildienstakte Pendletons durch, die nun einen beträchtlichen Schritt vorwärts in der Reformrichtung brachte: drei Zivildienstkommissare wurden ernannt, die Prüfungen einrichten sollten für die Hierarchie von Beamten, die man in den Departements von Washington und in jedem Zoll- und Postamt schuf, wo fünfzig oder mehr Beamte waren. Mit diesen Stellen, die nach dem Erfolg der Prüfungen besetzt wurden, wurde eine ganze Reihe Ämter den Händen der Beutepolitiker entzogen, und auf diesem Wege hat die Neuregelung dann immer weitere Beamtenkategorien sichergestellt. Cleveland (Präsident 1885—1889; Abb. 92), der, selbst unabhängig, in sein Kabinett und, was noch seltener ist, auch auf die wichtigen diplomatischen Posten fähige Leute setzte, hat in der Reformfrage freilich nichts geleistet. In drei Jahren hat er vielmehr fast 100 000 republikanische Beamte durch Demokraten ersetzt. Dagegen hat er in seiner zweiten Amtszeit (1893—1897) wieder viele Stellen zum „klassifizierten Dienst“ (eben jenem Prüfungssystem) übergeführt.

Auch in den Staaten und Städten ging in dieser Zeit diese wichtige Reformbewegung weiter. In den Staaten kam das zum Ausdruck bei den häufigen Verfassungsrevisionen, die sich nötig machten. Dabei ging überall das Bestreben danach, dem Volke möglichst viele Freiheiten vorzubehalten, die Legislative so sehr wie möglich einzuengen, während die alte Scheu vor einer starken Exekutive nachgelassen hatte. Man ging zur direkten Wahl der Beamten durch das Volk über und richtete besonders seine Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Korporationen, namentlich die Eisenbahngesellschaften. Auch sozialpolitischen und Stimmrechtsexperimenten verschloß man sich im Norden und Westen nicht; die Zivilreform wurde vertreten und ein Verwaltungsbeamtenkörper vielfach geschaffen. —

IV. — Mit seiner Dezemberbotschaft (S. 81 f.) hatte Monroe der auswärtigen Politik eine Richtschnur gegeben, die die folgenden Jahrzehnte hindurch eingehalten worden ist. Freilich haben weder die beiden Häuser des Kongresses sich die Erklärungen Monroes zu eigen gemacht — jener Antrag Henry Clays (S. 82) ist gar nicht zur Diskussion gestellt worden —, noch haben sie andere Nationen anerkannt. Sie hat keine staatsrechtliche noch völkerrechtliche Maßgeblichkeit, die Abwehr der Nichtkolonisation verstieß sogar offensichtlich gegen das Völkerrecht, aber trotzdem hat sie sich im allgemeinen siegreich durchgesetzt und ist die Richtschnur für jeden amerikanischen Staatsmann geblieben. Denn sie entsprach als politisches Prinzip der Lage und dem Interesse der Union und erwies sich den Wandlungen dieser Bedingungen entsprechend dehnungsfähig. Man kann nicht sagen, daß die Vereinigten Staaten bis zur Zeit nach dem Sezessionskriege eine besondere auswärtige Politik mit selbständigen Zielen, Bündniskomplikationen und -verhandlungen getrieben haben. Sie standen außerhalb des europäischen Staatenkonzerts, gingen nur darauf aus, jegliche Einmischung Europas in ihre Angelegenheiten auszuschließen. Vollständig freilich war das schon damals nicht möglich, da Europa noch Besitzungen in der Neuen Welt hatte und seine Handelsbeziehungen doch schon stark genug waren, um Verhandlungen und Streitigkeiten herbeizuführen. Monroes Erklärung nun enthielt in sich zwei Folgerungen: einmal den



Abb. 94. Tammany-Hall in New York.
Copyright by W. Bockhacker in New York. (Zu Seite 148.)

Grundsatz der Nichtkolonisation für europäische Mächte für den ganzen Kontinent bis zum Kap Hoorn. Dieser hat für Nordamerika kein Interesse mehr, seitdem die Streitigkeiten mit England um die Nordostgrenze (S. 98) und um Oregon entschieden sind, seit Alaska von Rußland an die Union verkauft wurde (1867) und die ehemals spanischen Kolonien selbständig geworden oder der Union anheimgefallen sind. Aber schon Monroes Botschaft sprach, ebenso wie die Erklärung seines Staatssekretärs John Quincy Adams gegen die Aspirationen Rußlands auf Alaska und die pazifische Küste, von amerikanischen Kontinenten. Eine Interessengemeinschaft des ganzen angelsächsischen und romanischen Amerikas gegen Europa ward darin festgelegt und kam ja bereits in dem Anlaß der Monroe-Botschaft, der Losreißung der spanischen Kolonien Südamerikas, tatsächlich zum Ausdruck. Von Norden und Süden her hat man schon unter Monroe versucht, dieser Gemeinschaft auch eine mehr als platonische Gestalt zu geben: Clay wie Bolivar hatten den panamerikanischen Gedanken verfochten (S. 83).

Das zweite Prinzip, das sich aus der Monroe-Lehre ergab, war das der Nichtintervention. In direktem Widerspruch gegen die Interventionstheorie Talleyrands und der heiligen Allianz wurde der Grundsatz aufgestellt, daß die Vereinigten Staaten

sich nirgends in europäische Angelegenheiten einmischen, aber auch keine politische Intervention in Amerika dulden würden. Die erste Hälfte ist, bis auf ganz geringe Ausnahmen, bis in die siebziger Jahre getreulich befolgt worden, weil sie selbstverständlich war. Die zweite ist gleichfalls mit Erfolg durchgesetzt worden. Die Vermittlung, die Frankreich und England zwischen Texas und Mexiko nach der Losreißung von Texas (1836) anboten, wurde zurückgewiesen durch den Protest der Union, die der Streit an sich gar nichts anging. Desgleichen wurde eine Intervention mit Erfolg abgewehrt, als sich Yucatan gegen Mexiko erhob, und vor allem ist die mexikanische Kaiserfrage ein rechtes Schulbeispiel dieser Monroe-Doktrin in ihrer ersten ursprünglichen Gestalt. Die Union erkannte den Erzherzog Max nicht an, ihre offizielle Erklärung zugunsten von Juarez zwang Napoleon III., seine Truppen zurückzuziehen und besiegelte Maximilians Fall. Der ursprüngliche Grundsatz der Monroe-Botschaft hatte noch kurz vor seiner Umbildung einen glänzenden Erfolg davongetragen.

Die völlige, reinliche Scheidung zwischen Alter und Neuer Welt, die Washingtons Abschiedsbotschaft schon als erstrebenswert hingestellt hatte, konnte, unbedingt, nicht durchgeführt werden. An den Fäden des wirtschaftlichen Verkehrs hing die Union doch von Anfang an zu fest mit der Alten Welt zusammen. Dieser Zusammenhang führte sogar zum Kriege mit England (1812), dann zu verschiedenen Streitfragen, Verträgen und Verhandlungen, deren letzter und ernstester Fall noch in die erste Präsidentschaft Grants hereinragte, in der Alabamafrage. Aber über diese vertragsmäßige Regelung einzelner Streitfragen hinaus stellte ein Bericht Fishs, den dieser als Staatssekretär an Grant richtete, und dann die Dezemberbotschaft des Präsidenten selbst nunmehr neue, selbständige Ziele der auswärtigen Politik auf. Fish sprach (1870) die Hoffnung aus, daß „die Zeit kommen werde, wo durch freiwillige Entfernung der europäischen Regierungen vom Kontinent und den benachbarten Inseln Amerika wieder ganz amerikanisch werde". Damit wurde der Vorbehalt Monroes zugunsten der vorhandenen europäischen Kolonien aufgegeben und bereits Amerika als einheitlicher Kontinent mitsamt den vorgelagerten Inseln gefaßt. Mit letzteren war zunächst nur das Inselgewölk des westindischen Archipels gemeint. Ebensogut konnten aber auch schon die Inselgruppen der pazifischen Seite der Union, des Stillen Ozeans, darunter fallen. Die amerikanische Politik solle keine Angriffspolitik sein — hieß es in Fishs Bericht —, aber in Zukunft sollen nicht mehr amerikanische Dependenzen von einer europäischen Macht auf die andere übertragen werden können, fuhr Grant, den Standpunkt Polks auf Gesamtamerika ausdehnend, fort: „Die Zeit ist wahrscheinlich nicht mehr fern, da durch den natürlichen Gang der Ereignisse die politischen Zusammenhänge Europas mit diesem Kontinente aufgehört haben werden, zu bestehen. Unsere Politik muß sich nach dieser Wahrscheinlichkeit wandeln, dahin, die Handelsinteressen der hispano-amerikanischen Staaten enger mit den unseren zu verknüpfen und so den Vereinigten Staaten den Vorrang und alle die Vorteile zu verschaffen, die Monroe, Adams und Clay im Auge hatten, als sie vorschlugen, am Kongreß von Panama teilzunehmen."

Damit kam etwas ganz Neues in die Monroe-Lehre herein. Grant sieht eine Befreiung aller europäischen Dependenzen auf amerikanischem Boden in der Zukunft voraus, er richtet sich auch gegen einen Austausch von Kolonien zwischen europäischen Mächten, der diesen Ausgang aufhalten könnte. Den Kontinent der drei Amerika faßt er in bewußter Anlehnung an die gesamtamerikanischen Gedanken als Ganzes und stellt als nächstes Ziel straffere Zusammenziehung seiner handelspolitischen Interessen auf. Das ist die Monroe-Lehre in ihrer zweiten Fassung, die trotz der betonten Friedlichkeit doch eine Offensivpolitik gegen Europa, zum wenigsten auf wirtschaftlichem Gebiete, aber auch schon darüber hinaus, vorbereitete und andeutete.

Unter diese Anwendung der Monroe-Lehre fallen die dominikanische und kubanische Angelegenheit, sowie die Frage des interozeanischen Kanals. Gegenüber Haiti verstieg man sich sogar schon zu Annexionsplänen, Kuba schien mit seinen fortwährenden Rebellionen ein Beispiel, wie sich die Lösung der Kolonien Amerikas von ihren Mutterländern vollziehe, und der Kanal, der die beiden Ozeane verbinden sollte, diente offensichtlich jenem erstrebten handelspolitischen Zusammenschlusse.

Auf die Dominikanische Republik hatte besonders Grant sein Augenmerk gerichtet: ihr Besitz erschien wünschenswert wegen ihrer Bodenschätze als Kohlenstation und — als Land zur Ansiedlung amerikanischer Neger. Eine Informationsreise im Auftrag des Präsidenten führte schon zu einem Annexionsvertrage; auch eine vom Kongreß nach der Insel entsendete Kommission kam zu einem günstigen Ergebnisse. Aber obwohl Grant im Senat die südstaatlichen Mitglieder für sich gewann, fand der Vertrag dort nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Charles Sumner namentlich hatte sich in der einflußreichsten Stellung im Senat, als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der gewissermaßen ein Nebenstaatssekretär des Auswärtigen ist, dagegen eingesetzt. Vielleicht hätte Grant die Annahme durchsetzen können, wenn er es weniger autokratisch versucht hätte. So aber scheiterte dieser Plan, wie an derselben Stelle früher der Johnsons, die dänischen Antillen zu erwerben. Im Jahre 1867 schon hatte Seward als Johnsons Staatssekretär aus denselben rein nationalen Motiven (Sewards Ziel war ein republikanisches Panamerika), die ihn im gleichen Jahre zur Erwerbung Alaskas bestimmt hatten, einen Vertrag mit Dänemark über den Ankauf der Inseln Santa Cruz, San Juan und St. Thomas geschlossen. Indessen hatte der Senat um der zu hohen Kosten willen auch hier die Ratifikation verweigert.



Abb. 95. Präsident James A. Garfield. Stich von Weger nach Photographie. Aus der Stahlstichsammlung der Dürrschen Buchhandlung in Leipzig. (Zu Seite 146.)

Das Expansionsstreben, das in der vorangegangenen Zeit die kontinentalen Grenzen erreicht hatte, ging damit über diese und dadurch die der Monroe-Botschaft hinaus. Der Wunsch auf den Erwerb von Kuba, der „Königin der Antillen“ (Abb. 101), war noch älter. Als Jefferson von Monroe um Rat gefragt wurde über den Depeschenwechsel Monroes mit Canning, stellte er dieselben Grundsätze auf, die Monroe dann in seiner Botschaft aussprach (1823). Trotzdem nahm er in seiner Antwort schon die Annexion Kubas in Aussicht, also eine offene Einmischung in europäische Dinge, ja eine Eroberung europäischen Kolonialbesitzes. Denn Kuba hatte als einzige von den spanisch-portugiesischen Besitzungen im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts sich nicht vom Mutterlande Spanien losgerissen. Aber Jefferson erkannte die Bedeutung der Insel für die Stellung der Union im Golf von Mexiko und gegen die umliegenden Länder, vor allem den Isthmus. Darum sei Kuba „der interessanteste Zuwachs, den unser Staatssystem jemals erhalten könne“, aber dieser sei ohne Krieg nicht denkbar, daher sei wenigstens seine Unabhängigkeit, vor allem von England, zu wünschen; doch dürfe man sich natürlich freundschaftlicher Regelung zwischen Mutterland und Kolonien nicht widersetzen. Diese gelang freilich nicht sonderlich, da die Insel selbständiger wurde, fortwährend durch Sklavenaufstände erschüttert, durch den Gegensatz von Spaniern und Kreolen durchwühlt, durch die mangelhafte spanische Kolonialverwaltung wenig gefördert wurde. Sie stand dauernd im Mittelpunkt internationaler Verhandlungen wegen des Sklavenhandels und war der Gegenstand englischer Aspirationen, während die spanische Herrschaft immer unsicherer wurde. Schon 1825 hatte Spanien der Union Handelsvorteile angeboten, gegen eine Gewährleistung des Besitzes von Kuba, aber dies Anerbieten war abgelehnt worden. Nun erhielten aber Jeffersons weitschauende Gedanken einen starken Nachdruck durch die Interessen der Sklavenhalter. Daher wird das Streben Nordamerikas nach Kuba in den vierziger Jahren immer lebhafter

und deutlicher. Kaufpläne tauchen auf, die Putschversuche und Flibustierfahrten beginnen, die seitdem, von dem Felsenneſt Key West aus unternommen, alle kubanischen Aufstände vorbereitet und unterstützt haben, — nicht offizielle Unternehmungen der Union, doch von ihr auch nicht unterdrückt. Im Jahre 1852 wiederholte der Staatssekretär Everett Jeffersons Meinung von dem strategischen Werte der Insel, 1854 verheimlichte Buchanan seinen Wunsch, Kuba zu erwerben, schon gar nicht mehr; im selben Jahre erließen die Unionsgesandten in England, Frankreich und Spanien (den drei beteiligten Mächten) sogar das seltsame „Manifest von Ostende", das selbst eine gewaltsame Annexion als gerechtfertigt bezeichnete, da Kuba den inneren Frieden der Union gefährde und ein Verkauf von Spanien zurückgewiesen werde. Unmittelbare Folgen hatten weder dies Schriftstück noch Buchanans Absichten, und mit dem Sezessionskriege fiel dann auch das besondere Interesse des Südens am Erwerb Kubas weg. Aber das minderte den Wert der Insel in ihren Bodenschätzen, dem Tabak- und Kaffeebau, und in ihrer strategischen Lage keineswegs. Noch vor dem Kriege sprach Douglas, der Rival Lincolns, es aus: „Es ist unsere Bestimmung, Kuba zu haben, und verrückt ist, die Frage überhaupt zu diskutieren. Es gehört naturgemäß zum amerikanischen Kontinent, es bewacht die Mündung des Mississippitales, das das Herz des amerikanischen Kontinents ist und der Kern der amerikanischen Nation. Sein Erwerb ist nur eine Frage der Zeit. Unsere Regierung sollte die Politik ergreifen, Kuba zu nehmen, sobald sich eine anständige und richtige Gelegenheit bietet. Ich begünstige die Expansion so weit, als sie vereinbar ist mit unserem Interesse, mit Wachstum und Entwicklung unserer Bevölkerung und unserer Hilfsquellen. Wenn dieser Grundsatz vorwiegt, haben wir eine Zukunft vor uns, ruhmreicher als die irgendeines anderen Volkes, das je existierte. Je mehr Längen- und Breitengrade unter unserer Verfassung stehen, um so besser; ich glaube, die Interessen des Handels, der Zivilisation, jedes Interesse, das zivilisierte Nationen für teuer halten, würden gefördert werden."

Ein halbes Jahrhundert vor Mac Kinley und Roosevelt ertönten so schon die imperialistischen Fanfaren, und mit derselben Begründung, die seit dem Kriege mit Spanien Gemeingut der amerikanischen Welt geworden ist. Die Zeit von 1865—1893 hat sich zwar des kriegerischen Vorgehens noch enthalten, aber an mittelbarer Unterstützung hat es nicht gefehlt, als die Mißstände in der spanischen Verwaltung und die Rassengegensätze auf Kuba zu dem Aufstand von 1868—1878 führten. Der Kongreß sprach 1869 den Insurgenten seine Sympathie aus und erklärte sich zur Anerkennung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität bereit; indes gab die Bundesregierung dem noch keine Folge. Ein Zwischenfall aber: die Wegnahme des amerikanischen Schiffs „Virginius" durch Spanien, wegen angeblicher Zuführung von Konterbande an die Aufrührer, drohte schon einen sehr ernsten Konflikt zwischen beiden Staaten heraufzuführen. Nur durch Spaniens Nachgiebigkeit gelang eine friedliche Lösung der Spannung, und erhielt dieser Schiffszwischenfall nicht schon damals eine verhängnisvolle Bedeutung, wie fünfundzwanzig Jahre später die Explosion der „Maine".

Als eine Anwendung der Monroe-Doktrin hatte Fishs Bericht (S. 148) auch die erfolgreiche Opposition der Union gegen England in der Frage des zentralamerikanischen Kanals bezeichnet. Dieser Gedanke, den Atlantischen und den Stillen Ozean an der stärksten Einschnürung des ganzen Kontinentes zu verbinden, ist jahrhundertealt. Schon Cortes hat ihn erwogen, und Karl V. sich für ihn interessiert; auch in die Erwägungen Napoleons I. über die Abtretung von Louisiana spielte er mit herein. Alexander von Humboldt hat den Gedanken des Durchstichs mit Wärme verfochten und die Panamastelle angeregt, und Goethe mit dem Blicke des Genius die ganze Entwicklung der Frage vorausgesehen (S. 165 f.). Indes gewann das große Problem, solange Spanien Zentralamerika unbestritten beherrschte, keine besondere internationale Bedeutung, noch geschah etwas, es in die Tat umzusetzen. Aber mit dem Zusammenbruch der spanischen Kolonialmacht dort wurde dies sofort anders. Von den neuen Staaten war keiner stark genug, ein solches Riesenwerk zu unternehmen, und noch weniger, sich gegen Gelüste der großen Mächte nach der Herrschaft über den Kanal zu wehren. Von diesen aber waren England und

Nordamerika vor allen anderen interessiert. England beteiligte sich lange nicht an den Kanalplänen, dehnte aber von Honduras her seinen Besitz aus, um nach und nach den Schlüssel zum Kanal von selbst in die Hand zu bekommen, zumal von der Seeseite sein Gebiet mit Jamaika so wie so schon bis zur Schwelle einer Durchfahrt durch Mittelamerika reichte. Die Union aber ging, als ihr 1825 vom Bundeskongreß der vereinigten Provinzen Mittelamerikas die Bitte ausgesprochen wurde, beim Bau eines Kanals, von San Juan in Nicaragua aus, mit zu helfen, auf Clays Rat darauf ein. Aus dem Projekte ist nichts geworden, aber die Vereinigten Staaten sicherten sich wenigstens später durch Verträge mit Nicaragua (1849) und Columbia (1846) eine Vorzugsstellung an beiden Stellen, mochte der Kanal die Linie San Juan del Norte—Brito oder den Isthmus von Panama durchschneiden. Man begründete diese Politik zwar mit der Monroe-Doktrin, tatsächlich aber wiesen doch die Entwicklung der kalifornischen Goldfelder und die beginnende Erschließung der ganzen pazifischen Küste die Union in dieser Zeit immer deutlicher darauf hin, daß der Bau eines interozeanischen Kanals in Mittelamerika, wegen der durch ihn zu schaffenden maritimen Verbindung mit dem eigenen fernen Westen, vornehmlich im eigensten Interesse der Union liege. Dies aber wurde schon längst auf das empfindlichste berührt durch das einseitige Bemühen Englands, von Britisch-Honduras aus die Mosquitoküste Nicaraguas samt dem Hafen Greytown sich zu eigen zu machen. Gelang dies, dann wurde die große Verbindungsstraße, wenn sie überhaupt durch Nicaragua gelegt wurde, unbestritten englisch. Darum protestierte die Union namens der Monroe-Lehre lebhaft dagegen, und das Ergebnis der darum sich bewegenden Verhandlungen mit England war der (nach den Unterhändlern so genannte) Clayton-Bulwer-Vertrag vom 19. Januar 1850, der auf Jahrzehnte die ganze Interessenfrage regelte. Beide Staaten gaben den Anspruch ausschließlicher Kontrolle auf, sie wollten gemeinsam den neuen Seeweg gegen jede Unterbrechung schützen und seine Neutralität garantieren; doch sollte der Beitritt zu dieser Konvention auch anderen Staaten möglich sein. Gedacht war zur Ausführung die zwar längere und durch vulkanischen Boden ziehende, sowie ohne Schleusentreppe kaum ausführbare und an beiden Küsten guter Endhäfen ermangelnde, aber dem Unionsgebiet nähere Nicaragualinie mit Benutzung des Nicaraguasees. Indes dehnte der Vertrag im 8. Artikel den Schutz beider Staaten auch auf jede andere Verbindung zu Wasser oder zu Lande über den Isthmus Zentralamerikas (besonders die Panama- und Tehuantepeclinie) aus. Damit war ein inter-



Abb. 96. James Blaine, Staatssekretär unter Garfield und Harrison, der Vorkämpfer des panamerikanischen Gedankens. (Zu Seite 146.)

nationaler Charakter für den Kanal anscheinend endgültig festgelegt, und in der Union gab man sich auch damit zufrieden, obwohl der Sieg der Monroe-Lehre nicht vollständig war.

Die inneren Wirren, die Ausbildung des Eisenbahnnetzes, die individualistische Abneigung gegen staatliche Unternehmungen, da das große Werk durch privaten Unternehmungsgeist allein nicht ausgeführt werden konnte, ließen es zur Ausführung jahrzehntelang doch nicht kommen. Aber die rasche Entwicklung des Westens besonders hielt den Gedanken wach und rief in Nordamerika, in England, in Frankreich bis 1870 hin eine Menge privater Untersuchungen, Gesellschaftsbildungen und Pläne hervor, die trotz einer erstaunlichen Aufwendung von Scharfsinn und Arbeit sämtlich ohne den geringsten Erfolg geblieben sind. Nur eine Eisenbahn über den Isthmus von Panama wurde, mit nordamerikanischem Gelde gebaut und bisher von Nordamerikanern verwaltet, 1855 fertig. Dann aber regten die glückliche Vollendung des Suezkanals und seine außerordentliche Wirkung auf den Weltverkehr die Kanalpläne für Mittelamerika wieder mächtig an, in Nordamerika wie in Frankreich. Jenes ließ zunächst alle Möglichkeiten eines Kanalbaues eingehend untersuchen und schuf dadurch erst physikalisch, technisch, wirtschaftlich wirklich vergleichbare Entwürfe. In Paris aber fand 1879 der internationale Kolonialkongreß statt, der, geleitet vom Erbauer des Suezkanals, Ferdinand von Lesseps und durch dessen Einfluß, gegen die englisch-amerikanischen Wünsche die Wahl der kürzeren, bequemeren, angeblich im Meeresniveau ausführbaren, aber der Union entfernteren Panamalinie entschied. Der Kanal sollte also weder durch England, noch durch Amerika, noch an der von ihnen gewünschten Stelle, sondern durch eine Privatgesellschaft einer an dem Unternehmen gar nicht interessierten Nation entstehen; Lesseps begann auch 1881 im Auftrag der „Panamakanal-Gesellschaft“ bereits die Arbeiten am Durchstich. Damit war nun die Frage in einer für die Union sehr bedenklichen Weise wieder aufgerührt. Sofort aber zeigte sich der Wandel in der Stellung und dem Interesse des amerikanischen Volkes an dem Projekte. Jetzt verlangte man die ausschließliche Kontrolle über den Kanal für die Vereinigten Staaten, und Nicaragua schien nichts dagegen zu haben; dagegen war Voraussetzung dafür die Aufgabe des Clayton-Bulwer-Vertrags durch England. Blaine, Garfields Staatssekretär, wünschte die Aufhebung der Klausel, die Befestigungen am Kanal und eine „politische“ Kontrolle verbot, Frelinghusen, sein Nachfolger unter Ch. Arthur, behauptete sogar, daß der Vertrag hinfällig sei und der 8. Artikel sich nur bezöge auf Pläne, die vor seinem Abschlusse lagen. In jedem Falle aber wünschten beide die Frage als eine rein amerikanische betrachtet zu sehen, lehnten, ganz im Sinne Monroes, jede internationale Garantie der Neutralität ab; es war schon ein erster Versuch, Europa von der Neuen Welt auszuschließen. Indes gelang es damals noch nicht, den englischen Widerspruch zu überwinden, und Cleveland ließ dann, durchaus im demokratischen Sinne, die Versuche, einen Kanal durch Nicaragua auf Kosten und unter Kontrolle der Union zu bauen, und dazu den englischen Widerspruch zu beseitigen, einfach fallen.

Gegen die französischen Arbeiten in Panama hatte sich also in der Union die lebhafteste Erregung erhoben, und eine starke Propaganda auch das Nicaraguaprojekt wieder belebt. Aber die Furcht vor einem französischen Erfolge in Panama war grundlos. Die Panama-Gesellschaft überstürzte ihre Berechnungen, wechselte den Arbeitsplan; schon 1884 wurden Besorgnisse laut, wann der Kanal wohl etwas einbringen werde. Trotz vieler und nicht immer lauterer Bemühungen konnte der Kredit der Gesellschaft gegen die immer stärkeren Zweifel an der rentablen Durchführbarkeit ihres Unternehmens nicht gehalten werden, so daß sie dann 1889 ihre Zahlungen und auch die Arbeiten auf der Landenge einstellen mußte. Der Versuch war damit schon damals endgültig gescheitert, das Riesenwerk, wie den Suezkanal, durch privates Kapital allein auszuführen. Dafür hatten die Republikaner, mit Harrisons Wahl wieder ans Ruder gekommen, schon vorher ihre Bestrebungen wieder aufgenommen. Eine Gesellschaft für den Nicaraguakanal war 1889 gebildet, und sie begann, unter dem politischen und wirtschaftlichen Schutze ihrer Regierung, die Arbeit. Aber die Frage der ausschließlichen Kontrolle blieb ungelöst, solange die Fessel des Clayton-Bulwer-Vertrages die Union an England band.



Abb. 97. General Grants Denkmal zu New York.
(Zu Seite 157.)

Oregon, Kalifornien, die Kanalfrage: alles zeigte, wie stark allmählich die pazifischen Interessen der Union bereits wurden. Sie hatte schon über den Stillen Ozean hinübergegriffen. Mit China stand sie in Beziehungen (S. 136), vor allem aber war sie es, die die Eröffnung des Japanischen Reiches für den Welthandel durchsetzte. Ein amerikanischer Kommodore, Perry, war der erste, der wieder in einen japanischen Hafen einfuhr. Seinem glücklichen, geschickten Auftreten gelang 1854 der Vertrag von Kanagawa, der den Amerikanern zwei japanische Häfen öffnete. Seine Folgen und die des Vertrags von 1858 sind außerordentlich gewesen: den ersten Häfen mußten weitere folgen, der Welthandel und die Fremden drangen ein, und im Gefolge der daraus entstehenden Wirrungen brach das Shogunat und der absolute Polizeistaat zusammen, begann die ungeheure Revolutionierung Japans.

Von Anfang an waren so die Vereinigten Staaten in die pazifische Frage, die mit der Zukunft Ostasiens aufs engste verbunden ist, hereingezogen. Die Fäden liefen nicht nur zwischen der Union und der Küste Ostasiens — zu dem die Alaska vorgelagerten, 1867 auch in die Gewalt der Union gekommenen Inselgruppen eine zusammenhängende Brücke schlagen —, sondern sie umschlangen auch schon einzelne der Inseln in der großen

Wasserwüste. Hawaii ist schon 1854 einmal für annektiert erklärt worden, doch wurde die Annexion nicht vollzogen, da man keine Form der Angliederung dieser Inseln an die Union fand. Aber die Fruchtbarkeit des Landes zog unter anderen vornehmlich amerikanische Zuckerpflanzer ins Land, die, immer zahlreicher werdend, das Schicksal der Inseln vorbereiteten. Ebenso wurde der Besitz Samoas in dieser Zeit noch nicht endgültig entschieden, obwohl seit 1870 die Annexionsprojekte nicht still wurden; 1889 mußte die Union noch zugestehen, daß die Berliner Samoaakte die Inseln für unabhängig und neutral erklärte.

So wachsen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik in der Zeit von 1865 bis 1893 überall Keime zu Neuem hervor. Ein Wandel kündigt sich an, die Augen schauen über die Grenzen, seitdem der Heimatsboden im großen und ganzen in Besitz genommen ist. Die Interessen, die nach außen drängen, werden stärker, die Verflechtung in die Welthändel enger. Aber überall sind es noch Anfänge. Der Schwerpunkt alles Lebens liegt noch durchaus im Inneren, noch wird kein System im Vorgehen nach außen bewußt von einer Partei verfolgt. Und noch kein entscheidender Erfolg lohnt dieses erste Tasten.

Dasselbe gilt für die Träume, die gleichzeitig mit der Monroe-Botschaft zum erstenmal ausgesprochen worden waren. Die Bewegung auf einen Zusammenschluß der drei Amerika oder wenigstens der romanisch-amerikanischen Republiken war nicht versandet, seitdem der erste Kongreß ergebnislos verlaufen war. Mexiko versuchte 1831, 1838, 1839 und 1840, immer erfolglos, einen neuen Kongreß zustande zu bringen, 1847 wieder ohne Resultat; damals hatten es die von der Union drohenden Gefahren dazu veranlaßt. Denn diese Motive gehen ständig gegeneinander: der panamerikanische Zusammenschluß kann sich ebenso gut gegen Europa richten — das ist der Traum seiner Anhänger in der Union — wie gegen die Union: dafür sprechen mannigfache Interessen des Südens, wie denn



Abb. 98. Der Hudson bei West Point, der Militärakademie der Vereinigten Staaten.



Abb. 99. Blick in das Yosemitetal.

1856 Peru, Chile und Ecuador infolge des Walkerschen Flibustierzugs einen so gedachten Vertrag schlossen. Im Jahre 1862 kennzeichnete Costa Rica in Verhandlungen mit Columbia die Lage ganz klar: „Wenn unsere Republiken die Gewähr haben könnten, daß sie von den Vereinigten Staaten nichts zu fürchten haben, ist unzweifelhaft, daß keine andere Nation uns nützlicher und günstiger sein könnte. Unter dem Schutz ihrer mächtigen Adler, unter dem Einfluß ihrer weisen Einrichtungen und unter dem Sporn ihres staunenswerten Fortschrittes würden unsere neugebornen Nationalitäten den Anstoß empfangen, den sie jetzt brauchen, und würden in die Lage kommen, mit festem Tritt zu marschieren, ohne die Verwirrungen und Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, zu erfahren. Ein neuer Vertrag könnte dabei geschlossen werden, durch den die Vereinigten Staaten sich selbst feierlich verpflichten würden, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit der Schwesterrepubliken dieses Kontinents zu achten, und den zu achten sie auch andere veranlassen würden: nicht in ihr Gebiet (das der Union) durch Kauf oder andre Mittel einen Teil des Gebiets der genannten Republiken einzuverleiben, noch Flibustierexpeditionen (wie die Walkers 1856) zu erlauben, noch zuzugeben, daß die Rechte der Republiken irgendwie geschmälert oder ignoriert werden. Auf einem Vertrag dieser Art ruhend, würden unsre Republiken die Idee einer innigen Allianz mit dem nordamerikanischen Gebiete zugeben." — 1864 fand eine neue Konferenz des Südens statt, ohne daß eine Einladung an die Union ergangen wäre. Aber seit 1880 werden die Bestrebungen von nordamerikanischer Seite wieder lebhafter, aus den allgemeinen Gründen des Umschwungs und den besonderen der Furcht vor einem Zusammenschluß gegen die Union, der leicht an Europa eine Stütze finden konnte. Im Jahre 1880 sprach ein Senator zuerst den Plan einer interkontinentalen Eisenbahnlinie bis zum Kap Hoorn aus. Zum eigentlichen Wortführer aber machte sich seit 1882 in unermüdlicher Arbeit James Blaine, erst Garfields Staatssekretär, dann Clevelands Gegner, schließlich Staatssekretär Harrisons. Blaine gehört in eine Reihe mit Henry Clay — beide republikanische Staatsmänner,

die das Beste ihres Landes wollten und denen der unmittelbare Erfolg nicht gelohnt hat. Und doch verfochten sie große Zukunftsgedanken. Blaine gegenüber haben die Amerikaner das wohl empfunden. Man ehrte ihn mit dem Beinamen des amerikanischen Bismarck, konnte freilich damit nur das gleiche Streben, nicht den gleichen Erfolg ehren. Gleich war das Streben insofern, als es ging auf einen Zusammenschluß der drei Amerika in einen großen, prohibitiv geschützten Zollverband. Da waren die Folgerungen gezogen, die schon in Grants Botschaft wenigstens angedeutet gewesen waren: Zollunion, Reziprozitätsverträge, Verkehrs- und Münzgemeinschaft (in einem allamerikanischen Silberdollar), allamerikanisches Schiedsgericht für politische Streitfälle, das waren Blaines große Ziele. Und der Hintergedanke dabei war doch auch, unbewußt oder bewußt, daß der Hauptvorteil daran dem wirtschaftlich, sozial und politisch dem Süden unendlich überlegenen Norden zufallen sollte. Blaines Werk war der panamerikanische Kongreß, der nach vieler Mühe 1889 wieder zustande kam. Bevor er begann, wurden die Wunder der Union den Südamerikanern — siebzehn Staaten mit 120 Millionen Einwohnern waren vertreten — gezeigt: vierzig Tage wurden sie herumgefahren und einundvierzig Städte dabei besucht. Dann begannen in Washington unter Blaines Vorsitz die Verhandlungen. Sie haben in keinem Punkte zu dauernden Ergebnissen geführt, nur die dort ausgesprochenen Verkehrsprojekte sind und werden nach und nach verwirklicht. Und die Gegensätze der Sprache, des Blutes, der Konfession traten stark hervor: nur ein nordamerikanischer Delegierter konnte spanisch sprechen, nur einer es lesen. Gerade auf die Gemeinsamkeit der Interessen gegen die Union wies dieser Kongreß den Süden hin, und mächtig stieß der spanische Politiker Emilio Castelar ins Horn, um eine Gegenbewegung Spanisch-Amerikas, eine Union der romanischen Völker, in Fluß zu bringen. Dem nüchternen Betrachter mußten all diese Pläne als Phantastereien erscheinen, die zu dem realen Sinn des Amerikaners so wenig passen und für die er doch in jeder Form immer viel Neigung hat. Das Bleibende war aber immerhin das Handelsmuseum in Philadelphia (seit 1893) und das internationale Bureau der amerikanischen Republiken in Washington.

Innerlich löste sich die amerikanische auswärtige Politik in dieser Weise schon von den Richtlinien der Monroe-Lehre, die sie äußerlich noch festzuhalten glaubte und festhielt, wo es ihr Interesse gebot. Man ist auch schon in dieser Zeit in die europäischen Angelegenheiten eingetreten, da doch bei der europäischen Suprematie die Weltangelegenheiten in der Hauptsache immer mehr europäische wurden. Im Jahre 1876 war ein amerikanischer Vertreter dabei, als in Brüssel die „internationale Kongogesellschaft" gegründet wurde, ja Amerika hat zuerst deren Flagge anerkannt. 1883 sprach die Januarbotschaft Arthurs es aus, warum die Vereinigten Staaten an der Erschließung Zentralafrikas teilnehmen müßten: „Die Vereinigten Staaten können nicht gleichgültig bleiben gegen dies Werk oder gegen die damit verknüpften Interessen ihrer Bürger. Es kann für uns nützlich werden, mit andern Handelsmächten mitzuarbeiten, um die Rechte des Handels und Aufenthalts im Kongobecken zu fördern, frei von der Einmischung oder politischen Kontrolle irgendeiner Nation." Es „kann" nützlich werden; noch ist es nicht das „muß" Roosevelts und Brooks Adams'. Demgemäß nahm auch die Union 1884 an der Kongokonferenz in Berlin teil. Aber dieser Schritt ist in Amerika selbst lebhaft kritisiert worden: man empfand ihn als einen Bruch der Monroe-Doktrin, und tatsächlich war der erste Schritt zum Eintritt in das europäische Konzert damit auch getan. Und Amerika hat selbst in Berlin die Neutralisation des Kongobeckens vorgeschlagen und darin einen selbständigen politischen Gedanken zur Lösung einer ihm doch ursprünglich ganz fremden Angelegenheit ausgesprochen.

Aber alles dies sind nur Ansätze zu neuen, tiefergreifenden Wandlungen. Dem Volke der Union kamen sie noch nicht zu Bewußtsein, und auch die sich für sie einsetzten, konnten wohl glauben, daß man noch jederzeit zurückkönne, ahnten die schweren Folgen nicht, die für die Union nach innen und außen in diesen Träumen und tastenden Versuchen lagen. Noch glaubte man sich ganz auf sich gestellt, und bei mehreren Gelegenheiten brach es machtvoll durch, wie sich dies Volk als Einheit fühlte zwischen



Abb. 100. Präsident McKinley.
(Zu Seite 160.)

den Ozeanen, dem Rio grande und den großen Seen. Die Gegensätze zwischen Nord und Süd verheilten. Als Grant starb, veranstaltete ihm am 8. August 1885 in New York die ganze Nation eine Totenfeier, die der Welt das großartigste Schauspiel eines in der Trauer um seinen Helden geeinten Volkes bot; auch der Süden vermochte dem Verschiedenen, der ihn niedergeworfen, unbefangen seine Huldigung darzubringen (Abb. 97). Der stärkste Ausdruck aber dieser einheitlichen Stimmung war dann die Kolumbusfeier und die Weltausstellung in Chicago. In nur zwölf Monaten hatte Chicago die Vorbereitungen getroffen. Am 21. Oktober 1892 war der Kolumbustag der Feier der Entdeckung geweiht. Dann kam die Präsidentschaftswahl, es war das erste Auftreten Clevelands in seiner zweiten Präsidentschaft, als er am 1. Mai 1893 die Ausstellung eröffnete. Jeder Staat von Amerika hatte dort seinen besonderen „Tag" und überall zeigte sich Fortschritt und Festigung. Es war der Ausklang der Versöhnungsperiode und eine feierliche Mündigkeitserklärung gegenüber Europa, als Cleveland seine Rede mit den Worten schloß: „Umgeben von den staunenswerten Ergebnissen amerikanischen Unternehmungsgeistes und Fleißes, und angesichts der großartigen Zeugnisse amerikanischer Geschicklichkeit und Intelligenz, brauchen wir nicht zu fürchten, daß unsere Beglückwünschung übertrieben ist. Wir stehen heute inmitten der ältesten Nationen der Welt, und weisen hin auf die großen Werke, die wir hier ausstellen, ohne mehr Nachsicht zu erbitten auf Grund unserer Jugend."

VI. Kapitel.

Expansion und Imperialismus; das neue Amerika seit 1893.

Westward the course of empire takes its way;
The first four acts already past,
A fifth shall close the drama with the day:
Time's noblest offspring is its last.

Die Ausstellung von Chicago hatte den Fortschritt der Bevölkerungszunahme handgreiflich erwiesen, lag doch schon 1890 das Bevölkerungszentrum zwanzig Meilen östlich von Kolumbus (in Indiana). Und vielleicht nichts zeigte und hat seitdem drastischer das ebenso weitergehende Tempo und Maß der Entwicklung gezeigt, wie dieser märchenhafte Fortschritt des Westens. Als der mexikanische Krieg zu Ende war, war das Land westlich von Iowa und Missouri fast unbevölkert, lebten ein paar Mexikaner im Gebiet von Neumexiko und Kalifornien, hatte Oregon nur gegen 10 000 Einwohner und waren die Mormonen eben (1847) ins Tal des großen Salzsees gewandert. Noch während des Kansas-Nebraskastreits galten die westlichen Prärien für eine große Wüste; erst 1857 ist die erste Siedlung in Dakota entstanden, erst 1868 hatte sich Wyoming als Territorium organisiert. Im Jahre 1900 dagegen zählte der Zensus im Westen, westlich der Linie Minnesota—Missouri—Iowa—Arkansas bis zum Stillen Ozean, über elf Millionen Menschen, ungeheure Kornfelder und Viehweiden dehnen sich in diesem Gebiete, und die rauhen Züge der Rocky Mountains spenden mineralische Schätze die Fülle. Für 50 Millionen Dollar brachten 1900 die beiden Dakota an Agrarfrüchten hervor, für 29 Millionen hob man in Colorado an Gold in demselben Jahre und für 12 Millionen an Silber, über

15 Millionen Dollar betrug der Wert der Produkte des Bergbaues in Utah. Zwei Menschenalter hatten zu diesem Ergebnisse genügt.

Die Ausstellung hatte aber auch gezeigt, welch hohe Stufe der Zivilisation erreicht war. In der Ausnutzung der Mittel der modernen Technik erwies sich dieses Volk fast auf allen Lebensgebieten als das erste der Welt. Die Größe des Maßstabes, mit dem im Lande Washingtons alles gemessen wurde, kam 1893 den Völkern Europas erst zu rechtem Bewußtsein. Aber diese überrasche Entwicklung war doch auch erkauft mit der Preisgabe mancher alten Charakterzüge. Mit der Industrialisierung, mit der Verstadtlichung des Lebens kamen die sozialen Gegensätze der modernen Zeit ins Land und traten um so greller hervor, in je größerem Gegensatze dazu die landläufige Meinung von Freiheit und Gleichheit dort stand. Und die große Kraftquelle des Volkslebens begann in der neuen Zeit zunächst dünner zu fließen. Denn die Zeit, in der der Reichtum an verfügbarem Boden unerschöpflich schien, ist vorbei: seit 1894 sind seine Grenzen abzusehen. Zwar sind die Maschen zwischen den großen Eisenbahnlinien noch nicht überall ausgefüllt, und noch an 1000 Millionen Acres vermessenen Regierungslandes sind zu vergeben. Aber davon fällt ein Drittel auf Alaska und ist ein großer Teil regenarmer, felsiger, salzhaltiger, also unkultivierbarer Boden. Auf ihm ist eine große Steigerung des Getreideertrags denkbar, jedoch nur durch künstliche Bewässerung dieser regenarmen Zone des „Arid West“. Diese liegt wohl im Bereich der Möglichkeit und ist in Kalifornien schon tatkräftig in Angriff genommen, aber sie wird im ganzen — denn es handelt sich um den fünften Teil der Union — nur von der Bundesregierung durchgeführt werden können.

Wohl trägt danach die agrarische Grundlage der Union noch durchaus die Gewähr der Gesundheit auf lange Zeit hinaus in sich. Doch ein reines Ackerbauland sind die Vereinigten Staaten längst nicht mehr, und in ihrer letzten Periode sind sie — das ist wohl der hervorstechendste Zug — durch ihre Handelspolitik endgültig in das exportindustrielle Fahrwasser eingelenkt. Sie mußten in steigendem Maße den Nahrungsmittelüberschuß im Inland verwenden und vermochten weniger den Menschenüberschuß zur Siedlungstätigkeit auf das Land abzugeben. Dadurch beginnt sich ihre soziale Entwicklung der der Alten Welt anzugleichen. Die Verschärfung der Lebensbedingungen, die seit 1860 einsetzt, ist seit 1893 immer deutlicher geworden. Damit mindert sich die Geburtenzahl, die Familien werden kleiner, und trotz der riesigen Einwanderung geht die Vermehrungsziffer durch Geburt in den angelsächsischen Kreisen zurück.

Das gewerbliche Leben, noch einer ungeheuren Entwicklung fähig, beginnt sich immer mehr zu organisieren und zu konsolidieren. Wie die Arbeiterorganisationen stärker werden, so verbreitete sich, nur noch viel schneller und riesenhafter als bisher, nach der Krisis 1893—1896, jene neue Form der Unternehmungs-Organisation, der Trust. Trotz der höheren Löhne des Koloniallandes und trotz schwieriger Transportverhältnisse des großräumigen Gebietes steigt die Konkurrenzfähigkeit, indem jene Nachteile ausgeglichen werden durch immer ausgedehntere Anwendung maschineller Arbeit und durch diese zentralistische Organisierung der Produktion. Denn im Gegensatz zur „horizontalen“ Zusammenfassung in Syndikat und Ring sucht der Trust den einzelnen Produktionszweig im ganzen zusammenzuschließen, den Gang der Produktion in ihm von der ersten bis zur letzten Stufe unter seine Kontrolle zu bekommen und von allen Zufällen des Markts unabhängig zu stellen. Aus natürlichen und künstlichen Vorbedingungen treten damit gigantische Bildungen auf und Industriefürsten, wie Carnegie, Rockefeller, Morgan, die eine gewaltige Macht im öffentlichen Leben werden und die immer tiefer auf die wirtschaftlichen Anschauungen und die Begriffe von den Aufgaben des Staates im amerikanischen Volke umbildend einwirken.

Entsprechend stand auch die Arbeiterbewegung nicht still. Noch 1887 war die Knownothing-Strömung wieder stärker angeschwollen zu der sogenannten A. P. A. (American protective Association) — ein merkwürdiger Nativismus, der sich auf eine starke antikatholische Stimmung stützte und gegen die Einwanderung, besonders gegen die katholisch dirigierten Iren, und damit gegen die kirchlichen katholischen Einrichtungen überhaupt wendete.



Abb. 101. Blick auf Habana und die Atares- oder Tallapiedrabucht. (Zu Seite 149 und 164.)

Das Land kam nicht mehr zur Ruhe vor den Arbeiterbewegungen. Von Pullman in Illinois brach 1894 ein Riesenstreik los, der, ausgehend von der Pullman-Palace-Car-Gesellschaft, fast alle Bahnen westlich des Ohio lahmlegte. In Chicago kam es dann zu Unruhen, da die Ausstellungszeit viele schlechte Elemente in der Stadt zurückgelassen hatte. Das entfremdete den Streikenden viele Sympathien, und das tatkräftige Eingreifen der Bundesregierung erdrückte den Streik auch bald. Überhaupt zeigten sich doch schon die Wandlungen, die der Kapitalismus und die Streiks hervorgebracht hatten. Seit den Streiks von 1877 hatten die Staaten ihre Miliz, die sich damals nicht als zuverlässig erwiesen hatte (jetzt vielfach als „Nationalgarde" bezeichnet), in die Höhe gebracht, und sie setzten sie jetzt mit Tatkraft ein; ebenso wurden nun die Prozesse wegen Verachtung der Gerichtshöfe scharf geführt. Aber ein zur Prüfung des Streiks eingesetzter Ausschuß kam doch auch schon zu dem Ergebnis, daß die großen industriellen Korporationen als halböffentlichen Charakters doch unter die Kontrolle des Staates kommen müßten. Darin drückte sich die stark zunehmende, auch im Gegensatz der Parteien schon eine große Rolle spielende Stimmung gegen die Trusts aus, ebenso wie in der Bewegung, die in Kalifornien eine „Volkseisenbahn" forderte gegen das San Francisco schädigende Monopol der Südpacific-Gesellschaft, die sich sogar tief in die Politik einmischte. Alles das sind Bewegungen und Wandlungen von Bedeutung für das innere Leben des Volkes. Sie können sich aber nicht messen mit dem großen Gegensatze, der sich in diesen Jahren ausbildet: dem der Parteien, der schon langsam in der vorigen Periode wieder heranwuchs und jetzt noch tiefer und klarer wird.

Jetzt erweitern die Republikaner die Grantsche Botschaft zu einer wirtschaftlichen Monroe-Lehre: Amerika soll wirtschaftlich allein den Amerikanern gehören, und sie nehmen die Folgen jeder Art bewußt an und auf, die sich daraus ergeben. Nordamerika ist im Stand oder kommt in die Lage, sich vom europäischen Wirtschaftsleben unabhängig zu stellen; wenigstens als Ziel wird diese Selbstgenügsamkeit hingestellt. Die Demokraten sind die gegnerisch interessierten Kreise, die darum auch gegen alle Folgerungen sind. Und da diese schließlich doch alle auf dem Verfassungsgebiet ausgetragen werden, so ist es eben immer wieder der alte verfassungsrechtliche Gegensatz, der wie ein eiserner Reifen die Parteien zusammenhält, in dessen Schlagworten die unendlich vielgestaltigen inneren Gegensätze doch immer wieder ihren letzten und einfachsten Ausdruck finden.

Das Ausstellungsjahr war von einer heftigen Geld- und Handelskrise betroffen, die sich bis 1895 hingezogen hat. Ursachen waren die geschäftliche Überspannung namentlich in den westlichen und Zentralstaaten, wo Städte „boomed" worden waren, wie 1835, und die Erschütterung des Kredits, an der die Währungsexperimente schuld waren (S. 138); 500 Millionen Dollar in Gold waren infolge deren 1870—1893 nach Europa abgeflossen. Die Aufhebung des Silberankaufsgesetzes nützte dagegen nichts, und die Störungen im Wirtschaftsleben, die Bankerotte und die Arbeitslosigkeit wirkten naturgemäß schädigend auf das Ansehen der herrschenden Partei. Die Republikaner erklärten sich gegen die freie Silberprägung, die Demokraten stellten dagegen die Plattform 16:1 (freie Silberprägung in der Wertrelation 16:1 zum Gold) auf. So tief, wie diese sich ganz um die Währungsfrage drehende Wahl von 1896, hatte bisher keine andere seit dem Bürgerkriege die Nation erregt. Aber da der demokratischen Währungspolitik die Schuld an der Krise zugeschoben wurde, siegte der Republikaner mit 271 gegen 176 Stimmen: Mac Kinley von Ohio (Abb. 100). Seitdem ist die Währungsfrage zugunsten des Goldes entschieden, der Staatskredit befestigte sich wieder, und mit dem spanischen Kriege begann auch eine allgemeine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung.

Cleveland hatte die Herrschaftsstellung der Demokraten in der Exekutive und in beiden Häusern des Kongresses — seit März 1859 war diese Situation nicht wieder dagewesen — auch handelspolitisch ausgenutzt. Die Mac Kinley-Akte (S. 140 f.) war daher unter ihm 1893 durch den die Zölle herabsetzenden Wilsontarif ersetzt worden. Aber dieser befriedigte niemand, und noch weniger populär war die Absicht einer Einkommensteuer, die den der Tarifeinführung folgenden Einnahmeausfall ersetzen sollte. Sie wurde vom höchsten Gerichtshof sogar als „direkte" Steuer, die Art. 1 der Verfassung den Staaten vorbehält, für

ungültig erklärt. Mit fiskalischen Gründen — seit Jahren überstiegen die Ausgaben die Einnahmen — begründete daher sofort nach seiner Inauguration Mac Kinley die Notwendigkeit eines neuen Tarifs. Aber „der leitende Grundsatz der auf Erhöhung der Einnahmen durch Einfuhrzölle gerichteten Tarifgesetzgebung ist“, so fuhr die Inauguraladresse fort, „die einheimischen Industrien und die Entwicklung des Landes zu fördern“. Darin sprach sich eben das Schutzzollbedürfnis der mit Mac Kinley ans Ruder gekommenen Republikaner aus. Der neue Dingley-Tarif (Juli 1897) führte eine starke, teilweis prohibitive Erhöhung aller Wertzölle und die Rohstoffzölle wieder ein. Im Jahre 1900 ist Mac Kinley abermals gewählt worden, sogar fast alle Großstädte stimmten für ihn, und damit blieb die selbständige, rücksichtslose Schutzzollpolitik seiner Partei in Kraft. Ihre Erfolge waren er-

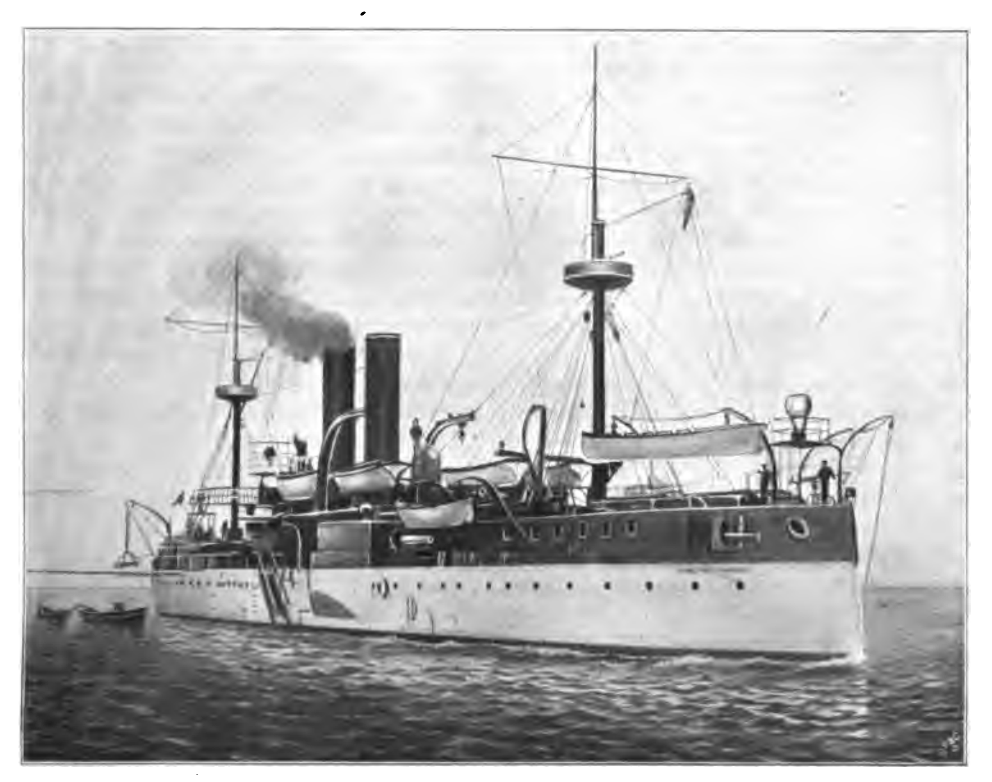


Abb. 102. Das (ältere) Kriegsschiff „Maine“. (Zu Seite 164.)

staunlich. Auf dem Eisen- und Textilmarkt wurde der amerikanische Wettbewerb immer gefährlicher. Seit 1891 haben die Amerikaner immer mehr verkauft, aber, absolut und relativ, weniger vom Auslande gekauft. War die Union vorher an England und Deutschland stark verschuldet, so begann mit Mitte der neunziger Jahre ein rapider Edelmetallrückfluß nach der Union und glich den fiskalischen Mißerfolg des Dingley-Tarifs aus. Die Staatsschuld sank ständig, ja zum ersten Male begann die Union, wenn auch noch nicht in starkem Umfange, als Kreditgeber aufzutreten: im Herbst 1898 stellte die Londoner Börse die Tatsache dieses Umschwunges fest. Darin zeigte sich nun auch der ganzen Welt, daß ein Abschluß der Entwicklung gegeben war. Die Vereinigten Staaten sind ein fertiger Exportindustriestaat auf starker agrarischer und Edelmetallbasis geworden; das unterscheidet sie in der letzten Periode durchaus von dem Nordamerika Lincolns und Grants. Und darin ist begründet, daß die Partei, die Drängerin und Trägerin dieser Entwicklung war, nun endgültig die stärkere geworden ist. Das Übergewicht der Republikaner, also

der großen Industrie, des Exporthandels, der Banken, Trusts und teilweise der Arbeiterschaft steht damit fest. Ihr Herrschaftsgebiet ist geographisch das alte: der Norden — wenn auch die mittleren Staaten des Nordens immer unsicher sind und der republikanische Einfluß in Kalifornien und in der Negerbevölkerung weit nach Süden herunter reicht. Dafür sind im Norden die großen Städte und die Farmer demokratisch, wie die Silberfürsten, die Baumwollexporteure usw. im Süden — in Wünschen und Zielen alle nicht entfernt so geschlossen, wie die republikanischen Gruppen.

Groß und einfach ist wieder der Gegensatz geworden, der damit die beiden Parteiorganisationen scheidet. Und es war natürlich, daß mit dieser Vereinfachung die kleineren Gegensätze zurücktraten. Doch ist die Zivildienst-Reformbewegung nicht zum Stillstand gekommen. Es gibt eine National-Zivildienst-Kommission, aus beiden Parteien zusammengesetzt, die den „klassifizierten" Dienst immer weiter ausdehnen soll. Zwar wird ein lebhafter Kampf um sie geführt, aber die Geldbewilligungen für ihre Zwecke durch den Kongreß sind doch immer größer, die dem Beutesystem entzogenen Stellen immer zahlreicher geworden. Hier liegt das erste große Verdienst Roosevelts, der dieser Kommission 1889—1895 als Mitglied und Präsident angehört hat: auf 50 000 Bundesbeamtenstellen ist unter ihm die Reform ausgedehnt worden, so daß sie sich außer dem Postamt schon auf beinahe alle Bundesstellen erstreckt. Seine Essays, die über seine Erfahrungen darin berichten, zeigen, daß er mit großer gedanklicher Klarheit an das große Problem herantrat, so selbstverständlich seine Grundsätze dem an ein lauteres und unabhängiges Beamtentum gewöhnten Europäer sind. Roosevelt fiel demgemäß auch die Aufgabe zu, das Wespennest auszuheben, in welches das vom Senate eingesetzte berühmte Lexowkomitee 1894 hereingegriffen hatte. In ihm ging über die unendliche Korruption von Tammany-Hall wieder ein Strafgericht nieder. Der Mittelpunkt aber dieser Mißbräuche war das Polizeidepartement der Stadt New York, und von 1894—96 arbeitete Roosevelt mit einem Demokraten zusammen daran, es zu säubern. Scharfen Blickes sah er die Kernfehler: die zu große Anzahl von Gesetzen, um deren Durchführung sich kein Mensch kümmert, die Verquickung städtischer Angelegenheiten mit Staatsparteiinteressen, die Stellung des „Ward"-Politikers, die Verbindung des „Saloonkeeper" mit dem „Bar"-Politiker.

Wichtiger aber noch als diese verdienstvolle Reformarbeit und der feste Reformwille, die von Roosevelt und seinen Freunden vertreten werden, auch wichtiger, als daß sich die Reform unabhängig von den Parteigegensätzen vollzieht, ist die gedankliche Wandlung, die damit im Zusammenhang steht. Sie ist die Lösung von der rein individualistischen Auffassung: „ein größeres Unrecht ist es, gegen das Gemeinwesen zu sündigen, als gegen einen einzelnen," sagt Roosevelt einmal. Er und vielleicht noch klarer der ihm nahestehende imperialistische Wirtschafts- und Kulturtheoretiker Brooks Adams sehen, daß die Gesetze des individuellen Lebens nicht ohne weiteres übertragbar sind auf die sozialen Bildungen. Eine neue Anschauung von diesen als selbständigen, nach eigenen Gesetzen lebenden Erscheinungen bahnt sich in beiden für Nordamerika an. Durch die vergleichende Betrachtung der Chancen des Wettbewerbs mit anderen Völkern kommt Adams schon zu der Ansicht, daß die Hauptschwäche für die Union in ihrer mangelhaften Assoziation und Organisation liege; aufs engste berühren sich in ihm Imperialismus und staatssozialistische Anwandlungen. Daraus zieht man aber schon eine praktisch sehr bedeutungsvolle Folgerung. Bisher war Amerika das Land des privaten Unternehmungsgeistes und hat Glänzendes erreicht, indem es ihn überall walten ließ, auch da, wo dem Europäer eine andere als staatliche Regelung undenkbar erscheint. Die Bewässerung des trockenen Westens und der Bau des interozeanischen Kanals aber sind zwei Aufgaben, die durch jenen gewaltigen Motor des Fortschritts allein doch nicht zu lösen sind. Und von da aus — zumal auch die Union in Neumexiko die alte spanische Einrichtung des Gemeinbesitzes an den Bewässerungseinrichtungen schon übernommen hat und der Wirrwarr der zahllosen ungeregelten Privatberechtigungen an den Wasserläufen der jüngeren Staaten deren Übernahme auf eine Gesamtheit geradezu herausfordert — befreunden sich entschlossenere Geister immer mehr mit dem der amerikanischen Vorstellungsweise so fern

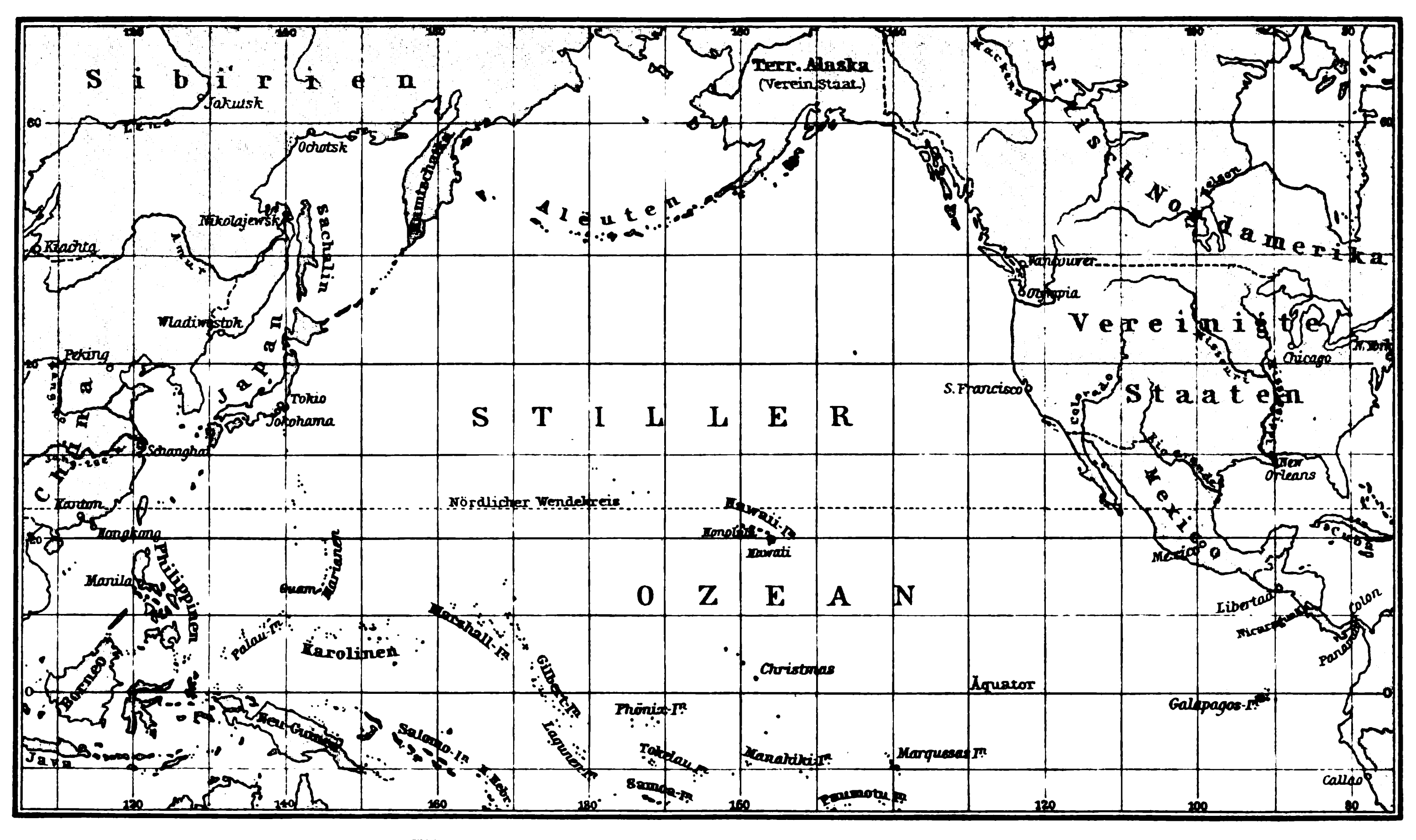


Abb. 108. Westküste Amerikas und Ostküste Asiens. (Zu Seite 165 f.)

liegenden Gedanken der Verstaatlichung: auf Wald und Wasser, ja Kohlengebiete, Indianerreservationen und das Prärieland dehnen sich die Wünsche nach staatlicher Kontrolle und staatlichem Besitze aus, weil hier das ganz unbehinderte Spiel der Einzelkräfte schon allzu deutlich seine schädlichen Folgen für die Allgemeinheit gezeigt hat. An diesen Fragen, an der Zivildienstbewegung, an der Bewegung gegen die Trusts, an der Entscheidung des Präsidenten in Lohnkämpfen bildet sich so eine neue Anschauung von der Stellung und den Pflichten des Staates heraus, die auch ihrerseits zeigt, daß mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ein neues Amerika zu entstehen begonnen hat. —

Nachdem 1865 die unionistischen Tendenzen gesiegt und ein selbständiges Sonderdasein der einzelnen Staaten für immer unmöglich gemacht hatten, war es nur eine Folge dieses Sieges, daß die Union, innerlich erstarkt und geschlossener geworden, als sie die Naturgrenzen ihres Machtbereiches politisch und wirtschaftlich erreicht hatte, über sie hinaustrat. Während es der industriellen Entwicklung und der republikanischen Politik gelingt, den inneren Markt immer mehr für sich in Anspruch zu nehmen, führt der Drang vornehmlich der östlichen Industrien nach Absatz schon über die Grenzen der Union heraus. Ihre Produktion dringt ein in alle Poren des europäischen Wirtschaftslebens, gleitet hin an den Fäden des Verkehrs mit dem amerikanischen Süden und nimmt teil an der Erschließung neuer überseeischer Absatzmärkte. Da aber an diesen Fäden des Verkehrs nach unabänderlichen Gesetzen auch der politische Einfluß seinen Weg sucht und findet, so bedeutet dieses Übergreifen über See zugleich auch eine der entscheidendsten politischen Wendungen in der amerikanischen Geschichte seit der Unabhängigkeitserklärung und seit dem Siege von 1865. Denn nur diesen ist der Krieg mit Spanien, zu dem man in der nicht völlig aufgeklärten Explosion der „Maine" (Abb. 102) den willkommenen Anlaß fand, und der Pariser Friede von 1898 an die Seite zu stellen. Mit dem Donner der Kanonen von Cavite und Manila trat die Union endgültig ein in das System der europäischen und Weltpolitik; der Krieg, der ein Kolonialeroberungskrieg gewesen war, bedeutete ein volles Aufgeben der Lehren Washingtons und Monroes. Auf wirtschaftlichem Gebiete hält die herrschende Partei an deren Programmen fest, auf politischem gibt sie sie auf: die Union beginnt, kraft der in ihr wirksamen Expansionskraft, eine selbständige, systematische Kolonial- und — als ihr notwendiges Korrelat — auch eine tatkräftige Marinepolitik (Abb. 105). An Stelle der Beschränkung der früheren Jahrzehnte tritt ihr die „augenscheinliche Bestimmung" (manifest destiny) zur Weltmacht. Damit schießen alle die Strebungen nach außen, die schon in der vorigen Periode und früher von Einzelinteressen, einzelnen Abenteurern, einzelnen Scharfblickenden vertreten waren, mit einemmal zu einem politischen System zusammen, dessen Geschlossenheit dann nicht mehr auffällt, wenn man die Stadien seiner Vorbereitung in früheren Zeiten verfolgt hat. Nicht, daß die Monroe-Lehre ganz aufgegeben wäre. Insofern sie sich von den europäischen Verwicklungen fernzuhalten gebot, kann sie freilich für eine auswärtige Politik nicht mehr gelten, die die expansiven Tendenzen ihres wirtschaftlichen Lebens zwingen, an der Verteilung des Erdballs unter die Weltmächte tätig, ja aggressiv teilzunehmen. Aber soweit sich die Monroe-Doktrin auf Amerika bezieht, gilt sie gerade jetzt erst recht unverbrüchlich, wird sie, so oft es das Interesse gegen Europa zu erfordern scheint, angerufen. In ihrer ältesten Form ist sie 1895 und 1903 in Venezuela mit Erfolg geltend gemacht und da sogar von den europäischen Mächten anerkannt worden. Ebensowenig gab man die zweite Fassung auf, die ein Weichen der europäischen Mächte aus ihrem Kolonialbesitze voraussah: „Europa verjagt von der Neuen Welt in wirtschaftlicher und politischer Beziehung" bleibt das Ideal. Die erste Bresche in den Kolonialbesitz europäischer Mächte ist mit der Eroberung Kubas (Abb. 101) und Porto Ricos gelegt, die Aspirationen auf den Rest des Antillenkranzes gehen weiter. Und in diesem Westindien, um das im achtzehnten Jahrhundert in glänzenden Schlachten England und Frankreich rangen und wo Rodney und de Grasse die Klingen kreuzten, rüstet sich die Union, als lachender Erbe beider aufzutreten, um das Übergewicht im Karibischen Meere zu erlangen, das ihr der volle Erfolg der interozeanischen Kanalpläne noch erheblich verstärkt. „Sind Einfuhr und Ausfuhr auf dem Mississippi genügend geschützt, besitzen die Vereinigten Staaten Vorposten und



Abb. 104. Hauptportal der Harvard-Universität.
Nach einer Originalaufnahme der Photoglob Co. in Zürich. (Zu Seite 170.)

ist die Verbindung dieser untereinander und mit der Heimatbasis gesichert, dann wird das Übergewicht der Vereinigten Staaten auf dem Karibischen Meer und in der Beherrschung des interozeanischen Kanals eine mit mathematischer Sicherheit sich ergebende Folge ihrer geographischen Lage sein" — diese Voraussage Kapitän Mahans ist teilweise schon eingetreten, aber des militärischen Vorstoßes, der in ihr angedeutet ist, hat es nicht bedurft, um die Beherrschung des Kanals zu sichern. Was Blaine vergeblich erstrebt hatte, gelang jetzt: dem im Transvaalkrieg festgelegten England den bedingungslosen Verzicht auf den Clayton-Bulwer-Vertrag abzuringen. Die neue Verbindung der Weltmeere steht lediglich unter nordamerikanischer Verwaltung und Kontrolle, von Nordamerikanern gebaut; ihre wirtschaftlichen, politischen, militärischen Vorteile kommen so gut wie ganz den Vereinigten Staaten zugute. Der interozeanische Kanal stellt vor allem eine ganz außerordentlich verkürzte strategische und kommerzielle Verbindung zwischen Ost und West der Union her, die ihr die machtvolle strategische Stellung Englands auf den westindischen Inseln freilich noch sehr beeinträchtigt, und weist die Richtungen, in denen sich von nun an ihr Vorwärtsdrängen ganz anders als bisher betätigt: nach dem Süden, dessen pazifische Küsten durch den Kanal ganz erheblich in die Nähe des Nordens gerückt werden, nach den Inselgruppen des Stillen Ozeans und dem australischen Festlande, und auch nach dem fernsten Osten, den Küsten Japans und Chinas. Die Vollendung der die beiden Ozeane verbindenden Wasserstraße wird „wesentliche Umwälzungen im überseeischen Verkehr weniger durch die größere Bequemlichkeit oder Abkürzung der Durchfahrt zur Folge haben, als durch die Verschiebung im Wettbewerbe um Absatzgebiete und Bezugsquellen, die sie herbeiführt". Und darin fällt der Vorteil durchaus und wesentlich ihren Erbauern und Herren, den Vereinigten Staaten, zu.

Mit diesem Abschlusse aber wird die Union endgültig eine pazifische Macht, ein, vielleicht der entscheidende Faktor im Problem des Stillen Ozeans (Abb. 103). Die

prophetische Voraussage Goethes (im Gespräch mit Eckermann vom 21. Februar 1827), daß für „diesen jugendlichen Staat mit seiner entschiedenen Tendenz nach Westen“ und bei der vorauszusehenden Entwicklung der pazifischen Küste und des Verkehrs mit China und Ostindien „eine Durchfahrt aus dem mexikanischen Meerbusen in den Stillen Ozean unerläßlich“ sei, hat sich damit erfüllt, wie Goethes Zusatz: „und ich bin gewiß, daß sie es erreichen“. Und ebenso der Ausspruch Sewards vom Jahre 1852, der wußte, warum er 1867 Alaska erwarb: „Der Stille Ozean, seine Küsten, seine Inseln und das ungeheure Gebiet jenseits werden der Hauptschauplatz der Ereignisse der Welt künftig werden.“ Im Inneren sind die Etappen dieser Verschiebung die Bevölkerungszunahme und die Entwicklung Alaskas, Oregons, vor allem Kaliforniens und San Franciscos, wozu noch die unabsehbare Wirkung der Bewässerung des Arid West, wenn sie gelingt, kommen wird. Nach außen: Hawaii, formell 1898 annektiert und als Territorium der Union angegliedert; Tutuila und einige kleine samoanische Inseln, 1900 endgültig erworben und unter einem Marinegouverneur stehend; die Philippinen mit der größten Ladroneninsel Guam, 1898 als halb ungewollte Frucht des Sieges über Spanien der Union in den Schoß gefallen. Erst diese letzten Erwerbungen haben dem nordamerikanischen Volke im ganzen den Wandel der Zeit recht zum Bewußtsein gebracht. Man empfand das Jahr 1898 als ein „Pivotjahr“ im Fortschreiten der Nation, fühlte, daß die Union eine Groß- und Weltmacht geworden war, und fühlte die Zunahme an Prestige wie an neuen Pflichten, die dies „Erwachen“ ihr brachte. Darum hat man in leidenschaftlicher Erörterung um die Frage gestritten, ob man die Philippinen erwerben und wie man sie verwalten solle. Aber die Frage war entschieden, seitdem einmal die expansiven Kräfte in der Union stark genug geworden waren, das Ausgreifen über die natürlichen Grenzen, auf Gebiet, das durch seine tropischen Bodenschätze, als Kohlen- und Kabelstation und strategischer Stützpunkt wertvoll erschien, durchzusetzen. Ein Zurück gab es nicht mehr. Mit den Philippinen aber trat auch die Union schon unmittelbar in das Netz europäischer Interessen herein; sie hat eifrig in der Unterdrückung der chinesischen Wirren der Jahre 1900 und 1901 mitgewirkt und nimmt an der Erschließung Ostasiens, neben und mit den europäischen Mächten, teil.

An solchen äußeren Erfolgen hat sich bisher mit dem pazifischen Vordringen das auf Südamerika gerichtete imperialistische Wollen nicht messen können. Der nordamerikanische Handel hat weder den englischen noch den deutschen erreichen können, und vor allem Siedlungselemente zur Gewinnung des Südens abzugeben, vermochte die Union bisher noch nicht. Gleichwohl stehen die alten Aspirationen Clays und Blaines auf die unabsehbarer Entwicklung fähigen, an Rohstoffen aller Art reichen und noch wenig erschlossenen Flächen des tropischen Südamerikas nicht still. In die imperialistische Politik gehören die Schaffung direkter Dampferverbindungen und die Förderung der Handelsflotte herein, und der Kanal zieht die mittelamerikanischen Staaten, in denen er politische und wirtschaftliche Umwälzungen hervorruft, von selbst in die Machtsphäre der Union, wie es das von Amerikanern geschaffene mexikanische Eisenbahnnetz mit Mexiko schon getan hat. Darüber hinaus wird an dem großartigen Projekt einer südamerikanischen Nordsüdkontinental-Bahn gearbeitet, und ist amerikanischer Einfluß überall eifersüchtig tätig, gegen europäische Mächte die Stellung der Union zu festigen, der der Besitz des Bodens durch nordamerikanische Farmer noch keinen Nachdruck geben kann. Und während allerdings auch die katholisch-romanische Reaktion gegen die allamerikanischen Pläne erstarkt ist, haben 1897 in Philadelphia, 1901—1902 in Mexiko wieder panamerikanische Zusammenkünfte stattgefunden. Hat vor allem die panamerikanische Ausstellung in Buffalo im Jahre 1901 die Riesenfülle aller Produkte aus Natur und Kunst der drei Amerika, tatsächlich „vom Lincolnsee bis zum Kap Hoorn“, in sich vereint und so zum erstenmal ein Gesamtbild von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der ganzen Neuen Welt gegeben.

Wenn man früher, in den fünfziger Jahren, von dem „Manifest Destiny“ der Vereinigten Staaten sprach, dann träumte man nur von einer amerikanischen Weltmission, die amerikanischen Festländer zu erobern, während Rußland ganz Europa in sich aufnehmen würde. An diese Phantasien und an ähnliche Gedanken, die schon Tocqueville

ausſprach, knüpft an und wandelt ſie doch dem Wandel der Zeiten entſprechend Brooks Adams' Traumbild (1898) von den beiden Reichen der Zukunft: dem engliſch-amerikaniſchen Bund, deſſen rechten Flügel England und deſſen linken die mittleren Provinzen Chinas bilden und deſſen Zentrum liegen ſoll in der pazifiſchen Hälfte der nach Süden gewendeten Union, und dem anderen, deſſen Zentrum Rußland-Aſien und deſſen linker Flügel Weſteuropa ſein wird. Phantaſtereien! Aber in ihnen prägt ſich am klarſten die Verſchiebung in der politiſchen Konſtellation, die Umbildung der politiſch-geographiſchen Vorſtellungen und vor allem der ungeheure Fortſchritt der Vereinigten Staaten aus. —

II. — Mount Vernon und Wallſtreet — welche Gegenſätze werden in dieſen beiden Namen deutlich, zwiſchen denen eine Welt zu liegen ſcheint und zwiſchen denen nur ein Jahrhundert liegt! Das virginiſche Landgut, von dem Waſhington ausging und zu dem er zurückkehrte, als er Neu-England in den Sattel geſetzt hatte, und die Reihe der Geſchäftspaläſte in New York, das Zentrum angeſpannteſten, vielſeitigſten Geſchäftslebens,



Abb. 105. Das Schlachtſchiff „Maſſachuſetts", Typ eines modernen amerikaniſchen Panzerſchiffes. (Zu Seite 164.)

in dem die Fäden eines Verkehrs mit der Welt zuſammenlaufen! (Abb. 69 u. 70.) Welchen Inſtitutionen, welchen wirtſchaftlichen, welchen ſittlichen Kräften haben die Vereinigten Staaten dies Werden und dieſe Blüte verdankt? Das Weſentliche liegt doch darin, daß germaniſche Siedler in Maſſen, mit hohen Kulturbedürfniſſen und wirtſchaftlicher Initiative, auf einen ungeheuren Raum traten. Dieſer gab die Gelegenheit zu ſtufenweiſe vorſchreitender, ſich immer mehr verbreiternder Entwicklung, die gleichwohl, weil ſie größtenteils nur in gemäßigtem Klima und durch die eigene mühſelige Arbeit des Menſchen zu vollziehen war, nur ſelten den unmittelbaren, ganz großen und darum vorübergehenden Erfolg in den Schoß warf, doch auch niemals die Exiſtenz des ganzen Volkes durch Hungersnot bedrohte. Die wirtſchaftlichen Kräfte aber waren, wenn einmal durch die Arbeit erſchloſſen, unerſchöpflich: erſt reiner Agrarſtaat im Norden, im Süden in mehr tropiſcher Abwandlung, wird die Union ſehr raſch, ohne die agrariſche Grundlage zu verlieren, durch ihren Reichtum an Kohle und Eiſen, der ſie, als einziges unter den Induſtrieländern der Welt, von dem Zwange, Erz importieren zu müſſen, befreit, zum Induſtrieſtaat, während die kommerzielle Entwicklung nach außen jener gewerblichen noch nicht in entſprechendem Maße folgt. Möglich aber wurde dieſe ſchnelle Entfaltung nur durch die energiſche und umfaſſendſte Verwendung der



Abb. 106. Oswald Ottendorfer, Besitzer und Herausgeber der „New Yorker Staatszeitung“, bis zu seinem Tode (1900) der nach K. Schurz hervorragendste Führer der Deutschen in den Vereinigten Staaten. (Zu Seite 170.)

modernen Hilfsmittel des Dampfes und der Elektrizität, zu der die im Anfang geringe Menschenzahl und die Erfindungsgabe des angelsächsischen Pioniers führten, und die wieder einen Reifen schuf, das Auseinanderfallen der neuen Staatenbildungen auf dem großen Raume zu verhindern. Aber obwohl trotz alledem doch nur die fortdauernde Einwanderung aus allen Nationen Europas die zur Bewältigung dieser Riesenaufgabe in fünf Vierteljahrhunderten notwendigen Menschenmassen liefern konnte, ist der englische Geist in den politischen Einrichtungen und Anschauungen, welche die Vereinigten Staaten beherrschen, durchaus siegreich geblieben. Der angelsächsische Gemeingeist — ausgedehnteste Freiheit für den einzelnen und doch Achtung aller vor dem Gesetz — hat in der Verfassung und dem politischen Leben der Union trotz aller Schattenseiten seine glänzendste Entfaltung auf der Erde gefunden. Nicht denkbar wäre die Entwicklung und Stellung der Union, wirtschaftlich und politisch, ohne diesen durch und durch politischen, ohne diesen durchaus demokratischen Zug ihrer Bewohner. Aus diesen Wurzeln erwuchs ein Volkscharakter, mit verhältnismäßig hohem, aber durchschnittlich gleichmäßigem Bildungsniveau, zunächst durchaus individualistisch, nur beherrscht von dem Drange der wirtschaftlichen Erschließung des Landes. Die Mächte, die bildend auf seinen Geist einwirkten, waren zunächst nur die Natur und die Kirche. Die Natur — insofern er in ihrer Überwindung die menschlichen Kräfte zu ungemessenen Leistungen steigert und doch in dem Verkehr mit ihr sich ihr beugt. Die Kirche — indem von Anbeginn protestantisch-religiöses Leben und Bedürfnis mit den Einwanderern herüberkam, lebendig blieb und in ihren Formen sich lange alles geistige Leben bewegte. Dies geistige Leben richtete sich durch die Aufgaben, die die Umwelt stellte, vorerst auf den Verstand, die Phantasie zurückdrängend und aus Raumesgründen wenig befruchtend.

Auf den durch die koloniale Arbeit aufs höchste gesteigerten Individualismus geht es zurück, wenn sich ein organischer Staatsbegriff nicht ausbildete, zumal dem Staate durch seine grundsätzliche Trennung von der Kirche eine stete Wirkung auf die Geister abgenommen war. Mehr als eine Handelsgesellschaft neben ihm, die die Aufgaben erfüllt, für die die Kraft des einzelnen versagt, aber keine Aufgabe angreifen soll, der die Privattätigkeit gewachsen ist, erscheint der Staat dem Amerikaner, denn als persönliche, sittliche Macht über ihm. Dadurch hat der einzelne freieste Bahn zur Betätigung aller Kräfte, werden glänzende Leistungen privaten Unternehmungsgeistes hervorgebracht, und der Erfolg hat auch gezeigt, daß gerade die eigenartigen Kulturprobleme, vor die die Amerikaner gestellt sind, bisher am besten gelöst wurden, wenn der Staat vor der Gesellschaft zurücktrat, in der Gesellschaft aber der Initiative des einzelnen der weiteste Spielraum freiblieb. Aber darunter leiden fraglos die Aufgaben des Staates gegenüber den Schwachen, und darunter leidet der Begriff der öffentlichen, der Amtspflicht. Nach diesen Richtungen werden die Zivildienst-Reformbewegung und die leise heraustretende ständische Gliederung des Volkes (man will etwa schon Arbeiter, Farmer, Unternehmer, Berufspolitiker als die Stände des amerikanischen Volkes unterscheiden) auf die Staatsanschauung des Volkes Einfluß üben.

Und doch hat dieser bisherige Mangel in der sittlichen Anschauung, der in der „Beutepolitik“ zur offenen politischen und privaten Unsittlichkeit wurde, nicht Laufbahnen ausgeschlossen, wie die Washingtons, Lincolns, Greeleys und vieler anderer, die in

reinem, uneigennützigem, opferbereitem Wollen dem Vaterlande geweiht waren. Dem Vaterlande — denn dieser Begriff und ein nationalamerikanisches Gefühl ist entstanden. Die Dünne der Bevölkerung in dem großen Raume gab anfangs allerdings einem Staatenpatriotismus Raum, der sich höheren Begriffen direkt feindlich erwies. Aber die stärkere Zusammenziehung durch den Verkehr, die Interessengemeinschaft, das gemeinsame Blut ließen darüber hinaus die Union erwachsen, für die der Yankee auch in blutigen Kämpfen und in germanischer Tapferkeit sein Leben zu lassen imstande ist.

Nicht der materielle Gewinn ist das im Tiefsten treibende Motiv dieser ganzen Entwicklung, sondern der Trieb auf Eroberung: Herr zu werden dieser Schätze und dieser Kräfte, um derentwillen der rücksichtsloseste Egoismus, die höchstgespannte Willenskraft, die geschärfteste Verstandestätigkeit, kühnste Verachtung des eigenen und fremden Lebens eingesetzt werden. Aber so glänzend die Ergebnisse dieser Arbeit sind, so einseitig sind sie auch bisher. Der Konzentration auf den von Stufe zu Stufe lockenden materiellen Erwerb und der dafür gezüchteten Energie verdankt das nordamerikanische Volk seine wundersame Laufbahn, aber auch seine ungeheure Einseitigkeit, die Monotonie des Lebens, den Mangel an innerem Gehalt, die gleichmäßige geistige Struktur, die schon Tocqueville unangenehm empfand, die Gemütlosigkeit, die G. Whittier den verzweifelten Ausruf entlockte: „Wir Neu-Engländer haben keine Lieder!“ Eine nationale Kultur im höchsten Sinne hat auf diesem Boden noch nicht zu entstehen vermocht. Wohl zieht sich eine ausgeprägte amerikanische Zivilisation, eine ganz bestimmte typische Art, das Leben zu nehmen, darüber hin. Jedoch ein eigenes, bodenständiges geistiges Leben ist noch nicht recht erwachsen. Ansätze, Pfadfinder und Pioniere auch auf dem Wege zu einem amerikanischen Kulturideal sind in den am reinsten angelsächsischen und zugleich ältesten Gegenden entstanden. Daß es eine nationalamerikanische Literatur, Kunst, Philosophie gäbe, wird man trotz Whitman, trotz der Geschichtsbilder in Washington und Boston und auch trotz Emerson noch nicht sagen können. Zwar wendet Nordamerika seine eigenen Maßstäbe, sein eigenes Urteil auf alles, was zu ihm hereinkommt, an, aber es schafft noch keine originalen Gedanken, keine neuen ästhetischen Ideale. Zu stark hat bisher noch das Übergewicht der geistigen Kultur Europas zusammen mit der übermäßigen Inanspruchnahme aller physischen und geistigen Kräfte durch die nächste geschichtliche Aufgabe hemmend gewirkt. Darum fehlt auch im tiefsten Grunde dem großartigen politischen Ideale des Imperialismus noch sein sittliches Recht. Darum gilt Franklin noch allgemein in Europa als Typus des Yankees, da er empfahl, den räuberischen Adler aus dem Wappen zu ersetzen durch den nützlichen, friedfertigen amerikanischen Truthahn. Darum glaubt man sich auch hier und dort berechtigt, zu zweifeln, ob sittliche Kräfte überhaupt in der amerikanischen Union lebendig sind.



Abb. 107. Booker T. Washington.
Copyright 1902 by Pach Bros. in New York.
(Zu Seite 173.)

Daß solche — Selbstüberwindung und Vaterlandsliebe, Reinheit des Wollens und Handelns für das Ganze, starkes religiöses Empfinden, Verehrung von wahrer Größe — in ihrer Geschichte lebendig waren, lehrt ein Blick auf ihre Gestalten und ihre Wandlungen. Aber auch Ansätze von Vertiefung des allzu materiellen Lebensideals treten im Jungamerikanertum hervor, das seinen Typus durch eine seltsame Verkettung der Umstände schon an der Spitze der Union sieht. Durch die Ermordung Mac Kinleys wurde 1901 Theodore Roosevelt (geb. 1858; s. Titelbild) aus dem Schatten der Vizepräsidentenstellung in das Licht des Weißen Hauses (Abb. 108) gerückt. Von

Vaterseite holländischen, von Mutterseite schottisch-hugenottischen Ursprungs, ist er der typische Vertreter der College-Men (er hat auf der Harvard-Universität [Abb. 10 u. 104] studiert), von denen Carnegie (im „Empire of Busineß") noch keinen an der Spitze der großen gewerblichen Unternehmungen zu nennen weiß und denen die Anhänger von Tammany-Hall immer entgegenhielten, sie hätten in ihrer Collegebildung keine Berührung mit dem Volk. Gründlich gebildet, selbst ein gewandter, fruchtbarer Schriftsteller, aber auch „Ranchman", Jäger und Reiter, trat er schon 1881 ins politische Leben ein. Überall machte er sich durch die Energie des Wollens, die Lebhaftigkeit des Temperaments und auch die seltene Gedankenklarheit seines politischen Handelns bemerkbar. Die Schicht, die er vertritt, trägt schon eine andere geistige Struktur, als etwa die Politiker unter Grant oder auch noch die erste Gruppe der Imperialisten, wie Mac Kinley. In den Dienst der expansiven Politik hat er sich rückhaltlos gestellt, über deren treibende Motive er sich klar ist. Er kennt die Fremde, sein Nationalgefühl ist nicht mehr die naive, protzige Überschätzung des eigenen Landes, wie das des Yankees in Dickens' „Martin Chuzzlewit". Die vollen Konsequenzen des Machtstrebens nimmt er auf, arbeitet für Vermehrung der Kriegsflotte (1897 schon, als Assistant-Secretary der Marine, erhob er die Forderung einer „formidable" Schlachtflotte für die Union), Reform des Heeres, Verselbständigung des Handels. Und er hat eine tiefe Empfindung für die sittlichen Kräfte des Volkslebens. In seinen „Amerikanischen Idealen" sind Ehre, Tat, männliche Tugend die Leitmotive, kehrt die Betonung der Pflicht im öffentlichen Leben immer wieder; Glaube und Begeisterung erkennt er als die Motoren männlicher Taten in der Welt. Gerade der College-Gebildete ist nach ihm bei seiner Ehre verpflichtet, am öffentlichen Leben teilzunehmen, einem hohen Ideale nachzustreben. Für die niedrige Geldsucht hat er die schärfsten Worte der Verachtung, für die Leute, „die alles messen nach der Ladenkasse, die keine Eigenschaft, die nicht einen Handelsvorteil bedeutet, schätzen können, die nicht einsehen, daß ein Dichter viel mehr für ein Land tun kann als der Besitzer einer Nägelfabrik, die sich nicht vorstellen, daß kein Ertrag wirtschaftlicher Prosperität den Mangel an den heldischen Tugenden gut machen oder von sich aus die furchtbaren sozialen Probleme lösen kann, denen die ganze zivilisierte Welt jetzt ins Gesicht sieht". „Nur der ist ein Gentleman, der sein Leben hinzuwerfen bereit ist für kleine Dinge, d. h. die klein scheinen dem, der nur sorgt, ob die Kurse steigen oder fallen, und dem ängstlichen Doktrinär, der von seiner Klosterstudierstube aus furchtsamen Frieden predigt." In diesem Sinn für kriegerische Kraft und nationale Ehre, den Roosevelt im kubanischen Kriege mit der Tat bewährte, in dem jugendlichen Enthusiasmus und in diesem ethischen Idealismus liegt deshalb eine Gewähr dauernder Wirkung, weil sie nicht, wie der Idealismus Emersons, losgelöst auftreten vom realen amerikanischen Boden.

III. — Wenn die Ausprägung eines amerikanischen Kulturideals, wie sie jene großen Geister begannen, nicht allgemein gelungen ist, so liegt das neben den genannten Faktoren aber auch daran, daß es ein Kulturideal sein sollte, ohne daß doch die Nation schon erwachsen war, deren Empfindungen, deren unbestimmtes Sehnen und Wollen es aussprechen will. Das amerikanische Volk ist erst im Werden; „Schmelztiegel der Nationen" hat man (W. T. Stead) das Land zwischen beiden Ozeanen genannt. Aus diesem Schmelztiegel aber ist noch kein einheitliches Volkstumsmetall hervorgegangen. Zwar ist das Leben durchaus beherrscht von der angelsächsischen Art, es zu erfassen; „durch Amerika spricht England zur Welt!" rief Charles Dilke (im Greater Britain) jubelnd aus, und: „der amerikanische Geist ist nur die Fortsetzung des englischen unter neuen, mehr oder weniger günstigen Bedingungen" (Emerson). Schon das ist vielleicht zweifelhaft. Friedrich Ratzel besonders vertritt den Standpunkt, daß man nicht von Anglo-Amerikanern sprechen solle, sondern von Europäo-Amerikanern, die nur die Sprache gemein haben mit den Engländern und sonst ihnen gegenüberstehen als fremdes Volk; haben doch auch eigentlich nicht die Angelsachsen, sondern die keltischen, aber englisch sprechenden Irländer dem Lande den angelsächsischen Charakter gewahrt. Und manche Anzeichen machen es zweifelhaft, ob die beherrschende angelsächsische Schicht imstande sein wird, ihre Stellung und damit auch dem englischen Kulturideal die

seine zu bewahren, sie hängen im Tiefsten zusammen mit der amerikanischen Kultur von heute.

Die einseitige Richtung auf das Erwerbsleben, die im Sport nicht das ausreichende Gegengewicht einer allgemeinen Wehrpflicht findet, reibt die von ihr Beherrschten auf, erzeugt eine immer größere Nervosität, schwächt die physische Kraft der Rasse und fördert die Abneigung gegen die Ehe. Im sozialen Leben wiederum begründet sich eine selbständige Stellung der Frau, die ihrerseits diese Abneigung steigert. Daher weisen die Staaten, die am längsten unter dieser Entwicklung stehen, die Neu-England-Staaten, wie Massachusetts und Rhode Island, schon einen bedenklichen Rückgang der Geburten auf, der Roosevelt das zornige Wort vom „Rassenselbstmord" entlockt hat. Hat nun bisher die Einwanderung die angelsächsischen Züge noch nicht wesentlich zu wandeln vermocht, so



Abb. 108. Das Weiße Haus in Washington. (Zu Seite 169.)

gewinnt sie aber nach dieser Richtung an Bedeutung, wenn solche Anzeichen sinkender Volkskraft sich mehren. Denn diese Einwanderung, überwiegend aus unteren Schichten, wirft Elemente mit hoher Fruchtbarkeit und Kinderzahl an die atlantische Küste. Das deutsche Element, nach dem englischen das wesentlichste in der Bildung des nordamerikanischen Volkes, ist vielleicht rassekräftiger als das englische. Bisher ist die Bedeutung dieses deutschen Volksteils — im ganzen mag der Anteil deutschen Blutes an der Bevölkerung der Union heute vielleicht sogar ein Drittel davon ausmachen — in der Geschichte der Vereinigten Staaten meist zu kurz gekommen. Außer den hochgebildeten Flüchtlingen der Jahre nach 1830 und 1848, haben die Deutschen am politischen Leben nie Anteil genommen, es ganz den Angelsachsen und Iren überlassen. Ihnen fehlten — mit wenigen Ausnahmen, wie Schurz und Ottendorfer (Abb. 106) — die Führer, und auch der politische Sinn; sie widmeten dem Lande ihrer Wahl ihre Kulturarbeit, und überall gaben deutsche Farmen und Unternehmungen Zeugnis von der Sorgfalt und dem

Geschick der Einwanderer. Aber sie zerstreuten sich, sie gründeten keine Städte, die vielen Einzelheiten verzeichnete die große Geschichtsschreibung nicht. Die Deutschen, die in immer größerem Prozentsatze aus den niederen sozialen Schichten kamen, gingen in ihrer Erwerbsarbeit auf und sind darum nirgends zu Zentren politischen Einflusses geworden, wie etwa die Iren in New York, wenn auch ihre Stimmen immer sehr in die Wagschale fielen und ihre Haltung in den Krisen der Union stets von großer Bedeutung war. Zu Einwirkung auf das kulturliche Leben der Nordamerikaner aber sind sie vollends nicht gekommen. Aber ihr Einfluß vor allem auf die Landwirtschaft ist segensreich geworden, weil sie statt der extensiven, auf ein Hauptprodukt beinahe fabrikmäßig beschränkten, teilweis in Raubbau ausartenden Wirtschaft des Yankeefarmers die intensive, schonende, vielseitige Wirtschaft des deutschen Bauern betrieben. Die deutsche Gründlichkeit mäßigte in etwas das Tempo der Entwicklung, und so ist die Bedeutung des deutschen Volksteiles für das Emporkommen der Union, in deren stärkerem Volkstum er bisher versunken ist, im einzelnen zwar kaum meßbar, aber im ganzen ungeheuer.

Aber während bis 1868 neben Großbritannien Deutschland durchaus das führende Land in der Einwanderungsbewegung war, schwellen seitdem die Kontingente der Skandinavier und der Italiener, und seit 1880 die aus den slawischen Gebieten Österreich-Ungarns, Rußlands und Polens ungeheuer an. In der Spanne von 1895—1902 sank der Anteil Englands, Deutschlands, Frankreichs und Schweden-Norwegens auf ein Viertel der ganzen Einwanderung. Dagegen stieg der von Österreich-Ungarn, Italien, Rußland auf 67 Prozent, ja im Jahre 1901 auf fast drei Viertel der Einwanderung. Das bedeutet: an Stelle des Germanen und Kelten ist immer mehr der Romane und der Slawe getreten. Damit wird der Assimilierungsprozeß immer schwieriger, sein Ergebnis im Sinne unbedingten Vorherrschens des angelsächsischen Volkstums immer unsicherer. Wenn diese ethnologische Gefahr aber noch in der Ferne liegt und nicht abzuschätzen ist, so wird die wirtschaftliche und soziale Gefahr dieser Verschiebung — drei Viertel aller Einwanderer sind ungeschulte Arbeiter — schon lange darin empfunden, daß statt Gliedern der landbauenden und städtischen Mittelschichten immer mehr proletarische Elemente ins Land zogen und ziehen: oftmals Abschaum aus aller Welt, den Großstadtpöbel vermehrend, die Löhne drückend, für alle Unruhen bereit und ein fruchtbarer Acker für anarchistische und sozialistische Agitation. Der hierin liegenden Gefahr sucht man sich durch eine rigorose, immer verschärfte Einwanderungsgesetzgebung und -polizei zu erwehren.

Diese ist schon länger tätig gegen die Einwanderung über die pazifische Küste her, die chinesische (S. 136). Hier ist an dem strikten Ausschluß der gelben Rasse festgehalten, die Brücke gesperrt worden, die ihr die Erwerbungen von Kuba und der Philippinen mit ihrer Mischbevölkerung aus Spaniern, Chinesen, Negritos, Malayen in die Union schlagen wollten. Aber ist der Zufluß der gelben Rasse verstopft, so bleiben im Innern noch die rote und die schwarze. Zwar vom roten Manne ist nichts zu fürchten. Er ist ausgerottet wie sein Jagdtier, der Bison, und wo er seinen Rassenstolz aufgegeben hat und sich von der Zivilisation assimilieren ließ, da verschwand er zwar nicht, aber er lebt friedlich und ohne Gefahr für das Bleichgesicht dahin. Doch von den Schwarzen her droht Gefahr. Die Sklavenfrage ist gelöst, die Negerfrage nicht. In der Ablehnung einer Vermischung oder Hereinziehung des Negers in die amerikanische Kultur sind sich die Weißen in der ganzen Union noch durchaus einig, ist es auch, nach der kurzen Zeit der Carpetbagger (S. 128 ff.), gelungen, den Neger wieder herabzudrücken auf die Stufe einer in ihren Rechten sehr beschränkten Schicht; nach Möglichkeit wird er von der Teilnahme am öffentlichen Leben ferngehalten. Und noch tiefer geht im sozialen Leben die „Farbenlinie“, die Scheidelinie zwischen schwarz und weiß: von den Verkehrsmitteln bis zu den Krankenhäusern und Gefängnissen. Die Wirkung der Sklavenbefreiung war anfangs für die Neger keineswegs segensreich. Zwar hat die als „Freedmen's Bureau“ bezeichnete Unionsbehörde die schwierigen Verhältnisse geschickt zu ordnen versucht durch Austeilung von Grundeigentum oder Pachtungen. Aber das Mißverhältnis zwischen einer jahrhundertelang in Sklaverei gehaltenen Rasse und Lebensmöglichkeiten und Verhältnissen, für die sie gar nicht reif sein konnte und



Abb. 109. Sitzungssaal des Senats zu Washington. (Zu Seite 174.)

in die sie ohne jede Vermittlung hereingestellt wurde, blieb doch bestehen. Das führte in jeder Beziehung zu Ausartungen, zu Unordnung und zu Verlotterung des Negerelements. Aber dem ist mit Erfolg entgegengearbeitet worden, und zwar nur durch die eigene Kraft der schwarzen Rasse selbst. Die Neger sind wirtschaftlich vorangekommen, in relativ außerordentlichem Prozentsatze Grundbesitzer, Farmer und Pflanzer, in der Mehrzahl allerdings Land- und Fabrikarbeiter und namentlich Dienstboten geworden. Aus ihnen heraus sind in unleugbar großartiger Weise Bestrebungen entstanden, die jahrhundertelang aufgehaltene Erziehung zur wirtschaftlichen Arbeit, zur Zivilisation, zur geistigen Bildung nachzuholen, die viel notwendiger war als die unvermittelte Begabung mit politischen Rechten. Ihr Mittelpunkt ist der „Moses der Neger“, Booker T. Washington (Abb. 107), und die von ihm ins Leben gerufene Negerbildungsanstalt in Tuskegee (Alabama) geworden. Seine Verdienste um die Erziehung und Disziplinierung seiner Rasse — in der Form der Arbeit und namentlich der Beschaffung der Mittel erinnert er geradezu an August Hermann Francke und dessen Stiftungen — sind gewaltig; zum allgemeinen Erstaunen der Weißen zeigte im Jahre 1895 die Ausstellung in Atlanta (Georgia), wieviel die Negerrasse durch ihn zu leisten gelernt hatte. Und dort, in Atlanta, am Eröffnungstage der Ausstellung, hielt dieser ehemalige Sklave vor den Vertretern des Nordens und Südens, vor seinen Landsleuten und vor seinen ehemaligen Herren eine Rede, die einen ungeheuren Eindruck im ganzen Lande machte. Denn so ruhig, so reif, so überzeugend, so zurückhaltend auch war dieser Standpunkt, langsam zur Rassenversöhnung durch wirtschaftliche und geistige Erziehung des Negers hinzuarbeiten, noch nie vertreten worden: „in allen rein sozialen Dingen können wir so getrennt sein, wie die Finger, aber zusammengehörig wie die Hand in allen Dingen, die dem gemeinsamen Fortschritt dienen“. Ein großartiger Haltepunkt in der Menschheitsgeschichte, dieser Septemberabend 1895 in Atlanta — und doch kann er dem nordamerikanischen Weißen keine reinen Gefühle auslösen.

Mit der Entwicklung, die die Negerrasse schon erreicht hat, sind die Hoffnungen, die Neger, nachdem man sie jahrhundertelang als Arbeitstiere benutzt hatte, wieder in ihre afrikanische Heimat abzuschieben, wohl endgültig beseitigt. Schon 1821 hat eine Gesellschaft versucht, an der Westküste Afrikas eine Negerrepublik nach amerikanischem Muster zu begründen unter dem Namen Liberia, die nur gezeigt hat, daß dem Neger der staatenbildende Sinn bisher noch völlig fehlt. Für die Union war das Unternehmen gleichfalls ein Fehlschlag, da daheim immer mehr Neger geboren als ausgeführt wurden. Späterhin sind noch manchmal Pläne aufgeflattert, Neger nach Mexiko oder den Antillen zu exportieren; sie sind nicht ins Leben getreten und waren stets undurchführbar. Denn eine tiefe Kluft trennt schon längst den amerikanischen vom afrikanischen Neger. Und diese Kluft wird immer tiefer, je weiter die Aufwärtsentwicklung vorschreitet, und die Weißen der Union können dem Problem nicht ausweichen: wie diese Neger einfügen ins amerikanische Leben? Zwar hat der Prozentsatz der Neger gegenüber der ganzen Bevölkerung seit 1790 abgenommen (von 19 % in 1790 auf 13 % in 1900). Aber da die Negerbevölkerung dicht gedrängt sitzt im „schwarzen" Gürtel der Südstaaten, so hat die proletarisch starke Vermehrung der schwarzen Rasse dort schon seit geraumer Zeit das Gespenst der „Afrikanisierung" des Südens in handgreifliche Nähe gerückt und in der „lilienweißen" Bewegung eine Reaktion gegen die politische Gleichberechtigung der Neger wachgerufen. Und sind die Gefahren für das in der Union herrschende Volkstum und seine Kultur von der Hand zu weisen, wenn die weitere Entwicklung auch die gesellschaftliche Emanzipation der Neger, dann ihre volle politische Gleichberechtigung, gemeinsames geistiges Leben und schließlich mit dieser immer stärkeren Verwicklung in das ganze amerikanische Leben selbst die Rassenvermischung heraufführen will?

Sieht Europa so vor seinen Augen die Bildung einer amerikanischen Nation sich vollziehen, so ist die Frage also nicht nur, inwieweit die Spielart der angelsächsischen Rasse, die der Yankee vertritt, noch gewandelt werden wird durch Verschmelzung mit anderm germanischen Blut, sondern zugleich mit ihr erhebt sich die Frage: ob dabei dieses neue Volkstum im Kampfe gegen nunmehr drei andere Rassenfronten, von denen zwei jedenfalls dem europäischen Wesen innerlich durchaus fremd gegenüberstehen, seine Volks- und damit Kultureinheit wird wahren können. Von vornherein ist die amerikanische Kultur, die erwachsen könnte, wenn der atemlose Kampf des wirtschaftlichen Vordringens einigermaßen nachläßt, bedroht durch Faktoren, mit denen noch kein anderes Volkstum hat ringen müssen.

Wird der Kampf der Abwehr weitergeführt wie bisher, dann kann es nur geschehen auf Kosten des demokratischen Prinzips. Dies wird aber auch durch die Wendung, deren allgemein klaren Ausdruck die letzte Periode der amerikanischen Geschichte gebracht hat, lebhaft bedroht. Bisher war der Kongreß (Abb. 108, 109, 110) der Mittelpunkt der Unionsregierung, solange lediglich innere Fragen auf der Tagesordnung standen; der Präsident spielte nur in den großen Krisen eine entscheidende Rolle. Seitdem die Union begann, Anteil zu nehmen an den Händeln der großen Politik, wandelte sich diese Stellung des Präsidenten. Er wird unabhängiger vom Kongreß und den ihn beherrschenden Faktionen. Er trägt mit seinen Vertrauten allein die äußere Politik. Je mehr aber diese an Wichtigkeit gewinnt, um so höher steigt der Präsident, und dies wird von der Verfassung durch die scharfe Trennung von Legislatur und Exekutive noch begünstigt (S. 56). Der Kongreß sinkt in Fragen der auswärtigen Politik wie überall, wo die Exekutive nicht schlechthin aus der Parlamentsmehrheit hervorgeht, immer mehr auf die Rolle des Zuschauers herab. Hebt dies schon den Präsidenten, zumal wenn er sich zum bewußten Ausdruck von Volksstimmungen und Zukunftsgedanken macht, über das rechtlich mit Kongreß und höchstem Bundesgerichtshof gleiche Niveau empor, so verbindet sich damit die unter den neuen Verhältnissen noch bedeutsamer werdende Stellung als Oberstkommandierender der regulären Armee und Marine, sowie der Miliz. Lincoln bereits hat im Sezessionskrieg gezeigt, was ein Präsident mit Hilfe dieser Stellung wagen kann. Nun aber zwingt der Erwerb von Kolonien, eine erheblich größere stehende Armee zu unterhalten, als bisher, zwingen die Verflechtung in die Welthändel, die

Richtung auf den Stillen Ozean und auf den südlichen Teil des ganzen Kontinents zum beschleunigten Ausbau der Kriegsmarine.

Thomas Jefferson ritt noch allein nach dem Kapitol, band seinen Gaul an den nächsten Zaun und schritt, Mann unter Männern, in die weißgestrichene Senatskammer, dort den Eid auf die Verfassung abzulegen. Mac Kinley ritt zum gleichen Akt (1901) durch die Straßen der Bundeshauptstadt in militärischem Prunk einher; 20 000 Soldaten aus allen Staaten und den neuerrungenen Kolonien folgten ihm wie einem Kaiser der Neuen Welt. Kaum etwas zeigt besser als dies, wie unwiederbringlich die Zeit für die Union vorbei ist, in der sie Tocqueville sah: „frei und glücklich wie eine kleine Nation". Die Last des Militarismus legt sich auch auf ihre Schultern und damit der Zwang

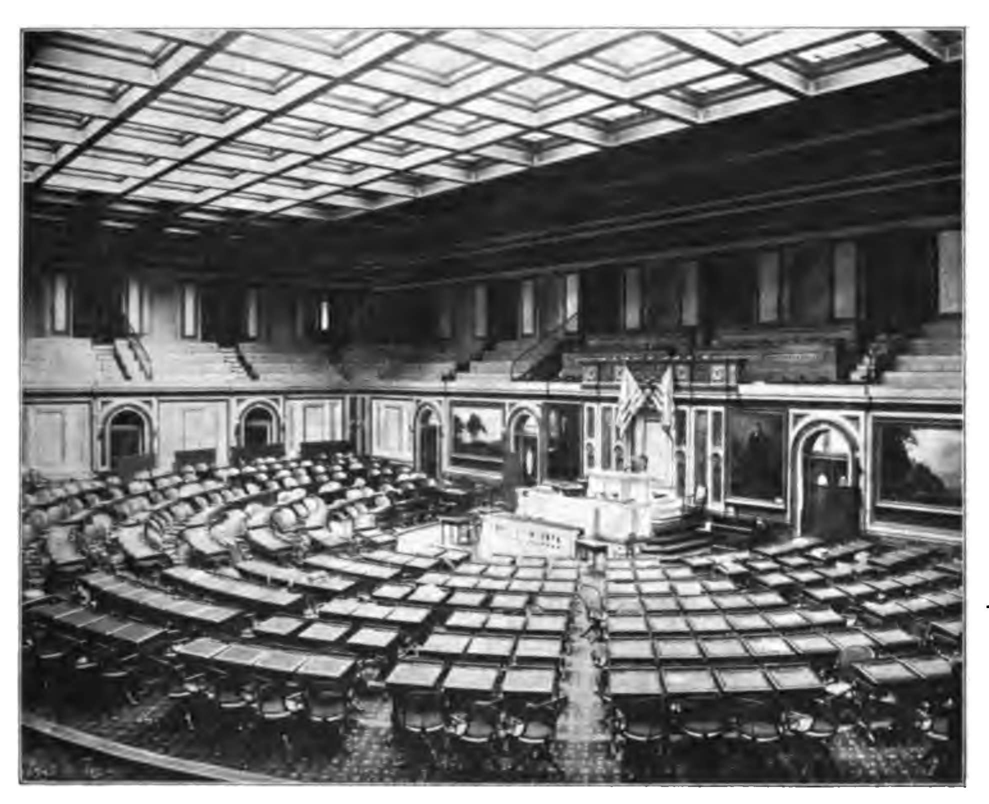


Abb. 110. Sitzungssaal im Haus der Repräsentanten zu Washington. (Zu Seite 174.)

psychischer Umbildung, der gerade hier einer jahrhundertealten demokratischen Überlieferung besonders schwer werden muß. „Die Bewahrung der Erwerbungen wird uns zwingen, unsre inneren Hilfskräfte neu zu organisieren, damit wir sie vorbereiten und mit Schnelligkeit mobilisieren können. Dadurch wird die Freiheit vermindert und der Zwang gesteigert. Eine kräftigere und schwerfälligere Regierungsmaschine wird erforderlich werden. All das wird den republikanischen Einrichtungen und der Demokratie verhängnisvoll sein," klagt einer der Alten. Aber „sollen die Vereinigten Staaten bestimmt sein, die Funktionen zu erfüllen, welche die herrschenden Nationen der Vergangenheit erfüllt haben, dann wird die entsprechende Verwaltungsmaschinerie gebührend herausgebildet werden, so gut wie die Männer, die imstande sind, diese Maschine in Aktion zu setzen", tönt entschlossen dagegen die Stimme der jüngeren Generation (Brooks Adams). Noch einen Schritt weiter von der Gleichheit der Bürger in Recht und Pflicht hat man schon tun müssen durch den Erwerb von Kolonien, denen noch nicht die Selbstverwaltung und das

Recht der Teilnahme an den Unionswahlen gegeben werden konnten. Damit taucht wieder auf, was die Entscheidung des Sezessionskrieges für immer beseitigt zu haben schien: im nordamerikanischen Staate leben nebeneinander wieder Völkerschaften zu ungleichem Recht. —

Diese Aufgaben — Verschmelzung oder Erdrückung der Rassen im Unionsgebiet, und die für die Expansion notwendige Machtkonzentration in wenigen Händen — mit den alten Errungenschaften der Demokratie zu vereinen, enthalten Probleme, die an die volklichen und rechtlichen Grundlagen der Union rühren, gerade an die, auf denen die Größe dieses Staatslebens bisher ruhte. Sie lagern wie dunkle Wolken über dem Sternenbanner, dem sonst die Zukunft so sonnig lacht. Denn der dritte Faktor, aus dem in Verbindung mit den genannten die zweite angelsächsische Weltmacht so schnell hervorwachsen konnte, hat sie in überraschender Schnelligkeit sogar zu einer bedrohlichen Gefahr für Europa gemacht. Mit eigenen Rohstoffen, mit einer hochgesteigerten Maschinenproduktion und Maschinenanwendung, mit einem mächtigen Verkehrswesen trat sie, fast über Nacht, als gefährlichste Konkurrentin der alten Handelsmächte auf den Weltmarkt, und sie braucht nicht, wie diese, in der Versorgung ihrer Bevölkerung mit Nahrungsprodukten vom Auslande abhängig zu werden. Denn sie am ehesten kann und will sich ausbilden zum selbstgenügenden Wirtschaftsgebiet, dem Agrikultur-Manufaktur-Handelsstaate nach dem Ausdrucke Friedrich Lists. Aber der strotzende Reichtum ihrer Produktion treibt sie über ihre Grenzen hinaus, im Ausland Abzugskanäle zu suchen, und auf europäischem wie außereuropäischem Markte gewinnt ihr Wettbewerb unausgesetzt an Boden: „ich sah, wie Amerika Kohle nach New Castle, Kattun nach Manchester, Messer nach Sheffield, Kartoffeln nach Irland, Champagner nach Frankreich, Uhren nach der Schweiz und Rheinwein nach Deutschland ausführte" (Van der Lip).

Wirtschaftlich und politisch hat sich die Stellung der Großmächte zueinander unter dem Drucke dieser Entwicklung erstaunlich rasch verschoben. Nicht nur daß sich mit dem Eintritt des nordamerikanischen Westens und des asiatischen Ostens eine Erweiterung des Schauplatzes für das europäische Konzert verband, die bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts ihm doch fremd war. Auch innerhalb dieses Konzerts verändert sich die Bedeutung der einzelnen Mächte und beansprucht nunmehr die Union einen mindestens den alten Mächten gleichberechtigten Platz. Aus der Rolle der abhängigen Kolonie und weiter aus der auf sich beschränkten Großmacht ist sie zur Weltmacht geworden. Unabhängig von Europa, hört sie auf, ferner noch „die Dankbarkeit" des Tochterlandes zu empfinden. Überlebt ist die eingewurzelte Anschauung des Europäers, der das Yankeevolk und seinen Staat noch immer in den „Flegeljahren" sah. Wenn auch noch jugendlich, ist die Union wirtschaftlich und politisch reif geworden; sie steht heute zu England, wie England seit dem siebzehnten Jahrhundert zu Holland stand. Und da ihre Stellung erworben ist durch eigene Kraft, hofft sie, zu werden zum „kontrollierenden Faktor des Welthandels". Darauf aber türmt schon ungezügelte Phantasie Hoffnungen auch auf entsprechende Verschiebung in der politischen Weltherrschaft: rückte deren Mittelpunkt in den letzten Jahrhunderten vom Innern Deutschlands an die Nordseeküste, dann an die atlantische Küste, so scheint er sich im zwanzigsten Jahrhundert zu bewegen über die Wogen des Ozeans hinüber nach der Neuen Welt, und will die Empire-City der Union auch werden zur Hauptstadt der Welt.

Das sind Träume, mehr oder minder überspannt und einseitig gesehen. Wichtiger aber ist, ob es der physischen Kraft des nordamerikanischen Volkes und seiner Selbstüberwindung zu Selbstbesinnung und Vertiefung gelingen wird, ein nationales amerikanisches Kulturideal zu schaffen, den Beitrag zu dem geistigen und sittlichen Erbteil der Menschheit zu liefern, ohne den diese ganze glänzende Vergangenheit und Zukunftshoffnung schließlich doch im höchsten Sinne inhaltslos bleibt. Von dieser Warte aus sind die Worte gesprochen, mit denen Theodore Roosevelt seinen Essay über „Zivilisation und Verfall" schließt und die das Motto der kommenden amerikanischen Geschichte abgeben sollen: „Wenn unsre Bevölkerung abnimmt, wenn wir die männlichen Eigenschaften verlieren und herabsinken zu einer Nation von nichts als Hökern, die den Gewinn

über die nationale Ehre stellen und alles dem bloßen Behagen des Lebens unterordnen, dann werden wir in der Tat einen Zustand erreichen, schlechter als den der alten Zivilisationen in den Jahren ihres Verfalls". „Aber", so fährt er fort, „heute könnte kein Vergleich weniger passend sein als der von Byzanz oder Rom in ihren späteren Jahren mit einem großen modernen Staate, wo die sich drängenden Millionen, die die Hauptmasse der Bevölkerung ausmachen, um Lohn arbeitende (wage-earners) Männer sind, die selbst über ihr eigenes Geschick entscheiden, mit einem Staate, der imstande ist, in Zeiten der Not Armeen ins Feld zu stellen, ausschließlich gebildet aus seinen eigenen Bürgern und zahlreicher als die, die die Welt je gesehen hat." Und trotz allem wird darum Nordamerika auch in Zukunft der staatenbildenden Kraft und der Stärke der Kulturüberlieferungen vertrauen können, die trotz des überwältigenden Druckes jener physisch-materiellen Faktoren in seiner Geschichte Ergebnisse auf dem Neuland des Westens haben schaffen können, wie die Verfassung der Vereinigten Staaten, wie den unbestritten englischen Charakter ihres Lebens, wie die Werke Emersons, Whittiers und Whitmans.



Abb. 111. Die Statue der Freiheit im Hafen von New York, ein Werk des Bildhauers Bartholdi, der Union von Frankreich geschenkt.

Tafel der Präsidenten.

George Washington	1789—1797
John Adams	1797—1801
Thomas Jefferson	1801—1809
James Madison	1809—1817
James Monroe	1817—1825
John Quincy Adams	1825—1829
Andrew Jackson	1829—1837
Martin van Buren	1837—1841
William H. Harrison	1841 (März-April)
John Tyler	1841—1845
James K. Polk	1845—1849
Zachary Taylor	1849—1850
Millard Fillmore	1850—1853
Franklin Pierre	1853—1857
James Buchanan	1857—1861
Abraham Lincoln	1861—1865
Andrew Johnson	1865—1869
Ulysses S. Grant	1869—1877
Rutherford B. Hayes	1877—1881
James A. Garfield	1881 (März-Sept.)
Chester A. Arthur	1881—1885
Grover Cleveland	1885—1889
Benjamin Harrison	1889—1893
Grover Cleveland	1893—1897
William Mac Kinley	1897—1901
„ „ „	1901 †
Theodore Roosevelt	1901—1905

Personen- und Sachregister.

Entwickelung der
VEREINIGTEN STAATEN
von
NORD-AMERIKA
seit 1783.
Maßstab 1:25.000000.
Kilometer

Farben Erklärung.
- Gebiet der 13 alten Staaten
- Von England abgetreten (1783)
- Franz. Louisiana (gekauft 1803)
- Florida (von Spanien gekauft 1819)
- Texas (in die Union aufgen. 1845)
- Nordwestgebiet (1846)
- Von Mexico abgetreten (1848)
- Im Gadsden-Kauf erworben (1853)

Die Zahlen bezeichnen das Jahr der Organisation der Territorien resp. das der Aufnahme der Staaten in die Union.

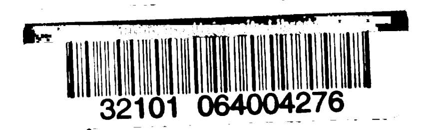
1 NEW HAMPSHIRE
2 MASSACHUSETTS
3 RHODE ISLAND
4 CONNECTICUT
5 NEW JERSEY
6 DELAWARE
7 MARYLAND

DIE KÄMPFE UM RICHMOND 1861-65.
Maßstab 1:5000000.
Kilometer

BRITISCH NORD AMERIKA (DOMINION OF CANADA)
BRITISH COLUMBIA · ALBERTA · ASSINIBOIA · MANITOBA · ONTARIO · QUEBEC
ATLANTISCHER OZEAN
GROSZER ODER STILLER OZEAN
GOLF VON MEXICO
MEXICO
NIEDER CALIFORNIEN
Golf von Californien
Wendekreis des Krebses
WASHINGTON · OREGON · IDAHO · MONTANA · WYOMING · NORTH DAKOTA · SOUTH DAKOTA · NEBRASKA · KANSAS · COLORADO · UTAH · NEVADA · CALIFORNIA · ARIZONA · NEW MEXICO · TEXAS · OKLAHOMA · INDIAN TERR. · MINNESOTA · IOWA · MISSOURI · ARKANSAS · LOUISIANA · WISCONSIN · MICHIGAN · ILLINOIS · INDIANA · OHIO · KENTUCKY · TENNESSEE · MISSISSIPPI · ALABAMA · GEORGIA · FLORIDA · SOUTH CAROLINA · NORTH CAROLINA · VIRGINIA · WEST VIRGINIA · PENNSYLVANIA · NEW YORK · VERMONT · MAINE
CUBA
MARYLAND · VIRGINIA · WEST VIRGINIA

Westl. L. 100 v. Greenw.

…phische Anstalt von Velhagen & Klasing in Leipzig.
Verlag von Velhagen & Klasing in Bielefeld u. Leipzig.


32101 064004276

